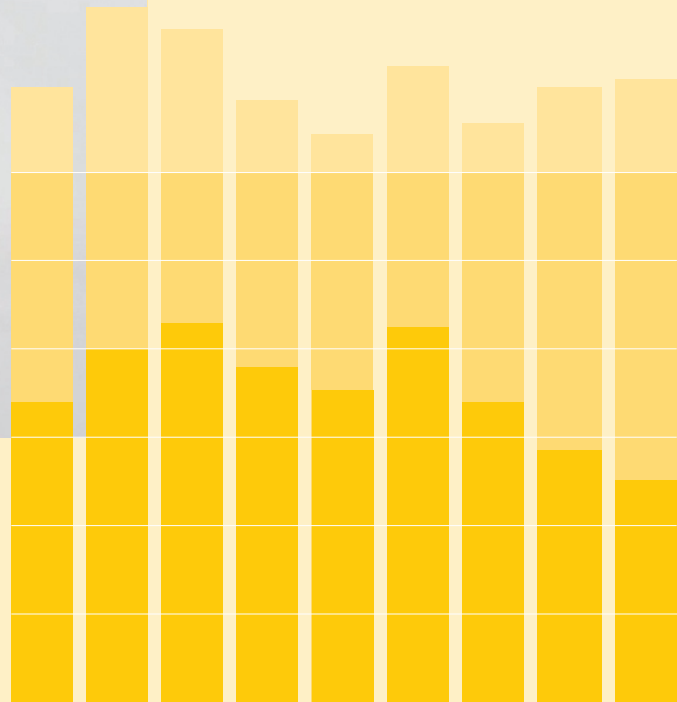


Wirksame Wege gestalten

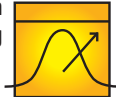
Für Familien mit geringem Einkommen • Teil II

Bericht I Zweite Befragung der „alten“ Haushalte Auswertung der geschlossenen Fragen

Eine Initiative der
Diakonie im Braunschweiger
Land und der Stiftung
Braunschweiger
Kulturbesitz



GOE Bielefeld
Gesellschaft für Organisation
und Entscheidung



Ritterstraße 19
33602 Bielefeld
Tel.: (0521) 875 22 22
E-Mail: goe@goe-bielefeld.de
www.goe-bielefeld.de

In Zusammenarbeit
mit der AG 8 „Soziale Arbeit“
der Fakultät für
Erziehungswissenschaften
an der Universität Bielefeld

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	3
2	VERGLEICH DER ANTWORTEN AUS 2009 BZW. 2018	8
2.1	PERSONEN IM HAUSHALT	9
2.2	BILDUNG UND BERUFE DER ELTERNGENERATION.....	14
2.3	SCHULE UND BETREUUNG DER KINDER.....	17
2.4	WOHNEN.....	21
2.5	EINKOMMEN	27
2.6	RÜCKLAGEN VS. SCHULDEN.....	32
2.7	WIRTSCHAFTEN.....	36
2.8	FREIZEIT.....	45
2.9	SOZIALES NETZ UND SOZIALES MITEINANDER	55
2.10	ALLTAGSPROBLEME	60
2.11	GESUNDHEIT.....	63
2.12	UNTERSTÜTZUNG UND HILFEN	70
2.13	SUBJEKTIVE EINSCHÄTZUNG DER SITUATION.....	74
2.14	FAZIT.....	79
3	FRAGEN, DIE DEN „ALTEN“ HAUSHALTEN NUR 2018 GESTELLT WURDEN	80
3.1	EINKOMMEN	80
3.2	WIRTSCHAFTEN.....	80
3.3	BEDARFE UND INANSPRUCHNAHMEN VON UNTERSTÜTZUNGEN BEI MINDERJÄHRIGEN SCHULPFLICHTIGEN KINDERN	82
3.4	SOZIALES NETZ.....	85
3.5	ALLTAGSPROBLEME UND BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN.....	85
3.6	ERWERBSTÄTIGKEIT.....	92
3.7	ERWERBSLOSIGKEIT.....	93
3.8	INTERAKTION UND KOMMUNIKATION MIT DEM JOBCENTER.....	94
3.9	BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET.....	95
3.10	SUBJEKTIVE EINSCHÄTZUNG DER SITUATION.....	96
3.11	GESELLSCHAFTLICHE POSITION	96
3.12	SOZIALER AUFSTIEG	98
3.13	NOTWENDIGE VERÄNDERUNGEN, DAMIT FAMILIEN SOZIAL AUFSTIEGEN KÖNNEN	100
3.14	POLITIK – ZUWANDERUNG	102
3.15	AUSGRENZUNG	103
3.16	BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN	104
3.17	DIFFERENZIERUNG DER BEFUNDE NACH ZENTRALEN SUBGRUPPEN	106
3.17.1	<i>Haushalte mit und ohne Transferleistungsbezug</i>	106
3.17.2	<i>Gemeinsamerziehende und Alleinerziehende</i>	108
3.17.3	<i>Haushalte mit und ohne minderjährige Kinder</i>	110
3.17.4	<i>Städtische und ländliche Wohnorte</i>	111
4	SUBGRUPPENVERGLEICH: LEBENSQUALITÄT VERBESSERT VERSUS NICHT VERBESSERT	112
4.1	HAVING, LOVING UND BEING: RESSOURCEN, SOZIALKONTAKTE UND PERSONALE ZUSTÄNDE.....	112
4.2	HAUSHALTSMITGLIEDER	117
4.3	KINDER: BETREUUNG UND SCHULE.....	119
4.4	WOHNEN.....	121
4.5	ERWACHSENE: AUSBILDUNG UND BERUFSTÄTIGKEIT BZW. ERWERBSLOSIGKEIT	123
4.6	HAUSHALTSEINKOMMEN	126
4.7	RÜCKLAGEN VS. SCHULDEN, WIRTSCHAFTEN.....	128



4.8	STRATEGIEN ZUR BEWÄLTIGUNG VON FINANZIELLEM MANGEL.....	130
4.9	FREIZEIT, SOZIALE AKTIVITÄTEN UND SOZIALE NETZWERKE	133
4.10	PSYCHOSOZIALES BELASTUNGSEMPFINDEN UND GESUNDHEIT	137
4.11	HILFEN UND UNTERSTÜTZUNGEN.....	139
4.12	ERWARTUNGEN, PERSPEKTIVEN, EINSTELLUNGEN	142
4.13	FAZIT.....	147
5	ANHANG.....	149
5.1	KURZE ERLÄUTERUNG DER WICHTIGSTEN STATISTISCHEN BEGRIFFE.....	149
5.2	LITERATURVERZEICHNIS.....	152
5.3	VERZEICHNIS DER INTERNETQUELLEN	153



1 Einleitung

Das Diakonische Werk der Ev.-luth. Landeskirchen in Braunschweig e.V. und die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz beauftragten 2009 die Gesellschaft für Organisation und Entscheidung (GOE) mit der Durchführung der Studie/des Projektes „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung für das Braunschweiger Land“. Zum Braunschweiger Land gehören die Städte Braunschweig und Salzgitter sowie die drei Landkreise Helmstedt, Goslar und Wolfenbüttel.

Das Projekt bestand zum einen aus der Zusammenstellung von prozessproduzierten Daten zu Themen wie Bevölkerung, Einkommen, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Bildung in einem Datenreader. Zum anderen bestand das Projekt/die Studie aus der Befragung von einkommensschwachen und - als Kontrollgruppe - einkommensstarken Haushalten. Ergänzt wurde diese Befragung durch die Befragung von Akteuren im Braunschweiger Land, wie z.B. Stadt- und Landkreisverwaltungen, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden, Grundschulen, Tageseinrichtungen für Kinder, Beratungsstellen, Tafeln, Stadtteilzentren.

Das Kriterium für die Zugehörigkeit zur Gruppe der einkommensschwachen Haushalte war, dass das monatliche Nettoeinkommen der Haushalte 70% oder weniger des damaligen mittleren monatlichen Äquivalenzeinkommens betrug.

311 der damals von uns interviewten Haushalte erfüllten dieses Kriterium. Und 40 einkommensstarke Haushalte bildeten die Kontrollgruppe.

Da sich die meisten der einkommensschwachen Haushalte damals über eine Postkarte bei uns für ein Interview meldeten, besaßen wir von diesen Haushalten die entsprechenden Anschriften und Kontaktdaten. Da damals auch Personen direkt in Tageseinrichtungen für Kinder, bei den Tafeln, in Stadtteiltreffs etc. angesprochen und interviewt wurden, besaßen wir nicht von allen 311 Haushalten der Zielgruppe die entsprechenden Anschriften.

Gewinnen der „alten“ Haushalte für die zweite Befragung 2018

Wir besaßen somit von 272 Haushalten ihre Anschrift aus dem Jahr 2009. Diese haben wir von den entsprechenden Einwohnermeldeämtern auf Gültigkeit überprüfen lassen. Die Prüfung durch die Einwohnermeldeämter ergab, dass 226 Haushalte noch da wohnten, wo sie auch 2009/2010 wohnten.

Diese reduzierte Zahl erklärt sich durch Ausfälle wie Tod oder Umzüge außerhalb des Braunschweiger Landes.

Zu erwähnen ist, dass uns die Einwohnermeldeämter bei 35 Haushalten mitteilten, dass eine Auskunft rechtlich nicht möglich sei. Diese Haushalte haben wir dennoch unter der uns bekannten Adresse angeschrieben.

Im Juli 2018 haben wir die 226 Haushalte zum ersten Mal angeschrieben, über die erneute Befragung informiert und um eine Teilnahme gebeten. Dem Anschreiben lag eine portofreie Postkarte bei, mit der sich die angeschriebenen Haushalte bei uns für ein Interview melden konnten. Zudem wurde den Haushalten u.a. auch mitgeteilt, dass, wenn sie an der Befragung teilnehmen, sie 25 € als Dankeschön erhalten und an einer Verlosung von 10 x 175 € teilnehmen.



Wir haben dann nach Eingang der Postkarten bei uns die Haushalte auf unsere zehn Interviewer_innen im Braunschweiger Land aufgeteilt. Fünf der zehn Interviewer_innen hatten auch schon 2009/2010 Interviews durchgeführt.

Die Interviewer_innen haben dann bilateral mit den Haushalten Kontakt aufgenommen, um die Einzelheiten für die Durchführung des Interviews zu besprechen.

32 der 226 Anschreiben kamen als nicht zustellbar zurück, sodass 194 Haushalte unser Anschreiben bekommen haben.

Von diesen 194 Haushalten meldeten sich 30 Personen bei uns, die Interesse an einem erneuten Interview äußerten.

Im August haben wir dann nochmals die verbleibenden 164 Haushalte angeschrieben und an die Befragung erinnert. Auf dieses Erinnerungsschreiben meldeten sich wiederum zehn weitere Personen, die sagten, dass sie ebenfalls noch Interesse an einem erneuten Interview hätten.

Sodann sind unsere Interviewer_innen zusätzlich zu unterschiedlichen Zeiten zu allen Haushalten gefahren, die sich noch nicht gemeldet hatten, um diese persönlich anzusprechen und über das Vorhaben sowie über den Ablauf einer möglichen Befragung zu informieren.

Somit wurde versucht, auf diese Weise die Teilnahmebereitschaft noch zu erhöhen. Dieses Vorgehen war recht zeitaufwendig und mitunter mühsam, aber es zeigte auch entsprechende Erfolge. So konnten über diesen Weg nochmals elf Haushalte für ein Interview gewonnen werden.

Sollte beim „Abfahren“ der Anschriften keine Person angetroffen werden, wurde ein erneutes Schreiben hinterlassen, um so ein drittes Mal schriftlich für die Befragung zu werben.

Beim Abfahren der Anschriften stellte sich heraus, dass weitere acht Haushalte unter der angegebenen Anschrift nicht mehr wohnten. Somit reduzierten sich die anfangs bei der GOE vorhandenen 272 Anschriften auf (letztendlich) 186 gültige Anschriften.

Alle 186 Haushalte hatten auf Grund des aufwendigen, aber einheitlichen Verfahrens und Vorgehens die gleiche Chance an der Befragung teilzunehmen.

Letztendlich lagen verwertbare Interviews von 50 Haushalten vor. Auf der Grundlage der 186 gültigen Anschriften sind dies 26,9%.

An dieser Stelle möchten wir uns ganz herzlich bei den Haushalten bedanken, die uns ein Interview und dadurch einen Einblick in ihr Leben gegeben haben.

Panelmortalität

Für unsere Studie mussten die Befragten zunächst wiedergefunden und dann überzeugt werden, an dieser umfangreichen Befragung mit einer erheblichen Dauer (bis zu 2,5 Std.) teilzunehmen. Vor diesem Hintergrund stellt eine Quote von über 25% eine erfahrungsgemäß erwartbare und im Vergleich auch relativ gute Realisierungsquote dar, zumal typischerweise bei allen Befragungen sog. Mittelschichtshaushalte in der Regel einfacher erreicht werden als andere Haushalte.

Um zu beurteilen, wie die von uns realisierte Befragungsquote von 26,9% einzuschätzen ist, lohnt sich ein Blick auf die sog. „Panelmortalität“ anderer Studien.

So fanden wir z.B. bezüglich des Österreichischen Rundfunks, dass in Österreich die kontinuierliche Seher_innenforschung durch die Panelbefragung „Teletest“ durchgeführt wird. Dabei wird von einer jährlichen Panelmortalität von 15% ausgegangen. Eine Panelmortalität von 15% pro Jahr bedeutet,



dass nach sieben Jahren von den ursprünglichen Teilnehmenden nur noch ein Drittel und nach neun Jahren weniger als ein Viertel bei der Befragung dabei wären.

Bei Befragten mit sozioökonomisch niedrigem Status ist die Panelmortalität in der Regel höher. Dies verdeutlicht etwa der Bericht „Methodenanalyse zur Panelmortalität im Übergangspanel - Arbeitsbericht im Rahmen der Dokumentationsreihe: Methodische Erträge aus dem „DJI-Übergangspanel“ (Ralf Kuhnke) des Deutschen Jugendinstitutes (2005).

In diesem Bericht wird die Studie „Das Niedrigeinkommens-Panel (NIEP)“ (Infratest Sozialforschung) vorgestellt. Dies war eine Panelbefragung mit sechs Wellen im Abstand von jeweils sechs Monaten. Von den anfangs 3.725 Teilnehmenden nahmen drei Jahre später an der sechsten Befragung noch 1.212 Personen teil - dies sind 32,5%.

Ein wesentlicher Bestandteil von Panelbefragungen ist, dass während der Befragung kontinuierlich mit den Teilnehmenden Kontakt gehalten wird, um ein Ausscheiden zu verhindern.

Wenn man bedenkt, dass wir seit den Befragungen im Jahr 2009 keinerlei Kontakt mit den Teilnehmenden von damals hatten, dann sind 50 Interviews (26,9%) von 186 (theoretisch) möglichen Interviews acht Jahre später ein gutes Ergebnis. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Thema „geringes Einkommen“ kein leichtes Thema ist. Bei – nicht administrativen – Befragungen zu diesem Thema kann bei Haushalten mit niedrigem Einkommen auch im Falle von sehr aufwendigen Rekrutierungsstrategien von einem Rücklauf von 20% - 25% ausgegangen werden (vgl. Andreß 1999).

Selektivität der Stichprobe und Qualität der Daten

Da von den 2009 befragten Haushalten nur ein Teil zum zweiten Befragungszeitpunkt 2018 wieder erreicht und befragt werden konnte, ist zu klären, inwiefern man davon ausgehen kann, dass diese 50 Haushalte eine mehr oder weniger zufällige Gruppe darstellen, oder ob es um eine selektive Gruppe geht, die sich von denen, die nicht mehr teilgenommen haben, systematisch unterscheidet. Sofern eine hohe Selektivität besteht – d.h. bestimmte Befragte mit bestimmten Merkmalen haben häufig teilgenommen und andere mit anderen Merkmalen selten oder gar nicht –, wird die Gültigkeit und Übertragbarkeit der Ergebnisse in Mitleidenschaft gezogen.

Wenn beispielsweise die Befragten 2009 bereits eine besonders günstige oder ungünstige Lebenssituation hatten oder wenn diese von Anfang an ein besonders günstiges oder ungünstiges Berufs- und Qualifikationsprofil aufweisen oder andere Strategien zur Bewältigung ihrer Situation aktualisiert haben als die Befragten, die 2018 nicht mehr an der Studie teilnahmen, lässt sich aus den Ergebnissen der Auswertungen kein Rückschluss darüber ziehen, ob und wie es Menschen in Armutslagen gelungen ist, ihre Situation zu bewältigen.

Grundsätzlich kann es sein, dass zum zweiten Befragungszeitpunkt vor allem Haushalte teilgenommen haben, die z.B. besonders gut oder besonders schlecht mit ihrer Lebenssituation zurecht gekommen sind. Dies lässt sich nicht prüfen - über die Entwicklung der Haushalte, die an der zweiten Befragung nicht teilgenommen haben, kann unsere Studie nichts sagen.

Sehr wohl lässt sich aber prüfen, ob sich die objektiven und subjektiven Zustände der Haushalte, die an der zweiten Befragung teilgenommen haben, sowie die Aktivitäten, die sie damals zur Bewältigung dieser Zustände unternommen haben, von denen unterscheiden, die an der zweiten Befragung nicht teilgenommen haben.

Diese Prüfung haben wir mit Blick auf Aussagen und Angaben der Befragten zum Zeitpunkt 2009 unternommen. Im Ergebnis unterscheiden sich die Haushalte, die an der zweiten Befragung teilge-



nommen haben, nur in einigen wenigen Aspekten von denen, die an der zweiten Befragung nicht teilgenommen haben.

In allen anderen Aspekten - diese betreffen mehr als 95% der Fragen - finden sich zwischen beiden Gruppen, die an der Befragung 2018 teilgenommen und nicht mehr teilgenommen haben, keine statistisch bedeutsamen Unterschiede.

Insgesamt deutet nichts auf eine systematische Positivselektion. D.h. es findet sich kein Hinweis darauf, dass sich die Lebenssituationen und die (Alltags-)Praktiken im Umgang mit dieser Lebenssituation bei den Befragten, die an der zweiten Befragung teilnahmen, systematisch besser oder günstiger darstellten als bei den Befragten, die nicht mehr interviewt werden konnten.

Die Unterschiede zwischen den Befragten, die 2018 an der Befragung teilgenommen und nicht mehr teilgenommen haben, betreffen im Wesentlichen vier Aspekte:

1. Es finden sich zwei Unterschiede bezüglich der Städte und Gebietskörperschaften, in denen die Befragten leben. Von den auch zum zweiten Befragungszeitpunkt erreichten Haushalten lebten 2009 in Braunschweig 65%. Von den nicht mehr erreichten Haushalten traf dies nur auf gut 55% zu. Einen Ausreißer stellen vor allem Befragte aus dem Landkreis Goslar dar: 2018 konnte ein Haushalt erreicht werden, der auch 2009 in diesem Landkreis lebte.
2. Die 2018 wieder erreichten Haushalte berichteten 2009 häufiger als die Befragten, die 2018 nicht mehr erreicht werden konnten, über Krankheiten von Hausmitgliedern.
3. Die 2018 wieder erreichten Haushalte 2009 waren überdurchschnittlich häufig Haushalte von Alleinerziehenden. Dies traf auf gut 80% der wieder erreichten Haushalte zu. Im Falle der nicht wieder erreichten Haushalte waren 66% Haushalte von Alleinerziehenden.
4. Der größte Unterschied zwischen den 2018 wieder erreichten und den nicht mehr erreichten Haushalten betrifft ebenfalls einen demographischen Aspekt. In 16% der 2018 wieder erreichten Haushalte weisen die Befragten einen Einwanderungshintergrund auf. In der nicht mehr erreichten Gruppe trifft dies auf 38% zu.

Über diese, eher demographischen Aspekte hinaus finden sich in der Komposition der Haushalte keine weiteren statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den 2018 erreichten Haushalten und jenen, die nicht mehr erreicht werden konnten.

Die genannten demographischen Aspekte lassen sich vergleichsweise einfach kontrollieren. Eine größere Herausforderung stellen nicht-demographische Unterschiede in Ausstattungen und Praktiken dar. Diesbezüglich findet sich aber insgesamt keine erkennbare Selektivität der 50 wieder erreichten Haushalte. Im Folgenden werden die Unterschiede der beiden Gruppen (2018 erreichte und nicht erreichte Haushalte) zusammenfassend dargestellt und erörtert.

Es finden sich keinerlei statistisch überzufällige Unterschiede zwischen den Gruppen mit Blick auf alle Fragen, die die **finanzielle Ressourcen** (Einkommenshöhe, Schulden etc.) betreffen, inklusive der Frage, ob das Einkommen aus Arbeit-, Transfers- oder anderen Einkommensquellen stammt. Vor allem stellte sich die Einkommenssituation der 2018 wieder erreichten Haushalte 2009 nicht besser dar als die der nicht mehr erreichten Haushalte. Tatsächlich gaben sie 2009 sogar etwas häufiger an, dass das Einkommen zur Deckung ihrer Bedarfe nicht ausreiche. Statistisch betrachtet sind diese Unterschiede aber unerheblich. Ebenso finden sich keine statistisch signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Strategien im **Umgang mit finanzieller Knappheit**.

Mit Blick auf die für Armutsfragen **relevante berufliche und Ausbildungssituation** sowie hinsichtlich der **Schwierigkeiten, Arbeit zu finden**, unterscheiden sich die Aussagen der Befragten weder mit



Blick auf ihre je individuelle Situation noch mit Blick auf ihre Haushalte insgesamt in einem statistisch bedeutsamen Ausmaß.

Auch die Unterschiede im Ausmaß der Verfügbarkeit und der Komposition **des Freundes-, verwandtschaftlichen sowie weiteren (potenziellen) Unterstützungsnetzwerks** der Befragten sind statistisch unbedeutend und im Bereich des Zufälligen.

Ebenso wenig gibt es Unterschiede bezüglich der Antworten auf jene Fragen, die das **subjektive Empfinden**, das eigene Gesundheitsempfinden, Stimmungen, das Ausmaß ihrer Besorgtheit, ihre Aktivitäten und die Deutungen ihrer Situation betreffen.

Auch hinsichtlich des Optimismus oder Pessimismus, dass sich ihre **Lebenssituation oder ihr Lebensstandard** in den nächsten Jahren ändern werde, fanden sich keine statistisch überzufälligen Unterschiede zwischen den Gruppen.

Neben den wenigen genannten demographischen Unterschieden spricht der Vergleich der Situation der 2018 erreichten und nicht mehr erreichten Haushalte zum Jahr 2009 nicht dafür, dass nur eine selektive Stichprobe wieder erreicht wurde.

Junge Erwachsene

Da die damaligen minderjährigen Kinder jetzt junge Erwachsene sind, haben wir die Chance genutzt und die Eltern gefragt, ob sie uns einen Kontakt zu ihren jetzt volljährigen Kindern herstellen könnten bzw. ob sie sie fragen könnten, ob die jungen Erwachsenen bereit wären, uns ein Interview zu geben. Auch diese Interviews haben wir mit einem Dankeschön von 20 € sowie der Teilnahme an einer Verlosung von 5 x 175 € verbunden.

21 Junge Erwachsene haben uns ein Interview gegeben. Gleichzeitig haben wir als Kontrollgruppe ebenfalls 21 junge Erwachsene interviewt, die nicht in einem einkommensschwachen Haushalt aufgewachsen sind.



2 Vergleich der Antworten aus 2009 bzw. 2018

Bei der ersten Erhebung – die überwiegend im Jahr 2009 und zu einem geringen Teil 2010 stattgefunden hat – gab es 311 befragte Haushalte, die den Aufnahmekriterien für die Studie entsprachen und deren Antworten ausgewertet werden konnten. Bei der zweiten Erhebung 2018 wurde nicht nur derselbe Kreis von Haushalten angesprochen, sondern es wurden auch zahlreiche Fragen mit derselben Formulierung wie 2009 wiederholt, um eine direkte Vergleichbarkeit der gegebenen Antworten herzustellen.

Das folgende Kapitel beinhaltet die Auswertung dieser gleichartigen Fragen, bezogen auf die 50 Haushalte, die an beiden Erhebungen teilgenommen und Auskunft erteilt haben. Die Antworten aus den Erhebungen 2009 bzw. 2018 wurden gegenübergestellt und verglichen. Bei manchen Fragen wurden bestimmte Antwortkategorien selten gewählt, sodass nur kleine Fallzahlen zustande kamen; hier sind die Auswertungsergebnisse eher mit Zurückhaltung zu interpretieren.

Die Darstellung der Ergebnisse zu den einzelnen Fragen umfasst jeweils die absoluten Zahlen und die Anteilswerte. In der Regel wurden zusätzlich die prozentualen Veränderungen dargestellt (Veränderung = Veränd.), die im Laufe der neun Jahre zwischen den beiden Erhebungen stattgefunden haben, sowie teilweise auch weitere statistische Kennzahlen, insbesondere arithmetische Mittelwerte (= arith. MW) und Medianwerte. An einigen Stellen wurde die Effektstärke der festgestellten Veränderung statistisch errechnet (Cohen's $d = |d|$). Eine kurze Erläuterung der wichtigsten statistischen Begriffe findet sich im Anhang dieses Berichtsteils.

In allen Fällen, in denen sich die Darstellung auf Eurobeträge aus 2009 bezieht und diese mit den Daten aus 2018 vergleicht, wurde zunächst eine Verbraucherpreisbereinigung durchgeführt. Die Beträge aus 2009 wurden jeweils um den Faktor 1,11 erhöht, um die Vergleichbarkeit ohne Beeinträchtigung durch zwischenzeitliche Inflation zu gewährleisten. Der Faktor 1,11 bezieht sich auf die durchschnittliche Preiserhöhung in ganz Deutschland; regionale Unterschiede wurden nicht berücksichtigt (vgl. Statistisches Bundesamt 2019).

Bei der Auswertung wurde das Nettoäquivalenzeinkommen (= NÄE) der einzelnen Haushalte berechnet. Auf dieses wird an verschiedenen Stellen Bezug genommen. Das Nettoäquivalenzeinkommen setzt das verfügbare Haushaltseinkommen ins Verhältnis zur jeweiligen Haushaltsgröße, wobei die einzelnen Haushaltsmitglieder in Abhängigkeit vom Alter unterschiedlich gewichtet werden: Die erste volljährige Person bekommt ein Gewicht von 1,0, jede weitere volljährige Person ein Gewicht von 0,5 und jedes minderjährige Haushaltsmitglied von 0,3. Zuletzt wird das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe der Gewichte geteilt.



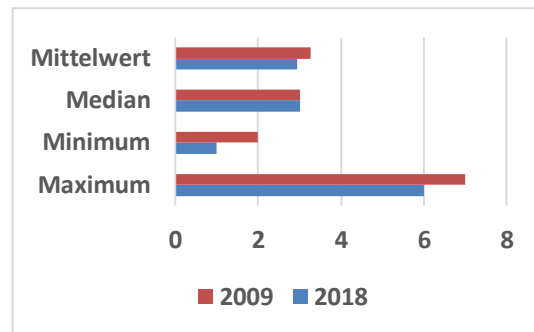
2.1 Personen im Haushalt

Bei der ersten Befragung 2009 lebten insgesamt 163 Personen in den 50 befragten Haushalten; 2018 waren es 147 Personen. Das entspricht einem Rückgang um rund 10%. 2009 hatten die Haushalte zwei bis sieben Mitglieder; der arithmetische Mittelwert betrug 3,26 Personen. 2018 umfasst die Anzahl der Haushaltsmitglieder noch ein bis sechs Mitglieder bei einem arithmetischen Mittelwert von 2,94 Personen. Der Medianwert ist mit 3,00 Personen konstant geblieben.

Tabelle 1: Anzahl der Haushaltsmitglieder, statistische Werte (2009 und 2018)

	2009	2018	Veränd.
Mittelwert	3,26	2,94	-0,32
Median	3,00	3,00	0,00
Minimum	2	1	-1
Maximum	7	6	-1

Abbildung 1: Anzahl der Haushaltsmitglieder, statistische Werte (2009 und 2018)



Das Alter der Haushaltsmitglieder reichte bei den Erhebungen 2009 von mindestens 0,00 bis höchstens 62,00 Jahre und 2018 von mindestens 0,33 bis höchstens 71,60 Jahre. Beim arithmetischen Mittelwert ist ein Anstieg von 20,67 auf 30,84 Jahre zu verzeichnen. Der Medianwert hat sich gleichzeitig von 14,00 auf 23,84 Jahre erhöht.

Abbildung 2: Alter aller Haushaltsmitglieder (2009 und 2018)

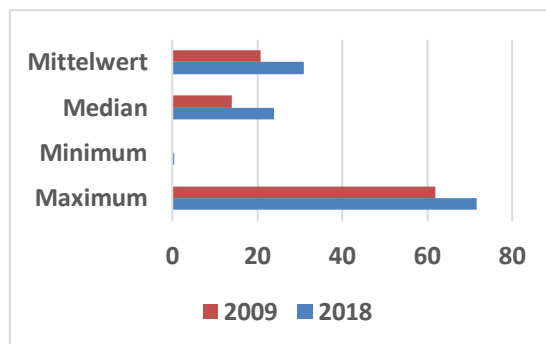


Tabelle 2: Alter aller Haushaltsmitglieder (2009 und 2018)

	2009	2018	Veränd.
Maximum	62,00	71,60	15,5%
Minimum	0,00	0,33	
Median	14,00	23,84	70,3%
Mittelwert	20,67	30,84	49,2%
gesamt	163	147	

Während 2009 insgesamt 99 Kinder in den befragten 50 Familien lebten – davon 96 minderjährige und drei volljährige Kinder –, sind es bei der zweiten Befragung 2018 insgesamt noch 78 Kinder – davon 50 minderjährige und 28 volljährige Kinder. Bei den Fragen, die sich auf die minderjährigen Kinder bezogen, wurde an mehreren Stellen nach Alter und Schulbesuch differenziert. Danach lassen sich bzgl. der Kinder in den Haushalten folgende Gruppen unterscheiden:



Tabelle 3: Anzahl Kinder in den Haushalten, differenziert nach Alter und Schulbesuch (2009 und 2018)

Anzahl Kinder in den Haushalten	2009	2018	Veränd.
minderjährige Kinder unter sechs Jahren	25	5	-80,0%
minderjährige Kinder ab sechs Jahren	71	45	-36,6%
minderjährige Kinder gesamt	96	50	-47,9%
volljährige Kinder	3	28	833,3%
Kinder gesamt	99	78	-21,1%
Vorschulkinder	28	5	-82,1%
minderjährige Schulkinder	68	41	-39,7%
minderjährige Kinder jenseits der Schule (mj.: keine Angabe zum Schulbesuch)	0	3	
	0	1	
minderjährige Kinder gesamt	96	50	-47,9%
Haushalte nur mit mj. Kindern	47	19	-59,6%
Haushalte mit mj. und vj. Kindern	3	13	333,3%
Haushalte nur mit vj. Kindern	0	7	
Haushalte ohne Kinder	0	11	
Haushalte gesamt	50	50	

Während die Anzahl der minderjährigen Vorschulkinder (n = 23) und der Schulkinder (n = 27) jeweils deutlich gesunken ist, lässt sich bei der Anzahl der minderjährigen Kinder jenseits der Schule ein leichter Anstieg verzeichnen (n = 3). Deutlich gewachsen ist die Gruppe der volljährigen Kinder in den Haushalten (n = 26).

Dementsprechend hat sich der Anteil der minderjährigen im Verhältnis zu den volljährigen Haushaltsmitgliedern (*unabhängig von der Rolle in der Familie*) reduziert. Während 2009 in den 50 Haushalten 97 Minderjährige lebten, sind es 2018 nur noch 51. Gleichzeitig ist die Zahl der volljährigen Haushaltsmitglieder von 66 auf 96 gestiegen. Die Gesamtzahl der Haushaltsmitglieder hat sich im Laufe von neun Jahren um 16 Personen verringert.

Abbildung 3: Anteil minderjähriger bzw. volljähriger Haushaltsmitglieder (2009 : 2018)

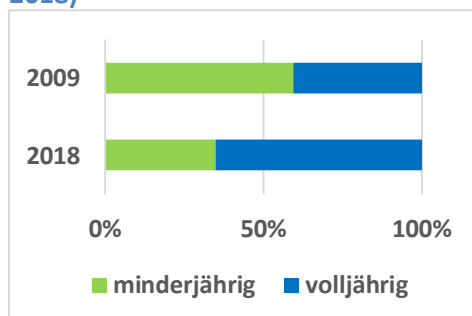


Tabelle 4¹: Anteil minderjähriger bzw. volljähriger Haushaltsmitglieder (2009 : 2018)

		2009	2018	Veränd.
minder-jährig	Anzahl	97	51	
	Anteil	59,5%	34,7%	-41,7%
volljährig	Anzahl	66	96	
	Anteil	40,5%	65,3%	61,3%
gesamt	Anzahl	163	147	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Diese Tendenz wird verstärkt durch das insgesamt höhere Alter der Haushaltsmitglieder bei der zweiten Erhebung 2018. So bildeten bei der ersten Erhebung 2009 die Zehn- bis unter 14-jährigen mit 27,8% die größte Gruppe bei den minderjährigen Haushaltsmitgliedern, gefolgt von den 14- bis unter

¹ In der Tabelle wird in der Zeile „gesamt“ ausgewiesen, welche Anzahl 100,0% der minderjährigen bzw. volljährigen Haushaltsmitglieder ausmacht. Die Prozentzahlen der Anteile (in der Spalte über den 100,0%) zu den anderen Angaben sind nach der ersten Nachkommaziffer gerundet. Eine Addition der gerundeten Zahlen ergibt (logischerweise) in der Regel nicht immer exakt 100,0%. Eine Addition der Anzahl der Befragten ergibt jedoch exakt die Anzahl die 100,0% entspricht. In dieser Weise sind alle Tabellen mit entsprechenden Prozentangaben in diesem Bericht gestaltet.

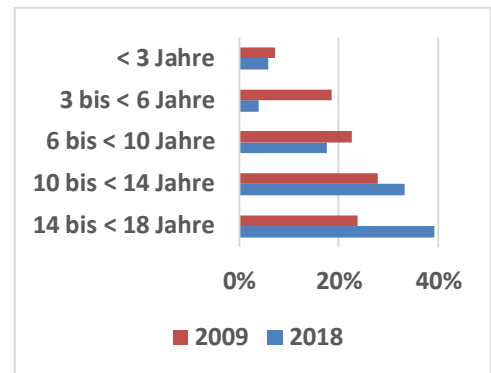


18-jährigen und den Sechs- bis unter Zehnjährigen. Neun Jahre später dominieren die 14- bis 18-jährigen mit 39,2% der minderjährigen Haushaltsmitglieder, gefolgt von den Zehn- bis 14-jährigen und den Sechs- bis Zehnjährigen.

Tabelle 5: Alter der minderjährigen Haushaltsmitglieder (2009 und 2018)

	2009		2018		Veränd.
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
< 3 Jahre	7	7,2%	3	5,9%	-18,1%
3 Jahre bis < 6 Jahre	18	18,6%	2	3,9%	-79,0%
6 Jahre bis < 10 Jahre	22	22,7%	9	17,7%	-22,0%
10 Jahre bis < 14 Jahre	27	27,8%	17	33,3%	19,8%
14 Jahre bis < 18 Jahre	23	23,7%	20	39,2%	65,4%
gesamt	97	100,0%	51	100,0%	

Abbildung 4: Alter der minderjährigen Haushaltsmitglieder (2009 und 2018)



Bei den volljährigen Haushaltsmitgliedern war 2009 die Altersgruppe der 28- bis unter 38-jährigen mit einem Anteil von 32,3% am stärksten vertreten, gefolgt von den 38- bis unter 48-jährigen und den 48- bis unter 58-jährigen. Neun Jahre später dominieren die 18- bis unter 28-jährigen mit 28,1% der volljährigen Haushaltsmitglieder, gefolgt von den 48- bis unter 58-jährigen und den 38- bis unter 48-jährigen.

Abbildung 5: Alter der volljährigen Haushaltsmitglieder (2009 und 2018)

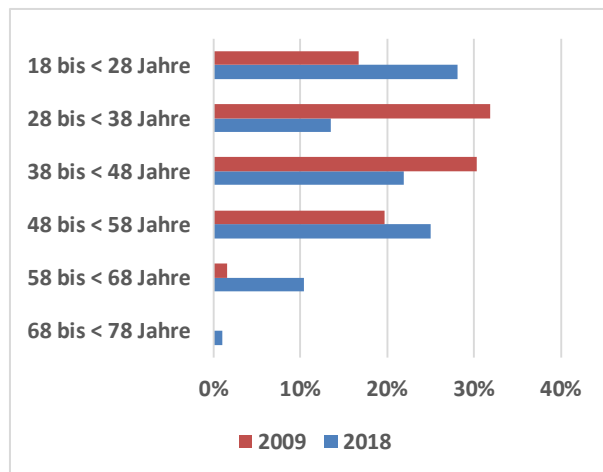


Tabelle 6: Alter der volljährigen Haushaltsmitglieder (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
		Anzahl	11	
18 bis < 28 Jahre	Anteil	16,7%	28,1%	68,8%
28 bis < 38 Jahre	Anzahl	21	13	
	Anteil	31,8%	13,5%	-57,4%
38 bis < 48 Jahre	Anzahl	20	21	
	Anteil	30,3%	21,9%	-27,8%
48 bis < 58 Jahre	Anzahl	13	24	
	Anteil	19,7%	25,0%	26,9%
58 bis < 68 Jahre	Anzahl	1	10	
	Anteil	1,5%	10,4%	587,5%
68 bis < 78 Jahre	Anzahl	0	1	
	Anteil	0,0%	1,0%	
gesamt	Anzahl	66	96	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Der Vergleich des Geschlechterverhältnisses auf der Elternebene (Mutter/Vater/Partner_in) lässt eine tendenzielle Abnahme der weiblichen (11,2%) und eine Zunahme der männlichen Haushaltsmitglieder (43,7%) erkennen. Insgesamt ist der Anteil der Personen auf der Elternebene von 59 auf 65 gewachsen. Eine Erklärung dafür könnten neue männliche Partner der Alleinerziehenden sein.



Abbildung 6: Verteilung der Geschlechter bei Haushaltsmitgliedern mit (Stief-)Elternrolle (2009 und 2018)

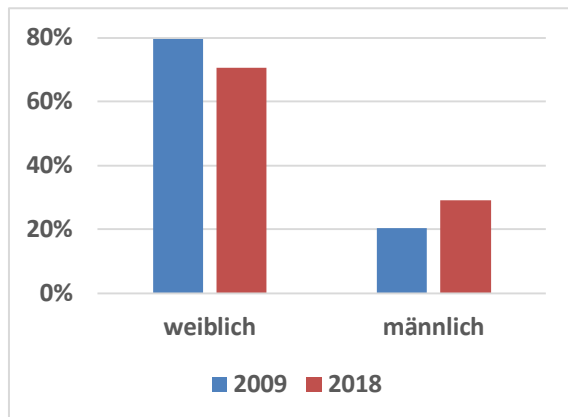


Tabelle 7: Verteilung der Geschlechter bei Haushaltsmitgliedern mit (Stief-)Elternrolle (2009 und 2018)

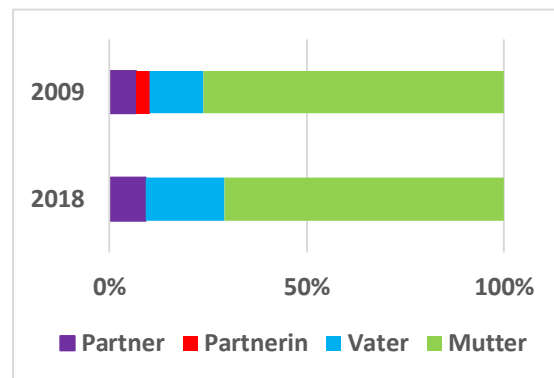
		2009	2018	Veränd.
weiblich	Anzahl	47	46	-1
	Anteil	79,7%	70,8%	-11,2%
männlich	Anzahl	12	19	7
	Anteil	20,3%	29,2%	43,7%
gesamt	Anzahl	59	65	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Die nähere Betrachtung der Rollenverteilung auf der Elternebene unterstützt diese These. So hat der Anteil der Väter/Partner im Laufe der letzten neun Jahre zugenommen ($n = 7$), während der Anteil der Mütter/Partner_innen geringfügig abgenommen hat ($n = 1$).

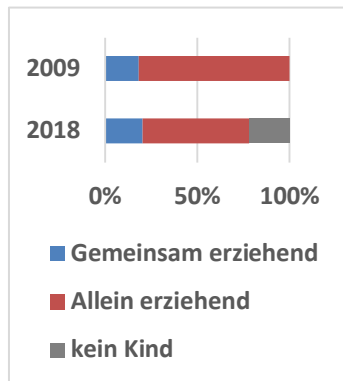
Tabelle 8: Verteilung der Rollen auf der Elternebene

		2009	2018	Veränd.
Mutter	Anzahl	45	46	
	Anteil	76,3%	70,8%	-7,2%
Vater	Anzahl	8	13	
	Anteil	13,6%	20,0%	47,5%
Partnerin	Anzahl	2	0	
	Anteil	3,4%	0,0%	-100,0%
Partner	Anzahl	4	6	
	Anteil	6,8%	9,2%	36,2%
gesamt	Anzahl	59	65	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Abbildung 7: Verteilung der Rollen auf der Elternebene

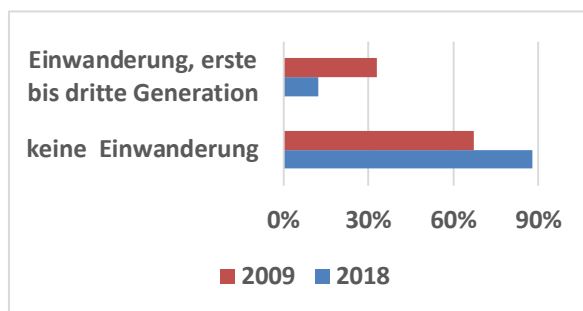


In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage nach dem jeweiligen Haushaltstyp – gemeinsam oder alleinerziehend – gestellt. 2009 lebten in allen Haushalten Kinder, da dies ein Merkmal war, das die Stichprobe definierte. 41 der 50 befragten Haushalte waren damals alleinerziehend und nur neun gemeinsam erziehend gewesen, was einem Verhältnis von 82,0% zu 18,0% entspricht. Die Quote der Alleinerziehenden ist in den letzten neun Jahren auf 74,4% gesunken und die der Gemeinsamerziehenden auf 25,6% gestiegen.

Abbildung 8: Familientyp (2009 und 2018)

Tabelle 9: Familientyp (2009 und 2018)

	2009			2018			
	Gemein. erziehend	Allein-erziehend	gesamt (gültig)	Gemein. erziehend	Allein-erziehend	kein Kind	gesamt (gültig)
gültige Anzahl	9	41	50	10	29		39
gültiger Anteil	18,0%	82,0%	100,0%	25,6%	74,4%		100,0%
Anzahl	9	41	50	10	29	11	50
Anteil	18,0%	82,0%	100,0%	20,0%	58,0%	22,0%	100,0%

Schließlich wurden die Haushalte nach dem Vorliegen eines Migrationshintergrundes gefragt, und zwar mit Blick auf die eigene Einwanderung sowie auf die Einwanderung der Eltern- oder Großeltern-generation. Beim Vergleich der Daten aus der ersten und zweiten Erhebung wurde auf die jeweils gesamte Stichprobe von 311 bzw. 50 Haushalten zurückgegriffen, um den Unterschied bei der Veränderung der Stichproben darzustellen. Dabei zeigte sich, dass der Anteil an Haushalten mit Migrationshintergrund in der ersten Befragungswelle noch 32,8% ausmachte. Von den Befragten zum zweiten Zeitpunkt hatten nur 12,2% einen Migrationshintergrund. Da nur sechs Befragte Migrationshintergründe haben, wird auf eine migrationspezifische Auswertung der Ergebnisse verzichtet. Die Befunde könnten keinen Anspruch darauf haben, die Situation in statistisch gültiger Weise abzubilden. Bei den Fragen, die einen Zusammenhang mit dem Merkmal „Migrationshintergrund“ nahelegen, wird punktuell darauf Bezug genommen.

Abbildung 9: Migrationshintergrund, bezogen auf die jeweilige Stichprobe (2009 und 2018)

Tabelle 10: Migrationshintergrund, bezogen auf die jeweilige Stichprobe (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
Einwanderung, erste bis dritte Generation	Anzahl	98	6	
	Anteil	32,8%	12,2%	-62,6%
keine Einwanderung	Anzahl	201	43	
	Anteil	67,2%	87,8%	30,5%
gesamt	Anzahl	299	49	
	Anteil	100,0%	100,0%	



2.2 Bildung und Berufe der Elterngeneration

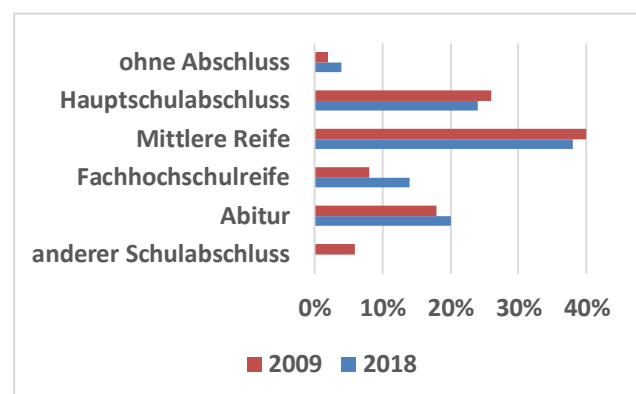
Bei der ersten Befragung 2009 war die jeweils interviewte Person nach ihrem höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss gefragt worden, dann nach ihrem höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss und schließlich nach ihrer Berufserfahrung im erlernten Beruf. Auch 2018 wurden dieselben drei Fragen gestellt und anschließend in Bezug auf die jeweilige Partnerin/den jeweiligen Partner wiederholt. Auf diese Weise konnte auch in den Fällen, in denen nicht dasselbe Haushaltsmitglied beide Interviews gegeben hatte, die konkrete Zuordnung der Personen bei der Auswertung sichergestellt werden.

Beim Vergleich der allgemeinbildenden Schulabschlüsse ergaben sich erwartungsgemäß nur geringe Unterschiede zwischen den beiden Erhebungen. Nach wie vor dominiert die Mittlere Reife, gefolgt vom Hauptschulabschluss. In vier Fällen ist es den Befragten während der letzten neun Jahre gelungen, einen höheren schulischen Abschluss zu erwerben: in drei Fällen die Fachhochschulreife und in einem Fall das Abitur.

Tabelle 11: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (interviewte Person oder Partner_in, 2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
ohne Abschluss	Anzahl	1	2	
	Anteil	2,0%	4,0%	100,0%
Hauptschulabschluss	Anzahl	13	12	
	Anteil	26,0%	24,0%	-7,7%
Mittlere Reife	Anzahl	20	19	
	Anteil	40,0%	38,0%	-5,0%
Fachhochschulreife	Anzahl	4	7	3
	Anteil	8,0%	14,0%	75,0%
Abitur	Anzahl	9	10	
	Anteil	18,0%	20,0%	11,1%
anderer Schulabschluss	Anzahl	3	0	
	Anteil	6,0%	0,0%	-100,0%
gesamt	Anzahl	50	50	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Abbildung 10: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (interviewte Person oder Partner_in, 2009 und 2018)



Bei den beruflichen Bildungsabschlüssen zeigt der Vergleich der Antworten aus 2009 und aus 2018, dass drei Befragte einen Fachschulabschluss und zwei Befragte einen Hochschulabschluss erworben haben. Ferner geben drei Befragte an, inzwischen noch andere Ausbildungsabschlüsse erworben zu haben. Noch in Ausbildung oder ohne begonnene Ausbildung waren sieben Personen im Jahr 2009; dagegen waren es 2018 noch zwei Personen. Ohne beruflichen oder Hochschulabschluss waren zum Zeitpunkt der ersten Erhebung 2009 zehn Befragte; 2018 waren es noch fünf Befragte. In diesem Sinne stellt sich das Qualifikationsprofil der Befragten 2018 moderat günstiger dar als 2009. Anders formuliert lassen sich für 16% der Befragten erfolgreiche beruflich oder akademisch bezogene Qualifikationsbemühungen im Laufe der letzten neun Jahre konstatieren.



Abbildung 11: Höchster beruflicher Bildungs- oder Hochschulabschluss (interviewte Person oder Partner_in, 2009 und 2018)

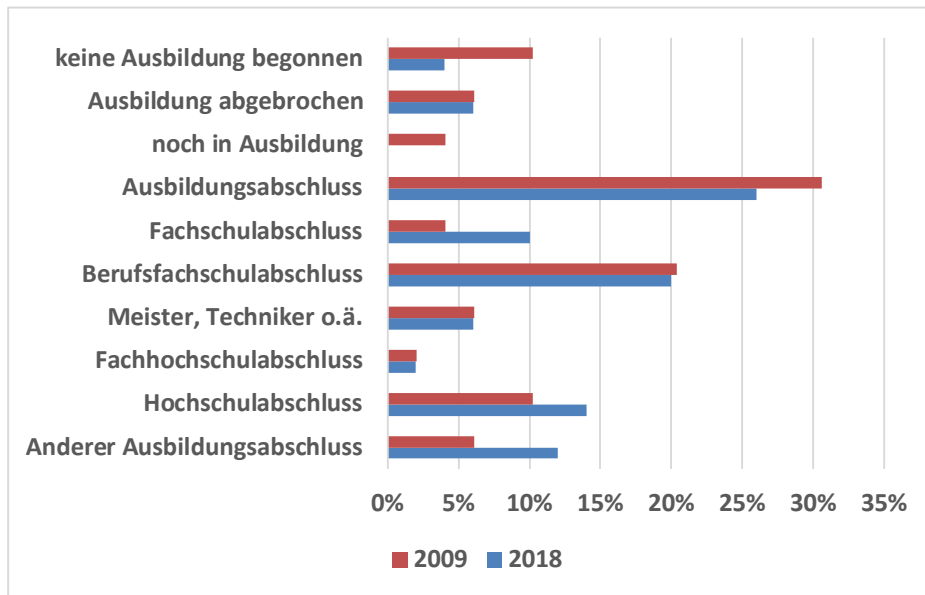


Tabelle 12: Höchster beruflicher Bildungs- oder Hochschulabschluss (interviewte Person oder Partner_in, 2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
keine Ausbildung begonnen	Anzahl	5	2	
	Anteil	10,2%	4,0%	-60,8%
Ausbildung abgebrochen	Anzahl	3	3	
	Anteil	6,1%	6,0%	-2,0%
noch in Ausbildung	Anzahl	2	0	
	Anteil	4,1%	0,0%	-100,0%
Ausbildungsabschluss (gewerblich, technisch)	Anzahl	15	13	
	Anteil	30,6%	26,0%	-15,1%
Fachschulabschluss	Anzahl	2	5	
	Anteil	4,1%	10,0%	145,0%
Berufsfachschulabschluss	Anzahl	10	10	
	Anteil	20,4%	20,0%	-2,0%
Meister, Techniker o.ä.	Anzahl	3	3	
	Anteil	6,1%	6,0%	-2,0%
Fachhochschulabschluss	Anzahl	1	1	
	Anteil	2,0%	2,0%	-2,0%
Hochschulabschluss	Anzahl	5	7	
	Anteil	10,2%	14,0%	37,2%
Anderer Ausbildungsabschluss	Anzahl	3	6	
	Anteil	6,1%	12,0%	96,0%
gesamt	Anzahl	49	50	
	Anteil	100,0%	100,0%	



Bei der Frage nach Berufserfahrung im erlernten Beruf zeigt sich ein Zuwachs der bejahenden Antworten um 14,7%. So gaben 77,5% der Befragten im Jahr 2009 an, bereits Erfahrung im erlernten Beruf zu haben. 2018 ist der Anteil auf 88,9% gestiegen.

Abbildung 12: Berufserfahrung im erlernten Beruf (nur bei beruflichem Ausbildungsabschluss, 2009 und 2018)

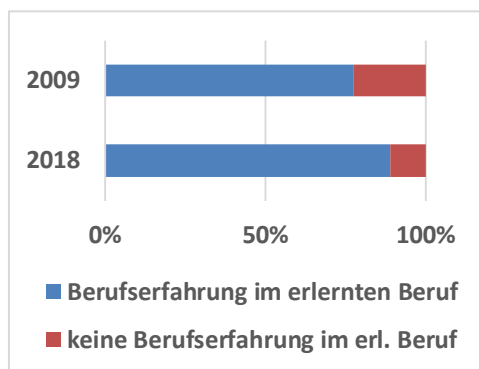


Tabelle 13: Berufserfahrung im erlernten Beruf (nur bei beruflichem Ausbildungsabschluss, 2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
keine Berufserfahrung im erl. Beruf	Anzahl	9	5	
	Anteil	22,5%	11,1%	-50,6%
Berufserfahrung im erlernten Beruf	Anzahl	31	40	
	Anteil	77,5%	88,9%	14,7%
gesamt	Anzahl	40	45	
	Anteil	100,0%	100,0%	



2.3 Schule und Betreuung der Kinder

Sowohl 2009 als auch 2018 wurden verschiedene Fragen nach Schule und Betreuung gestellt, wobei diese sich jeweils nur auf die minderjährigen Kinder bezogen. Dabei wurde nach Vorschulkindern einerseits und Schulkindern andererseits differenziert.

Wie bereits oben dargestellt, geht es also um 96 bzw. 50 minderjährige Kinder bei den Erhebungen 2009 bzw. 2018. Dabei war 2009 ein Anteil von 29,2% dieser Kinder noch nicht eingeschult; 2018 betrug der Anteil nur noch 10,2%. Gleichzeitig ist der Anteil der Schulkinder von 70,8% im Jahr 2009 auf 83,7% im Jahr 2018 gestiegen.

Abbildung 13: Schulbesuch (minderjährige Kinder, 2009 und 2018)

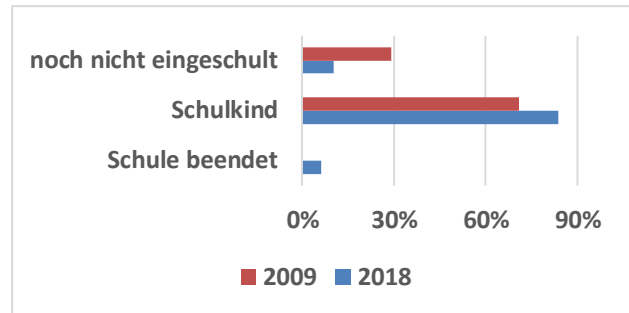


Tabelle 14: Schulbesuch (minderjährige Kinder, 2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
noch nicht eingeschult	Anzahl	28	5	
	Anteil	29,2%	10,2%	-65,0%
Schulkind	Anzahl	68	41	
	Anteil	70,8%	83,7%	18,1%
Schule beendet	Anzahl	0	3	3
	Anteil	0,0%	6,1%	
Gesamt	Anzahl	96	49	
	Anteil	100,0%	100,0%	
ohne Angaben	Anzahl	0	1	
mj. Kinder gesamt	Anzahl	96	50	

2009 wurde bei keinem der minderjährigen Kinder das Ende der Schulzeit angegeben; demgegenüber waren es drei Kinder im Jahr 2018.

Im nächsten Schritt wurden die Haushalte jeweils nach der Art der Schule befragt, die ihre Kinder besuchten. 2009 wurden Angaben zu 63 der 68 Schulkinder gemacht. Davon besuchten 22 die Grundschule. Diese wurden in der folgenden Darstellung nicht berücksichtigt, sodass Angaben zu 41 minderjährigen Schüler_innen an weiterführenden Schulen verbleiben. 2018 wurden Angaben zu allen 41 minderjährigen Schulkindern gemacht. Acht von ihnen besuchten die Grundschule; die folgende Darstellung basiert daher auf den Angaben zu den 33 minderjährigen Schüler_innen an weiterführenden Schulen.



Abbildung 14: Besuchte Schulen (minderjährige Kinder, ohne Grundschulen, 2009 und 2018)

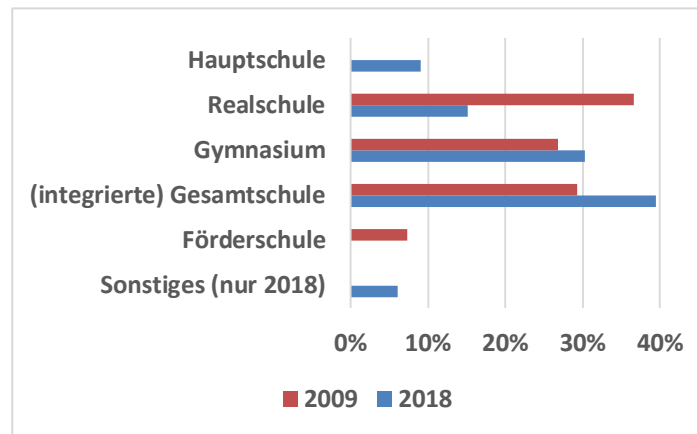
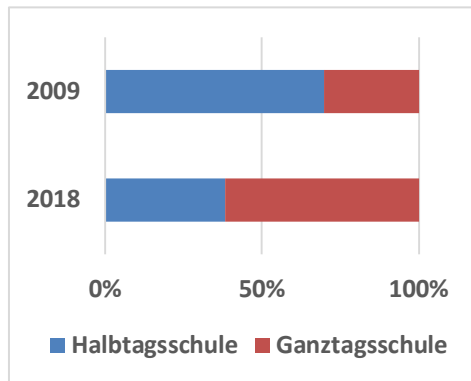


Tabelle 15: Besuchte Schulen (minderjährige Kinder, ohne Grundschulen, 2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
Hauptschule	Anzahl	0	3	
	Anteil	0,0%	9,1%	100,0%
Realschule	Anzahl	15	5	
	Anteil	36,6%	15,2%	-58,6%
Gymnasium	Anzahl	11	10	
	Anteil	26,8%	30,3%	12,9%
(integrierte) Gesamtschule	Anzahl	12	13	1
	Anteil	29,3%	39,4%	34,6%
Förderschule	Anzahl	3	0	
	Anteil	7,3%	0,0%	-100,0%
Sonstiges (nur T2)	Anzahl	0	2	2
	Anteil	0,0%	6,1%	
gesamt	Anzahl	41	33	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Beim Vergleich der Daten fällt der Befund auf, dass die Anteile des Gymnasialbesuchs zu beiden Erhebungen vom erwartbaren Durchschnitt in Niedersachsen nur geringfügig abweichen (vgl. Niedersächsisches Kultusministerium 2018), insbesondere wenn man davon ausgeht, dass in dem hohen (und auch im Vergleich zu Niedersachsen insgesamt hohen) Anteil „integrierte Gesamtschule“ einige Schüler_innen erwartbar sind, die das Abitur anstreben. Von einer Bildungsferne in den Familien in Armutslagen kann insofern nicht die Rede sein.

Die Haushalte, in denen minderjährige Schulkinder leben, wurden außerdem gefragt, ob ihre Kinder jeweils Halbtags- oder Ganztagsschulen besuchen. 2009 wurde diese Frage in Bezug auf 68 minderjährige Schulkinder gestellt und 64 Mal beantwortet; 2018 waren es 41 Schulkinder und 34 Antworten. Bei der Auswertung zeigte sich, dass die Halbtagschule 2009 in Bezug auf von 69,8% der Schüler_innen genannt wurde; dieser Anteil ist im Laufe von neun Jahren auf 38,2% gesunken. Umgekehrt wurde die Ganztagschule 2009 in Bezug auf 30,2% der Schüler_innen genannt, während der Anteil 2018 auf 61,8% gestiegen ist. Auch der Anteil von Kindern, die von Ganztagsangeboten Gebrauch machen, ist demnach bei den Befragten alles andere als unterproportional. Die von uns befragten Personen haben insofern öffentlich bereitgestellte Bildungs- und Betreuungsangebote rege genutzt.

**Abbildung 15: Halbtags- oder Ganztagschule (2009 und 2018)****Tabelle 16: Halbtags- oder Ganztagschule (2009 und 2018)**

		2009	2018	Veränd.
Halbtagsschule	Anzahl	44	13	
	Anteil	69,8%	38,2%	-45,2%
Ganztagschule	Anzahl	19	21	
	Anteil	30,2%	61,8%	104,5%
gesamt	Anzahl	63	34	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Die Haushalte mit minderjährigen Schulkindern wurden ferner bei beiden Erhebungen gefragt, ob sie während der letzten zwölf Monate an einem Elternsprechtag teilgenommen hätten. 2009 wurde die Frage in Bezug auf 64 von 68 und 2018 für alle 41 minderjährigen Schulkinder beantwortet.

Tabelle 17: Teilnahme an Elternsprechtag für minderjährige Schulkinder in den letzten zwölf Monaten (2009 und 2018)

	2009		2018	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
nein	3	4,7%	5	12,2%
ja	59	92,2%	33	80,5%
kein Angebot vorhanden	2	3,1%	3	7,3%
gesamt	64	100,0%	41	100,0%

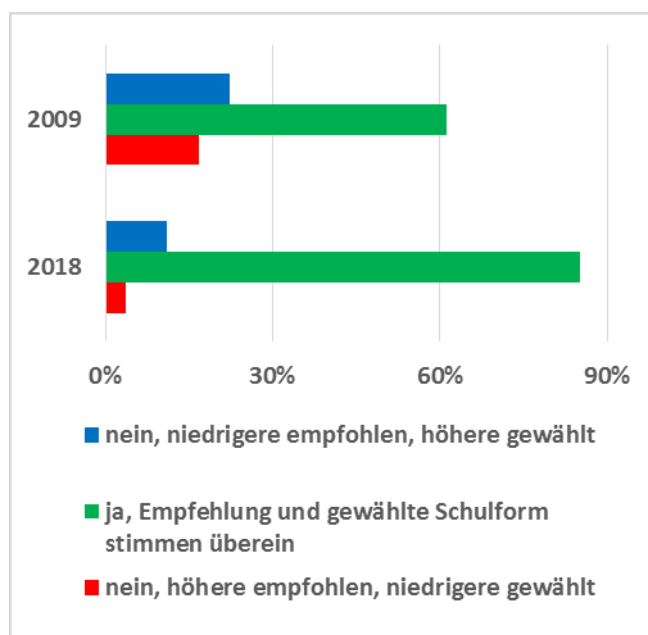
Bei der Auswertung zeigte sich, dass zu beiden Erhebungszeitpunkten ein sehr hoher Anteil der Haushalte von der Teilnahme an Elternsprechtagen berichtete. So bejahte 2009 ein Anteil von 92,2% und 2018 ein Anteil von 80,5% die Frage. Der leichte Rückgang im Laufe der letzten neun Jahre könnte im Zusammenhang mit dem durchschnittlich höheren Alter der Schulkinder stehen.

Die Haushalte mit Schulkindern an weiterführenden Schulen wurden sowohl 2009 als auch 2018 gefragt, ob die jeweils besuchte Schule der Grundschulempfehlung entspräche. Dabei war zu beachten, dass sich die Rechtslage zwischen den beiden Befragungszeitpunkten geändert hat: Während die Grundschulempfehlung 2009 in Niedersachsen verbindlich war, gibt es inzwischen nur noch eine inoffizielle Empfehlung im Beratungsgespräch mit der/dem Klassenlehrer_in.

2009 gab es 46 Schüler_innen an weiterführenden Schulen. Die Frage nach der Beachtung der Grundschulempfehlung wurde für 36 dieser Kinder beantwortet. 2018 gab es 33 Schüler_innen an weiterführenden Schulen. Die Frage nach der Beachtung der Grundschulempfehlung wurde für 27 dieser Kinder beantwortet.



Abbildung 16: Empfohlene und gewählte Schulform im Vergleich (2009 und 2018)



Die Auswertung der gegebenen Antworten ergibt, dass der Anteil der Schüler_innen, bei denen die empfohlene und die gewählte Schulform übereinstimmen, zwischenzeitlich zugenommen hat. So besuchte 2009 ein Anteil von 61,1% der Schüler_innen die Schulform, die ihnen empfohlen worden war, während der Anteil 2018 auf 85,2% gestiegen ist. Der Anteil derer, die eine höhere als die empfohlene Schulform gewählt hatten, ist umgekehrt von 22,2% auf 11,1% der Schüler_innen gesunken. Noch stärker gesunken ist der Anteil derer, die eine niedrigere als die empfohlene Schulform gewählt haben, und zwar von 16,7% auf 3,7%.

Tabelle 18: Empfohlene und gewählte Schulform im Vergleich (2009 und 2018)

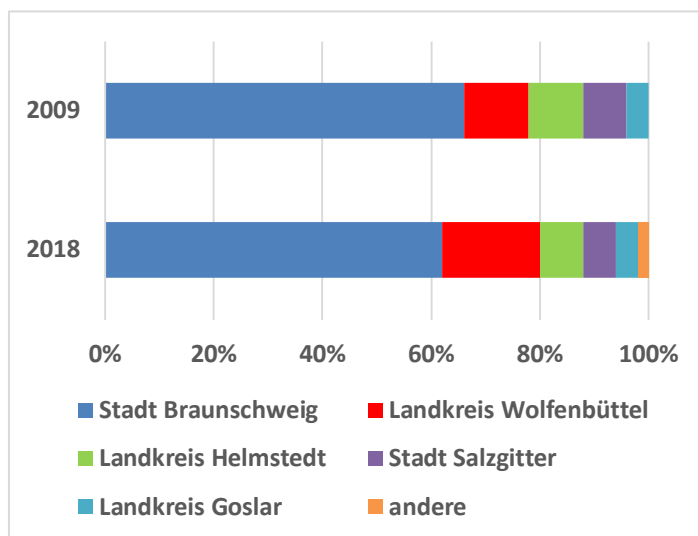
		2009	2018	Veränd.
nein, niedrigere empfohlen, höhere gewählt	Anzahl	8	3	
	Anteil	22,2%	11,1%	-50,0%
ja, Empfehlung und gewählte Schulform stimmen überein	Anzahl	22	23	
	Anteil	61,1%	85,2%	39,4%
nein, höhere empfohlen, niedrigere gewählt	Anzahl	6	1	
	Anteil	16,7%	3,7%	-77,8%
gesamt	Anzahl	36	27	
	Anteil	100,0%	100,0%	



2.4 Wohnen

Bei der ersten Erhebung 2009 wurden Haushalte aus zwei Städten (Braunschweig und Salzgitter) sowie drei Landkreisen (Wolfenbüttel, Helmstedt, Goslar) befragt. 2018 wurde versucht, möglichst viele der damals befragten Haushalte aus allen fünf Orten zu erreichen und für eine zweite Befragung zu gewinnen. Tatsächlich sind auch 2018 alle fünf Orte vertreten. Es zeigt sich aber, dass Befragte, die zum Zeitpunkt der ersten Befragung in Braunschweig lebten, in der Befragung 2018 mit etwa zwei Drittel der Befragten deutlich stärker repräsentiert sind, als die anderen vier Gebietskörperschaften. Es wird im weiteren Verlauf auf eine Differenzierung der Befragten nach Wohnort verzichtet. Die Anzahl der Befragten, die nicht in Braunschweig lebten, ist zu gering, um statistisch sinnvolle Aussagen zu machen.

Abbildung 17: Verteilung der Wohnorte (2009 und 2018)



2018 am geringsten repräsentiert ist der Landkreis Goslar mit einem Anteil von 4,0% der Befragten. Gefolgt wird er von der Stadt Salzgitter mit 6,0% und dem Landkreis Helmstedt mit 8,0%. Der Landkreis Wolfenbüttel ist 2018 mit 18,0% vertreten und schließlich die Stadt Braunschweig mit 62,0%.

Der Vergleich zwischen den Angaben bei der ersten Befragung 2009 und der zweiten Befragung 2018 zeigt, dass mehrere Haushalte zwischenzeitlich ortsübergreifend umgezogen sind. So konnte der Landkreis Wolfenbüttel einen leichten Zuwachs von drei Haushalten verbuchen. Eine Familie lebte inzwischen knapp außerhalb des Braunschweiger Landes.

Die Zahl der Haushalte im Landkreis Goslar hat sich nicht verändert. In Bezug auf die Städte Braunschweig und Salzgitter sowie den Landkreis Helmstedt sind jeweils geringfügige Rückgänge zu verzeichnen.

Tabelle 19: Verteilung der Wohnorte (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
Stadt Braunschweig	Anzahl	33	31	
	Anteil	66,0%	62,0%	-6,1%
Landkreis Wolfenbüttel	Anzahl	6	9	
	Anteil	12,0%	18,0%	50,0%
Landkreis Helmstedt	Anzahl	5	4	
	Anteil	10,0%	8,0%	-20,0%
Stadt Salzgitter	Anzahl	4	3	
	Anteil	8,0%	6,0%	-25,0%
Landkreis Goslar	Anzahl	2	2	
	Anteil	4,0%	4,0%	0,0%
andere	Anzahl	0	1	
	Anteil	0,0%	2,0%	100,0%
gesamt	Anzahl	50	50	
	Anteil	100,0%	100,0%	



In der weiteren Auswertung wurden Stadt und Land gegenübergestellt, wobei die Orte Braunschweig und Salzgitter zur Kategorie „Stadt“ zusammengefasst wurden und die Landkreise Goslar, Helmstedt, Wolfenbüttel sowie der außerhalb, im ländlichen Bereich lebende Haushalt zur Kategorie „Land“. Die Auswertung ergab, dass die befragten Haushalte 2009 zu 74,0% in der Stadt lebten und zu 26,0% auf dem Land. In den neun Jahren bis zur zweiten Befragung hat sich dieses Verhältnis geringfügig verändert. Der Anteil der Stadtbewohner ist leicht gesunken auf 68,0%. Der Anteil der Landbewohner ist dementsprechend auf 32,0% gestiegen.

Abbildung 18: Verteilung der Wohnorte, Stadt vs. Land (2009 bis 2018)

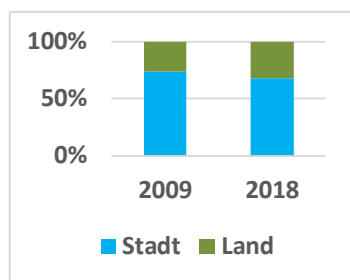


Tabelle 20: Verteilung der Wohnorte, Stadt vs. Land (2009 bis 2018)

		2009	2018	Veränd.
Stadt	Anzahl	37	34	
	Anteil	74,0%	68,0%	-8,1%
Land	Anzahl	13	16	
	Anteil	26,0%	32,0%	23,1%
gesamt	Anzahl	50	50	

Zwischen den Befragten, die zum ersten Befragungszeitpunkt in einem städtischen oder einem ländlichen Gebiet wohnten, findet sich mit Blick auf die Veränderung der Qualität der Lebenssituation kein Unterschied. Die Daten zur Veränderung der Lebensqualität sind in vielen Dimensionen fast bis auf die Kommastelle identisch. Dies wird an anderer Stelle des Berichts ausführlich erläutert, aber bereits an dieser Stelle eingeführt, um zu begründen, warum es nicht nur in Bezug auf die Fallzahlen, sondern auch inhaltlich sinnvoll ist, auf einen generellen Stadt-Land-Vergleich zu verzichten. Unterschiede finden sich zum Teil in der konkreten Nutzung von Angeboten der sozialen Infrastruktur, da es einige Angebote (z.B. Bahnstammmission) nur an bestimmten Orten gibt. An den wenigen Stellen, wo sich substantielle Stadt-Land-Unterschiede finden, werden diese aufgeführt.

2018 wurden die Haushalte nach der Anzahl der Umzüge seit der ersten Erhebung 2009 befragt. Nur 31 der befragten Haushalte gaben an, am selben Wohnort geblieben zu sein, während 19 Haushalte angaben, die Wohnung gewechselt zu haben. Dies entspricht einer Quote von 62,0% in derselben Wohnung gebliebenen zu 38,0% (zum Teil mehrmals) umgezogenen Haushalten.

Abbildung 19: Anzahl der Umzüge zwischen 2009 und 2018

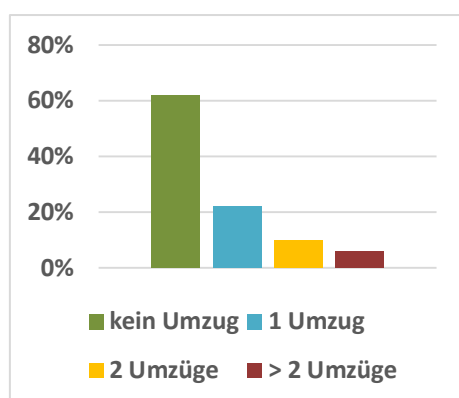


Tabelle 21: Anzahl der Umzüge zwischen 2009 und 2018

		2009 - 2018
kein Umzug	Anzahl	31
	Anteil	62,0%
ein Umzug	Anzahl	11
	Anteil	22,0%
zwei Umzüge	Anzahl	5
	Anteil	10,0%
mehr als zwei Umzüge	Anzahl	3
	Anteil	6,0%
gesamt	Anzahl	50



Gleichzeitig wurden die Gründe für die Umzüge zwischen 2009 und 2018 abgefragt, wobei die verschiedenen Antwortkategorien sowohl sachliche als auch soziale, insbesondere familiäre, berufliche und finanzielle Gründe umfassten. Die im Folgenden dargestellten Antworten bilden nur einen Teil des möglichen Spektrums ab, da einige Antwortkategorien gar nicht gewählt wurden. Insbesondere „alte Wohnung war zu groß“, „Kündigung der alten Wohnung durch Vermieter“ und „ich wurde vom Amt zum Umzug gedrängt“ wurde von keiner befragten Person als Umzugsgrund angegeben.

Abbildung 20: Gründe für Umzüge zwischen 2009 und 2018

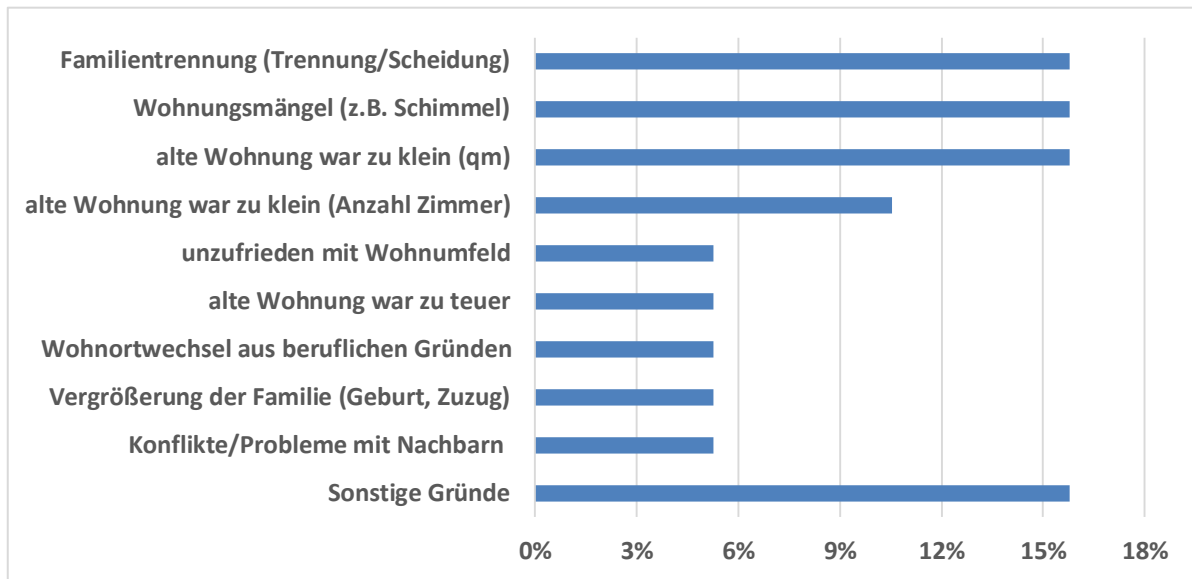


Tabelle 22: Gründe für Umzüge zwischen 2009 und 2018

	Anteil	Anzahl
Familientrennung (Trennung/Scheidung)	15,8%	3
Wohnungsmängel (Schimmel) in der alten Wohnung	15,8%	3
alte Wohnung war zu klein, zu enge Wohnverhältnisse (qm)	15,8%	3
alte Wohnung war zu klein, zu enge Wohnverhältnisse (Anzahl Zimmer)	10,5%	2
unzufrieden mit Wohnumfeld der alten Wohnung	5,3%	1
alte Wohnung war zu teuer	5,3%	1
Wohnortwechsel aus beruflichen Gründen	5,3%	1
Vergrößerung der Familie (Geburt, Zuzug, Familienzusammenführung)	5,3%	1
Konflikte/Probleme mit Nachbar_innen	5,3%	1
Sonstige Gründe	15,8%	3
umgezogen	100,0%	19
nicht umgezogen		31
Gesamt		50



Die umgezogenen Haushalte wurden nach der Qualität der neuen im Vergleich zur alten Wohnung befragt. Dabei ergab die Auswertung ein eindeutig positives Bild. So gab nur eine Person an, sich mit der neuen Wohnung verschlechtert zu haben, während insgesamt 14 Personen (73,7%), von einer Verbesserung berichteten. Vier Befragte bewerteten ihre neue Wohnung als gleichwertig.

Abbildung 21: Empfundene Veränderung der Wohnungsqualität durch Umzug zwischen 2009 und 2018

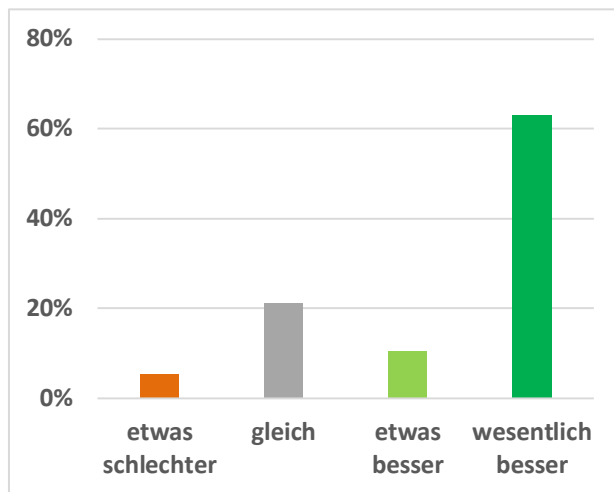


Tabelle 23: Empfundene Veränderung der Wohnungsqualität durch Umzug zwischen 2009 und 2018

	Anteil	Anzahl
etwas schlechter	5,3%	1
gleich	21,1%	4
etwas besser	10,5%	2
wesentlich besser	63,2%	12
umgezogen	100,0%	19
nicht umgezogen		31
gesamt		50

Dem entspricht auch die weiter gestiegene und insgesamt beachtlich hohe Bereitschaft, sowohl in die aktuelle Wohnung als auch dasselbe Haus, in dem diese liegt, und insbesondere das Wohngebiet erneut zu ziehen. So ist der Anteil der Befragten, die wieder dieselbe Wohnung wählen würden, von 66,7% auf 85,1% gestiegen. Auch die Bereitschaft, noch einmal in dasselbe Haus zu ziehen, hat zugenommen: von 76,3% auf ebenfalls 85,1%. In Bezug auf das jeweilige Wohngebiet ist der Wert sogar von 80,5% auf 90,9% gestiegen. Diese Ergebnisse deuten auf eine starke Bindung an das jeweilige Wohngebiet sowie eine auch langfristig hohe Wohnzufriedenheit hin.

Abbildung 22: Bereitschaft, wieder in dasselbe Wohngebiet/dasselbe Haus/dieselbe Wohnung zu ziehen (2009 und 2018)

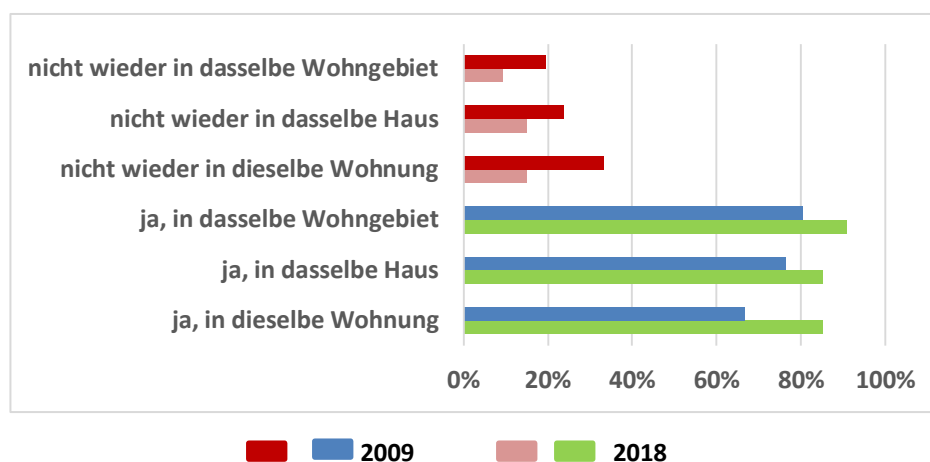




Tabelle 24: Bereitschaft, wieder in dasselbe Wohngebiet/dasselbe Haus/dieselbe Wohnung zu ziehen (Veränderungen von 2009 bis 2018)

Würden Sie noch mal ziehen in ...		2009		2018	
		Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
... dasselbe Wohngebiet?	nein	19,5%	8	9,1%	4
	ja	80,5%	33	90,9%	40
	gesamt	100,0%	41	100,0%	44
... dasselbe Haus?	nein	23,7%	9	14,9%	7
	ja	76,3%	29	85,1%	40
	gesamt	100,0%	38	100,0%	47
... dieselbe Wohnung?	nein	33,3%	14	14,9%	7
	ja	66,7%	28	85,1%	40
	gesamt	100,0%	42	100,0%	47

Der Vergleich der Wohnverhältnisse – Mietwohnung oder Miethaus, Eigentumswohnung oder Eigenheim – zu den beiden Befragungszeitpunkten ergab ein eindeutig positives Bild. So zeigte sich ein durchgehender Trend sowohl von der Wohnung zum Haus als auch vom Mietobjekt zur eigenen Wohnimmobilie.

Abbildung 23: Wohnverhältnisse (2009 und 2018)

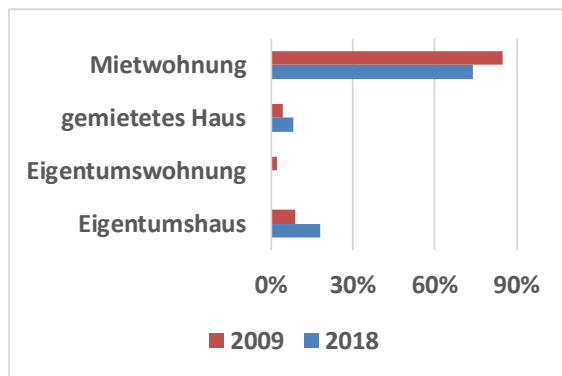


Tabelle 25: Wohnverhältnisse (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
Mietwohnung	Anzahl	39	37	
	Anteil	84,8%	74,0%	-12,7%
gemietetes Haus	Anzahl	2	4	
	Anteil	4,3%	8,0%	84,0%
Eigentumswohnung	Anzahl	1	0	-1
	Anteil	2,2%	0,0%	-100,0%
eigenes Haus	Anzahl	4	9	
	Anteil	8,7%	18,0%	107,0%
gesamt	Anzahl	46	50	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass fast 15% der befragten Haushalte ihr Wohnverhältnis entweder von der Wohnung zum Haus oder vom Mietobjekt zum Eigenheim verändert haben. Dagegen ist die umgekehrte Veränderung – z.B. Verlust des Eigenheims oder Umzug vom Haus in eine Wohnung – in keinem Fall angegeben worden.



Die Haushalte wurden außerdem 2009 und 2018 zur Höhe der Wohnkosten (Warmmiete inkl. aller Neben- und Heizkosten) und zu ihrem Haushaltseinkommen befragt, sodass der jeweilige Wohnkostenanteil berechnet werden konnte.

Abbildung 24: Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen, Median (2009 und 2018)

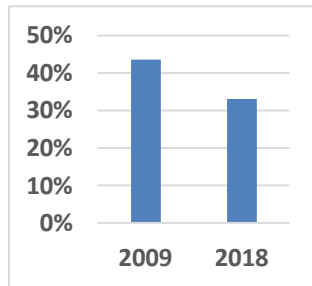


Tabelle 26: Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen, Median (2009 und 2018)

	Median
2009	43,50%
2018	32,95%

Bei der Auswertung wurden die statistischen Mittelwerte (Median) zu den Daten aus 2009 und 2018 gebildet und ins Verhältnis gesetzt. Dabei zeigte sich ein Rückgang der Medianwerte von 43,50% bei der Erhebung 2009 zu 32,95% bei der Erhebung 2018.

Da die Anzahl der Haushaltsmitglieder erheblich variiert (2009: n = 2 bis 7 und 2018: n = 1 bis 6), wurden die Wohnkosten pro Haushaltsmitglied errechnet, um die Belastung der Haushalte besser vergleichbar zu machen. Ferner wurden Kategorien gebildet.

Abbildung 25: Wohnkosten pro Person (2009 und 2018, kategorisiert, 2009: verbraucherpreisbereinigt)

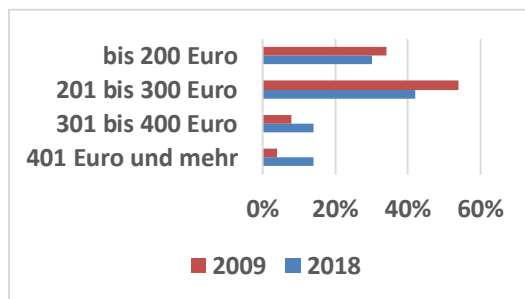


Tabelle 27: Wohnkosten pro Person (2009 und 2018, kategorisiert, 2009: verbraucherpreisbereinigt)

		2009	2018	Veränd.
bis 200 Euro	Anzahl	17	15	
	Anteil	34,0%	30,0%	-11,8%
201 bis 300 Euro	Anzahl	27	21	
	Anteil	54,0%	42,0%	-22,2%
301 bis 400 Euro	Anzahl	4	7	
	Anteil	8,0%	14,0%	75,0%
401 Euro und mehr	Anzahl	2	7	
	Anteil	4,0%	14,0%	250,0%
gesamt	Anzahl	50	50	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Dabei zeigte sich, dass die Wohnkosten pro Person in den neun Jahren von 2009 bis 2018 tendenziell gestiegen sind. So hatte 2009 ein Anteil von insgesamt 88% der Haushalte Wohnkosten pro Person von maximal 300 Euro (verbraucherpreisbereinigt) angegeben; 2018 betrug der Anteil nur noch 72%. Dagegen hatte 2009 ein Anteil von insgesamt 12% der Haushalte Wohnkosten pro Person von mehr als 300 Euro (verbraucherpreisbereinigt) genannt; bis 2018 hat sich dieser Anteil auf 28% der Haushalte erhöht.

2018 wurden die Haushalte, die SGB II-Leistungen beziehen, außerdem nach der Übernahme der Wohnkosten durch das Jobcenter gefragt. Es handelt sich um zwölf Haushalte, von denen elf die Frage beantworteten. 81,8% die Haushalte bejahen die Übernahme der Kosten durch das Jobcenter. Jeweils drei dieser Haushalte berichten von der vollständigen bzw. von der teilweisen Direktüberweisung an den/die Vermieter_in.



2.5 Einkommen

Die Haushalte wurden nach ihren verschiedenen Arten von Einkommen gefragt. Dabei wurden 2009 und 2018 jeweils dieselben Antwortkategorien vorgegeben und bei der Auswertung gegenübergestellt. Der Vergleich lässt auf mehrere Tendenzen schließen.

So wurden ausnahmslos alle Einkommensarten, die im Zusammenhang mit Kindern stehen (BAföG, Mutterschafts-, Eltern-, Erziehungsgeld, Kinderzuschlag, Kindergeld sowie auch Unterhalt vom Ehegatten, Eltern, Jugendamt) in 2018 seltener genannt als neun Jahre zuvor. Dieser Rückgang erscheint mit Blick auf die geringere Zahl von Kindern in den Haushalten folgerichtig.

Als weitere durchgängige Tendenz zeigen sich einerseits die Zunahme von Erwerbseinkommen (Lohn, Gehalt, Selbstständigkeit sowie Schwarzarbeit) und andererseits der Rückgang von auf Erwerbslosigkeit beruhenden Transferleistungen (ALG II/Sozialgeld und Wohngeld). Hier wirkt sich eine insgesamt zu verzeichnende niedrigere Erwerbslosenquote aus.

Ferner ist der Anteil der Haushalte, die angeben, Erwerbsunfähigkeitsrente zu beziehen, von 2% auf 14% gestiegen.

Abbildung 26: Haushaltseinkommen, Einkommensarten (2009 und 2018)

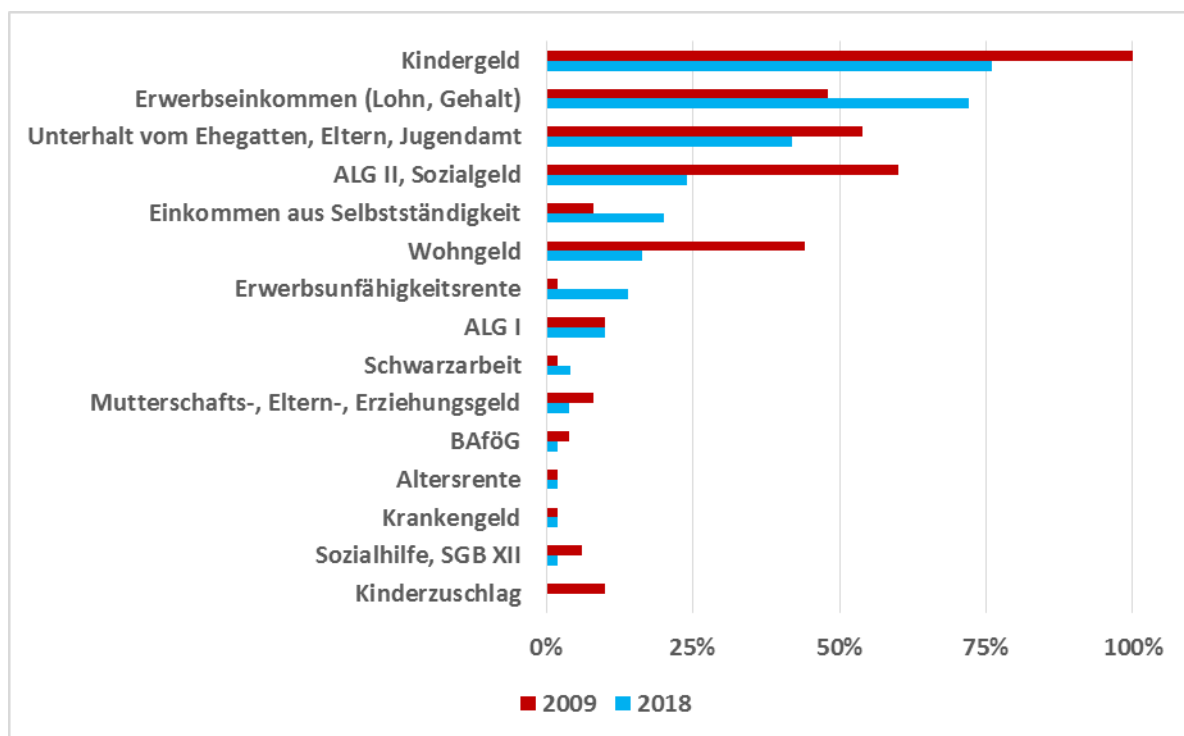




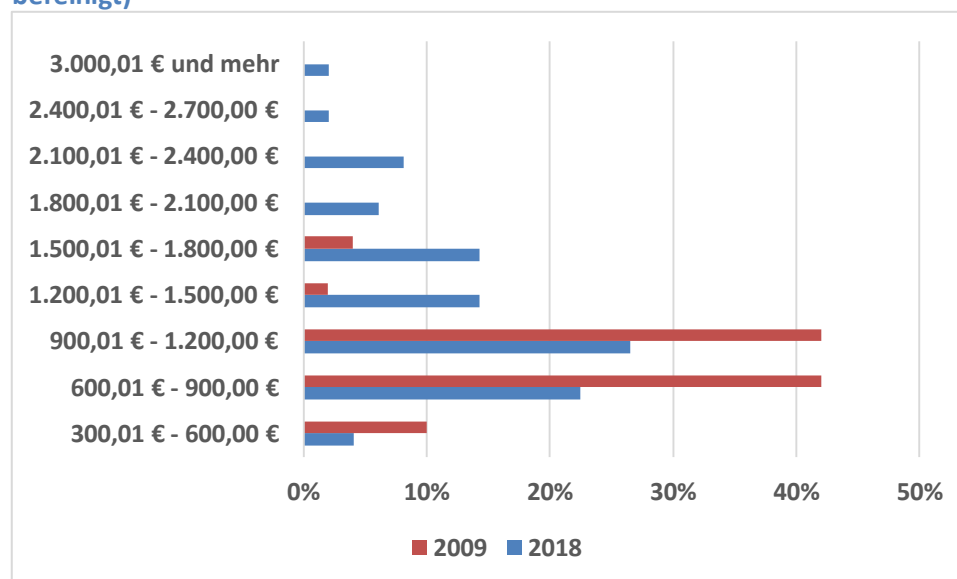
Tabelle 28: Haushaltseinkommen, Einkommensarten (2009 und 2018)

	Anzahl 2009	Anteil 2009	Anzahl 2018	Anteil 2018	Anteil Veränd.
Kindergeld	50	100,0%	38	76,0%	-24,0%
Erwerbseinkommen (Lohn, Gehalt)	24	48,0%	36	72,0%	50,0%
Unterhalt vom Ehegatten, Eltern, Jugendamt	27	54,0%	21	42,0%	-22,2%
ALG II, Sozialgeld	30	60,0%	12	24,0%	-60,0%
Einkommen aus Selbstständigkeit	4	8,0%	10	20,0%	150,0%
Wohngeld	22	44,0%	8	16,3%	-62,9%
Erwerbsunfähigkeitsrente	1	2,0%	7	14,0%	600,0%
ALG I	5	10,0%	5	10,0%	0,0%
Schwarzarbeit	1	2,0%	2	4,1%	104,1%
Mutterschafts-, Eltern-, Erziehungsgeld	4	8,0%	2	4,0%	-50,0%
BAföG	2	4,0%	1	2,0%	-49,0%
Krankengeld	1	2,0%	1	2,0%	0,0%
Altersrente	1	2,0%	1	2,0%	0,0%
Sozialhilfe, SGB XII	3	6,0%	1	2,0%	-66,7%
Kinderzuschlag	5	10,0%	0	0,0%	-100,0%

In diesem Zusammenhang wurde auch nach „sonstigem“ Einkommen im Haushalt gefragt. Die Befragten hatten die Möglichkeit, freie Antworten anzugeben. Dabei waren auch Mehrfachnennungen möglich. Die neun sonstigen Angaben verteilen sich auf folgende Kategorien: Minijob (n = 2), Renten (n = 3; Hinterbliebenenrente, Witwenrente), Pflegegeld (n = 2) und je einmal Ausbildungsvergütung und Mieteinnahmen.

Im Anschluss wurde auch der Geldbetrag erfragt, der den Haushalten insgesamt pro Monat zur Verfügung steht. Um die Vergleichbarkeit herzustellen, wurde jeweils das Nettoäquivalenzeinkommen – also das bedarfsgewichtete mittlere (Median) monatliche Nettoeinkommen – berechnet. Die Beträge aus 2009 wurden verbraucherpreisbereinigt angegeben, um die Vergleichbarkeit herzustellen. Die daraus resultierenden Beträge wurden schließlich zu Kategorien zusammengefasst. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Abbildung 27: Nettoäquivalenzeinkommen (2009 und 2018, verbraucherpreisbereinigt)





Bei der ersten Erhebung war die Stichprobe u.a. dadurch definiert, dass die befragten Haushalte nach eigenen Angaben weniger als 70% des mittleren monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung hatten. Auch bei der zweiten Erhebung wurde nun das jeweils angegebene Nettoäquivalenzeinkommen an dieser 70%-Grenze gemessen. Dabei wurde das mittlere monatliche Nettoäquivalenzeinkommen 2017 als Vergleichswert herangezogen, da der entsprechende statistische Wert für 2018 noch nicht vorlag (vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung 2019). Es stellte sich heraus, dass 79,6% (39) der befragten Haushalte bei der zweiten Erhebung nach wie vor über weniger als 70% des mittleren monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung hatten. 20,4% (10) der Haushalte berichteten von einem höheren Einkommen und hatten die 70%-Grenze hinter sich gelassen.

Tabelle 29: Nettoäquivalenzeinkommen (2009 und 2018, verbraucherpreisbereinigt)

Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die Mehrheit der befragten Haushalte 2009 über geringere finanzielle Mittel verfügte als 2018. So ist zwar der Anteil der Haushalte, die ein Nettoäquivalenzeinkommen von 600 bis 1.200 Euro angeben, von insgesamt 94% auf insgesamt 53% deutlich gesunken. Umgekehrt ist der Anteil der Haushalte, die angeben, über ein Nettoäquivalenzeinkommen von mehr als 1.200 Euro zu verfügen, gestiegen, und zwar von insgesamt 6% auf 47%. Insgesamt ergibt sich in der Gesamtschau eine Erhöhung der verfügbaren finanziellen Mittel.

		2009	2018	Veränd.
3.000,01 € und mehr	Anzahl	0	1	
	Anteil	0,0%	2,0%	100,0%
2.400,01 € - 2.700,00 €	Anzahl	0	1	
	Anteil	0,0%	2,0%	100,0%
2.100,01 € - 2.400,00 €	Anzahl	0	4	
	Anteil	0,0%	8,2%	100,0%
1.800,01 € - 2.100,00 €	Anzahl	0	3	
	Anteil	0,0%	6,1%	100,0%
1.500,01 € - 1.800,00 €	Anzahl	2	7	5
	Anteil	4,0%	14,3%	257,1%
1.200,01 € - 1.500,00 €	Anzahl	1	7	
	Anteil	2,0%	14,3%	614,3%
900,01 € - 1.200,00 €	Anzahl	21	13	
	Anteil	42,0%	26,5%	-36,8%
600,01 € - 900,00 €	Anzahl	21	11	
	Anteil	42,0%	22,4%	-46,6%
300,01 € - 600,00 €	Anzahl	5	2	
	Anteil	10,0%	4,1%	-59,2%
gesamt	Anzahl	50	49	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Dieses Ergebnis korrespondiert mit den Angaben zu Erwerbslosigkeit und Erwerbseinkommen. So ist der Anteil der Haushalte, die von Erwerbslosigkeit berichten, deutlich gesunken. Während 2009 noch 35 (70%) der befragten Haushalte angegeben haben, ALG I oder ALG II zu beziehen, waren es 2018 nur noch 17 (34%) (siehe Tabelle 29). Umgekehrt gab es 2009 nur 28 (56%) Haushalte, die Angaben zu Erwerbseinkommen (Lohn, Gehalt und Einkünfte aus Selbstständigkeit, ohne Schwarzarbeit) machten, während es neun Jahre später 46 (92%) der doppelt befragten Haushalte waren.

Die 2009 bzw. 2018 von Erwerbslosigkeit betroffenen Haushalte wurden jeweils nach hilfreichen/nicht hilfreichen Dingen gefragt, um erwerbstätig sein zu können. Dabei wurden acht Antwortkategorien, die schon 2009 verwendet worden waren, bei der zweiten Befragung 2018 wiederholt. Zwei dieser acht Kategorien wurden 2018 nicht von den Befragten genannt, nämlich „Platz in einer Krippe, Kindertagesstätte, einem Kindergarten“ und „Ganztagsbetreuung in der Schule“. Möglicherweise hat sich die gesetzlich garantierte Vorschulbetreuung ebenso wie die offene Ganztagschule inzwischen



als Standard etabliert; beides könnte daher von den Betroffenen als Selbstverständlichkeit wahrgenommen worden sein.

Die Nennungen hilfreicher/nicht hilfreicher Dinge verteilen sich daher auf sechs Antwortkategorien, von denen sich drei auf Mobilität beziehen und die vorderen Ränge einnehmen. So wurden Auto und Führerschein bei beiden Befragungen zu 100% als hilfreich genannt. Auch zum Item öffentliche Verkehrsmittel gab es ein hohes Maß an Zustimmung (91,7% in 2009 und 100,0% in 2018). Die Antworten deuten darauf hin, dass Mobilität von den betroffenen Erwerbslosen gleichbleibend als ein wesentlicher hilfreicher Faktor zur Rückkehr in die Erwerbstätigkeit gesehen wird.

Tabelle 30: Subjektive Einschätzung der Dinge, die zur Rückkehr in die Erwerbstätigkeit hilfreich sind (2009 und 2018)

		2009		2018	
		hilfreich	nicht hilfreich	hilfreich	nicht hilfreich
Auto	Anzahl	23	0	2	0
	Anteil	100,0%	0,0%	100,0%	0,0%
Führerschein	Anzahl	17	0	1	0
	Anteil	100,0%	0,0%	100,0%	0,0%
Öffentliche Verkehrsmittel	Anzahl	11	1	3	0
	Anteil	91,7%	8,3%	100,0%	0,0%
Schuldnerberatung	Anzahl	7	5	2	0
	Anteil	58,3%	41,7%	100,0%	0,0%
Erweiterte Kinderbetreuungszeiten	Anzahl	16	2	1	0
	Anteil	88,9%	11,1%	100,0%	0,0%
Haushaltshilfe	Anzahl	12	3	0	1
	Anteil	80,0%	20,0%	0,0%	100,0%

Schließlich wurden die von Erwerbslosigkeit betroffenen interviewten Personen gefragt, wie schwierig es für sie wäre, eine geeignete Stelle zu finden. 2018 wurde bei dieser Frage ggf. auch der/die erwerbslose Partner_in eingeschlossen.

Abbildung 28: Grad der Schwierigkeit, eine geeignete Stelle zu finden (2009 und 2018)

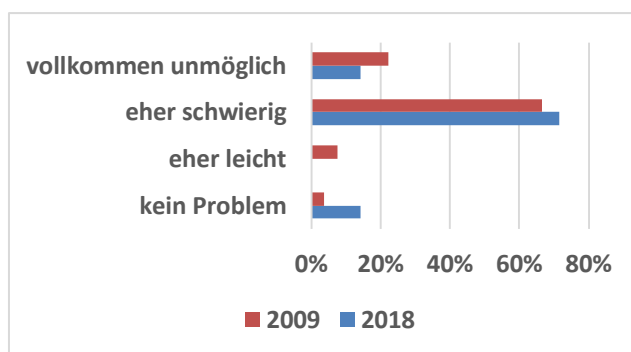


Tabelle 31: Grad der Schwierigkeit, eine geeignete Stelle zu finden (2009 und 2018)

		2009	2018
vollkommen unmöglich	Anzahl	6	1
	Anteil	22,2%	14,3%
eher schwierig	Anzahl	18	5
	Anteil	66,7%	71,4%
eher leicht	Anzahl	2	0
	Anteil	7,4%	0,0%
kein Problem	Anzahl	1	1
	Anteil	3,7%	14,3%
gesamt	Anzahl	27	7
	Anteil	100,0%	100,0%



Auch wenn die Daten eine leichte Tendenz zu einer optimistischeren Einschätzung zu dokumentieren scheinen, ist zu beachten, dass 2009 insgesamt 88,9% der Erwerbslosen die Antwortkategorie „eher schwierig“ oder „vollkommen unmöglich“ gewählt hatten. 2018 waren es sechs von sieben Befragten. Die rechnerisch 85,7% dieser kleinen Untergruppe können nicht ohne Weiteres mit den 88,9% von 2009 verglichen werden: Eine befragte Person mehr, die diesem Item zustimmen würde, entspräche einer Zustimmung von 100% (eine Person weniger von 71,4%). Im Prinzip lautet der Befund, dass zu beiden Befragungszeitpunkten fast alle erwerbslosen Befragten von Schwierigkeiten berichten, eine geeignete Stelle zu finden. Dies mag in der Logik der Sache liegen, die sich aus Perspektive der Betroffenen nicht verändert hat: Erwerbslosigkeit begründet sich in erster Linie aus der Schwierigkeit, eine geeignete Stelle zu finden.



2.6 Rücklagen vs. Schulden

Die Haushalte wurden 2009 und 2018 nach ihren Rücklagen gefragt. Dabei wurde zwischen dem vorhandenen Gesamtbetrag sowie nach den im jeweiligen Vormonat gebildeten und verbrauchten Rücklagen differenziert. Anschließend folgten Fragen zu den Schulden der Haushalte. Um die Entwicklung bei der Höhe der vorhandenen Rücklagen vergleichen zu können, wurden die 2009 angegebenen Beträge verbraucherpreisbereinigt. Auf dieser Basis wurden Kategorien gebildet.

Bei der Auswertung wurde zunächst verglichen, wie viele Haushalte überhaupt Rücklagen haben. Es zeigte sich, dass der Anteil der Haushalte, die angeben, über gar keine Rücklagen zu verfügen, von 75% (36/48) im Jahr 2009 auf 47% (23/49) im Jahr 2018 gesunken ist. Auch beim Vergleich der angegebenen zurückgelegten Beträge zeigt sich eine positive Entwicklung: So ist der Anteil der Haushalte, die nur maximal 500 Euro zurücklegen konnten, von 41,7% im Jahr 2009 auf 26,9% im Jahr 2018 gesunken. Umgekehrt ist der Anteil der Haushalte, die angeben, über Rücklagen von 500 bis 7.000 Euro zu verfügen, von insgesamt 58,3% im Jahr 2009 auf 61,6% im Jahr 2018 gestiegen. Die Kategorie „mehr als 7.000“ fand sich 2009 gar nicht; 2018 wird sie von drei Haushalten genannt.

Dieses insgesamt positive Bild darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch 2018 immerhin 23 von 49 Haushalten angeben, dass sie keinerlei Rücklagen bilden konnten und dementsprechenden finanziellen Risiken ausgesetzt sind.

Abbildung 29: Rücklagen insgesamt (2009 und 2018, verbraucherpreisbereinigt)

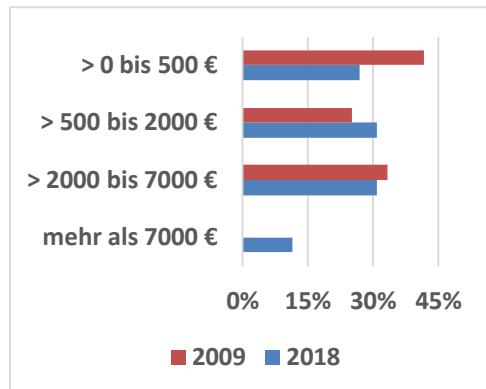


Tabelle 32: Rücklagen insgesamt (2009 und 2018, verbraucherpreisbereinigt)

		2009	2018	Veränd.
> 0 bis 500 €	Anzahl	5	7	
	Anteil	41,7%	26,9%	-35,4%
> 500 bis 2000 €	Anzahl	3	8	
	Anteil	25,0%	30,8%	23,2%
> 2000 – 7000 €	Anzahl	4	8	
	Anteil	33,3%	30,8%	-7,5%
mehr als 7000 €	Anzahl	0	3	
	Anteil	0,0%	11,5%	100,0%
gesamt	Anzahl	12	26	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Das Thema „Rücklagen“ spielte 2009 nur für eine Minderheit der Haushalte eine Rolle. Sie waren in der Regel nicht in der Lage, Rücklagen zu bilden, und folglich auch nicht in der Lage, auf Rücklagen zurückzugreifen, d.h. diese aufzubrechen. Rücklagen gebildet *oder* aufgebraucht zu haben, gaben bei der ersten Befragung 20 der 50 Haushalte an; 2018 waren es 24 Haushalte. In der Befragung von 2009 gaben zehn Haushalte an, im Vormonat Rücklagen gebildet zu haben; neun Jahre später sind es elf Haushalte. Allerdings wurden 2009 weit niedrigere Beträge genannt, durchschnittlich nämlich nur 115 Euro (verbraucherpreisbereinigt), während es neun Jahre später 250 Euro (jeweils Medianwerte) waren. Die betreffenden Haushalte operierten also mit deutlich höheren Beträgen.



Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den im Vormonat verbrauchten Rücklagen: Bei der ersten Befragung 2009 hatten zehn Haushalte angegeben, im Vormonat Rücklagen aufgebraucht zu haben; neun Jahre später sind es 13 Haushalte. Auch hier zeigt sich allerdings beim Blick auf die angegebenen Beträge ein deutlicher Unterschied.

Während es 2009 472 Euro (verbraucherpreisbereinigt) waren, liegt der Betrag 2018 bei 750 Euro (jeweils Medianwerte). Dabei finden sich aber deutliche Differenzen zwischen dem jeweiligen Median- und den arithmetischen Mittelwerten sowie eine große Spannweite zwischen Minimal- und Maximalwerten (vgl. Tabelle 33). Dies erklärt sich durch erhebliche Unterschiede zwischen den jeweils befragten Haushalten. Aus dem Hinweis auf höhere Durchschnittszahlen bezüglich der Möglichkeiten des Verbrauchs von Rücklagen kann nicht ohne Weiteres auf verallgemeinerbare Verbesserungen der finanziellen Situationen geschlossen werden. Ohne Zweifel war ein Teil der Haushalte in der Lage, finanzielle Notlagen zu überwinden. Bei einem anderen Teil herrscht jedoch nach wie vor finanzieller Mangel.

Abbildung 30: Im Vormonat Rücklagen gebildet oder verbraucht (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
Rücklagen gebildet	Anzahl	10	11	1
	Anteil	50,0%	45,8%	-8,3%
Rücklagen verbraucht	Anzahl	10	13	3
	Anteil	50,0%	54,2%	8,3%
gesamt	Anzahl	20	24	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Tabelle 33: Im Vormonat gebildete oder verbrauchte Rücklagen (Beträge, 2009 und 2018, verbraucherpreisbereinigt)

		gebildet	verbraucht
2009	Median	115 €	472 €
	arith. MW	245 €	1.604 €
	Minimum	33 €	222 €
	Maximum	999 €	6.549 €
2018	Median	250 €	750 €
	arith. MW	1.078 €	1.791 €
	Minimum	20 €	200 €
	Maximum	7.000 €	7.000 €

Vergleicht man die Höhe der angegebenen zurückgelegten Beträge 2009 (verbraucherpreisbereinigt) mit denen von 2018, und zwar bezogen auf die einzelnen Haushalte, so zeigt sich ein positives Bild: Nur bei drei (5,4%) von 47 Haushalten ergibt sich eine Abnahme der finanziellen Rücklagen, während 24 Haushalte (51,1%) von einer Zunahme berichten.

Betrachtet man jedoch die Gruppe, die von keiner Veränderung berichtet, trübt sich dieser positive Eindruck ein: Die 20 Haushalte (42,6%) die von keiner Veränderung berichten, sind ausnahmslos Haushalte, die über keinerlei finanzielle Rücklagen verfügen, sowohl 2009 als auch 2018 nicht. Eine Lebensführung ohne finanzielle Rücklagen war insofern nicht nur eine temporäre Momentaufnahme im Jahr 2009.

Die Ergebnisse der Auswertung lassen sich insgesamt dahingehend zusammenfassen, dass etwa die Hälfte der 2009 und 2018 befragten Haushalte entweder finanzielle Rücklagen aufgebraucht hat oder nach wie vor über keinerlei finanzielle Rücklagen verfügt.



Abbildung 31: Veränderung der zurückgelegten Beträge, bezogen auf die einzelnen Haushalte (2009 : 2018, verbraucherpreisbereinigt)

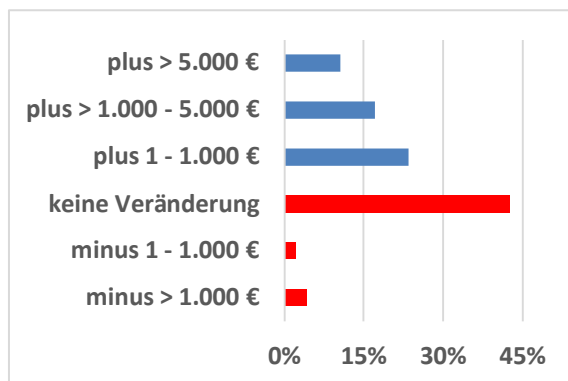


Tabelle 34: Veränderung der zurückgelegten Beträge, bezogen auf die einzelnen Haushalte (2009 : 2018, verbraucherpreisbereinigt)

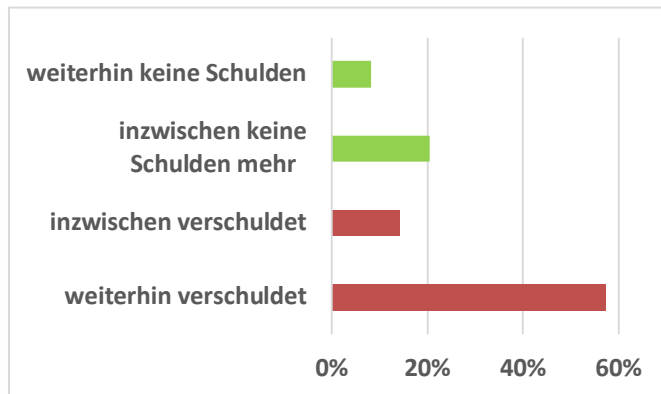
	Anzahl	Anteil
minus > 1.000 €	2	4,3%
minus 1 - 1.000 €	1	2,1%
keine Veränderung	20	42,6%
plus 1 - 1.000 €	11	23,4%
plus > 1.000 - 5.000 €	8	17,0%
plus > 5.000 €	5	10,6%
gesamt	47	100,0%

Die Haushalte wurden außerdem nach dem Vorhandensein von Schulden gefragt. Während bei der ersten Befragung 38 von 49 befragten Haushalten (77,6%) angaben, Schulden zu haben, sind es 2018 35 von 50 befragten Haushalten (70,0%). Nach wie vor geben mehr als zwei Drittel der Haushalte an, Schulden zu haben. Der Anteil verschuldeter Haushalte bleibt somit insgesamt hoch.

Tabelle 35: Haushalte mit bzw. ohne Schulden (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
nein	Anzahl	11	15	
	Anteil	22,4%	30,0%	33,6%
ja	Anzahl	38	35	
	Anteil	77,6%	70,0%	-9,7%
gesamt	Anzahl	49	50	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Im Vergleich zu 2009 berichten 14% der befragten Haushalte 2018 von neu aufgetretenen Schulden. 20% geben an, keine Schulden mehr zu haben. Am geringsten ist der Anteil der befragten Haushalte, die sowohl 2009 als auch 2018 angaben, keine Schulden zu haben. Dagegen berichtet mehr als die Hälfte der Haushalte (57%) zu beiden Befragungszeitpunkten von Schulden. Ein erheblicher Anteil der befragten Haushalte verfügt folglich nach wie vor über keine finanziellen Ressourcen und ist auch nach wie vor mit Schuldenproblematiken konfrontiert.

**Abbildung 32: Haushalte mit bzw. ohne Schulden, Veränderungen (2009 und 2018)****Tabelle 36: Haushalte mit bzw. ohne Schulden, Veränderungen (2009 und 2018)**

	Anteil	Anzahl
weiterhin verschuldet	57,0%	28
inzwischen verschuldet	14,0%	7
inzwischen keine Schulden mehr	20,0%	10
weiterhin keine Schulden	8,0%	4
gesamt	100,0%	49

Die Haushalte wurden ferner nach der Höhe ihrer Schulden befragt. Um die Vergleichbarkeit herzustellen, wurden die Beträge aus 2009 zunächst verbraucherpreisbereinigt. Dann wurden die arithmetischen Mittelwerte, Medianwerte sowie Minimal- und Maximalwerte gegenübergestellt. Dabei zeigte sich, dass sowohl der arithmetische Mittelwert als auch der Maximalwert an Schulden gestiegen sind. Demgegenüber ist der Medianwert von 2.775 Euro auf 2.000 Euro zurückgegangen.

Arithmetische Mittelwerte können von hohen Einzelwerten stark beeinflusst werden. Dies ist bei der von uns befragten Gruppe zumindest teilweise der Fall, denn fünf der befragten Haushalte gaben an, seit 2009 eine Wohnimmobilie erworben zu haben. Die statistischen Werte wurden daher noch einmal unter Ausschluss dieser fünf Haushalte berechnet. Nun zeigte sich, dass alle Werte zum Zeitpunkt 2009 erheblich höher lagen als 2018: Der arithmetische Mittelwert ist von 21.523 Euro auf 12.463 Euro gesunken, der Medianwert von 3.053 Euro auf 1.000 Euro und der Maximalwert von fast 200.000 Euro auf 90.000 Euro. Es zeigt sich also deutlich, dass sich bei einer Mehrzahl der befragten Haushalte der Schuldenstand eher reduziert als erhöht hat, wenn die kleine Gruppe der Immobilienkäufer unberücksichtigt bleibt.

Tabelle 37: Höhe der Schulden, alle Haushalte (verbraucherpreisbereinigt, 2009 und 2018)

	2009	2018	Veränd.
arith. MW	21.145 €	25.689 €	21,5%
Median	2.775 €	2.000 €	-27,9%
Minimum	0 €	0 €	
Maximum	199.800 €	250.000 €	25,1%
Anzahl	48	45	

Tabelle 38: Höhe der Schulden, ohne Haushalte, die zwischen den Erhebungen eine Wohnimmobilie erworben haben (verbraucherpreisbereinigt, 2009 und 2018)

	2009	2018	Veränd.
arith. MW	21.523 €	12.463 €	-42,1%
Median	3.053 €	1.000 €	-67,2%
Minimum	0 €	0 €	
Maximum	199.800 €	90.000 €	-55,0%
Anzahl	43	40	



2.7 Wirtschaften

Sowohl 2009 als auch 2018 wurde nach der Erstellung eines Haushaltsplans gefragt. Der Vergleich der Antworten aus beiden Erhebungen ergibt ein ähnliches Bild: So ist der Anteil der Haushalte, die angeben, keinen Haushaltsplan zu haben, von 36,2% auf 40,0% leicht gestiegen. Insgesamt 63,8% der Haushalte in 2009 und 60,0% in 2018 gaben an, einen Haushaltsplan aufzustellen.

Abbildung 33: Haushaltsplan vorhanden (2009 und 2018)

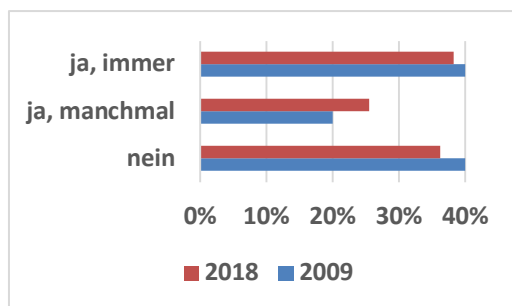


Tabelle 39: Haushaltsplan vorhanden (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
nein	Anzahl	17	20	
	Anteil	36,2%	40,0%	10,6%
ja, manchmal	Anzahl	12	10	
	Anteil	25,5%	20,0%	-21,7%
ja, immer	Anzahl	18	20	
	Anteil	38,3%	40,0%	4,4%
gesamt	Anzahl	47	50	
	Anteil	100,0%	100,0%	

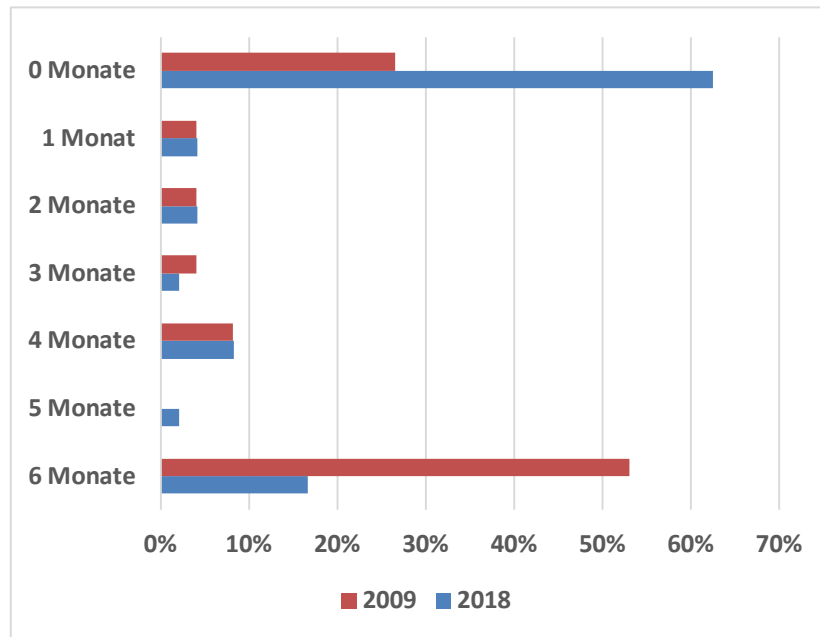
Eine klare Tendenz zeigt sich mit Blick auf die Anzahl der Monate im letzten halben Jahr, in denen das Geld nicht bis zur nächsten Geldzahlung gereicht hat. Ein Vergleich der Daten aus 2009 und 2018 deutet auf eine erhebliche Tendenz zur Besserung hin: Der Anteil der Haushalte, die angeben, dass das verfügbare Haushaltseinkommen im letzten halben Jahr vier bis sechs Monate nicht gereicht habe, ist von 61,2% auf 27,1% gesunken. Auch der Anteil der Haushalte, bei denen das Geld nach eigenen Angaben ein bis drei Monate nicht gereicht hat, ist von 12,2% auf 10,4% zurückgegangen. Dementsprechend ist die Gruppe der Haushalte, die angeben, alle sechs Monate mit dem verfügbaren Geld ausgekommen zu sein, von 26,5% auf 62,5% gestiegen.

Tabelle 40: Anzahl der Monate, in denen das Haushaltseinkommen nicht reichte, bezogen auf die letzten sechs Monate (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
0 Monate	Anzahl	13	30	
	Anteil	26,5%	62,5%	135,6%
1 Monat	Anzahl	2	2	
	Anteil	4,1%	4,2%	2,1%
2 Monate	Anzahl	2	2	
	Anteil	4,1%	4,2%	2,1%
3 Monate	Anzahl	2	1	
	Anteil	4,1%	2,1%	-49,0%
4 Monate	Anzahl	4	4	
	Anteil	8,2%	8,3%	2,1%
5 Monate	Anzahl	0	1	
	Anteil	0,0%	2,1%	100,0%
6 Monate	Anzahl	26	8	
	Anteil	53,1%	16,7%	-68,6%
gesamt	Anzahl	49	48	
	Anteil	100,0%	100,0%	



Abbildung 34: Anzahl der Monate, in denen das Haushaltseinkommen nicht reichte, bezogen auf die letzten sechs Monate (2009 und 2018)



Die folgende Darstellung der Veränderungen bei den einzelnen Haushalten verdeutlicht dies.

Abbildung 35: Veränderungen bei der Anzahl der Monate, in denen das Haushaltseinkommen nicht reichte, bezogen auf die letzten sechs Monate (2009 : 2018)

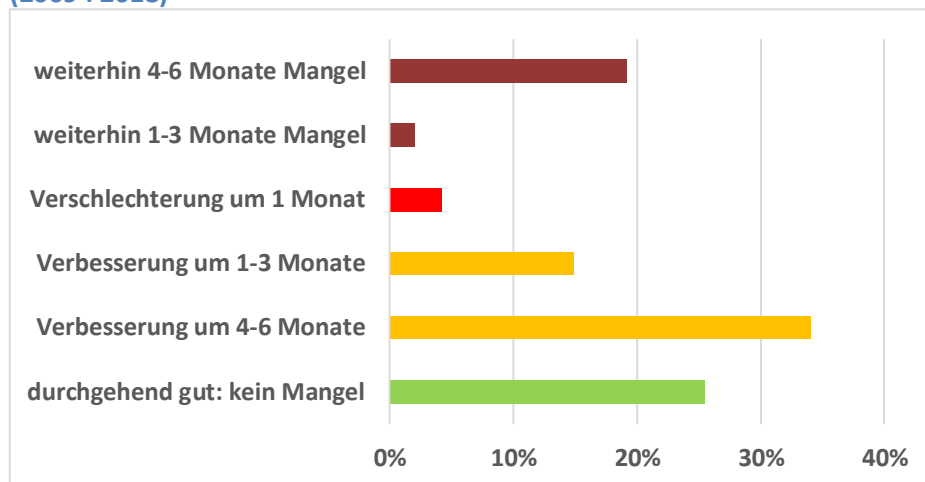




Tabelle 41: Veränderungen bei der Anzahl der Monate, in denen das Haushaltseinkommen nicht reichte, bezogen auf die letzten sechs Monate (2009 : 2018)

	Anteil	Anzahl
weiterhin 4-6 Monate Mangel	19,1%	9
weiterhin 1-3 Monate Mangel	2,1%	1
Verschlechterung um 1 Monat	4,2%	2
Verbesserung um 1-3 Monate	14,9%	7
Verbesserung um 4-6 Monate	34,0%	16
durchgehend gut: kein Mangel	25,5%	12
gesamt	100,0%	47

Zwölf von 47 Haushalten (25,5%) berichten, dass das Geld 2009 und 2018 unverändert bis zur nächsten Zahlung gereicht habe. Insgesamt 23 Haushalte (48,9%) berichten von einer Verbesserung der finanziellen Situation – und nur zwei Haushalte (4,2%) von einer Verschlechterung (um einen Monat). Allerdings gab es insgesamt zehn Haushalte (21,2%), die unverändert von einer Mangellage berichten. Insgesamt mehr als ein Viertel der befragten Haushalte ist nach wie vor in den meisten Monaten (bezogen auf die letzten sechs Monate) mit finanziellem Mangel konfrontiert.

Im nächsten Schritt wurden die Haushalte nach der Anzahl der Tage gefragt, die das Geld während der letzten sechs Monate normalerweise gereicht habe (30 Tage = voller Monat). 2009 lagen die Antworten der befragten Haushalte im Spektrum von sechs bis 30 Tagen; der arithmetische Mittelwert betrug 22,80. Neun Jahre später waren die angegebenen Tage auf 14 bis 30 gestiegen, bei einem arithmetischen Mittelwert von 27,15.

Auch die weitere Auswertung ergab eine positive Tendenz: 2009 hatten 18,4% der Haushalte berichtet, dass das Geld normalerweise höchstens einen halben Monat reiche; diese Gruppe hat sich 2018 auf 10,9% reduziert. Insgesamt 53,1% der befragten Haushalte hatten 2009 angegeben, dass das Geld normalerweise im Laufe der zweiten Monathälfte aufgebraucht sei und nicht bis zum Monatsende reiche; 2018 gehörten dieser Gruppe 21,7% der befragten Haushalte an. Umgekehrt ist der Anteil der Haushalte, die angaben, mit ihrem verfügbaren Einkommen bis zum Monatsende auszukommen, von 28,6% im Jahr 2009 auf 67,4% im Jahr 2018 angewachsen.

Abbildung 36: Anzahl der Tage, die der Haushalt normalerweise mit dem Geld auskam, bezogen auf die letzten sechs Monate (2009 und 2018)

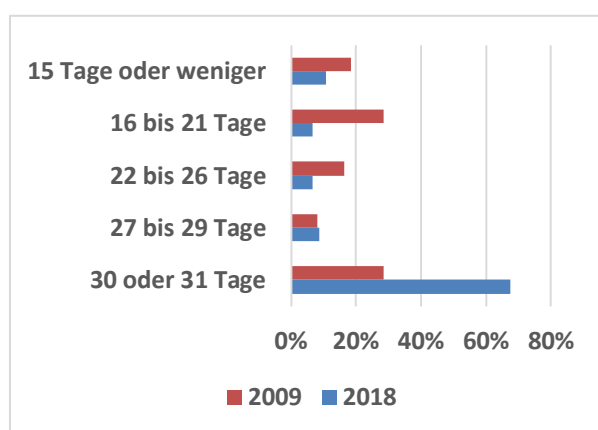


Tabelle 42: Anzahl der Tage, die der Haushalt normalerweise mit dem Geld auskam, bezogen auf die letzten sechs Monate (2009 und 2018)

	2009	2018	Veränd.
15 Tage oder weniger	9 18,4%	5 10,9%	-40,8%
16 bis 21 Tage	14 28,6%	3 6,5%	-77,2%
22 bis 26 Tage	8 16,3%	3 6,5%	-60,1%
27 bis 29 Tage	4 8,2%	4 8,7%	6,5%
30 oder 31 Tage	14 28,6%	31 67,4%	135,9%
gesamt	49 100,0%	46 100,0%	

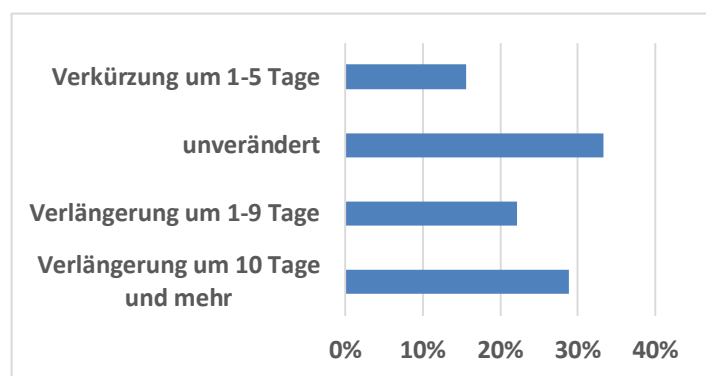


Auch zu dieser Frage lassen sich Veränderungen bei den einzelnen Haushalten darstellen. Insgesamt sind demnach 51,1% der Haushalte 2018 länger mit ihrem Geld ausgekommen als 2009. Bei 28,9% der Haushalte reichte das Haushaltseinkommen 2018 zehn oder mehr Tage länger als 2009. Insofern ist eine erhebliche finanzielle Entlastung zu verzeichnen. Bei genau einem Drittel der Haushalte reichte das Einkommen gleich lange. 15,6% der befragten Haushalte berichten davon, dass ihr Haushaltseinkommen weniger Tage reicht. Dabei geht es um einen Bereich von ein bis fünf Tagen.

Tabelle 43: Veränderung bei der Anzahl der Tage, die der Haushalt normalerweise mit dem Geld auskam, bezogen auf die letzten sechs Monate (2009 und 2018)

	Anzahl	Anteil
Verkürzung um 1-5 Tage	7	15,6%
unverändert	15	33,3%
Verlängerung um 1-9 Tage	10	22,2%
Verlängerung um 10 Tage und mehr	13	28,9%
gesamt	45	100,0%

Abbildung 37: Veränderung bei der Anzahl der Tage, die der Haushalt normalerweise mit dem Geld auskam, bezogen auf die letzten sechs Monate (2009 und 2018)



Die beiden Fragen nach der Anzahl der Monate sowie nach der Anzahl der Tage, die das verfügbare Einkommen während des letzten halben Jahres gereicht hat, sind Ausgangsbasis für die Bildung von zwei Subgruppen, die sich hinsichtlich des Merkmals „Reicht das Haushaltseinkommen zur Deckung des laufenden Bedarfs aus“ (ja/nein) unterscheiden. Dabei wurde das Merkmal „nicht ausreichendes Haushaltseinkommen“ nach drei Kriterien definiert, von denen *eines* erfüllt sein musste:

1. In *mindestens* fünf der letzten sechs Monate war vor der nächsten Geldzahlung kein Geld mehr da oder
2. das Geld reichte pro Monat des letzten Halbjahrs normalerweise *höchstens* für 21 Tage oder
3. in *drei oder vier* der letzten sechs Monate war vor der nächsten Geldzahlung kein Geld mehr da und das Geld reichte pro Monat des letzten Halbjahrs normalerweise *höchstens* für 26 Tage.

Ein nach dieser Definition zur Deckung des laufenden Bedarfs nicht ausreichendes Einkommen fand sich 2009 bei 66% und 2018 bei 28% der Haushalte.



Abbildung 38: Reicht das Haushaltseinkommen zur Deckung des laufenden Bedarfs? (Subgruppen 2009 und 2018)

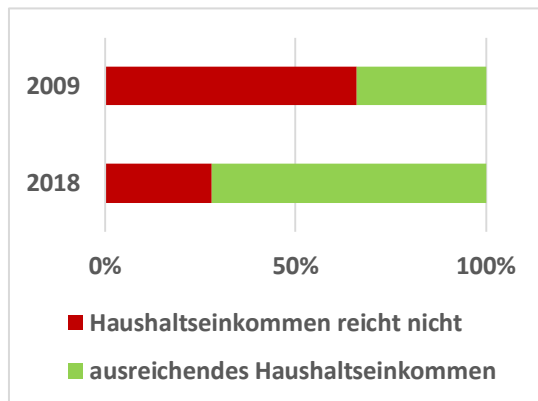


Tabelle 44: Reicht das Haushaltseinkommen zur Deckung des laufenden Bedarfs? (Subgruppen 2009 und 2018)

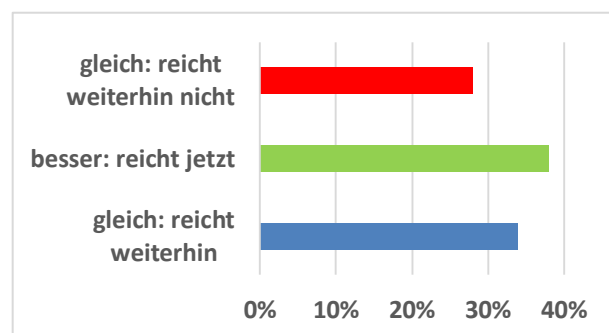
	2009	2018
Haushaltseinkommen reicht nicht	33 66,0%	14 28,0%
ausreichendes Haushaltseinkommen	17 34,0%	36 72,0%
gesamt	50 100,0%	50 100,0%

Auch hier wurden im nächsten Schritt die Veränderungen in Bezug auf die einzelnen Haushalte errechnet. Wie aus der nachfolgenden Darstellung ersichtlich, lassen sich drei Konstellationen unterscheiden. Bei einem guten Drittel der befragten Haushalte (34%) reichte das Haushaltseinkommen unverändert zur Deckung des laufenden Bedarfs aus - sowohl 2009 als auch 2018. Ein etwas größerer Anteil, nämlich 38% der befragten Haushalte, konnte seine finanzielle Situation verbessern und verfügt jetzt – anders als in 2009 – über ein ausreichendes Haushaltseinkommen. Ein etwas kleinerer Anteil, nämlich 28% der befragten Haushalte, berichtet über ein Haushaltseinkommen, das nach wie vor zur Deckung des täglichen Bedarfs nicht ausreicht – sowohl 2009 als auch 2018 nicht. Finanziell besonders stark belastete Haushalte konnten an der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung (Abbau von Arbeitslosigkeit, gestiegene Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in Deutschland) nicht partizipieren². Bei mehr als zwei Fünftel (14 von 33) der Haushalte, in denen das Einkommen 2009 zur Deckung des laufenden Bedarfs nicht ausreichte, reicht es auch 2018 nicht. Bei dem hier analysierten Merkmal geht es um den laufenden Bedarf der Haushalte. Das Merkmal „ausreichendes Haushaltseinkommen“ schließt die Möglichkeit, Rücklagen für Anschaffungen, Notlagen oder die private Altersvorsorge zu bilden, also nicht ein.

Tabelle 45: Veränderung des Merkmals „Haushaltseinkommen reicht (nicht) zur Deckung des laufenden Bedarfs“ (2009 : 2018)

	Anzahl	Anteil
gleich: reicht weiterhin nicht	14	28,0%
besser: reicht jetzt	19	38,0%
gleich: reicht weiterhin	17	34,0%
gesamt	50	100,0%

Abbildung 39: Veränderung des Merkmals „Haushaltseinkommen reicht (nicht) zur Deckung des laufenden Bedarfs“ (2009 : 2018)



² Insgesamt hat in den letzten zehn Jahren die Arbeitslosigkeit ab- und die Erwerbsquote in der Bevölkerung zugenommen. Auch der Anteil von Kernerwerbstätigen in einem sog. Normalarbeitsverhältnis hat zugenommen. Siehe auch Süddeutsche Zeitung Nr. 234 vom 10.10.2019 „Reguläre Arbeit wächst“.

„Der jahrelange Boom am deutschen Arbeitsamt bringt immer mehr Menschen in reguläre Jobs. Erstmals seit mehr als 15 Jahren waren 2018 gut 70 Prozent der Kernerwerbstätigen (sozialversicherungspflichtige, unbefristete Arbeitsplätze mit mindestens 21 Wochenstunden – Zeitarbeit ist ausgeschlossen) in einem ‚Normalarbeitsverhältnis‘ angestellt, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Der Tiefstand lag im Jahr 2007 bei 65,4 Prozent.“



2009 war die Stichprobe der befragten Haushalte dadurch definiert worden, dass sie über weniger als 70% des Nettoäquivalenzeinkommens verfügte. 2018 lag das angegebene Haushaltseinkommen bei 79,6% der befragten Haushalte nach wie vor unter dieser 70%-Grenze, während 20,4% der Haushalte von einem höheren Einkommen berichteten (vgl. Abschnitt 2.5). Das Merkmal „Haushaltseinkommen reicht (nicht) zur Deckung des laufenden Bedarfs“ wurde nun entlang dieser 70%-Grenze differenziert. Dabei zeigte sich ein eindeutiger Zusammenhang: Alle Haushalte, die 2018 über mehr als 70% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens verfügten, berichteten gleichzeitig von einem ausreichenden Haushaltseinkommen.

Tabelle 46: Veränderung des Merkmals „Haushaltseinkommen reicht (nicht) zur Deckung des laufenden Bedarfs“ in Abhängigkeit von dem Merkmal „70% des Nettoäquivalenzeinkommens überschritten/unterschritten“ (2009 : 2018)

		2009			2018		
		Hh-EK reicht nicht	ausreichendes Hh-EK	gesamt	Hh-EK reicht nicht	ausreichendes Hh-EK	gesamt
NÄE über der 70%-Grenze	Anzahl	0	0	0	0	10	10
	Anteil	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	27,8%	20,4%
NÄE unter der 70%-Grenze	Anzahl	33	17	50	13	26	39
	Anteil	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	72,2%	79,6%
gesamt	Anzahl	33	17	50	13	36	49
	Anteil	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Im weiteren Verlauf der beiden Befragungen wurden die Haushalte nach ihren verschiedenen Strategien zur Bewältigung finanzieller Mangellagen befragt. Dabei wurde zunächst die Frage „Was wurde gemacht, wenn das Geld nicht reichte?“ gestellt und verschiedene Antwortkategorien vorgegeben. Bei der Auswertung wurden die bejahenden Antworten verglichen. Dabei zeigte sich, dass die Frage nach bestimmten Mangelbewältigungsstrategien 2009 insgesamt sehr viel häufiger bejaht worden war als 2018. So griffen die Befragten 2009 im Durchschnitt auf 3,3 der genannten Mangelbewältigungsstrategien zurück. Im Jahr 2018 nutzen die Befragten im Durchschnitt 1,3 dieser Strategien.

Abbildung 40: Bewältigungsstrategien bei finanziellem Mangel (2009 und 2018)

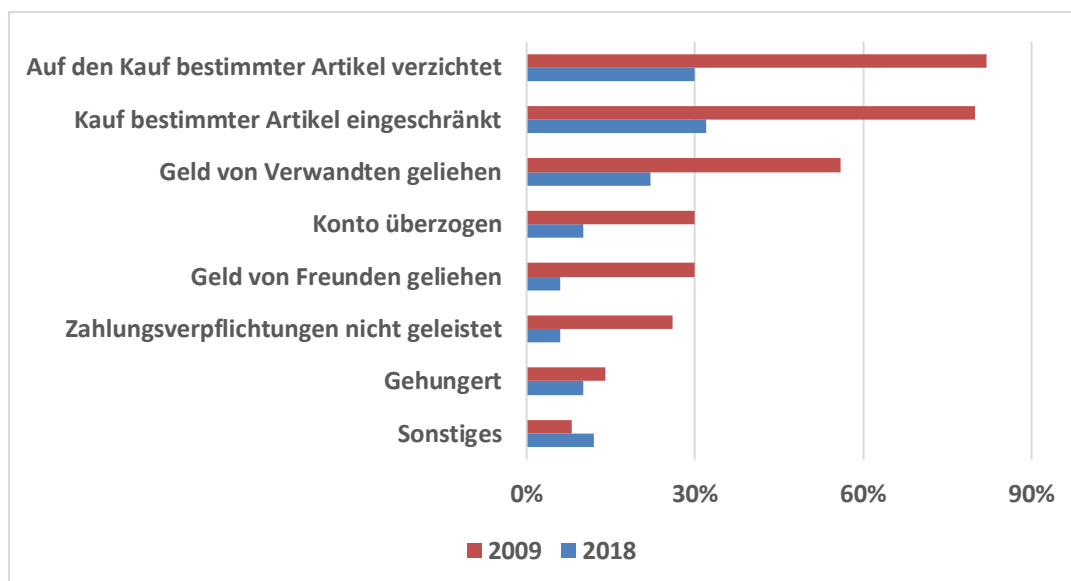




Tabelle 47: Bewältigungsstrategien bei finanziellem Mangel (2009 und 2018)

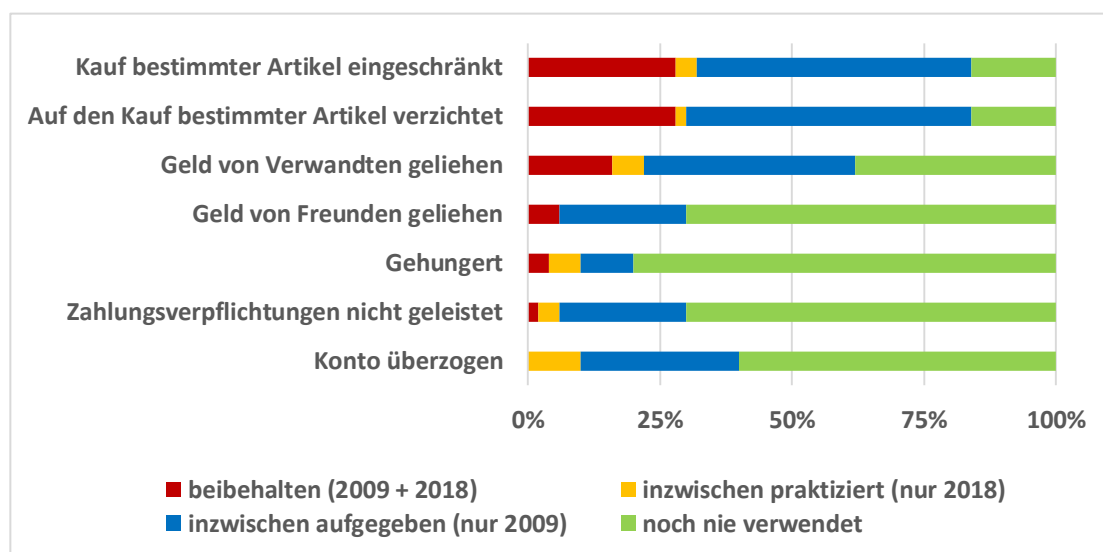
	2009	2018	Veränd.
Auf den Kauf bestimmter Artikel verzichtet	41 82%	15 30%	-63%
Kauf bestimmter Artikel eingeschränkt	40 80%	16 32%	-60%
Geld von Verwandten geliehen	28 56%	11 22%	-61%
Konto überzogen	15 30%	5 10%	-67%
Geld von Freund_innen geliehen	15 30%	3 6%	-80%
Zahlungsverpflichtungen nicht geleistet	13 26%	3 6%	-77%
Gehungert	7 14%	5 10%	-29%
Sonstiges	4 8%	6 12%	50%

Das Ranking, d.h. das Muster der relativen Verbreitung der einzelnen Mangelbewältigungsstrategien, ähnelt sich in den Jahren 2009 und 2018. Das Ausmaß, in dem auf diese Strategien zurückgegriffen wird unterscheidet sich jedoch. Dennoch wird auch 2018 von fünf Haushalten (10%) „hungern“ als Mangelbewältigungsstrategie angegeben; das sind zwei Haushalte weniger als 2009.

Zum Item „Sonstiges“ konnten die Haushalte offene Antworten geben. Zwei Personen nannten „Geld aufnehmen (z.B. Kredit)“ und je einmal wurde „preiswertes Einkaufen“, „Essen leihen“, „Ebay“ und „Pfandflaschen sammeln“ genannt.

Beim Vergleich der Antworten 2009 und 2018 zu den Mangelbewältigungsstrategien wurden wieder die Antworten der einzelnen Haushalte gegenübergestellt, um die Veränderungen zu erfassen. Dabei wurde jeweils zwischen Haushalten differenziert, die eine bestimmte Strategie nach eigenen Angaben (a) beibehalten oder (b) inzwischen praktiziert oder (c) inzwischen aufgegeben oder (d) noch nie verwendet haben.

Abbildung 41: Veränderung der Bewältigungsstrategien bei finanziellem Mangel (2009 : 2018)



**Tabelle 48: Veränderung der Bewältigungsstrategien bei finanziellem Mangel (2009 : 2018)**

		beibehalten (2009 + 2018)	inzwischen praktiziert (nur 2018)	inzwischen aufgegeben (nur 2009)	noch nie verwendet	gesamt
Kauf bestimmter Artikel eingeschränkt	Anzahl	14	2	26	8	50
	Anteil	28,0%	4,0%	52,0%	16,0%	100,0%
Auf den Kauf bestimmter Artikel verzichtet	Anzahl	14	1	27	8	50
	Anteil	28,0%	2,0%	54,0%	16,0%	100,0%
Geld von Verwandten geliehen	Anzahl	8	3	20	19	50
	Anteil	16,0%	6,0%	40,0%	38,0%	100,0%
Geld von Freund_innen geliehen	Anzahl	3	0	12	35	50
	Anteil	6,0%	0,0%	24,0%	70,0%	100,0%
Gehungert	Anzahl	2	3	5	40	50
	Anteil	4,0%	6,0%	10,0%	80,0%	100,0%
Zahlungsverpflichtungen nicht geleistet	Anzahl	1	2	12	35	50
	Anteil	2,0%	4,0%	24,0%	70,0%	100,0%
Konto überzogen	Anzahl	0	5	15	30	50
	Anteil	0,0%	10,0%	30,0%	60,0%	100,0%

Auch hier zeigt sich die insgesamt deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation bei den befragten Haushalten, aber auch die weiterhin bestehende finanzielle Mangellage bei einem Teil der befragten Haushalte.

Die Haushalte wurden außerdem zu beiden Erhebungszeitpunkten nach Sparmaßnahmen gefragt. Die entsprechenden Zustimmungen 2009 bzw. 2018 wurden gegenübergestellt und verglichen.

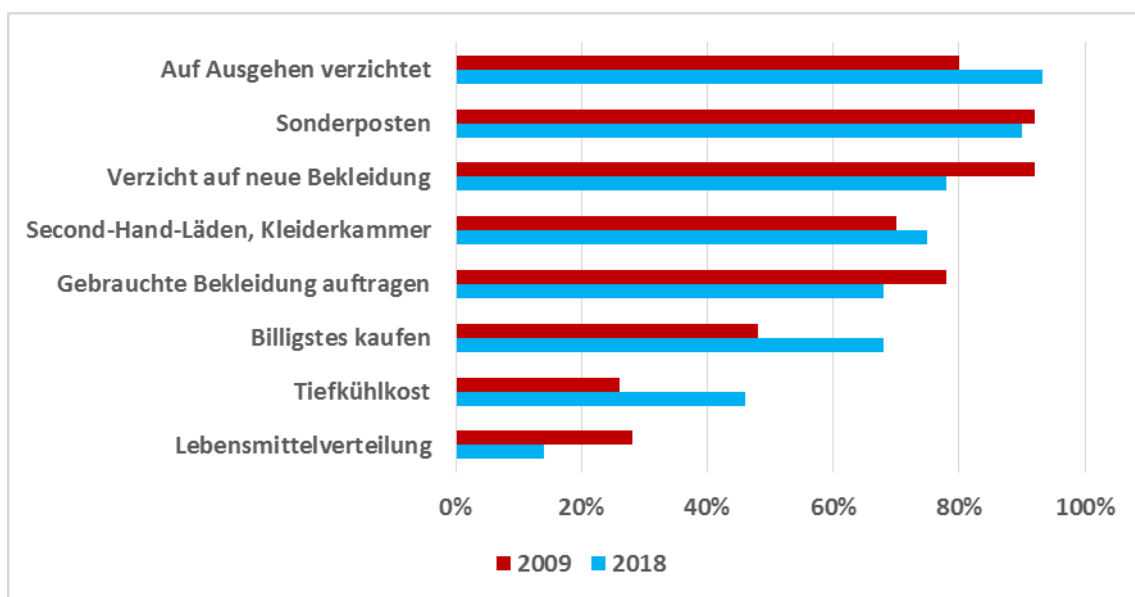
Abbildung 42: Sparmaßnahmen (2009 und 2018)



Tabelle 49: Sparmaßnahmen (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
Auf Ausgehen verzichtet	Anzahl	40	41	
	Anteil	80,0%	93,2%	16,5%
Sonderposten	Anzahl	46	45	
	Anteil	92,0%	90,0%	-2,2%
Verzicht auf neue Bekleidung	Anzahl	46	39	
	Anteil	92,0%	78,0%	-15,2%
Second-Hand-Läden, Kleiderkammer	Anzahl	35	33	
	Anteil	70,0%	75,0%	7,1%
Gebrauchte Bekleidung auftragen	Anzahl	39	34	
	Anteil	78,0%	68,0%	-12,8%
Billigstes kaufen	Anzahl	24	34	
	Anteil	48,0%	68,0%	41,7%
Tiefkühlkost	Anzahl	13	23	
	Anteil	26,0%	46,0%	76,9%
Lebensmittelverteilung	Anzahl	14	7	
	Anteil	28,0%	14,0%	-50,0%

Beim Vergleich der in 2009 bzw. 2018 gegebenen bejahenden Antworten zeigt sich, dass manche Sparmaßnahmen - Kauf von Sonderposten, Verzicht auf neue Kleidung und Auftragen gebrauchter Kleidung - tendenziell leicht zurückgegangen sind. Andere Sparmaßnahmen wurden 2018 dagegen sogar etwas häufiger genannt, als in 2009 – insbesondere Verzicht auf Ausgehen, Nutzung von Second Hand Läden/Kleiderkammern sowie Kauf billigster Waren und Tiefkühlkost. Insgesamt lässt der Vergleich der in 2009 bzw. 2018 gegebenen bejahenden Antworten ein weiterhin hohes Maß an sparsamem Verhalten bei den befragten Haushalten erkennen.

Schließlich wurden die Haushalte gefragt, ob sie ihren minderjährigen Kindern Taschengeld geben. Bei der Auswertung war zu berücksichtigen, dass die Zahl der minderjährigen Kinder zum zweiten Befragungszeitraum niedriger ist: Im Jahr 2009 fanden sich 96, im Jahr 2018 nur noch 50 minderjährige Kinder in den Haushalten. Bei der Auswertung wurden die Angaben der Haushalte nach Alterskategorien der Kinder differenziert, um die Alterseffekte bei den Taschengeldleistungen angemessen zu berücksichtigen. Danach ergab sich 2009 ein Anteil von 57,1% der sechs- bis achtjährigen bzw. 78,9% der neun- bis elfjährigen Kinder, die Taschengelder bekamen, während es 2018 jeweils 100,0% waren. 2009 dagegen erhielten 89,5% der zwölf- bis 14jährigen und 100,0% der 15- bis 17-jährigen Kinder Taschengeld, während die Anteile 2018 auf 84,2% bzw. 78,6% zurückgegangen sind. Bei den jüngeren Kindern wurden also etwas häufiger Taschengeldzahlungen angegeben, bei den älteren Kindern etwas seltener.

Abbildung 43: Bezug von Taschengeld, minderjährige Kinder ab 6 Jahre (nach Alterskategorien, 2009 und 2018)

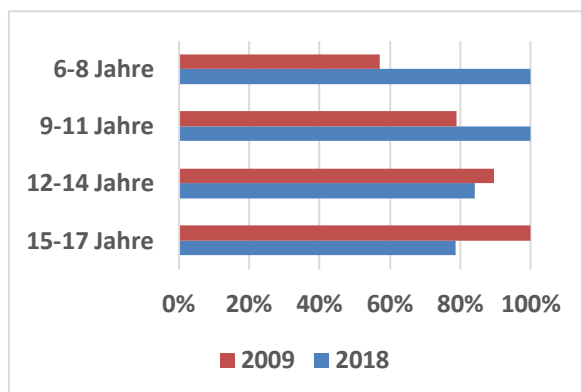


Tabelle 50: Bezug von Taschengeld, minderjährige Kinder ab 6 Jahre (nach Alterskategorien, 2009 und 2018)

		2009	2018
6-8 Jahre	Anzahl	8	5
	Anteil	57,1%	100,0%
gesamt		14	5
9-11 Jahre	Anzahl	15	6
	Anteil	78,9%	100,0%
gesamt		19	6
12-14 Jahre	Anzahl	17	16
	Anteil	89,5%	84,2%
gesamt		19	19
15-17 Jahre	Anzahl	11	11
	Anteil	100,0%	78,6%
gesamt		11	14
keine Angaben		8	1
mj. Kinder ab 6 J.		71	45

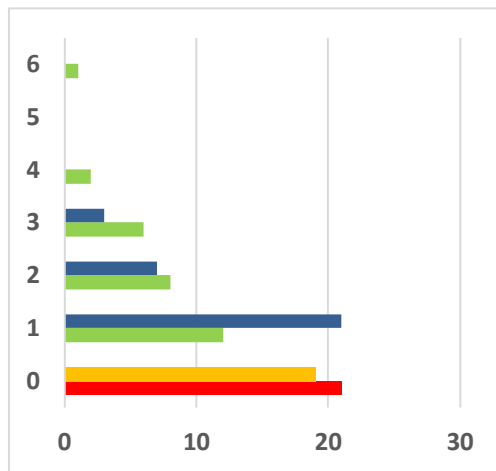


2.8 Freizeit

Beim Thema „Freizeit“ wurden die jeweils 50 Haushalte zunächst nach Vereinsmitgliedschaften und Ähnlichem – bezogen auf die erwachsenen Haushaltsmitglieder – gefragt. 2009 haben 31 Haushalte (62%) diese Frage bejaht, 2018 sind es nur 29 (58%). Der Anteil der Haushalte, bei denen Erwachsene in Vereinen u.Ä. aktiv sind, hat sich also tendenziell leicht verringert.

Bei der weiteren Auswertung wurden jeweils die Summen der einzelnen 2009 bzw. 2018 benannten Mitgliedschaften gebildet und gegenübergestellt. Im Jahr 2009 fanden sich im Durchschnitt 0,88 Mitgliedschaften pro Haushalt, im Jahr 2018 sind es 1,36. 2009 verteilten sich die gegebenen Antworten auf jeweils 0 bis 3 und 2018 sogar auf 0 bis 6 verschiedene Mitgliedschaften. Das Spektrum der benannten Aktivitäten ist in den neun Jahren zwischen den beiden Befragungen also breiter geworden.

Abbildung 44: Anzahl der Mitgliedschaften in Vereinen und ähnliche Aktivitäten (Erwachsene, 2009 und 2018)



■ 2009 ■ 2018

Tabelle 51: Anzahl der Mitgliedschaften in Vereinen und ähnliche Aktivitäten (Erwachsene, 2009 und 2018)

	2009		2018	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
6 Vereinsaktivitäten o.Ä.	0	0,0%	1	2,0%
5 Vereinsaktivitäten o.Ä.	0	0,0%	0	0,0%
4 Vereinsaktivitäten o.Ä.	0	0,0%	2	4,0%
3 Vereinsaktivitäten o.Ä.	3	6,0%	6	12,0%
2 Vereinsaktivitäten o.Ä.	7	14,0%	8	16,0%
1 Vereinsaktivität o.Ä.	21	42,0%	12	24,0%
0 Vereinsaktivitäten o.Ä.	19	38,0%	21	42,0%
gesamt	50	100,0%	50	100,0%

Die differenzierte Betrachtung der verschiedenen Arten von Mitgliedschaften bzw. Aktivitäten unterstützt diesen Eindruck. So wurden 2018 mehrere Arten von Aktivitäten – z.B. Musikverein und politische Partei – genannt, die 2009 noch nicht vertreten waren. An der Spitze lag 2009 die Aktivität in der Kirchengemeinde mit 13 Nennungen, gefolgt vom Sportverein mit zehn Nennungen. Neun Jahre später ist es umgekehrt: Am häufigsten ist nun der Sportverein mit 15 Nennungen, gefolgt von der Kirchengemeinde mit zehn Nennungen.



Abbildung 45: Verschiedene Arten von Vereinsmitgliedschaften und ähnlichen Aktivitäten (Erwachsene, 2009 und 2018)

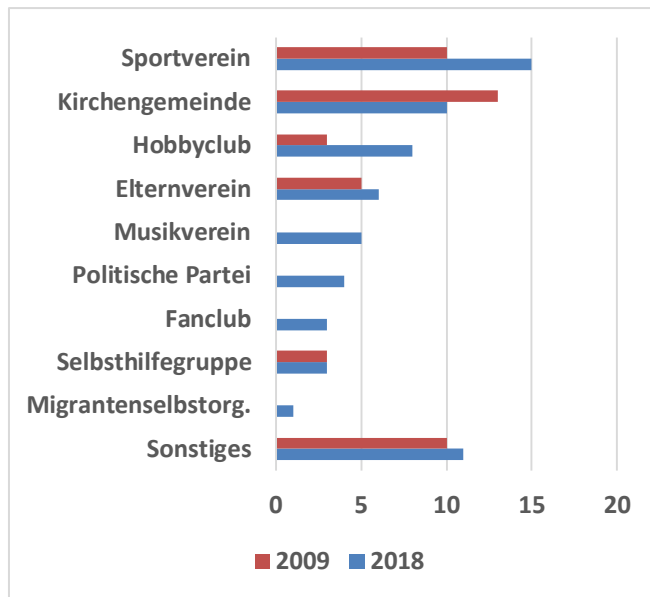


Tabelle 52: Verschiedene Arten von Vereinsmitgliedschaften und ähnlichen Aktivitäten (Erwachsene, 2009 und 2018)

	2009		2018	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Sportverein	10	22,7%	15	22,7%
Kirchengemeinde	13	29,5%	10	15,2%
Hobbyclub	3	6,8%	8	12,1%
Elternverein	5	11,4%	6	9,1%
Musikverein	0	0,0%	5	7,6%
Politische Partei	0	0,0%	4	6,1%
Selbsthilfegruppe	3	6,8%	3	4,5%
Fanclub	0	0,0%	3	4,5%
Migranten-selbstorganisation	0	0,0%	1	1,5%
Sonstiges	10	22,7%	11	16,7%
gesamt	44	100,0%	66	100,0%

Zum Item „Sonstiges“ konnten die Haushalte offen antworten. Acht Personen gaben die folgenden Vereinsaktivitäten an: Gartenverein, Dorfgeschichtsverein, WWF, Gitarrenunterricht für Flüchtlinge, Studium, VHS (Volkshochschule), Verein für religiöse Forschung und Förderung sowie Fitnessstudio.

Die Haushalte wurden ferner nach ehrenamtlicher Tätigkeit eines erwachsenen Haushaltsmitglieds in Vereinen, sozialen Diensten oder Einrichtungen gefragt. 2009 haben 43 Haushalte die Frage beantwortet, davon 67,4% (29 Haushalte) mit „nein“ und 32,6% (14 Haushalte) mit „ja“. 2018 haben alle 50 Haushalte die Frage beantwortet, davon 74,0% (37 Haushalte) mit „nein“ und 26,0% (13 Haushalte) mit „ja“. Das ehrenamtliche Engagement der befragten Haushalte ist in den zurückliegenden neun Jahren also gesunken.

Auch der arithmetische Mittelwert der von den Haushalten angegebenen ehrenamtlich geleisteten Stunden ist leicht gesunken: von 4,7 auf 4,5. Der Medianwert ist mit 3,0 Stunden unverändert geblieben.

Abbildung 46: Ehrenamtliche Tätigkeit der erwachsenen Haushaltsmitglieder (2009 und 2018)

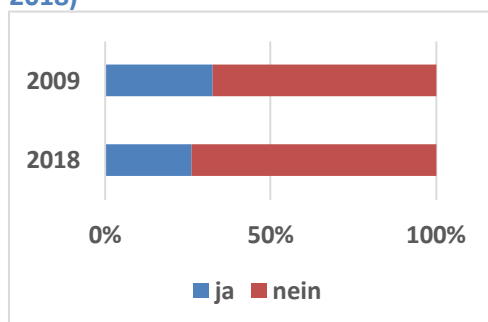


Tabelle 53: Ehrenamtliche Tätigkeit der erwachsenen Haushaltsmitglieder (2009 und 2018)

		2009	2018
		nein	Anzahl
	Anteil	67,4%	74,0%
ja	Anzahl	14	13
	Anteil	32,6%	26,0%
gesamt	Anzahl	43	50
	Anteil	100,0%	100,0%



Thema der nächsten Frage war das Ausgehverhalten der erwachsenen Haushaltsmitglieder im Vormonat. Dabei wurden zehn Items abgefragt. Bei den Antwortkategorien wurden zwei positive („ja, 1-2-mal“ und „ja, häufiger“) sowie eine negative („nein“) vorgegeben. Bei der Auswertung wurden zunächst jeweils die Summen der positiven und negativen Antworten gebildet, um das Ausgehverhalten insgesamt vergleichen zu können. Dabei zeigte sich, dass die positiven Nennungen insgesamt zugenommen haben: von 30,8% auf 39,4%. 2009 entfielen auf jeden der 50 befragten Haushalte durchschnittlich 2,84 Ausgehaktivitäten, 2018 waren es durchschnittlich 3,94. Dies entspricht einer Zunahme von 38,7%. Es lässt sich also insgesamt ein höheres Aktivitätsniveau im Freizeitbereich verzeichnen.

Abbildung 47: Ausgehverhalten der erwachsenen Haushaltsmitglieder im Vormonat (Zusammenfassung, 2009 und 2018)

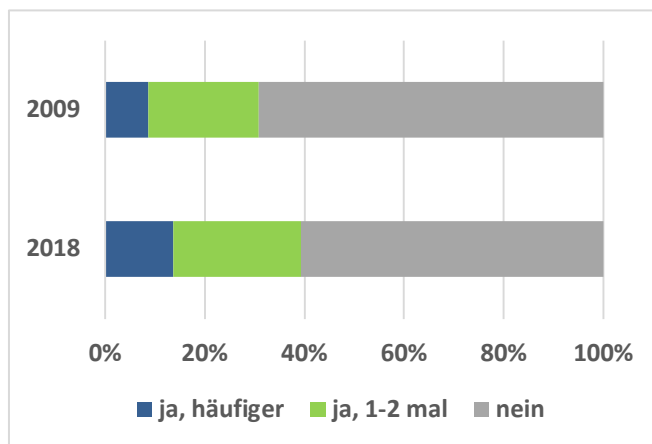


Tabelle 54: Ausgehverhalten der erwachsenen Haushaltsmitglieder im Vormonat (Zusammenfassung, 2009 und 2018)

		2009	2018
ja, häufiger	Anzahl	40	68
	Anteil	8,7%	13,6%
ja, 1-2 mal	Anzahl	102	129
	Anteil	22,1%	25,8%
positive Nennungen	Anzahl	142	197
	Anteil	30,8%	39,4%
nein	Anzahl	319	303
	Anteil	69,2%	60,6%
gesamt	Anzahl	461	500
	Anteil	100,0%	100,0%

Der Vergleich der verschiedenen Items deutet auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Ausgehverhalten 2009 und 2018 hin. So stehen private Besuche und Gegenbesuche (Freund_innen/Verwandte) nach wie vor hoch im Kurs. Beides hat im Verlauf der letzten neun Jahre zugenommen.

Abbildung 48: Ausgehverhalten der erwachsenen Haushaltsmitglieder im Vormonat (2009)

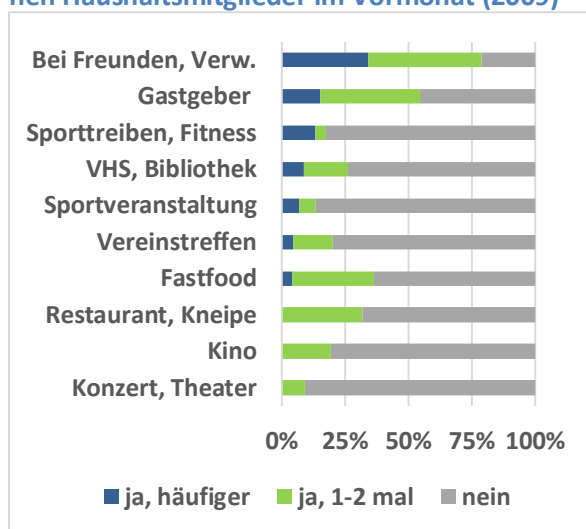


Abbildung 49: Ausgehverhalten der erwachsenen Haushaltsmitglieder im Vormonat (2018)

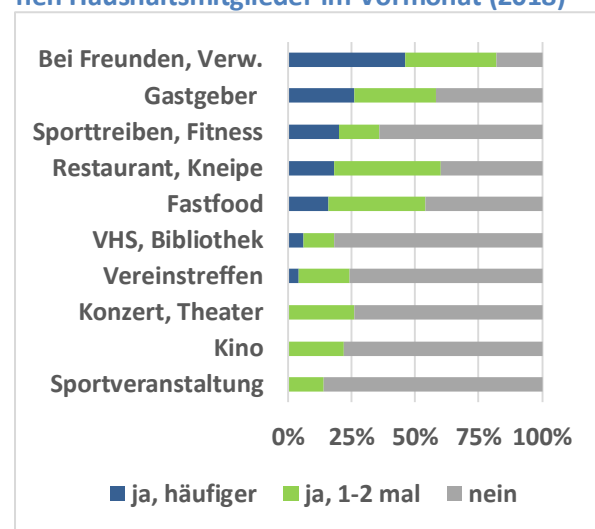



Tabelle 55: Ausgehverhalten der erwachsenen Haushaltsmitglieder im Vormonat (2009 und 2018)

	2009				2018			
	ja, häufiger	ja, 1-2-mal	nein	gesamt	ja, häufiger	ja, 1-2-mal	nein	gesamt
Bei Freund_innen, Verwandten	34,0%	44,7%	21,3%	100,0%	46,0%	36,0%	18,0%	100,0%
	16	21	10	47	23	18	9	50
Gastgeber für Freund_innen, Verwandte	15,2%	39,1%	45,7%	100,0%	26,0%	32,0%	42,0%	100,0%
	7	18	21	46	13	16	21	50
Sporttreiben, Fitnessstudio	13,0%	4,3%	82,6%	100,0%	20,0%	16,0%	64,0%	100,0%
	6	2	38	46	10	8	32	50
Restaurant, Kneipe	0,0%	31,9%	68,1%	100,0%	18,0%	42,0%	40,0%	100,0%
	0	15	32	47	9	21	20	50
Fast Food	4,3%	31,9%	63,8%	100,0%	16,0%	38,0%	46,0%	100,0%
	2	15	30	47	8	19	23	50
Volkshochschule (VHS), Bibliothek	8,7%	17,4%	73,9%	100,0%	6,0%	12,0%	82,0%	100,0%
	4	8	34	46	3	6	41	50
Vereinstitreffen	4,4%	15,6%	80,0%	100,0%	4,0%	20,0%	76,0%	100,0%
	2	7	36	45	2	10	38	50
Konzert, Theater	0,0%	8,9%	91,1%	100,0%	0,0%	26,0%	74,0%	100,0%
	0	4	41	45	0	13	37	50
Kino	0,0%	19,1%	80,9%	100,0%	0,0%	22,0%	78,0%	100,0%
	0	9	38	47	0	11	39	50
Sportveranstaltung	6,7%	6,7%	86,7%	100,0%	0,0%	14,0%	86,0%	100,0%
	3	3	39	45	0	7	43	50
Summe der Nennungen	40	102	319	461	68	129	303	500

Die befragten Haushalte geben 2018 an, häufiger Einladungen gefolgt und auch selbst häufiger als Gastgeber_innen aufgetreten zu sein. Tendenziell zugenommen haben ferner die eigenen Sport- und Fitnessaktivitäten, sowie der Besuch von Restaurants/Kneipen und Konzert/Theater. Lediglich Volkshochschule/Bibliothek sowie der Besuch von Sportveranstaltungen waren im Jahr 2009 etwas häufiger angegeben worden als im Jahr 2018.

Die Haushalte konnten außerdem offene Antworten zur Frage der Ausgehaktivitäten ihrer erwachsenen Haushaltsmitglieder machen. Zu den offenen Antworten gehören: Schwimmbäder (zweimal) und je einmal Urlaub, Feste, Freizeitpark sowie Gruppe in der Kirchengemeinde.

Die Familien wurden außerdem nach dem Vorhandensein eines Computers im Haushalt gefragt. Dabei wurde nach Computer mit bzw. ohne Internetzugang differenziert. Beim Vergleich der in 2009 und 2018 gegebenen Antworten zeigen sich geringe Unterschiede. Im Jahr 2009 hatten nur zwei Haushalte (4,9%) angegeben, einen Computer ohne Internetzugang zu haben, im Jahr 2018 sind es drei Haushalte (6,1%). Außerdem ist der Anteil der Haushalte, die gar keinen Computer besitzen, von 7,3% (3 Haushalte) im Jahr 2009 auf 10,2% (5 Haushalte) im Jahr 2018 gestiegen. Der Anteil der Haushalte, die über einen Computer mit Internetzugang verfügen, ist leicht gesunken: von 87,8% auf 83,7%. Dieser tendenzielle Rückgang lässt sich möglicherweise durch die zunehmende Verbreitung und Nutzung von Smartphones erklären. So könnten sich Aktivitäten im Internet im Laufe der letzten neun Jahre vom Computer zum Smartphone verlagert haben, sodass Computer in den befragten



Haushalten an Bedeutung verloren haben. Bei der Frage nach der Nutzung elektronischer Medien durch Kinder wurden daher 2018 auch Smartphones einbezogen; und beim Freizeitverhalten von Kindern könnte sich möglicherweise ein ähnlicher Trend im Verhältnis von Fernsehen und Smartphone zeigen. Auf beide Fragen wird nachfolgend eingegangen.

Tabelle 56: Computer im Haushalt, mit oder ohne Internetzugang (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
kein Computer	Anzahl	3	5	
	Anteil	7,3%	10,2%	39,7%
Computer ohne Internetzugang	Anzahl	2	3	
	Anteil	4,9%	6,1%	24,5%
Computer mit Internetzugang	Anzahl	36	41	
	Anteil	87,8%	83,7%	-4,7%
gesamt	Anzahl	41	49	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Alle weiteren Fragen dieses Abschnitts beziehen sich auf das Freizeitverhalten der minderjährigen Kinder im Alter von sechs bis weniger als 18 Jahre. Wie bereits oben ausgeführt, lebten bei der ersten Umfrage 96 minderjährige Kinder in den befragten Haushalten, während es 2018 nur noch 50 minderjährige Kinder waren. Zum Zeitpunkt der ersten Befragung waren 71 dieser Kinder (74,0% der minderjährigen Kinder) sechs Jahre und älter; bei der zweiten Befragung gehörten nur noch 45 Kinder (90% der minderjährigen Kinder) dieser Gruppe an (vgl. Abschnitt 2.1: Personen im Haushalt).

Die Haushalte wurden zunächst nach den regelmäßig betriebenen Freizeitaktivitäten/Hobbys dieser Kinder gefragt. Dabei wurden bei beiden Befragungen dieselben 17 Antwortkategorien verwendet. Bei der Auswertung wurden die in 2009 und 2018 gegebenen Antworten gegenübergestellt und verglichen.

Dabei zeigte sich, dass Fernsehen und Jugendgruppen die einzigen Kategorien sind, die 2009 häufiger genannt worden waren als 2018. Die Kategorie Fernsehen wurde 2009 in Bezug auf 74,6% der Kinder genannt; 2018 waren es nur noch 57,8% der Kinder. Die Nennungen der Kategorie Jugendgruppen sind von 15,5% im Jahr 2009 auf 11,1% im Jahr 2018 zurückgegangen. Bezüglich der Kategorien Video-/Computerspiele sowie Nachhilfestunden lassen sich kaum Veränderungen verzeichnen. Alle anderen Aktivitäten wurden 2018 häufiger genannt als 2009. Insgesamt lässt sich aus den Antworten der befragten Haushalte also ein Anstieg der Hobbys/Freizeitaktivitäten zwischen 2009 und 2018 bei den minderjährigen Kindern ab sechs Jahren verzeichnen.

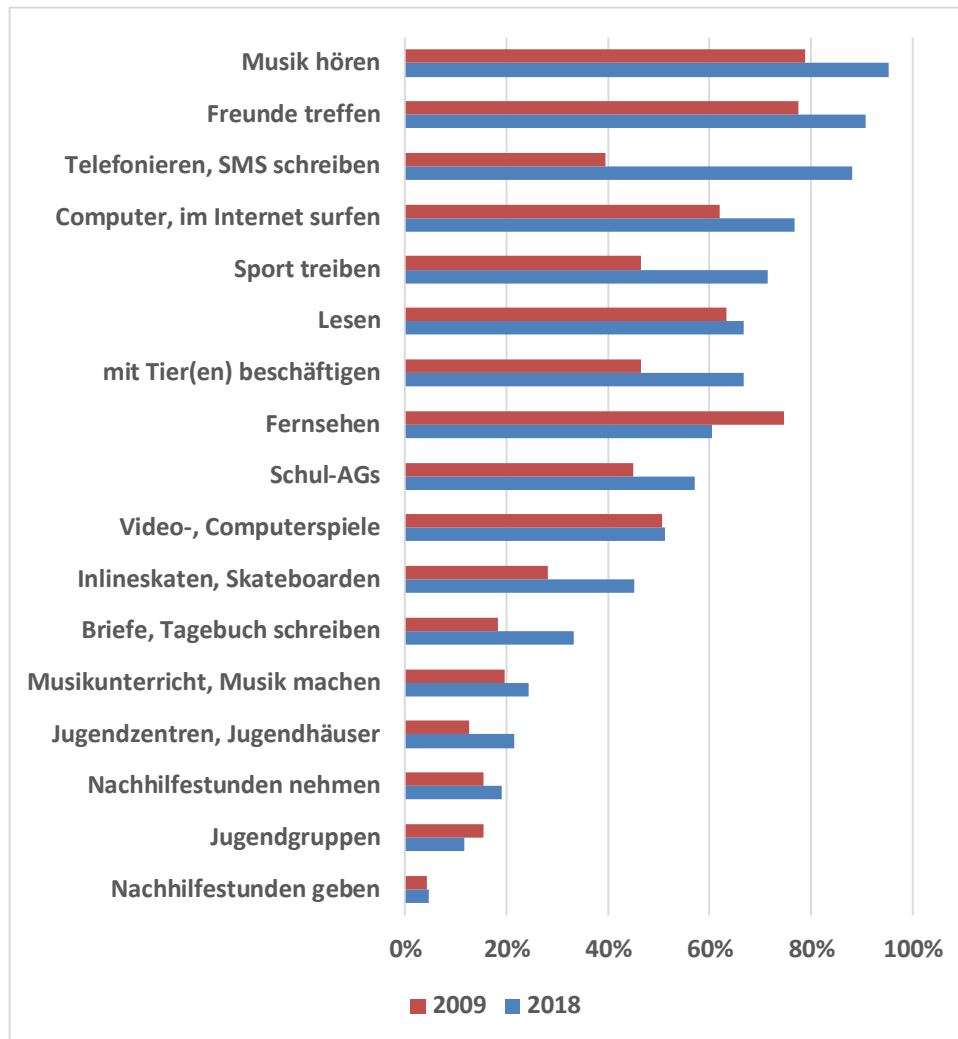
Zu den am häufigsten genannten Aktivitäten gehören „Musik hören“ und „telefonieren/SMS“ schreiben – also Aktivitäten, die zunehmend mit dem Smartphone betrieben werden. Auch diese Ergebnisse unterstützen die These eines generellen Trends zum Smartphone zu Lasten relativ älterer Technologien, wie z.B. Fernsehen oder Computer. Besonders häufig genannt wird aber auch „Freund_innen treffen“. 2009 haben 77,5% der Haushalte dieses Item als regelmäßige Freizeitaktivität ihrer minderjährigen Kinder ab sechs Jahren gewählt, 2018 sind es sogar 86,7%. Dieser Befund zeigt, dass virtuelle Kontakte keinen Ersatz für persönliche soziale Beziehungen zu Gleichaltrigen darstellen und nach wie vor eine sehr hohe Bedeutung für Minderjährige haben.



Tabelle 57: Regelmäßige Freizeitaktivitäten/Hobbys der minderjährigen Kinder ab sechs Jahren (2009 und 2018)

		2009 (n = 71)	2018 (n = 45)	Veränd.
Musik hören	Anzahl	56	40	
	Anteil	78,9%	88,9%	12,7%
Freund_innen treffen	Anzahl	55	39	
	Anteil	77,5%	86,7%	11,9%
Telefonieren, SMS schreiben	Anzahl	28	37	
	Anteil	39,4%	82,2%	108,5%
Computer, im Internet surfen	Anzahl	44	33	
	Anteil	62,0%	73,3%	18,3%
Sport treiben	Anzahl	33	30	
	Anteil	46,5%	66,7%	43,4%
mit Tier(en) beschäftigen	Anzahl	33	28	
	Anteil	46,5%	62,2%	33,9%
Lesen	Anzahl	45	28	
	Anteil	63,4%	62,2%	-1,8%
Fernsehen	Anzahl	53	26	
	Anteil	74,6%	57,8%	-22,6%
Schul-AGs	Anzahl	32	24	
	Anteil	45,1%	53,3%	18,3%
Video-, Computerspiele	Anzahl	36	22	
	Anteil	50,7%	48,9%	-3,6%
Inlineskatzen, Skateboarden	Anzahl	20	19	
	Anteil	28,2%	42,2%	49,9%
Briefe, Tagebuch schreiben	Anzahl	13	14	
	Anteil	18,3%	31,1%	69,9%
Musikunterricht, Musik machen	Anzahl	14	10	
	Anteil	19,7%	22,2%	12,7%
Jugendzentren, Jugendhäuser	Anzahl	9	9	
	Anteil	12,7%	20,0%	57,8%
Nachhilfestunden nehmen	Anzahl	11	8	
	Anteil	15,5%	17,8%	14,7%
Jugendgruppen	Anzahl	11	5	
	Anteil	15,5%	11,1%	-28,3%
Nachhilfestunden geben	Anzahl	3	2	
	Anteil	4,2%	4,4%	5,2%

Abbildung 50: Regelmäßige Freizeitaktivitäten/Hobbys der minderjährigen Kinder ab sechs Jahren (2009 und 2018)



Die Haushalte hatten ferner die Möglichkeit, offene Antworten zu sonstigen Freizeitaktivitäten/Hobbies der Kinder zu geben. Jeweils ein Drittel dieser Antworten betrifft Aktivitäten im Bereich Tanz und Musik (z.B. Tanzen im Karnevalsverein, musische Akademie), im Bereich Sport (z.B. Fahrrad fahren, Sportvereinszugehörigkeit) und Aktivitäten, die mit schriftlichen Fertigkeiten oder Büroangelegenheiten im Zusammenhang stehen (z.B. Buch schreiben, Aushilfe im Büro einer Seniorenbildungsstätte).

Als Nächstes wurden die Haushalte nach Vereinsmitgliedschaften und Ähnlichem mit Bezug auf die minderjährigen Kinder ab sechs Jahren gefragt. Die Anteile der zustimmenden Antworten aus den beiden Erhebungen 2009 und 2018 wurden verglichen. Dabei zeigt sich, dass 2009 ein Anteil von 61,3% der relevanten Gruppe einem Verein angehörte und dass dieser Anteil im Laufe von neun Jahren auf 46,5% gesunken ist.



Abbildung 51: Vereinsmitgliedschaften der minderjährigen Kinder ab sechs Jahren (2009 und 2018)

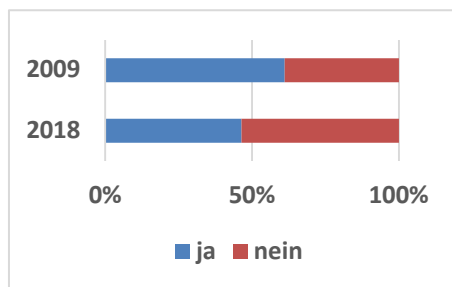


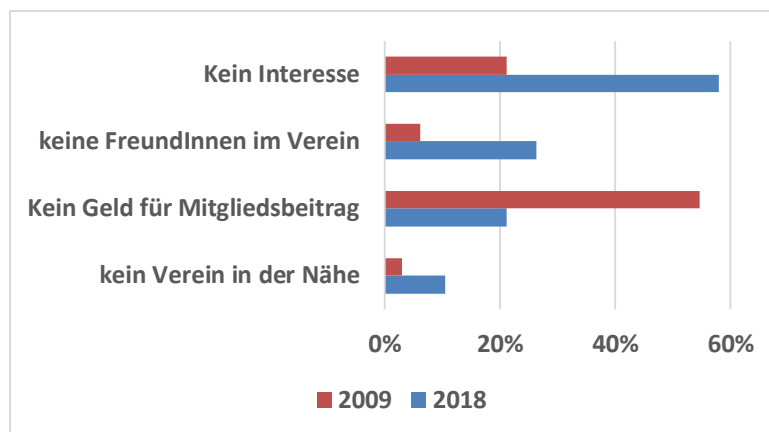
Tabelle 58: Vereinsmitgliedschaften der minderjährigen Kinder ab sechs Jahren (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
nein	Anzahl	24	23	
	Anteil	38,7%	53,5%	38,2%
ja	Anzahl	38	20	8
	Anteil	61,3%	46,5%	-24,1%
gesamt	Anzahl	62	43	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Die interviewten Personen, die die Frage nach einer Vereinsmitgliedschaft ihres Kindes/ihrer Kinder bejaht hatten, konnten zusätzlich angeben, um welchen Verein es sich handelte. 18 Personen gaben folgende offene Antworten: zehnmal (55,6%) einen Sportverein (z.B. Kampfsport, Baseball, Basketball, Handball), viermal (22,2%) Vereine im Bereich Musik/Theater/Tanz, dreimal (16,7%) Feuerwehr und Pfadfinder sowie einmal eine kirchliche Jugendgruppe.

In den Fällen, in denen eine Vereinsmitgliedschaft des Kindes/der Kinder verneint worden war, wurden die Haushalte anschließend nach den Gründen gefragt, wobei mehrere Nennungen möglich waren. Auch hier wurden bei beiden Befragungen dieselben Antwortkategorien vorgegeben, sodass die Antworten ins Verhältnis gesetzt werden konnten. Der Vergleich ergibt ein deutlich verändertes Bild.

Abbildung 52: Begründung der fehlenden Vereinsmitgliedschaft bei minderjährigen Kindern ab sechs Jahren (2009 und 2018)



**Tabelle 59: Begründung der fehlenden Vereinsmitgliedschaft bei minderjährigen Kindern ab sechs Jahren (2009 und 2018)**

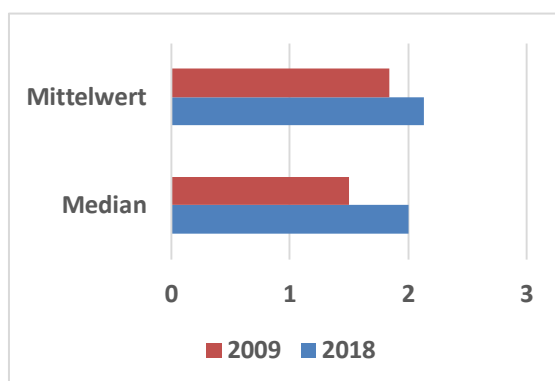
		2009	2018
Kein Interesse	Anzahl	7	11
	Anteil	21,2%	57,9%
Keine Freund_innen im Verein	Anzahl	2	5
	Anteil	6,1%	26,3%
Kein Geld für Mitgliedsbeitrag	Anzahl	18	4
	Anteil	54,5%	21,1%
Kein Verein in der Nähe	Anzahl	1	2
	Anteil	3,0%	10,5%

Während die fehlende Vereinsmitgliedschaft 2009 bei 21,2% der relevanten Kinder mit fehlendem Interesse begründet worden war, lag der Anteil 2018 bei 57,9%. Im selben Zeitraum ist die Begründung mit fehlenden Freund_innen von 6,1% auf 26,3% gestiegen. Finanzieller Mangel war 2009 am häufigsten als Grund für eine fehlende Vereinsmitgliedschaft angegeben worden, nämlich in Bezug auf 54,5% der relevanten Kinder. 2018 dagegen beträgt der Anteil nur noch 21,1%.

Auch hier zeigt sich eine tendenzielle Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der befragten Haushalte: Finanzieller Mangel als am häufigsten genannter Grund für fehlende Vereinsmitgliedschaft der Kinder hat im Laufe von neun Jahren an Bedeutung verloren und ist von mangelndem Interesse oder keinen Freund_innen im Verein abgelöst worden.

Neben den vorgegebenen Antwortkategorien konnten die Personen auch offen angeben, warum das Kind nicht in einem Verein ist. Bei einem Kind war der Grund, dass sich dieses nicht entscheiden könne, ob und was es wolle, bei zwei Kindern waren es gesundheitliche Gründe. Ein vierter Haushalt gab als Grund an, man sei gerade „neu hergezogen“.

Schließlich wurden die Haushalte 2018 gefragt, wie viele Stunden die Kinder ab sechs Jahren pro Tag vor dem Fernseher oder Computer verbringen. Um der medientechnischen Veränderung im Zeitraum zwischen den beiden Befragungen Rechnung zu tragen, wurde die Frage 2018 ergänzt, und schloss nun auch die Beschäftigung mit dem Smartphone ein. Auch diese Frage war auf die minderjährigen Kinder ab Vollendung des sechsten Lebensjahres bezogen. Die Auswertung ergab zunächst dass sich die angegebene Zeit des Medienkonsums erhöht hat: So ist der arithmetische Mittelwert von 1,8 Stunden pro Tag im Jahr 2009 auf 2,1 Stunden pro Tag im Jahr 2018 gestiegen. Gleichzeitig hat sich der Medianwert erhöht: von 1,5 auf 2,0 Stunden täglich. Zu beiden Erhebungen erstreckten sich die angegebenen Zeiträume von minimal 0 bis maximal 6 Stunden.

Abbildung 53: Zeit, die mit elektronischen Medien verbracht wird, bezogen auf minderjährige Kinder ab sechs Jahren (Stunden pro Tag, 2009 und 2018)**Tabelle 60: Zeit, die mit elektronischen Medien verbracht wird, bezogen auf minderjährige Kinder ab sechs Jahren (Stunden pro Tag, 2009 und 2018)**

	2009	2018
arith. MW	1,84	2,1
Median	1,5	2
Minimum	0	0
Maximum	6	6



Um die Antworten aus den beiden Erhebungen vergleichen zu können, wurden vier Kategorien (Zeitspannen von weniger als einer Stunde bis zu mehr als fünf Stunden) gebildet. Die Auswertung ergab ein uneinheitliches Bild: So wurde die gemäßigte mittlere Zeitzone (eine bis weniger als drei Stunden) 2018 seltener genannt, nämlich bei 71,6% der relevanten Kinder im Jahr 2009, aber nur bei 43,9 % im Jahr 2018. Auch die längste Mediennutzungszeit (fünf Stunden und mehr) war 2009 etwas häufiger genannt worden als 2018. Gleichzeitig sind aber sowohl die Nennungen einer eher kurzen Zeit (weniger als 1 Stunde), als auch einer eher längeren Zeit (3 bis weniger als 5 Stunden) gestiegen: In der Kategorie von weniger als 1 Stunde gab es eine Zunahme der Nennungen von 11,0% auf 22,0%; in der Kategorie von 3 bis weniger als 5 Stunden ist die Zahl der Nennungen von 10,4% auf 29,3% gestiegen.

Abbildung 54: Beschäftigung mit elektronischen Medien, bezogen auf minderjährige Kinder ab sechs Jahren (Stunden pro Tag, 2009 und 2018)

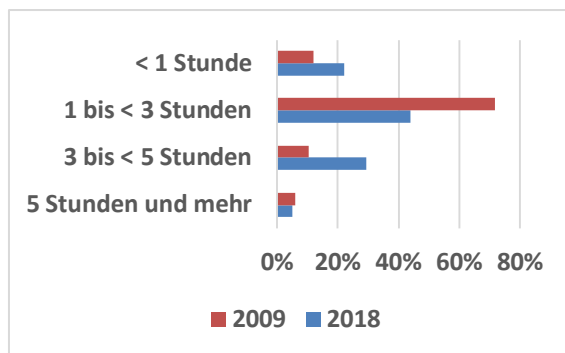


Tabelle 61: Beschäftigung mit elektronischen Medien, bezogen auf minderjährige Kinder ab sechs Jahren (Std. pro Tag, 2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
< 1 Stunde	Anzahl	8	9	
	Anteil	11,9%	22,0%	83,8%
1 bis < 3 Stunden	Anzahl	48	18	
	Anteil	71,6%	43,9%	-38,7%
3 bis < 5 Stunden	Anzahl	7	12	
	Anteil	10,4%	29,3%	180,1%
5 Stunden und mehr	Anzahl	4	2	
	Anteil	6,0%	4,9%	-18,3%
gesamt	Anzahl	67	41	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem oben beschriebenen Rückgang des Fernsehkonsums, so bestätigt sich der Eindruck, dass die zunehmende Smartphonennutzung tendenziell nicht additiv zu anderen, schon länger etablierten Technologien erfolgt, sondern dass hier eine Verdrängung dieser älteren Medien – z.B. Fernsehen – zugunsten der Smartphonennutzung stattfindet.



2.9 Soziales Netz und soziales Miteinander

Im nächsten Schritt wurden die Haushalte nach der Anzahl der Personen gefragt, mit denen sie regelmäßigen Kontakt haben. Dabei wurde jeweils zwischen Verwandten, Freund_innen und Nachbar_innen unterschieden. Bei Verwandten und Freund_innen wurden ausdrücklich telefonische, persönliche und virtuelle (chatten/mailen) Kontakte eingeschlossen. Beim Vergleich der Antworten aus 2009 und 2018 wurden jeweils arithmetischer Mittelwert, Medianwert, Minimal- und Maximalwerte gegenübergestellt. Dabei zeigen sich nur geringe Unterschiede.

In Bezug auf Freund_innen und Nachbar_innen ist der Medianwert jeweils gleich geblieben, während der arithmetische Mittelwert um 1,51 bzw. 1,22 gestiegen ist. Offenbar hat die Anzahl der Personen, zu denen freundschaftliche oder nachbarschaftliche Kontakte bestehen, in Einzelfällen deutlich zugenommen, wobei diese Zunahmen nicht ausreichen, um sich im Medianwert niederzuschlagen. Auch bei den Verwandtschaftskontakten sind der arithmetische Mittelwert und das Maximum gestiegen. Gleichzeitig ist der Medianwert aber von 4,00 auf 3,00 gesunken. Auch hier deuten die Werte darauf hin, dass die Anzahl der Kontaktpersonen vereinzelt gestiegen ist, allerdings in weit geringerem Maße als bei den Freund_innen und Nachbar_innen. Insgesamt lässt sich der Befund also dahingehend zusammenfassen, dass in der Mehrzahl der Fälle eher keine Veränderung oder sogar ein leichter Rückgang bei der angegebenen Zahl von Kontaktpersonen im Verwandten-, Freundes- oder Nachbarschaftskreis zu verzeichnen ist.

Tabelle 62: Anzahl der regelmäßigen Kontakte zu Verwandten, Freund_innen und Nachbar_innen (2009 und 2018)

	Verwandte			Freund_innen			Nachbar_innen		
	2009	2018	Veränd.	2009	2018	Veränd.	2009	2018	Veränd.
arith. MW	4,68	5,02	0,34	5,40	6,92	1,52	2,33	3,55	1,22
Median	4,00	3,00	-1,00	4,00	4,00	0,00	2,00	2,00	0,00
Minimum	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Maximum	25,00	30,00	5,00	20,00	30,00	10,00	15,00	20,00	5,00
Anzahl	47	50	3	47	49	2	46	49	3

Auch die nächste Frage bezog sich auf die Sozialkontakte der befragten Haushalte: Diese wurden um Auskunft darüber gebeten, ob sich ihr Freundeskreis in den letzten sechs Monaten verändert hat.

Tabelle 63: Abnahme vs. Zunahme des Freundeskreises in den letzten sechs Monaten (2009 und 2018)

		2009	2018	Veränd.
kleiner geworden	Anzahl	12	9	
	Anteil	25,5%	18,4%	-28,1%
gleich geblieben	Anzahl	24	36	
	Anteil	51,1%	73,5%	43,9%
größer geworden	Anzahl	11	4	
	Anteil	23,4%	8,2%	-65,1%
gesamt	Anzahl	47	49	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Der Vergleich der Antworten aus 2009 und 2018 zeigt allerdings, dass die Mehrheit der Haushalte, nämlich 51,1%, schon 2009 eine gleich bleibende Anzahl von Freund_innen angegeben hat. Dieser Anteil ist gewachsen auf 73,5%. Demgegenüber geben vergleichsweise weniger Haushalte an, dass der Freundeskreis kleiner oder größer geworden sei. Es zeigt sich also eine zunehmende Konstanz bei der Größe der Freundeskreise.



Ferner wurde gefragt, ob die jeweiligen Verwandten und Freund_innen in wirtschaftlich schlechteren, gleichen oder besseren Verhältnissen leben als der eigene Haushalt. In Bezug auf die Verwandten zeigen sich zwischen den 2009 und 2018 gegebenen Antworten kaum Unterschiede. In Bezug auf die Freund_innen dagegen haben sich die Einschätzungen der befragten Haushalte verändert: Der Anteil derjenigen, die angeben, dass es ihren Freund_innen gleich gut/gleich schlecht gehe, ist von 44,2% auf 21,4% gesunken. Dagegen ist der Anteil derjenigen, die angeben, dass es ihren Freund_innen besser gehe, von 53,5% auf 75,0% gestiegen. Dass es sich bei den Freund_innen, denen es – aus Sicht der befragten Haushalte – besser geht, nicht um neu geschlossene Freundschaften handeln kann, ergibt sich schon daraus, dass die befragten Haushalte, wie soeben dargestellt, von eher konstanten Freundeskreisen berichten. Offenbar nehmen die befragten Haushalte bei ihren alten Freunden eine stärkere wirtschaftliche Verbesserung wahr als bei sich selbst, wobei der Realitätsgehalt dieser Wahrnehmung nicht festgestellt werden kann.

Tabelle 64: Einschätzung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Verwandten und Freund_innen im Vergleich zum eigenen Haushalt (2009 und 2018)

		Verwandte			Freund_innen		
		2009	2018	Veränd.	2009	2018	Veränd.
schlechter	Anzahl	1	2		1	1	
	Anteil	2,3%	5,9%	152,9%	2,3%	3,6%	53,6%
gleich	Anzahl	12	10		19	6	
	Anteil	27,9%	29,4%	5,4%	44,2%	21,4%	-51,5%
besser	Anzahl	30	22		23	21	
	Anteil	69,8%	64,7%	-7,3%	53,5%	75,0%	40,2%
gesamt	Anzahl	43	34		43	28	
	Anteil	100,0%	100,0%		100,0%	100,0%	

Schließlich wurde nach der Anzahl der Personen – Nachbar_innen, Freund_innen, Verwandte – gefragt, von denen, nach eigener Einschätzung, im Notfall Hilfe erwartet werden kann. Um die Veränderung zwischen den beiden Erhebungen zu erfassen, wurden die Mittelwerte verglichen: Sowohl der arithmetische Mittelwert (4,98 vs. 6,90), als auch der Medianwert (3,00 vs. 4,50) sind zwischen den beiden Erhebungen gestiegen. Die befragten Haushalte geben also an, in Notfällen mit einer größeren Anzahl von Helfer_innen rechnen zu können.

Abbildung 55: Anzahl der Notfallhelfer_innen (2009 und 2018)

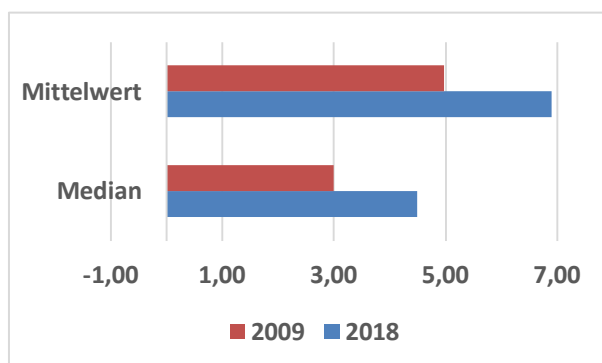


Tabelle 65: Anzahl der Notfallhelfer_innen (2009 und 2018)

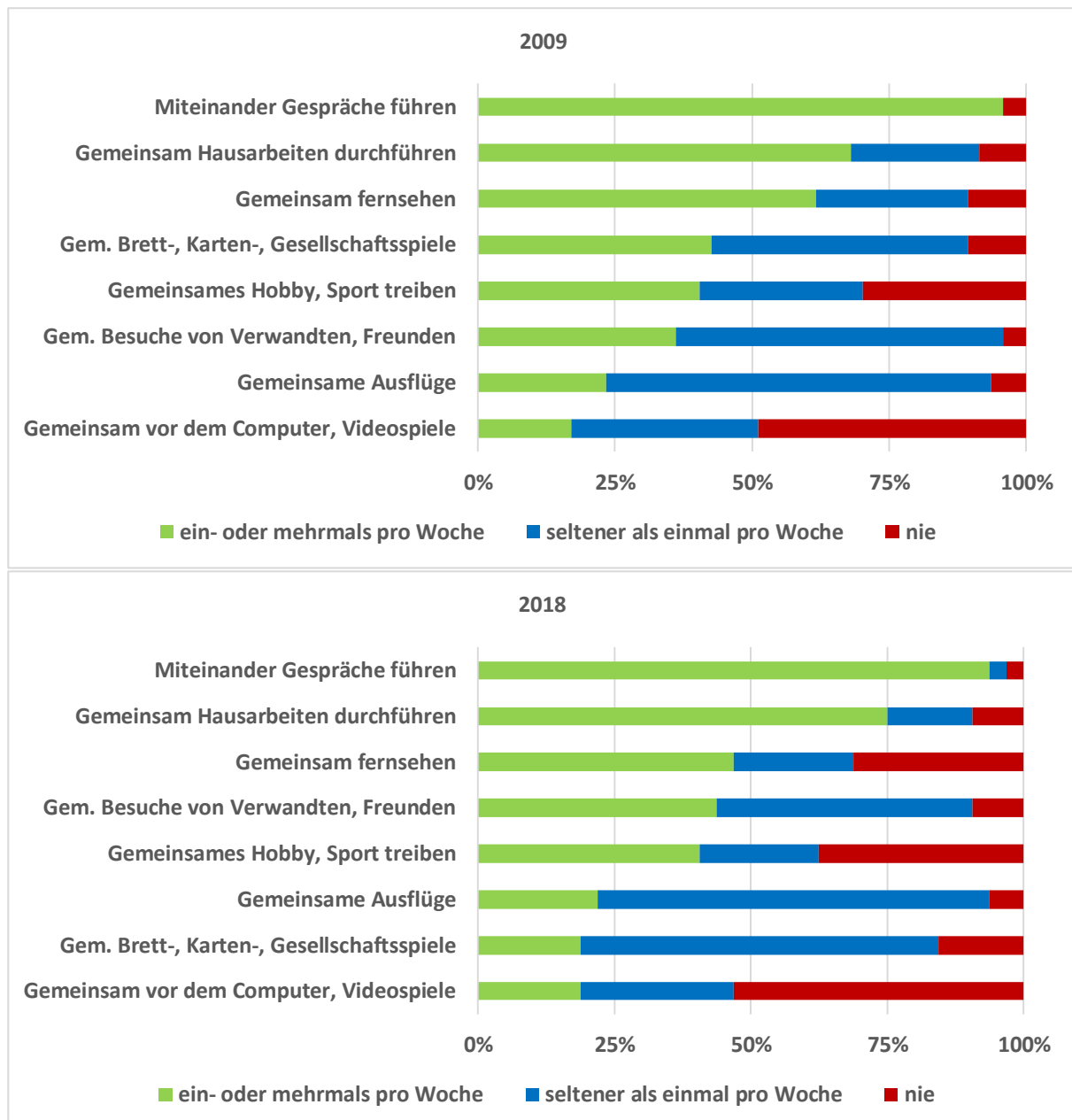
	2009	2018	Veränd.
Mittelwert	4,98	6,90	1,92
Median	3,00	4,50	1,50
Anzahl	47	50	



Die Anzahl der Personen, die als Helfer_innen im Notfall betrachtet werden, hat zugenommen, während die angegebene Zahl von Kontaktpersonen (Verwandte, Freund_innen, Nachbar_innen) eher konstant geblieben ist (s.o.). Dieser Befund lässt sich als Hinweis auf tendenziell größeres Vertrauen in das soziale Netzwerk bzw. auf gestiegenen Optimismus in Bezug auf die Hilfsbereitschaft der jeweiligen sozialen Netzwerke deuten.

Im Folgenden wurde nach gemeinsamen Aktivitäten in der Familie gefragt. Dabei wurden bei beiden Erhebungen acht identische Items abgefragt und verglichen. Bei beiden Erhebungen wurde die Frage nur an Haushalte mit minderjährigen Kindern gerichtet. 2009 hatten alle 50 befragten Haushalte minderjährige Kinder; 47 dieser Haushalte haben die Fragen beantwortet. 2018 gab es unter den befragten Haushalten nur noch 32, in denen minderjährige Kinder lebten; alle diese Haushalte haben die Frage beantwortet. Die Befragten hatten fünf Antwortkategorien zur Auswahl. Um die Unterschiede besser sichtbar zu machen, wurden diese zu drei Antwortkategorien zusammengefasst.

Abbildung 56: Gemeinsame Aktivitäten in Haushalten mit minderjährigen Kindern (2009 und 2018)





Bei der Auswertung der gegebenen Antworten zeigte sich, dass „miteinander Gespräche führen“ nach wie vor am häufigsten als gemeinsame Aktivität angegeben wird. So haben 95,7% der befragten Haushalte 2009 berichtet, ein- oder mehrmals pro Woche miteinander Gespräche zu führen. 2018 hat sich der Anteil kaum verändert: Es sind jetzt 93,8% der befragten Haushalte und zusätzlich 3,1%, die angeben, ebenfalls miteinander Gespräche zu führen, allerdings seltener als einmal pro Woche. Auf Platz zwei der Rangliste der gemeinsamen Aktivitäten liegt weiterhin das Item „gemeinsame Hausarbeiten durchführen“. Auch hier zeigt sich insgesamt wenig Veränderung. Der Anteil der Haushalte, die gemeinsame Hausarbeit sogar wöchentlich praktizieren, ist geringfügig gestiegen: von 68,1% im Jahr 2009 auf 75,0% im Jahr 2018; dafür ist der Anteil, der angibt, seltener gemeinsame Hausarbeit durchzuführen, leicht gesunken: von 23,4% auf 15,6%.

Die Frequenz der angegebenen gemeinsamen Besuche bei Verwandten und Freunden ist 2018 etwas höher als 2009. So betrug der Anteil der Haushalte, die angeben, seltener als einmal pro Woche gemeinsame Besuche zu machen, 59,6% im Jahr 2009 und nur 46,9% im Jahr 2018. Der Anteil der Haushalte, die angeben, gemeinsame Besuche häufiger, nämlich mindestens einmal pro Woche zu machen, hat sich dagegen von 36,2% auf 43,8% vergrößert.

Insgesamt reduziert haben sich die bejahenden Antworten in Bezug auf die Items „gemeinsam fernsehen“, „gemeinsames Hobby, Sport treiben“ sowie „gemeinsame Brett-, Karten- und Gesellschaftsspiele“. So gaben 10,6% der Haushalte im Jahr 2009 an, nie gemeinsam fernzusehen; 2018 sind es dagegen 31,3% der Haushalte. Dieses Ergebnis entspricht dem bereits vermuteten Trend vom Fernsehen zur Smartphonennutzung (vgl. Abschnitt 2.8, zum Freizeitverhalten von erwachsenen Haushaltsmitgliedern und Kindern).

Bei der kleineren Quote von Haushalten, die gemeinsame Brett-, Karten- und Gesellschaftsspiele angeben, könnte sich das insgesamt höhere Alter der Kinder in 2018 ausgewirkt haben. Bemerkenswert ist, dass die angegebenen Anteile in Bezug auf das Item „gemeinsam vor dem Computer sitzen, Videospiele“ nahezu unverändert geblieben sind. Ein Trend von gemeinsamen Brett-, Karten- und Gesellschaftsspielen zur gemeinsamen Beschäftigung mit elektronischen Medien lässt sich hier also nicht verzeichnen.

Bei den übrigen Items ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen.



Tabelle 66: Gemeinsame Aktivitäten in Haushalten mit minderj. Kindern (2009 und 2018)

			ein- oder mehrmals pro Woche	seltener als einmal pro Woche	nie	gesamt
Miteinander Gespräche führen	2009	Anzahl	45	0	2	47
		Anteil	95,7%	0,0%	4,3%	100,0%
	2018	Anzahl	30	1	1	32
		Anteil	93,8%	3,1%	3,1%	100,0%
	Veränd.	Anzahl				
		Anteil	-2,1%		-26,6%	
Gemeinsam Hausarbeiten durchführen	2009	Anzahl	32	11	4	47
		Anteil	68,1%	23,4%	8,5%	100,0%
	2018	Anzahl	24	5	3	32
		Anteil	75,0%	15,6%	9,4%	100,0%
	Veränd.	Anzahl				
		Anteil	10,2%	-33,2%	10,2%	
Gemeinsam fernsehen	2009	Anzahl	29	13	5	47
		Anteil	61,7%	27,7%	10,6%	100,0%
	2018	Anzahl	15	7	10	32
		Anteil	46,9%	21,9%	31,3%	100,0%
	Veränd.	Anzahl				
		Anteil	-24,0%	-20,9%	193,8%	
Gemeinsame Besuche von Verwandten, Freunden	2009	Anzahl	17	28	2	47
		Anteil	36,2%	59,6%	4,3%	100,0%
	2018	Anzahl	14	15	3	32
		Anteil	43,8%	46,9%	9,4%	100,0%
	Veränd.	Anzahl				
		Anteil	21,0%	-21,3%	120,3%	
Gemeinsames Hobby, Sport treiben	2009	Anzahl	19	14	14	47
		Anteil	40,4%	29,8%	29,8%	100,0%
	2018	Anzahl	13	7	12	32
		Anteil	40,6%	21,9%	37,5%	100,0%
	Veränd.	Anzahl				
		Anteil	0,5%	-26,6%	25,9%	
Gemeinsame Ausflüge	2009	Anzahl	11	33	3	47
		Anteil	23,4%	70,2%	6,4%	100,0%
	2018	Anzahl	7	23	2	32
		Anteil	21,9%	71,9%	6,3%	100,0%
	Veränd.	Anzahl				
		Anteil	-6,5%	2,4%	-2,1%	
Gemeinsame Brett-, Karten-, Gesellschaftsspiele	2009	Anzahl	20	22	5	47
		Anteil	42,6%	46,8%	10,6%	100,0%
	2018	Anzahl	6	21	5	32
		Anteil	18,8%	65,6%	15,6%	100,0%
	Veränd.	Anzahl				
		Anteil	-55,9%	40,2%	46,9%	
Gemeinsam vor dem Computer sitzen, Videospiele	2009	Anzahl	8	16	23	47
		Anteil	17,0%	34,0%	48,9%	100,0%
	2018	Anzahl	6	9	17	32
		Anteil	18,8%	28,1%	53,1%	100,0%
	Veränd.	Anzahl				
		Anteil	10,2%	-17,4%	8,6%	



2.10 Alltagsprobleme

Im Bereich Alltagsprobleme wurden die Haushalte 2018, ebenso wie bereits 2009, nach bestimmten Verhaltensweisen gefragt. Dabei wurden dieselben Items verwendet, und zwar fünf Items mit positiver sowie zehn mit negativer Aussage. Um die Differenzen klarer aufzuzeigen, wurden die bejahenden Antworten „eher ja“ und „völlig zutreffend“ in der nachfolgenden Abbildung zusammengefasst und nach Häufigkeit der Nennungen im Jahr 2018 aufgelistet. Dabei fällt zunächst auf, dass die Liste von vier Items mit positiver Aussage – tagsüber sehr beschäftigt sein, schnell und sicher entscheiden können, fröhlich und heiter sein, viele Kontakte zu Freunden/Bekanntnen haben – angeführt wird, da diese im Jahr 2018 am häufigsten genannt wurden. Die Items mit positiver Aussage dominieren bei der Erhebung 2018 klar die Items mit negativer Aussage und lassen auf eine tendenziell positive Grundstimmung der befragten Haushalte schließen.

Abbildung 57: Verhaltensweisen zu Alltagsproblemen, nur bejahende Antworten: „eher ja“ und „völlig zutreffend“ (2009 und 2018)

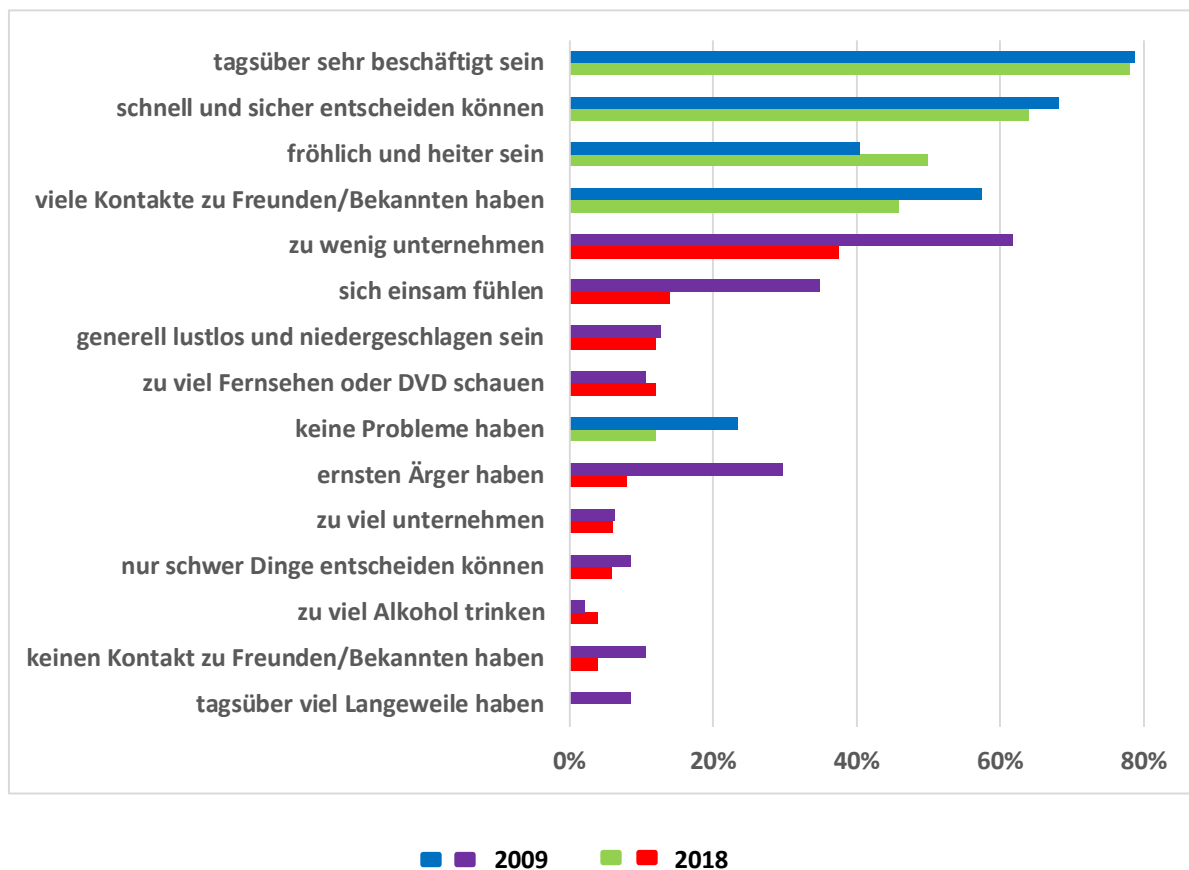




Tabelle 67: Verhaltensweisen zu Alltagsproblemen, alle Antwortkategorien (2009 und 2018)

	2009		2018		Veränd.	2009		2018		Veränd.
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anteil
Tagsüber sehr beschäftigt sein						Zu wenig unternehmen				
überhaupt nicht	0	0,0%	0	0,0%		4	8,5%	14	29,2%	242,7%
eher nicht	3	6,4%	1	2,0%	-68,7%	2	4,3%	9	18,8%	340,6%
mittel	7	14,9%	10	20,0%	34,3%	12	25,5%	7	14,6%	-42,9%
eher ja	9	19,1%	15	30,0%	56,7%	10	21,3%	9	18,8%	-11,9%
völlig zutreffend	28	59,6%	24	48,0%	-19,4%	19	40,4%	9	18,8%	-53,6%
Schnell und sicher entscheiden können						Sich einsam fühlen				
überhaupt nicht	0	0,0%	2	4,0%		14	30,4%	27	54,0%	77,4%
eher nicht	2	4,3%	2	4,0%	-6,0%	11	23,9%	6	12,0%	-49,8%
mittel	13	27,7%	14	28,0%	1,2%	5	10,9%	10	20,0%	84,0%
eher ja	12	25,5%	12	24,0%	-6,0%	9	19,6%	4	8,0%	-59,1%
völlig zutreffend	20	42,6%	20	40,0%	-6,0%	7	15,2%	3	6,0%	-60,6%
Fröhlich und heiter sein						Generell lustlos und niedergeschlagen sein				
überhaupt nicht	1	2,1%	1	2,0%	-6,0%	11	23,4%	16	32,0%	36,7%
eher nicht	7	14,9%	4	8,0%	-46,3%	15	31,9%	16	32,0%	0,3%
mittel	20	42,6%	20	40,0%	-6,0%	15	31,9%	12	24,0%	-24,8%
eher ja	12	25,5%	13	26,0%	1,8%	3	6,4%	5	10,0%	56,7%
völlig zutreffend	7	14,9%	12	24,0%	61,1%	3	6,4%	1	2,0%	-68,7%
Viele Kontakte zu Freunden und Bekannten haben						Zu viel Fernsehen oder DVD schauen				
überhaupt nicht	1	2,1%	4	8,0%	276,0%	22	46,8%	22	44,0%	-6,0%
eher nicht	8	17,0%	12	24,0%	41,0%	16	34,0%	17	34,0%	-0,1%
mittel	11	23,4%	11	22,0%	-6,0%	4	8,5%	5	10,0%	17,5%
eher ja	9	19,1%	4	8,0%	-58,2%	2	4,3%	2	4,0%	-6,0%
völlig zutreffend	18	38,3%	19	38,0%	-0,8%	3	6,4%	4	8,0%	25,3%
Keine Probleme haben						Ernstes Ärger haben				
überhaupt nicht	22	46,8%	15	30,0%	-35,9%	12	25,5%	30	60,0%	135,0%
eher nicht	9	19,1%	19	38,0%	98,4%	18	38,3%	9	18,0%	-53,0%
mittel	5	10,6%	10	20,0%	88,0%	3	6,4%	7	14,0%	119,3%
eher ja	9	19,1%	3	6,0%	-68,7%	5	10,6%	3	6,0%	-43,6%
völlig zutreffend	2	4,3%	3	6,0%	41,0%	9	19,1%	1	2,0%	-89,6%
Zu viel unternehmen						Nur schwer Dinge entscheiden können				
überhaupt nicht	28	59,6%	27	55,1%	-7,5%	16	34,0%	23	46,0%	35,1%
eher nicht	10	21,3%	12	24,5%	15,1%	18	38,3%	11	22,0%	-42,6%
mittel	6	12,8%	7	14,3%	11,9%	9	19,1%	13	26,0%	35,8%
eher ja	2	4,3%	1	2,0%	-52,0%	3	6,4%	1	2,0%	-68,7%
völlig zutreffend	1	2,1%	2	4,1%	91,8%	1	2,1%	2	4,0%	88,0%
Zu viel Alkohol trinken						Keinen Kontakt zu Freunden und Bekannten haben				
überhaupt nicht	37	78,7%	39	78,0%	-0,9%	28	59,6%	34	68,0%	14,1%
eher nicht	8	17,0%	8	16,0%	-6,0%	11	23,4%	8	16,0%	-31,6%
mittel	1	2,1%	1	2,0%	-6,0%	3	6,4%	6	12,0%	88,0%
eher ja	0	0,0%	2	4,0%		3	6,4%	2	4,0%	-37,3%
völlig zutreffend	1	2,1%	0	0,0%	-100,0%	2	4,3%	0	0,0%	-100,0%
Tagsüber viel Langeweile haben										
überhaupt nicht	32	68,1%	39	78,0%	14,6%					
eher nicht	7	14,9%	9	18,0%	20,9%					
mittel	4	8,5%	2	4,0%	-53,0%					
eher ja	3	6,4%	0	0,0%	-100,0%					
völlig zutreffend	1	2,1%	0	0,0%	-100,0%					



Auch beim konkreten Vergleich der Anteile der jeweiligen bejahenden Antworten aus 2009 und 2018 zeigt sich in mehrfacher Hinsicht eine veränderte Grundstimmung der interviewten Personen.

2009 gab ein Anteil von 40,4% der interviewten Personen an, fröhlich und heiter zu sein; 2018 waren es 50,0%. 2009 berichtete ein Anteil von 61,7% der Haushalte, zu wenig zu unternehmen; 2018 waren es nur 37,6%. 2009 gaben 34,8% der Befragten an, sich einsam zu fühlen; 2018 waren es nur 14,0%. Und 29,7% der Befragten berichteten 2009 von ernstem Ärger; 2018 waren es nur 8,0%.

Andererseits ist der Anteil der Befragten, die angeben, viele Kontakte zu Freunden und Bekannten zu haben, gesunken: von 57,4% in 2009 auf 46,0% in 2018. Und der Anteil der Haushalte, die angeben, keine Probleme zu haben, hat sich von 23,4% in 2009 auf 12,0% in 2018 reduziert. Bei allen anderen Items sind die Unterschiede zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten zu gering, um daraus weitere Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Insgesamt lässt sich also eine Tendenz zu einer optimistischeren Stimmung und Selbsteinschätzung der Befragten 2018 im Vergleich zu 2009 konstatieren.



2.11 Gesundheit

Den Haushalten wurden sowohl 2009 als auch 2018 dieselben zehn Aussagen zum eigenen psychosozialen Belastungsempfinden vorgelesen. Die drei Antwortkategorien „1 = gar nicht zutreffend“, „2 = teilweise zutreffend“ und „3 = vollständig zutreffend“ wurden vorgegeben. Bei der Auswertung wurden zu jedem Item die arithmetischen Mittelwerte für 2009 und 2018 gebildet und verglichen. Dabei zeigt sich eine durchgehende Tendenz zu einem verbesserten Gesundheitsempfinden. Denn nur den beiden Items mit positiven Aussagen „Fühle mich stark“ und „Fühle mich gesund“ haben die befragten Haushalte 2018 in höherem Maße zugestimmt als 2009. Bei allen anderen Items – alle mit negativen Aussagen – sind die arithmetischen Mittelwerte zurückgegangen, d.h. diese Aussagen haben 2018 weniger Zustimmung erhalten als 2009. Es kann also festgestellt werden, dass die befragten Haushalte 2018 im Durchschnitt von einer besseren subjektiven Selbsteinschätzung berichten als 2009.

Abbildung 58: Aussagen zum subjektiven psychosozialen Belastungsempfinden, relative Veränderung der arith. Mittelwerte (2009 : 2018)

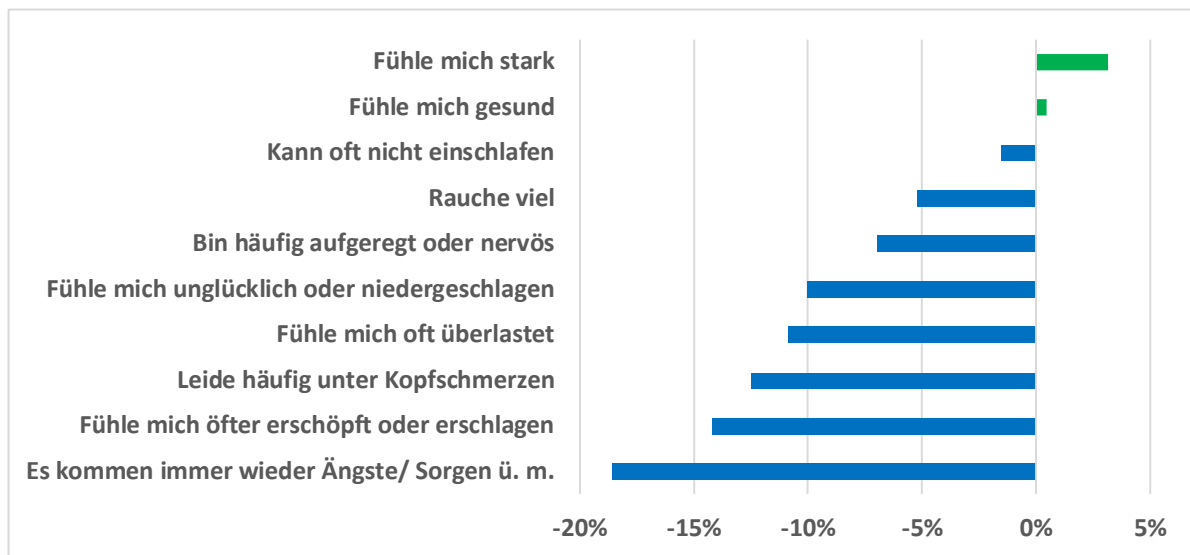


Tabelle 68: Aussagen zur gesundheitsbezogenen Selbsteinschätzung, relative Veränderung der Mittelwerte (2009 : 2018)

	2009		2018		Veränd. arith. MW
	arith. MW	Anzahl	arith. MW	Anzahl	
Fühle mich stark	1,98	45	2,04	50	3,1%
Fühle mich gesund	1,89	46	1,90	50	0,5%
Kann oft nicht einschlafen	1,89	45	1,86	50	-1,5%
Rauche viel	1,41	46	1,34	50	-5,2%
Bin häufig aufgeregt oder nervös	1,96	45	1,82	50	-6,9%
Fühle mich unglücklich oder niedergeschlagen	1,78	45	1,60	50	-10,0%
Fühle mich oft überlastet	2,31	45	2,06	50	-10,9%
Leide häufig unter Kopfschmerzen	1,91	45	1,64	50	-14,2%
Fühle mich öfter erschöpft oder erschlagen	2,44	45	2,14	50	-12,5%
Es kommen immer wieder Ängste oder Sorgen über mich	2,33	45	1,90	50	-18,6%



Die insgesamt stärkste Veränderung zeigte sich bei dem Item „Es kommen immer wieder Ängste und Sorgen über mich“, denn dort hat sich der Mittelwert um 18,6% verringert. Die wiederkehrende Belastung mit Ängsten und Sorgen gilt als klassischer Indikator für eine hohe Belastung im psychosozialen Bereich bzw. für Besorgnis- und Anomiesymptome (vgl. Habich 2002). Dass gerade die Zustimmung zu dieser Selbsteinschätzung besonders stark zurückgegangen ist, kann als deutliches Anzeichen für eine Entlastung der Haushalte gedeutet werden.

Tabelle 69: Aussagen zur gesundheitsbezogenen Selbsteinschätzung (2009 und 2018)

		2009				2018			
		gar nicht zutreffend	teilweise zutreffend	vollständig zutreffend	gesamt	gar nicht zutreffend	teilweise zutreffend	vollständig zutreffend	gesamt
Fühle mich stark	Anzahl	11	24	10	45	8	32	10	50
	Anteil	24,4%	53,3%	22,2%	100,0%	16,0%	64,0%	20,0%	100,0%
Fühle mich gesund	Anzahl	16	19	11	46	14	27	9	50
	Anteil	34,8%	41,3%	23,9%	100,0%	28,0%	54,0%	18,0%	100,0%
Kann oft nicht einschlafen	Anzahl	18	14	13	45	19	19	12	50
	Anteil	40,0%	31,1%	28,9%	100,0%	38,0%	38,0%	24,0%	100,0%
Rauche viel	Anzahl	32	9	5	46	37	9	4	50
	Anteil	69,6%	19,6%	10,9%	100,0%	74,0%	18,0%	8,0%	100,0%
Bin häufig aufgereggt oder nervös	Anzahl	14	19	12	45	20	19	11	50
	Anteil	31,1%	42,2%	26,7%	100,0%	40,0%	38,0%	22,0%	100,0%
Fühle mich unglücklich oder niedergeschlagen	Anzahl	15	25	5	45	23	24	3	50
	Anteil	33,3%	55,6%	11,1%	100,0%	46,0%	48,0%	6,0%	100,0%
Fühle mich oft überlastet	Anzahl	5	21	19	45	9	29	12	50
	Anteil	11,1%	46,7%	42,2%	100,0%	18,0%	58,0%	24,0%	100,0%
Leide häufig unter Kopfschmerzen	Anzahl	15	19	11	45	26	16	8	50
	Anteil	33,3%	42,2%	24,4%	100,0%	52,0%	32,0%	16,0%	100,0%
Fühle mich öfter erschöpft oder erschlagen	Anzahl	2	21	22	45	8	27	15	50
	Anteil	4,4%	46,7%	48,9%	100,0%	16,0%	54,0%	30,0%	100,0%
Es kommen immer wieder Ängste oder Sorgen über mich	Anzahl	6	18	21	45	18	19	13	50
	Anteil	13,3%	40,0%	46,7%	100,0%	36,0%	38,0%	26,0%	100,0%



Die einzelnen Fragen zur Gesundheit lassen sich in Form einer Dimension „psychosoziales Gesundheitsgefühl“ (dabei handelt es sich um eine Faktorenanalyse, vgl. Anhang) zusammenfassen:

Tabelle 70: Psychosoziales Gesundheitsgefühl

Fühle mich öfter erschöpft oder erschlagen	.785
Es kommen immer wieder Ängste oder Sorgen über mich	.776
Fühle mich oft überlastet	.757
Fühle mich unglücklich oder niedergeschlagen	.724
Bin häufig aufgeregt oder nervös	.688
Fühle mich gesund	-.621

Vergleicht man die Veränderung des so bemessenen psychosozialen Gesundheitsgefühls zwischen den Erhebungen, lässt sich von einer klaren Verbesserung des Gesundheitsgefühls der befragten Personen sprechen. Mit einer Effektstärke von Cohen's $d = 0,45$ kann hier ein mittelstarker Veränderungseffekt konstatiert werden (vgl. Cohen 1988).

Diese Feststellung scheint mit den Angaben zum Bezug von Erwerbsunfähigkeitsrente (vgl. Abschnitt 2.5) zu kontrastieren. So ist der Anteil der Haushalte, die angeben, Erwerbsunfähigkeitsrente zu beziehen, von 2% (1) auf 14% (7) gestiegen. Selbst unter Berücksichtigung des inzwischen höheren Alters bleibt der Anstieg bemerkenswert. Er könnte auf einen schlechten Gesundheitszustand eines vergleichsweise hohen Anteils der Haushaltsmitglieder im erwerbsfähigen Alter hinweisen, der in einem Spannungsverhältnis zu unserem Befund eines klar verbesserten Gesundheitsgefühls steht. Interessant ist, dass fünf der sechs Haushalte, in denen erst nach der ersten Erhebung Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist, 2009 angegeben haben, Arbeitslosengeld II zu beziehen, und nur einer dieser Haushalt berichtete, über Erwerbseinkommen zu verfügen. In der Literatur finden sich Hinweise für die Tendenz, die Gruppe der ALG II-Bezieher_innen auch dadurch zu reduzieren, dass Personen als erwerbsunfähig klassifiziert werden (vgl. Hochfellner et al. 2016). Ohne die Angemessenheit dieser Klassifizierung in den konkreten Fällen unserer Befragung beurteilen zu können, besteht die Möglichkeit, dass die Erwerbsunfähigkeit zumindest nicht nur auf eine erhebliche Verschlechterung des Gesundheitszustands zurückzuführen ist. Ein Abgang vom ALG II-Bezug in eine Erwerbsunfähigkeitsrente relativiert jedenfalls den sehr positiven Befund, dass bei einer erheblichen Zahl der Befragten eine Angewiesenheit auf ALG II überwunden werden konnte.

Als Nächstes wurde nach bestimmten Krankheiten der minderjährigen Kinder gefragt; dabei wurden 2009 und 2018 dieselben zehn Items vorgegeben, die auch Mehrfachnennungen ermöglichten. Insgesamt ging es dabei um 96 bzw. 50 minderjährige Kinder in 2009 bzw. 2018. Bei den zehn Items handelt es sich um Krankheiten und Beeinträchtigungen, die über längere Zeiträume wirksam sind. Kurzzeitige Akuterkrankungen wurden nicht abgefragt.

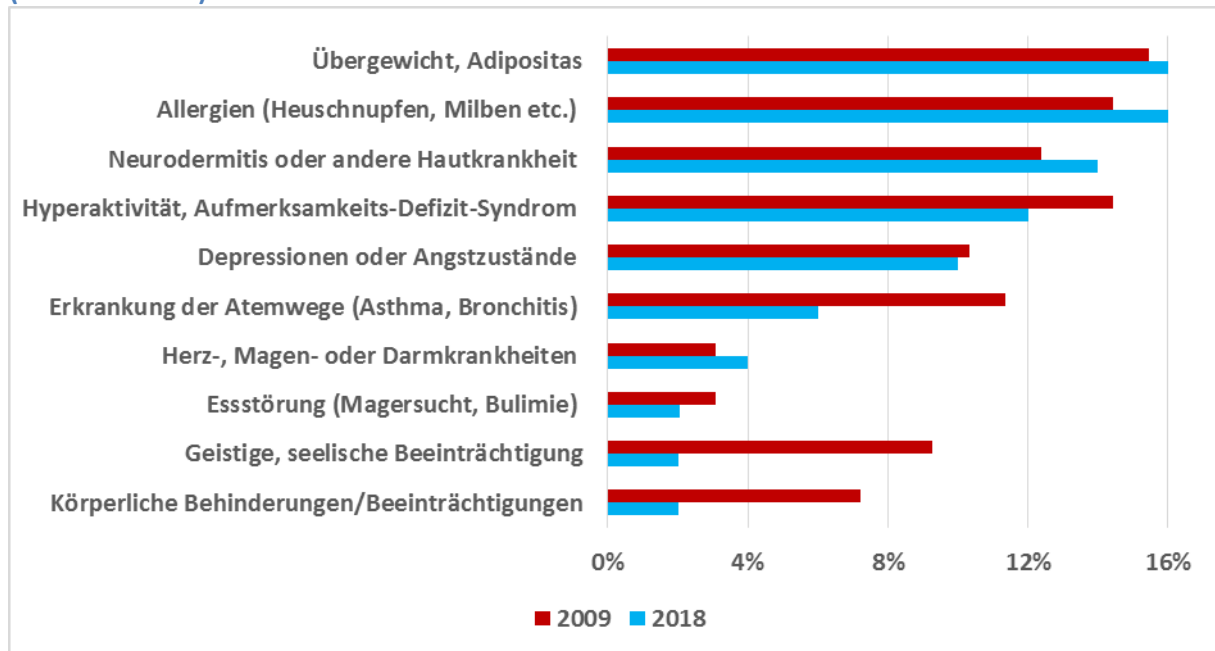
Der Vergleich der in 2009 und 2018 gegebenen Antworten zeigt, dass dieselben beiden Krankheiten – nämlich Übergewicht und Allergien – nach wie vor am häufigsten angegeben werden. 2009 waren 15,5% der minderjährigen Kinder von Übergewicht und 14,4% von Allergien betroffen. 2018 ist der angegebene Anteil bei beiden Krankheiten auf 16,0% geringfügig angestiegen. Auch Hautkrankheiten sowie Herz-/Magen-/Darmkrankheiten werden von den Haushalten 2018 etwas häufiger genannt als 2009.



Der Anteil von Kindern mit Allergien entspricht etwa dem bevölkerungstypischen Anteil, wie ihn auch die KiGGS-Studie des Robert Koch-Instituts für Deutschland ausmacht. Dies gilt bemerkenswerter Weise auch für Übergewicht, das von unseren Befragten für etwa jedes siebte Kind angegeben wurde. Das entspricht ziemlich genau dem Durchschnittswert der KiGGS-Studie (vgl. Robert Koch-Institut 2008), was bemerkenswert ist, da Übergewicht bei Kindern in Armutslagen in der Regel statistisch stärker ausgeprägt ist als im Durchschnitt der Kinder. Insgesamt ist der berichtete Gesundheitszustand der Kinder in den Haushalten der Befragten aber erkennbar schlechter als der in der KiGGS-Studie ausgewiesene, durchschnittliche Gesundheitszustand von Kindern in Deutschland

Die anteiligen Nennungen der anderen sechs abgefragten Krankheiten und gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind im Verhältnis von 2009 zu 2018 zurückgegangen. So zeigt sich eine Verbesserung der gesundheitlichen Situation der minderjährigen Kinder in Bezug auf Hyperaktivität/ADS, Atemwegserkrankungen, Essstörungen sowie körperliche, geistige und seelische Behinderungen/Beeinträchtigungen. Da zu den einzelnen Krankheiten jedoch nur kleine Fallzahlen vorliegen, ist dieser Befund mit Zurückhaltung zu interpretieren.

Abbildung 59: Krankheiten und gesundheitliche Beeinträchtigungen der minderjährigen Kinder (2009 und 2018)



**Tabelle 71: Krankheiten und gesundheitliche Beeinträchtigungen der minderjährigen Kinder (2009 und 2018)**

		2009		2018		Veränd.
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
Übergewicht, Adipositas	ja	15	15,5%	8	16,0%	3,5%
	nein	82	84,5%	42	84,0%	
Allergien (Heuschnupfen, Milben etc.)	ja	14	14,4%	8	16,0%	10,9%
	nein	83	85,6%	42	84,0%	
Neurodermitis oder andere Hautkrankheit	ja	12	12,4%	7	14,0%	13,2%
	nein	85	87,6%	43	86,0%	
Hyperaktivität, Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom	ja	14	14,4%	6	12,0%	-16,9%
	nein	83	85,6%	44	88,0%	
Depressionen oder Angstzustände	ja	10	10,3%	5	10,0%	-3,0%
	nein	87	89,7%	45	90,0%	
Erkrankung der Atemwege (Asthma, Bronchitis)	ja	11	11,3%	3	6,0%	-47,1%
	nein	86	88,7%	47	94,0%	
Herz-, Magen- oder Darmkrankheiten	ja	3	3,1%	2	4,0%	29,3%
	nein	94	96,9%	48	96,0%	
Essstörung (Magersucht, Bulimie)	ja	3	3,1%	1	2,0%	-34,0%
	nein	94	96,9%	49	98,0%	
Geistige, seelische Beeinträchtigung	ja	9	9,3%	1	2,0%	-78,4%
	nein	88	90,7%	49	98,0%	
Körperliche Behinderungen/ Beeinträchtigungen	ja	7	7,2%	1	2,0%	-72,3%
	nein	90	92,8%	49	98,0%	

Sowohl 2009 als auch 2018 wurden die genannten Krankheiten und gesundheitlichen Beeinträchtigungen, bezogen auf jedes minderjährige Kind, aufaddiert. Aus der jeweiligen Summe wurden die arithmetischen Mittelwerte, die Medianwerte sowie Minimal- und Maximalwerte gebildet und verglichen. Dabei zeigt sich, dass der Medianwert unverändert 1,00 beträgt.

Tabelle 72: Anzahl der genannten Krankheiten und gesundheitliche Beeinträchtigungen der minderjährigen Kinder (2009 und 2018)

	2009	2018	Veränd.
arith. MW	1,15	0,94	-0,22
Median	1,00	1,00	0,00
Minimum	0	0	
Maximum	6	4	-2,00
gesamt	97	48	

Bei der Mehrheit der minderjährigen Kinder wird also nach wie vor von einer Krankheit berichtet. 2009 betrug der Maximalwert sechs Krankheiten, 2018 beträgt er noch vier. Der arithmetische Mittelwert lag 2009 mit 1,15 Krankheiten höher als 2018 mit 0,94. Auch hier schlägt sich also eine tendenziell leichte Verbesserung des Gesundheitszustands wieder, die aber aufgrund der kleinen Fallzahlen mit Zurückhaltung zu interpretieren ist.

Bei der weiteren Auswertung wurde der Anteil der Haushalte mit einem kranken Kind errechnet. Dabei zeigte sich, dass der Anteil der Haushalte mit einem oder mehreren erkrankten Kindern gesunken ist, und zwar von 74,0% im Jahr 2009 auf 56,4% im Jahr 2018. Zu berücksichtigen ist, dass es bei der zweiten Befragung Haushalte ohne Kinder gab; diese werden bei der Anteilsberechnung ausgeschlossen.



Abbildung 60: Anteil der Haushalte mit mindestens einem kranken Kind (2009 und 2018)

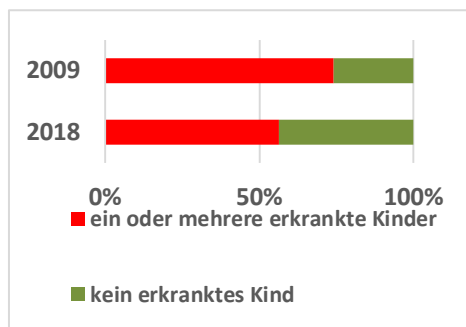


Tabelle 73: Anteil der Haushalte mit mindestens einem kranken Kind (2009 und 2018)

		2009	2018
kein krankes Kind	Anzahl	13	17
	Anteil	26,0%	43,6%
ein oder mehrere kranke Kinder	Anzahl	37	22
	Anteil	74,0%	56,4%
gesamt	Anzahl	50	39
	Anteil	100,0%	100,0%
Haushalte ohne Kind	Anzahl	0	11

Schließlich wurde nach dem *subjektiven Belastungsempfinden* aufgrund der Krankheiten der Kinder gefragt, und zwar einerseits in Bezug auf den Alltag der jeweils betroffenen Kinder selbst sowie andererseits in Bezug auf den Alltag der interviewten Personen. Um die Unterschiede besser herauszuarbeiten, wurden die positiven Antworten – „eher nicht belastend“ und „gar nicht belastend“ – sowie die negativen Antworten – „eher belastend“ und „sehr belastend“ – gebündelt. Es zeigen sich nur geringfügige Unterschiede zwischen den 2009 bzw. 2018 gegebenen Antworten. So wird eine krankheitsbedingte Alltagsbelastung der betroffenen Kinder, nach Einschätzung der jeweils interviewten Person, etwas häufiger angegeben und für die Hälfte der Haushalte bejaht.

Abbildung 61: Alltagsbelastung des kranken Kindes nach Einschätzung der interviewten Person (2009 und 2018)

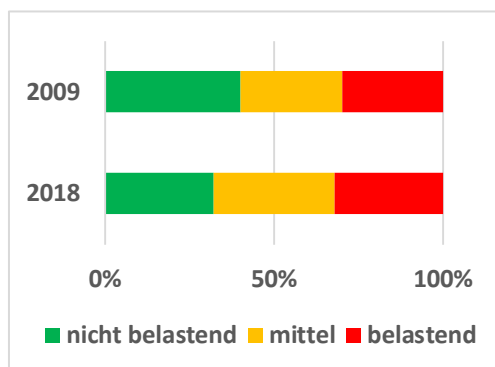


Tabelle 74: Alltagsbelastung des kranken Kindes nach Einschätzung der interviewten Person (2009 und 2018)

		2009	2018
belastend	Anzahl	15	9
	Anteil	30,0%	32,1%
mittel	Anzahl	15	10
	Anteil	30,0%	35,7%
nicht belastend	Anzahl	20	9
	Anteil	40,0%	32,1%
gesamt	Anzahl	50	28
	Anteil	100,0%	100,0%

Die durch die Krankheit des Kindes bedingte, empfundene eigene Alltagsbelastung der jeweils interviewten Person ist geringfügig um 2,6% gestiegen und wird nun in 57,9% der Fälle bejaht. Die empfundene Belastung hat sich also kaum verändert. Die befragten Erwachsenen schätzen ihre eigene Belastung aber tendenziell höher ein als die der erkrankten Kinder selbst.



Abbildung 62: Empfundene Alltagsbelastung der interviewten Person durch Erkrankung des Kindes (2009 und 2018)

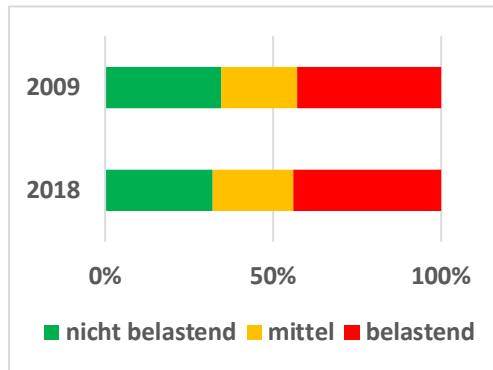


Tabelle 75: Empfundene Alltagsbelastung der interviewten Person durch Erkrankung des Kindes (2009 und 2018)

		2009	2018
belastend	Anzahl	21	11
	Anteil	42,9%	44,0%
mittel	Anzahl	11	6
	Anteil	22,4%	24,0%
nicht belastend	Anzahl	17	8
	Anteil	34,7%	32,0%
gesamt	Anzahl	49	25
	Anteil	100,0%	100,0%

Abschließend wurden die Daten zu den Haushalten mit kranken Erwachsenen bzw. mit kranken Kindern zusammengefasst, um den Anteil der Haushalte mit einem kranken Mitglied zu ermitteln. Diese Zahl bleibt praktisch identisch: 2009 fanden sich neun Haushalte (18,0%), in denen niemand krank war, 2018 sind es acht (16,0%). Der Anteil der Haushalte mit mindestens einem kranken Mitglied ist mit 82,0% im Jahr 2009 und 84,0% im Jahr 2018 nahezu konstant geblieben.

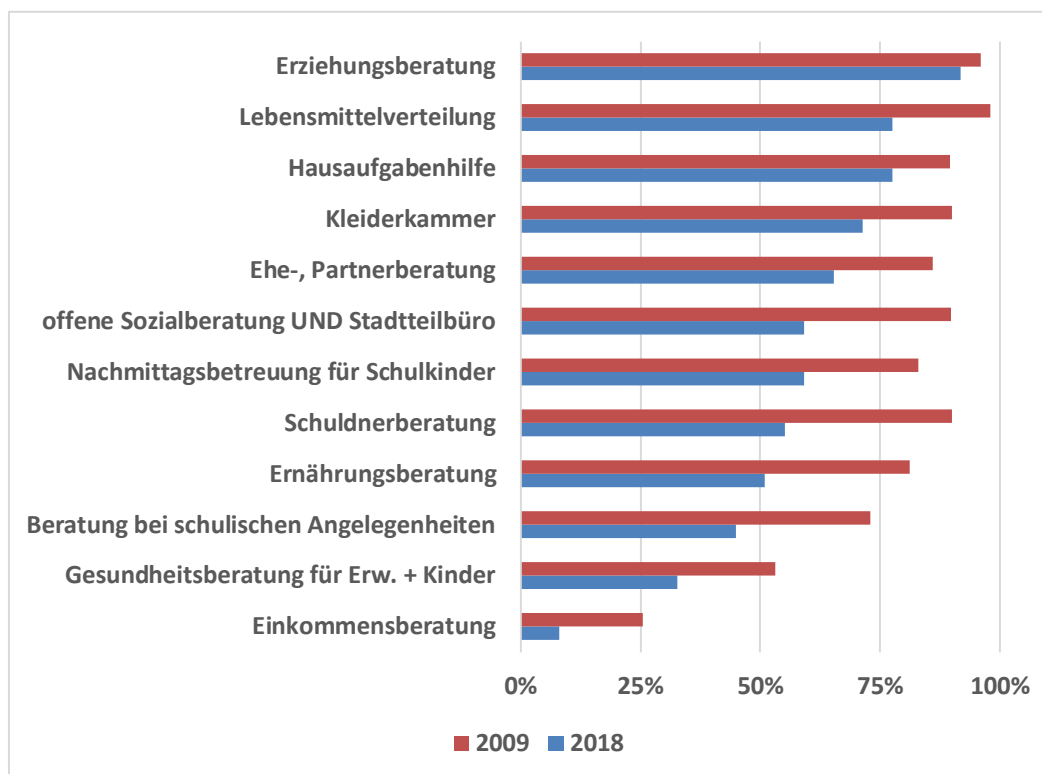


2.12 Unterstützung und Hilfen

Die Haushalte wurden nach der Nutzung der vor Ort vorhandenen Unterstützungsangebote und Hilfen gefragt, und zwar bezogen auf 22 Arten von Angeboten/Hilfen. Zwölf davon waren auch 2009 schon verwendet worden, sodass hier ein direkter Vergleich der Antworten möglich war. Den Befragten wurden jeweils eine negative (noch nie genutzt) und drei positive (früher genutzt, derzeit genutzt, früher schon mal genutzt und derzeit auch wieder) Antwortkategorien vorgegeben. Um die Auswertungsergebnisse besser differenzieren zu können, wurden die drei positiven Antwortkategorien gebündelt.

Beim Vergleich der in 2009 und 2018 angegebenen bekannten Hilfeangebote zeigte sich, dass sämtliche Hilfekategorien 2009 häufiger genannt wurden als 2018. Fest steht, dass manche 2009 gemachte Angaben zur Bekanntheit von Hilfeangeboten neun Jahre später nicht wiederholt wurden. Die Rangfolge der Nennungen 2009 und 2018 weist Ähnlichkeiten auf. Betrachtet man die relativen Abnahmen, so zeigen sich aber deutliche Unterschiede: Sie betragen bei der Einkommensberatung 68%, bei der Schuldnerberatung 39% und bei der Beratung für schulische Angelegenheiten und Gesundheitsberatung jeweils 38%. An der Spitze der Rangfolge liegt die Erziehungsberatung - hier ist der Anteil der bejahenden Nennungen von 96% auf 92% zurückgegangen. Dagegen ist die angegebene Bekanntheit der Lebensmittelverteilung vom ersten auf den zweiten Platz der Rangfolge zurückgefallen (98% gegenüber 78%).

Abbildung 63: Bekanntheit von Unterstützungsangebote und Hilfen (2009 und 2018)



**Tabelle 76: Bekanntheit von Unterstützungsangeboten und Hilfen (2009 und 2018)**

	2009			2018			Veränd.
	Anzahl	Anteil	gesamt	Anzahl	Anteil	gesamt	Anteil
Erziehungsberatung	48	96,0%	50	45	91,8%	49	-4,3%
Lebensmittelverteilung	49	98,0%	50	38	77,6%	49	-20,9%
Hausaufgabenhilfe	43	89,6%	48	38	77,6%	49	-13,4%
Kleiderkammer	45	90,0%	50	35	71,4%	49	-20,6%
Ehe-, Partnerberatung	43	86,0%	50	32	65,3%	49	-24,1%
offene Sozialberatung und Stadtteilbüro	44	89,8%	49	29	59,2%	49	-34,1%
Nachmittagsbetreuung für Schulkinder	39	83,0%	47	29	59,2%	49	-28,7%
Schuldnerberatung	45	90,0%	50	27	55,1%	49	-38,8%
Ernährungsberatung	39	81,3%	48	25	51,0%	49	-37,2%
Beratung bei schulischen Angelegenheiten	35	72,9%	48	22	44,9%	49	-38,4%
Gesundheitsberatung für Erw. und Kinder	26	53,1%	49	16	32,7%	49	-38,5%
Einkommensberatung	12	25,5%	47	4	8,2%	49	-68,0%

Beim Vergleich der in 2009 und 2018 angegebenen – früheren und aktuellen – Nutzungen zeigte sich, dass manche Hilfeangebote 2018 häufiger genannt werden als 2009, manche aber auch seltener. Auch hier zeigt sich, dass nicht alle Angaben zu früheren Nutzungen, die 2009 gemacht worden waren, 2018 wiederholt wurden, weil sie möglicherweise vergessen wurden oder Bedeutung verloren haben.

Tabelle 77: Frühere und aktuelle Nutzung von Unterstützungsangeboten und Hilfen (2009 und 2018)

	2009		2018		Veränd.
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anteil
Erziehungsberatung	36	72,0%	35	70,0%	-2,8%
Nachmittagsbetreuung für Schulkinder	14	28,0%	19	38,0%	35,7%
Kleiderkammer	21	42,0%	18	36,0%	-14,3%
Beratung bei schulischen Angelegenheiten	17	34,0%	17	34,0%	0,0%
Ernährungsberatung	11	22,0%	17	34,0%	54,5%
Ehe-, Partnerberatung	18	36,0%	15	30,0%	-16,7%
Schuldnerberatung	22	44,0%	14	28,0%	-36,4%
Hausaufgabenhilfe	11	22,0%	13	26,0%	18,2%
Einkommensberatung	2	4,0%	0	0,0%	-100,0%
Gesundheitsberatung (für Kinder und Erwachsene)	16	32,0%	11	22,0%	-31,3%
Lebensmittelverteilung/Tafeln	23	46,0%	21	42,0%	-8,7%
Stadtteilbüro und Sozialberatung	23	46,0%	8	16,0%	-65,2%
gesamt	214		188		



Schließlich wurden die Angaben der Haushalte zur aktuellen Nutzung von Unterstützungsangeboten und Hilfen zu den jeweiligen Erhebungen 2009 und 2018 verglichen. Die Auswertung ergab einen deutlichen Rückgang angegebener aktueller Nutzungen: 2018 am häufigsten genannt wird die Kleiderkammer; die angegebene aktuelle Nutzerquote ist jedoch zurückgegangen: von 32% der befragten Haushalte im Jahr 2009 auf 16% im Jahr 2018. Am zweithäufigsten wurden 2018 offene Sozialberatung/Stadtteilbüros sowie Nachmittagsbetreuung für Schulkinder genannt. Hier sind die Anteile der Haushalte, die angeben, diese Hilfen zu nutzen, jeweils von 22% auf 14% zurückgegangen. Auch Lebensmittelverteilung, Erziehungsberatung, Schuldnerberatung, Beratung in schulischen Angelegenheiten und Hausaufgabenhilfe lassen einen erheblichen Rückgang der aktuellen Nutzung 2018 im Verhältnis zu 2009 erkennen, während Gesundheitsberatung und ferner Ernährungsberatung, Ehe-/Partnerberatung sowie Einkommensberatung auf niedrigem Niveau gleich geblieben sind.

Abbildung 64: Jeweils aktuelle Nutzung von Unterstützungsangeboten und Hilfen (2009 und 2018)



Tabelle 78: Jeweils aktuelle Nutzung von Unterstützungsangeboten und Hilfen (2009 und 2018)

	2009		2018		Veränd. Anteil
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
Kleiderkammer	16	32,0%	8	16,0%	-50,0%
offene Sozialberatung und Stadtteilbüro	11	22,0%	7	14,0%	-36,4%
Nachmittagsbetreuung für Schulkinder	11	22,0%	7	14,0%	-36,4%
Gesundheitsberatung	7	14,0%	7	14,0%	0,0%
Lebensmittelverteilung	11	22,0%	6	12,0%	-45,5%
Erziehungsberatung	16	32,0%	4	8,0%	-75,0%
Schuldnerberatung	11	22,0%	4	8,0%	-63,6%
Beratung bei schulischen Angelegenheiten	9	18,0%	3	6,0%	-66,7%
Hausaufgabenhilfe	7	14,0%	3	6,0%	-57,1%
Ernährungsberatung	3	6,0%	3	6,0%	0,0%
Ehe-, Partnerberatung	2	4,0%	2	4,0%	0,0%
Einkommensberatung	1	2,0%	1	2,0%	0,0%



Für diesen erheblichen Rückgang könnten verschiedene Gründe in Frage kommen.

Der Bedarf der Haushalte könnte aufgrund veränderter Lebenslagen entfallen sein, z.B. weil die Kinder älter geworden sind, keine Betreuung mehr benötigen oder schon die Schule verlassen haben. Ferner könnten sich die Lebenslagen der befragten Haushalte durch Rückkehr ins Erwerbsleben, verbunden mit höherem Haushaltseinkommen, verändert und dadurch einen geringeren Hilfebedarf verursacht haben. Auffallend ist allerdings, dass die Nutzung von Kleiderkammern, offener Sozialberatung/Stadtteilbüros sowie Lebensmittelverteilung/Tafeln nach wie vor zu den am häufigsten genannten Hilfen gehört. Die Nutzung dieser Hilfen kann als Indikator für eine zu beiden Erhebungszeitpunkten prekäre wirtschaftliche Situation angesehen werden. Auch wenn die anteiligen Nennungen im Vergleich zu 2009 jeweils zurückgegangen sind, scheint der Bedarf bei einem Teil der befragten Haushalte erheblich zu sein.



2.13 Subjektive Einschätzung der Situation

Bei der zweiten Erhebung 2018 wurden die Haushalte nach der Veränderung ihres Lebensstandards seit 2009 gefragt. 64% (32) der Befragten gaben an, dass sich ihr Lebensstandard seit 2009 verbessert habe. Genau ein Fünftel der Befragten (10) sprach von einer Verschlechterung des eigenen Lebensstandards.

Abbildung 65: Subjektive Einschätzung des Lebensstandards 2018 im Vergleich zu 2009

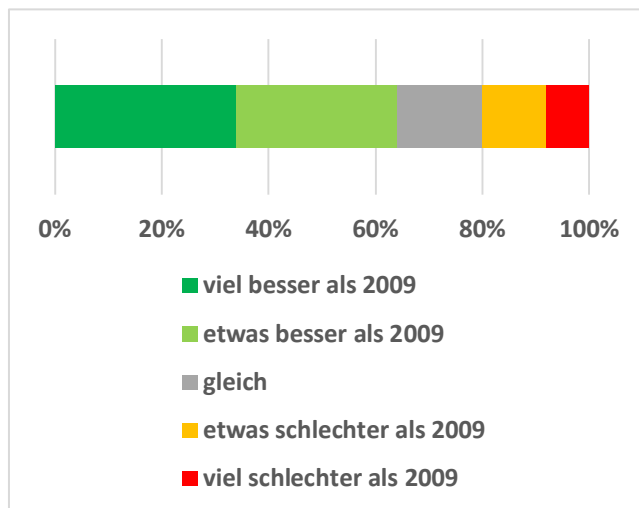


Tabelle 79: Subjektive Einschätzung des Lebensstandards 2018 im Vergleich zu 2009

	Anzahl	Anteil
viel schlechter als 2009	4	8,0%
etwas schlechter als 2009	6	12,0%
gleich	8	16,0%
etwas besser als 2009	15	30,0%
viel besser als 2009	17	34,0%
gesamt	50	100,0%

Abbildung 66: Zufriedenheit mit dem Lebensstandard 2018

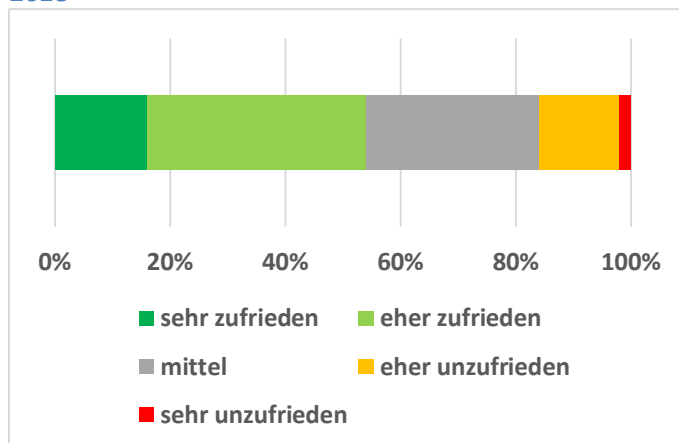


Tabelle 80: Zufriedenheit mit dem Lebensstandard 2018

	Anzahl	Anteil
sehr unzufrieden	1	2,0%
eher unzufrieden	7	14,0%
mittel	15	30,0%
eher zufrieden	19	38,0%
sehr zufrieden	8	16,0%
gesamt	50	100,0%

Außerdem wurden die Haushalte 2018 nach ihrer subjektiven Zufriedenheit mit ihrem Lebensstandard gefragt. Eher oder sehr unzufrieden waren 16,0% der Befragten; eher oder sehr zufrieden waren 54%, wovon 16,0% sehr zufrieden waren. Dies scheint auf den ersten Blick ein sehr günstiger Befund zu sein.



Zu beachten ist aber, dass Menschen fast immer zur Zufriedenheit mit ihrem Lebensstandard tendieren. Auch wenn sich die Analyse von Lebenslagen auf Basis subjektiv erfahrener Problematiken, Herausforderungen und Bewältigungsstrategien augenscheinlich zunehmender Beliebtheit erfreut, spricht vieles dafür, Befunde, die alleine auf die subjektive Bilanzierung von Lebensqualität verweisen, mit Vorsicht zu interpretieren. Denn wie schon von Robert Erikson (1993) dar gelegt, spricht alles dafür, dass solche Aussagen wenig Informationen über Lebensqualitäten und Lebensstandards geben, aber umso mehr darüber, wie gut sich Menschen an ihre jeweilige Lebenssituation angepasst haben. Die Tendenz zur subjektiven Lebenszufriedenheit auch unter widrigen Bedingungen wird in der Literatur als Effekt „adaptiver Präferenzen“ (vgl. Halleröd 2006), d.h. einer Anpassung der Erwartungen nach unten beschrieben. Das subjektive Well-Feeling alleine kann sich daher als tendenziell irreführend erweisen und reicht als Informationsbasis für Handlungsempfehlungen nicht aus. Die Angaben zur empfundenen subjektiven Lebensqualität zu beiden Erhebungszeitpunkten bzw. der Veränderung dieser subjektiv empfundenen Lebensqualität werden daher in unserem Bericht nicht als „Hauptindikatoren“, sondern als zusätzliche Informationen zu anderen Bemessungen herangezogen und auch als Hinweise für subjektive Anpassungen an objektive Situationen genutzt.

Um subjektive Anpassungseffekte in unserer spezifischen Zielgruppe aufzeigen zu können, sollte der Befund im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung interpretiert werden. Als Vergleichsgröße bieten sich etwa Ergebnisse des Standard-Eurobarometers an (Europäische Kommission 2014). Die Daten sind nicht gänzlich vergleichbar, weil die entsprechende Frage im Eurobarometer mit einer Viererskalierung ohne Mittelkategorie erhoben wird. Laut Eurobarometer sind 87% der Deutschen sehr oder ziemlich zufrieden mit ihrem Lebensstandard. Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard der von uns 2018 Befragten ist insofern unterdurchschnittlich.

Sowohl 2009 als auch 2018 wurden die Haushalte auch nach ihren Erwartungen in Bezug auf die Veränderung ihres Lebensstandards in den nächsten zwei Jahren gefragt. Die Frage zielte also auf eine mögliche relative Veränderung der Situation. Bei einer solchen relativen Veränderung ist die Ausgangssituation zu berücksichtigen, die sich für manche Haushalte 2018 tendenziell besser darstellt als 2009. Ein Effekt dieser Verbesserung könnte sein, dass die befragten Haushalte bei der zweiten Befragung kleinere Spielräume für mögliche Verbesserungen gesehen haben als bei der ersten Befragung.

Bei der Auswertung wurden zunächst die fünf Antwortkategorien verglichen; anschließend wurden diese zu drei Kategorien zusammengefasst, um die Differenzen besser aufzeigen zu können. Der Vergleich der in 2009 und 2018 gegebenen Antworten zeigt, dass die Erwartung eines gleich bleibenden Lebensstandards nach wie vor überwiegt und noch zugenommen hat. So gaben 44% der befragten Haushalte 2009 an, mit keiner Veränderung des Lebensstandards zu rechnen; 2018 waren es sogar 56%. Mit einer Verschlechterung (etwas oder stark verschlechtert) rechneten 2009 insgesamt 24% der befragten Haushalte, 2018 sind es nur noch 10%. Dementsprechend haben die angegebenen Erwartungen einer Verbesserung (etwas oder stark verbessert) zugenommen: von insgesamt 32% im Jahr 2009 auf 34% im Jahr 2018. Allerdings hat sich die schon 2009 eher kleine Gruppe der sehr optimistischen Haushalte, die die Antwortkategorie „stark verbessern“ gewählt haben, reduziert von vier Haushalten (8%) im Jahr 2009 auf einen einzigen Haushalt (2%) im Jahr 2018. Insgesamt lässt sich 2018 also eine moderat optimistischere Perspektive der Haushalte in Bezug auf die erwartete Entwicklung des Lebensstandards feststellen.



Abbildung 67: Erwartete Veränderung des Lebensstandards in den nächsten zwei Jahren (2009 und 2018, fünf Kategorien)

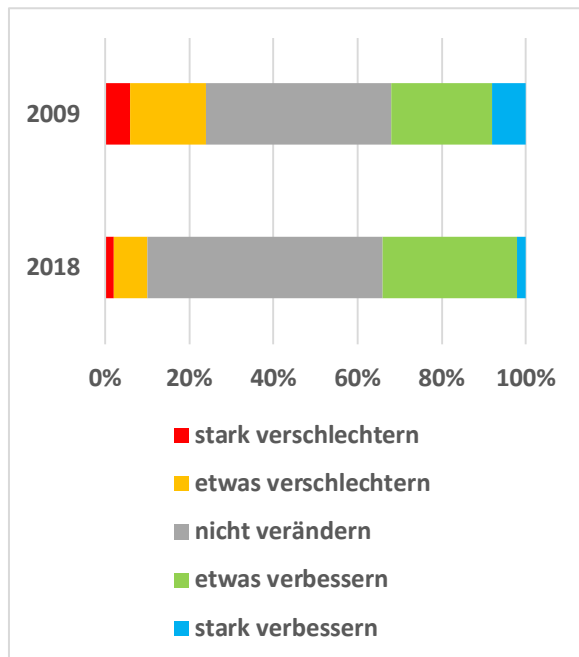


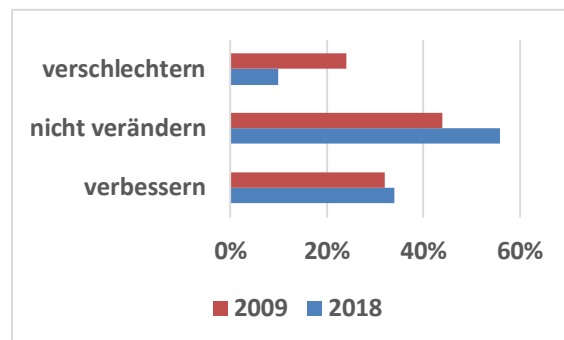
Tabelle 81: Erwartete Veränderung des Lebensstandards in den nächsten zwei Jahren (2009 und 2018, fünf Kategorien)

		2009	2018	Veränd.
stark verschlechtern	Anzahl	3	1	
	Anteil	6,0%	2,0%	-66,7%
etwas verschlechtern	Anzahl	9	4	
	Anteil	18,0%	8,0%	-55,6%
nicht verändern	Anzahl	22	28	
	Anteil	44,0%	56,0%	27,3%
etwas verbessern	Anzahl	12	16	
	Anteil	24,0%	32,0%	33,3%
stark verbessern	Anzahl	4	1	
	Anteil	8,0%	2,0%	-75,0%
gesamt	Anzahl	50	50	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Tabelle 82: Erwartete Veränderung des Lebensstandards in den nächsten zwei Jahren (2009 und 2018, drei Kategorien)

	2009	2018	Veränd.
verschlechtern	24,0%	10,0%	-58,3%
nicht verändern	44,0%	56,0%	27,3%
verbessern	32,0%	34,0%	6,3%

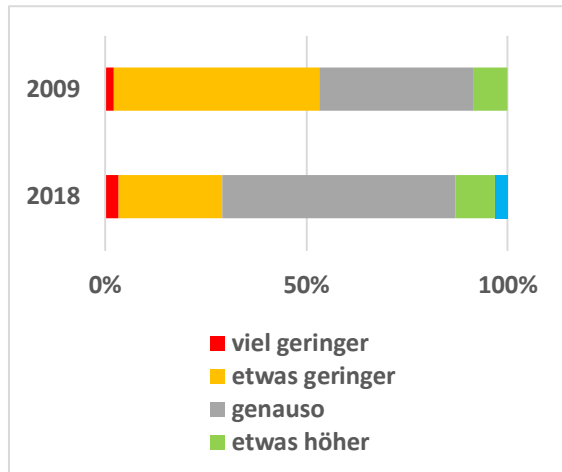
Abbildung 68: Erwartete Veränderung des Lebensstandards in den nächsten zwei Jahren (2009 und 2018, drei Kategorien)



Der bereits angesprochene Effekt „adaptiver Präferenzen“ (vgl. Halleröd 2006) gilt grundsätzlich auch mit Blick auf subjektive Erwartungen und Bewertungen der Entwicklung der eigenen Kinder. Interessant sind in diesem Zusammenhang die nachfolgenden Fragen zur Einschätzung der derzeitigen Lebensfreude und der künftigen Lebensperspektiven dieser Kinder. Diese Fragen wurden bei beiden Erhebungen an die Haushalte gerichtet, in denen zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt minderjährige Kinder lebten - also 50 Haushalte in 2009 und 31 Haushalte in 2018. Dabei wurden jeweils fünf Antwortkategorien vorgegeben; diese wurden im zweiten Schritt der Auswertung zu drei Kategorien gebündelt.



Abbildung 69: Einfluss des Lebensstandards auf die Lebensfreude der Kinder im Vergleich zu anderen Kindern nach Einschätzung der Eltern (2009 und 2018, fünf Kategorien)



2009 gaben 8,5% der Befragten an, dass sich ihre Lebenssituation günstig auswirke und zu einer überdurchschnittlichen Lebensfreude ihrer Kinder führe, während 53,2% meinten, die Lebensfreude ihrer Kinder sei schlechter als die anderer Kinder. 2018 dagegen gingen 11,9% von einer geringeren und 29,0% von einer höheren Lebensfreude der Kinder aus. Der Anteil der Haushalte, die keinen Unterschied zwischen der Lebensfreude ihrer Kinder im Vergleich zu anderen Kindern sehen, hat sich von 38,3% auf 58,1% vergrößert.

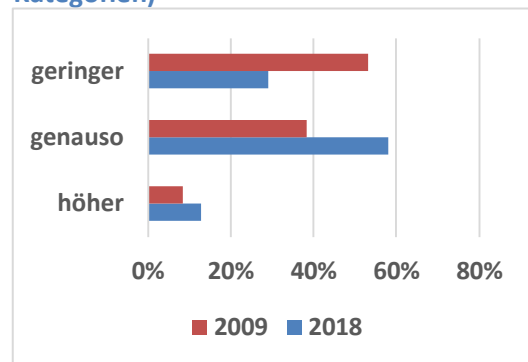
Tabelle 83: Einfluss des Lebensstandards auf die Lebensfreude der Kinder im Vergleich zu anderen Kindern nach Einschätzung der Eltern (2009 und 2018, fünf Kategorien)

		2009	2018	Veränd.
viel geringer als die der anderen Kinder	Anzahl	1	1	
	Anteil	2,1%	3,2%	51,6%
etwas geringer als die der anderen Kinder	Anzahl	24	8	
	Anteil	51,1%	25,8%	-49,5%
genauso wie die der anderen Kinder	Anzahl	18	18	
	Anteil	38,3%	58,1%	51,6%
etwas höher als die der anderen Kinder	Anzahl	4	3	
	Anteil	8,5%	9,7%	13,7%
viel höher als die der anderen Kinder	Anzahl	0	1	
	Anteil	0,0%	3,2%	
gesamt	Anzahl	47	31	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Tabelle 84: Einfluss des Lebensstandards auf die Lebensfreude der Kinder im Vergleich zu anderen Kindern nach Einschätzung der Eltern (2009 und 2018, drei Kategorien)

		2009	2018	Veränd.
geringer als die der anderen Kinder	Anzahl	25	9	
	Anteil	53,2%	29,0%	-45,4%
genauso wie die der anderen Kinder	Anzahl	18	18	
	Anteil	38,3%	58,1%	51,6%
höher als die der anderen Kinder	Anzahl	4	4	
	Anteil	8,5%	12,9%	51,6%
gesamt	Anzahl	47	31	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Abbildung 70: Einfluss des Lebensstandards auf die Lebensfreude der Kinder im Vergleich zu anderen Kindern nach Einschätzung der Eltern (2009 und 2018, drei Kategorien)



Schließlich wurden die Haushalte gefragt, ob sie glauben, dass ihr derzeitiger Lebensstandard einen Einfluss auf die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder – also Ausbildung, späteres Einkommen usw. – hat. Auch hier wurden 2009 und 2018 fünf Antwortkategorien vorgegeben. Im zweiten Schritt der Auswertung wurden die Antworten zu drei Kategorien gebündelt. Hier zeigt sich ein insgesamt positives Bild. Die Haushalte, die angeben, mit schlechteren Zukunftsperspektiven ihrer Kinder zu rechnen, hat sich verringert von insgesamt 61,7% der Haushalte im Jahr 2009 auf 22,6% im Jahr 2018. Leicht vergrößert: von insgesamt 10,6% im Jahr 2009 auf 22,6% im Jahr 2018 hat sich der Anteil der Haushalte, die von einem besseren Lebensstandard ihrer Kinder ausgehen. Dabei fällt auf, dass die Kategorie



„viel besser“ im Jahr 2009 von den 50 befragten Haushalten gar nicht genannt wurde, während es 2018 drei Haushalte (9,7%) waren.

Abbildung 71: Einfluss des Lebensstandards auf die Zukunftsperspektiven der Kinder im Vergleich zu anderen Kindern nach Einschätzung der Eltern (2009 und 2018, fünf Kategorien)

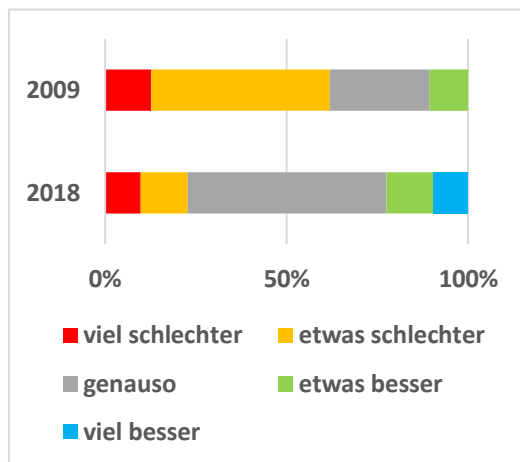


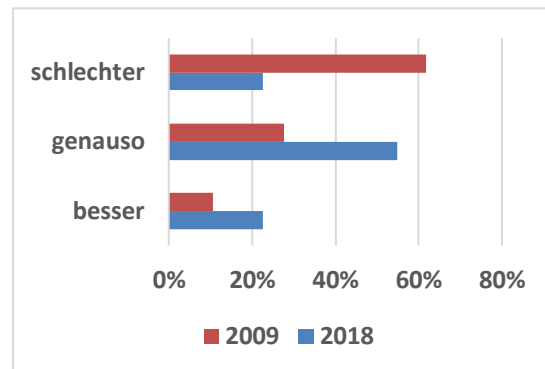
Tabelle 85: Einfluss des Lebensstandards auf die Zukunftsperspektiven der Kinder im Vergleich zu anderen Kindern nach Einschätzung der Eltern (2009 und 2018, fünf Kategorien)

		2009	2018	Veränd.
viel schlechter als andere Kinder	Anzahl	6	3	
	Anteil	12,8%	9,7%	-24,2%
etwas schlechter als andere Kinder	Anzahl	23	4	
	Anteil	48,9%	12,9%	-73,6%
genauso wie andere Kinder	Anzahl	13	17	
	Anteil	27,7%	54,8%	98,3%
etwas besser als andere Kinder	Anzahl	5	4	
	Anteil	10,6%	12,9%	21,3%
viel besser als andere Kinder	Anzahl	0	3	
	Anteil	0,0%	9,7%	
gesamt	Anzahl	47	31	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Tabelle 86: Einfluss des Lebensstandards auf die Zukunftsperspektiven der Kinder im Vergleich zu anderen Kindern nach Einschätzung der Eltern (2009 und 2018, drei Kategorien)

		2009	2018	Veränd.
schlechter als andere Kinder	Anzahl	29	7	
	Anteil	61,7%	22,6%	-63,4%
genauso wie andere Kinder	Anzahl	13	17	
	Anteil	27,7%	54,8%	98,3%
besser als andere Kinder	Anzahl	5	7	
	Anteil	10,6%	22,6%	112,3%
gesamt	Anzahl	47	31	
	Anteil	100,0%	100,0%	

Abbildung 72: Einfluss des Lebensstandards auf die Zukunftsperspektiven der Kinder im Vergleich zu anderen Kindern nach Einschätzung der Eltern (2009 und 2018, drei Kategorien)



Es ist anzunehmen, dass das bereits angesprochene, sozialwissenschaftlich gut erforschte Phänomen, dass Menschen dazu tendieren, ihre Wünsche, Erwartungen und Situationsbewertungen an die Bedingungen anzupassen, unter denen sie leben („adaptive Präferenzen“), grundsätzlich auch mit Blick auf subjektive Erwartungen an die Entwicklung der eigenen Kinder und deren Bewertungen gilt.

Dass dieser Befund aber keineswegs für alle befragten Haushalte gilt und sich auch adaptive Unterschiede bei dem Teil der Befragten feststellen lassen, dem es kaum gelungen ist, seine Lebensqualität zu verbessern, wird daher im folgenden Teil des Berichts (Kapitel 4: Lebensqualität verbessert vs. Lebensqualität nicht verbessert) genauer zu analysieren und aufzuzeigen sein.



2.14 Fazit

Der Vergleich der Antworten aus den beiden Erhebungen zeigt, dass die befragten Haushalte in praktisch allen Bereichen von Verbesserungen berichten. Im nächsten Teil des Berichts wird u.a. ein Lebensqualitätsindikator ausgeführt, den wir als wesentliche Evaluationskategorie vorschlagen. Dieser Indikator bringt die Gesamtlebensqualität zu den beiden Erhebungszeitpunkten zum Ausdruck. Zieht man diesen Indikator bereits an dieser Stelle des Berichts heran, um die Veränderungen in ihrer Gesamtheit zu bilanzieren, können wir insgesamt eine statistisch unzweifelhafte und in ihrem Ausmaß erhebliche Verbesserung der Situation der befragten Haushalte feststellen. Statistisch formuliert: bei einem Mittelwert von „0“ lag der Durchschnittswert an „Lebensqualität“ 2009 bei -0,3867 (Standardabweichung: 0,85020) und 2018 bei 0,3867 (Standardabweichung: 0,99615). Daraus lässt sich ein Effektwert Cohen's d von 0,835 errechnen. Bei allen sozialwissenschaftlichen Studien mit Vorher-Nachher-Design gilt auch bei strengen Standards spätestens ein Wert größer 0,8 als starker Veränderungseffekt. Von einer solchen starken Veränderung - und d.h. in diesem Fall: Verbesserung der Lebenssituation - können wir also bei den von uns untersuchten Haushalten ausgehen.

Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, die keineswegs für jeden einzelnen Haushalt gelten müssen. Diese Differenzierung der Haushalte ist ein Gegenstand des weiteren Berichts. Darüber hinaus kann aus den bisher konstatierten Veränderungen noch nicht auf die möglichen Ursachen geschlossen werden. So lässt sich noch keine Aussage dazu treffen, ob die festgestellten Veränderungen auf die Unterstützungen und sozialpolitischen Strategien der Kommunen und/oder individuelle Strategien zurückzuführen sind. Um hier weitere Informationen generieren zu können, wird es im nächsten Kapitel darum gehen, die Lebenslagen derjenigen Haushalte herauszuarbeiten, die ihre Situation positiv verändert haben. Dies geschieht im Kontrast zu Haushalten, denen es nicht oder deutlich weniger gelungen ist, ihre Situation zu verbessern.



3 Fragen, die den „alten“ Haushalten nur 2018 gestellt wurden

3.1 Einkommen

Die Befragten wurden 2018 gefragt, ob sie Dinge unternommen hätten, um zusätzliches Einkommen zu erzielen bzw. Geld „zu machen“. Auf solche Möglichkeiten zurückgegriffen zu haben, gab jeweils nur eine kleine Minderheit der Befragten an. In der Regel waren es Befragte, die (dennoch) angegeben haben, ihr Einkommen reiche nicht aus, um über den Monat zu kommen. Sofern auch Befragte solche Strategien angegeben haben, die nicht über ein unzureichendes Einkommen berichten, wird dies im Text verdeutlicht.

Im Einzelnen gaben zwei Befragte an, schwarz gearbeitet zu haben, und vier Befragte berichteten, einen zweiten Job angenommen zu haben (davon drei, deren Einkommen nicht ausreicht). Sachen wie Kleidung oder Wertgegenstände verkauft zu haben, gaben insgesamt fünf Befragte an (davon drei, deren Einkommen nicht ausreicht). Ein Befragter gab an, Sachen in das Pfandhaus gegeben, ein weiteres Festgeld oder Versicherungen gekündigt zu haben.

Neben den vorgegebenen Antworten konnten die Befragten noch weitere Strategien benennen. Diesbezüglich gab eine Person an, als Nebentätigkeit im Direktvertrieb Lebensmittel und Werkzeuge zu verkaufen bzw. zu vertreiben und zudem als Seniorentanzleiter zu arbeiten.

Die genannten Strategien, um „Geld zu machen“, beziehen sich auf zehn Haushalte. Davon kommen sieben aus jenen 14 Haushalten, die berichten, ihr Einkommen reiche nicht aus, um über den Monat zu kommen.

3.2 Wirtschaften

Im Folgenden sind die Antworten auf die Frage dargestellt, auf was die Befragten verzichteten, wenn wenig Geld zur Verfügung stand.

Teilweise kann keine Antwort auf das Ausmaß an Verzicht gegeben werden, weil der Sachverhalt auf den Haushalt nicht zutrifft. So verzichten z.B. Nichtraucher im Gegensatz zu Rauchern im engeren Sinne nicht auf Tabak, sondern rauchen einfach nicht. War dies der Fall, konnten die Befragten die Kategorie „trifft nicht zu“ wählen. Somit summiert sich die Anzahl nicht immer zu 50 auf und die entsprechenden Anteilswerte beziehen sich auf die Verzichte, die für die Befragten zutrafen.

Die Abbildung und die Tabelle zeigen, dass am häufigsten auf den Kauf eines neuen Handys verzichtet wird, wenn nicht genug Geld zur Verfügung steht.

Positiv ist sicherlich zu bewerten, dass fast zwei Drittel (65,0%) der Haushalte angaben, „nie“ auf der Ernährung zu verzichten, wenn nicht genug Geld zur Verfügung steht.

Aber immerhin sagen auch 18,0% der Haushalte, dass sie „manchmal“, und 8,0%, dass sie „häufig“ auf die Ernährung verzichten. Diese Anteilswerte korrespondieren mit den Angaben von 10% der Haushalte, die sagten, dass sie hungern, wenn das Geld nicht reiche.

Dass 16,2% der Haushalte angaben, „häufig“ bzw. 27,0% „manchmal“ auf den Kauf von Medikamenten zu verzichten, sind Aussagen, die doch eher bedenklich stimmen.



Abbildung 73: Verzichte, wenn wenig Geld zur Verfügung steht (2018) (Angaben in Prozent)

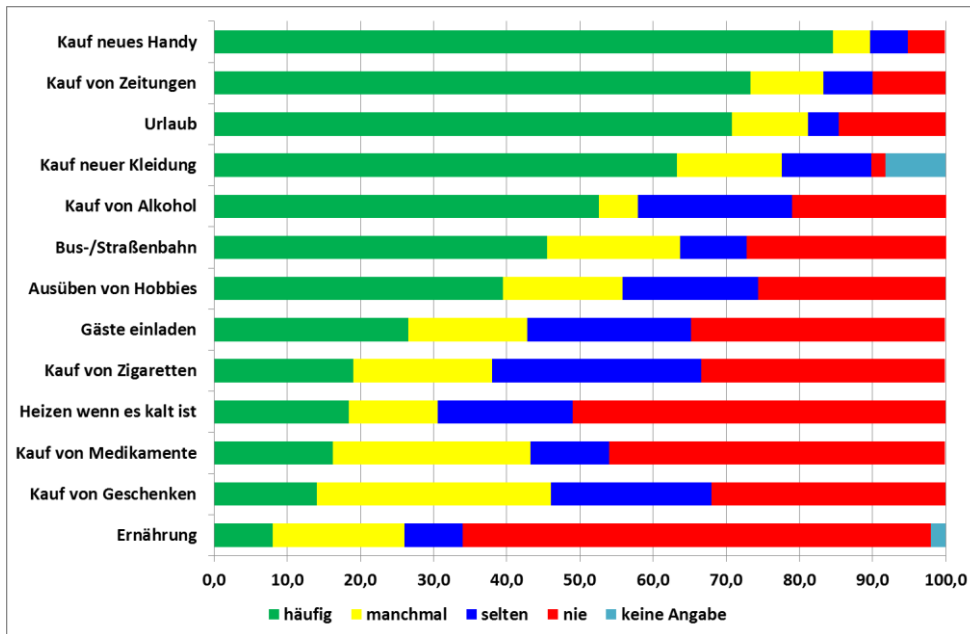


Tabelle 87: Verzichte, wenn wenig Geld zur Verfügung steht (2018)

	häufig		manchmal		selten		nie		keine Angabe		Gesamt Anzahl
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	
Kauf neues Handy	84,6%	33	5,1%	2	5,1%	2	5,1%	2	0	0	39
Kauf von Zeitungen	73,3%	22	10,0%	3	6,7%	2	10,0%	3	0	0	30
Urlaub	70,8%	34	10,4%	5	4,2%	2	14,6%	7	0	0	48
Kauf neuer Kleidung	63,3%	31	14,3%	7	12,2%	6	2,0%	1	8,2%	4	49
Kauf von Alkohol	52,6%	10	5,3%	1	21,1%	4	21,1%	4	0	0	19
Bus-/Straßenbahn	45,5%	15	18,2%	6	9,1%	3	27,3%	9	0	0	33
Ausüben von Hobbies	39,5%	17	16,3%	7	18,6%	8	25,6%	11	0	0	43
Gäste einladen	26,5%	13	16,3%	8	22,4%	11	34,7%	17	0	0	49
Kauf von Zigaretten	19,0%	4	19,0%	4	28,6%	6	33,3%	7	0	0	21
Heizen, wenn es kalt ist	18,4%	9	12,2%	6	18,4%	9	51,0%	25	0	0	49
Kauf von Medikamenten	16,2%	6	27,0%	10	10,8%	4	45,9%	17	0	0	37
Kauf von Geschenken	14,0%	7	32,0%	16	22,0%	11	32,0%	16	0	0	50
Ernährung	8,0%	4	18,0%	9	8,0%	4	64,0%	32	2,0%	1	50

Die Haushalte mit minderjährigen Kindern (n = 32) wurden gefragt, ob sie gegenüber 2009 ihre Strategien/ihr Verhalten in Bezug auf ihre eigenen wie auch die Bedarfe der Kinder geändert haben. 29 dieser Haushalte haben die Frage beantwortet. Elf Befragte (38%) berichteten, ihre Strategien seit 2009 verändert zu haben; 18 (62%) Befragte geben an, das nicht getan zu haben.

Zehn dieser elf Haushalte haben die Frage beantwortet, ob durch eine Veränderung ihrer Strategien/ihrer Verhaltens das Geld insgesamt länger ausreichte. Dies wurde von vier Haushalten bejaht (40%) und von sechs Haushalten verneint (60%).



3.3 Bedarfe und Inanspruchnahmen von Unterstützungen bei minderjährigen schulpflichtigen Kindern

Im Falle von minderjährigen schulpflichtigen Kindern wurden die Haushalte nach spezifischen Hilfebedarfen und der Inanspruchnahme dieser Hilfen befragt. Die Antworten werden im Folgenden dargestellt. Nicht in allen Haushalten finden sich noch schulpflichtige Kinder. Dargestellt werden nur die Antworten „ja“ und „nein“. Dabei werden zunächst zu jeder Frage jeweils die Antworten zu den Bedarfen und zu den Inanspruchnahmen in Form von Häufigkeiten dargestellt.

In einem zweiten Schritt werden diese Antworten verbunden. Damit wird sichtbar, in welchem Ausmaß ein wahrgenommener Bedarf und die Inanspruchnahme einer entsprechenden Unterstützung in Beziehung stehen.

Tabelle 88: Bedarf und Inanspruchnahme von Hilfen in Bezug auf minderjährige schulpflichtige Kinder (2018)

		Hilfebedarf		aktuelle Inanspruchnahme	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Hilfe bei Finanzierung schulischer Aktivitäten	nein	18	62,1%	19	63,3%
	ja	11	37,9%	11	36,7%
	gesamt	29	100,0%	30	100,0%
Nachhilfe/ Förderunterricht	nein	21	67,7%	25	83,3%
	ja	10	32,3%	5	16,7%
	gesamt	31	100,0%	30	100,0%
Hausaufgabenhilfe	nein	24	77,4%	28	93,3%
	ja	7	22,6%	2	6,7%
	gesamt	31	100,0%	30	100,0%
Hilfe bei Mobbing	nein	21	84,0%	19	82,6%
	ja	4	16,0%	4	17,4%
	gesamt	25	100,0%	23	100,0%
Schulsozialarbeit	nein	24	85,7%	23	85,2%
	ja	4	14,3%	4	14,8%
	gesamt	28	100,0%	27	100,0%
Hilfe bei Problemen mit Lehrern	nein	25	89,3%	24	88,9%
	ja	3	10,7%	3	11,1%
	gesamt	28	100,0%	27	100,0%
Hilfe bei Berufsübergang	nein	21	87,5%	18	90,0%
	ja	3	12,5%	2	10,0%
	gesamt	24	100,0%	20	100,0%
Hilfe bei Schulverweigerung	nein	22	95,7%	18	94,7%
	ja	1	4,3%	1	5,3%
	gesamt	23	100,0%	19	100,0%
Hilfe bei Schulübergang	nein	20	100,0%	18	94,7%
	ja	0	0,0%	1	5,3%
	gesamt	20	100,0%	19	100,0%

Die Bedarfsangaben und Inanspruchnahmen lassen sich in Form von Kreuztabellen in Beziehung setzen. Die Fallzahlen der Inanspruchnahmen sind in der Regel zu klein, um sinnvoll interpretierbare statistische Kovarianzmaße auszuweisen.



Tabelle 89: Bedarf und Inanspruchnahme von Hilfen in Bezug auf minderjährige schulpflichtige Kinder, Verbindung der bejahenden Antworten (2018)

	Hilfebedarf	aktuelle Inanspruchnahme	Anteil
	Anzahl	Anzahl	
Hilfe bei Finanzierung schulischer Aktivitäten	11	11	100,0%
Nachhilfe/Förderunterricht	10	5	50,0%
Hausaufgabenhilfe	7	2	28,6%
Hilfe bei Mobbing	4	4	100,0%
Schulsozialarbeit	4	4	100,0%
Hilfe bei Problemen mit Lehrer_innen	3	3	100,0%
Hilfe bei Berufsübergang	3	2	66,7%
Hilfe bei Schulverweigerung	1	1	100,0%
Hilfe bei Schulübergang	0	1	
Gesamt	43	33	76,7%

Aus der Kreuztabelle ergibt sich ein tendenzieller Gesamteindruck: Die erkannten Bedarfe sind teilweise höher als die Inanspruchnahme von Unterstützungen. Vollständig versorgt sind die Bedarfe bei Schulsozialarbeit, bei der Finanzierung schulischer Aktivitäten, bei Problemen mit Mobbing, mit Lehrer_innen und mit Schulverweigerung sowie beim Berufsübergang. Für beide Fragen sind die Systeme allerdings typischerweise so eingerichtet, dass für Minderjährige eine Nichtbearbeitung auch in der Regel nicht vorgesehen ist.

Bemerkenswert ist aber der vergleichsweise hohe und insgesamt recht wenig befriedigte Bedarf an Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe/Förderunterricht. Zumindest Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe sind Leistungen, die häufig nicht öffentlich erbracht, sondern privat und marktförmig erworben werden. Eine Unterversorgung in diesem Bereich könnte durchaus mit einem Mangel an Kaufkraft verbunden sein. Tatsächlich sind die Einkommen der Haushalte, in denen sich Kinder finden, die Nachhilfe in Anspruch nehmen; überdurchschnittlich hoch.

Kontakte mit dem Jugendamt

31 (62%) der 50 Haushalte gaben 2018 an, seit 2009 Kontakt mit dem Jugendamt gehabt zu haben. Von diesen bewerten knapp drei Fünftel den Kontakt als hilfreiches Angebot, aber auch mehr als ein Viertel als unerwünschte Einmischung oder gar Ausdruck von Drohung und Druck.

Im Zusammenhang mit der Frage, wie der Kontakt mit dem Jugendamt empfunden wurde, konnten unter „Sonstiges“ auch offen geantwortet werden. Demnach wurde der Kontakt/die Hilfe als nicht ausreichend (die Folge war ein Kompetenzgerangel) oder als unqualifiziert empfunden. Weiterhin gab ein befragter Haushalt an, ein beklemmendes Gefühl bzw. Angst gehabt zu haben. Und einmal wird der Kontakt zweideutig empfunden: Zum einen war das Angebot hilfreich, zum anderen empfand die befragte Person den Kontakt als mit Druck/Drohungen verbunden.

Knapp die Hälfte (n = 15) bekam eine Hilfe zur Erziehung angeboten, von denen zwölf die Hilfe in Anspruch nahmen.

Am häufigsten wurde dabei die sozialpädagogische Familienhilfe (75%, n = 9) und die Erziehungsberatung (50%, n = 6) in Anspruch genommen. Nicht in Anspruch genommen wurden die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung und die Jugendgerichtshilfe.



Von zehn Befragten, die darüber Auskunft gaben, ob die Maßnahme zu einer Verbesserung oder Verschlechterung des Zustandes ihres Kindes geführt habe, berichtete eine befragte Person von einer Verschlechterung, fünf von einer teilweisen Verbesserung und vier von einer (deutlichen) Verbesserung.

Sowohl die Inanspruchnahme einer Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe als auch die Beurteilung dieser Unterstützung scheint mit der Bewertung des Kontakts mit dem Jugendamt als hilfreiches Angebot oder nicht erwünschte Einmischung assoziiert zu sein.

Was ist den Befragten wichtig, wenn sie Personen oder Institutionen bei Problemen, Schwierigkeiten, Konflikten um Hilfe/Unterstützung bitten

Die Haushalte wurden ferner gefragt, welche Aspekte ihnen bei Unterstützungsangeboten wichtig seien.

Die zeitliche Unmittelbarkeit der Hilfe wurde von 80% der Befragten als wichtig beschrieben (63% sehr wichtig).

Die Vertrautheit mit den Anbietern/Angeboten wurde von 77% (65% sehr wichtig), Verschwiegenheit von 96% (90% sehr wichtig), gute Erfahrungen in der Vergangenheit von 66% (33% sehr wichtig), Professionalität von 94% (71% sehr wichtig) und die Kostenlosigkeit von 65% (48% sehr wichtig) der Befragten als wichtig beschrieben.

Neben den sechs vorgegebenen Antwortmöglichkeiten konnten die Befragten unter „Sonstiges“ offene Antworten formulieren. Es gab zehn Antworten. Viermal wurde „guter Umgang“ (Freundlichkeit, Empathie), dreimal ein „differenziertes Verständnis des Problems“ und zweimal „das man/frau ernst genommen wird“ genannt. Die zehnte Antwort besagt, dass die Hilfe niedrigschwellig sein muss.

Tabelle 90: Was ist wichtig, wenn andere Personen oder Institutionen bei Problemen etc. um Hilfe /Unterstützung gefragt werden? (offene Antworten, 2018)

	Anteil	Anzahl Nennungen	Beispiele
Verständnis	40,0%	4	Empathie, Verständnis
Differenziertes Verständnis von Problemen und Lösungsfindung	30,0%	3	dass nicht nur das allgemeine Problem gelöst wird, sondern auch das individuelle/persönliche
Ernst genommen werden	20,0%	2	
Weniger Bürokratie, Niedrigschwelligkeit	10,0%	1	
Gesamt	100,0%	10	



3.4 Soziales Netz

Die Personen wurden gefragt, ob sie oder jemand aus Ihrem Haushalt in den letzten sechs Monaten Personen außerhalb des eigenen Haushalts geholfen und diese unterstützt haben. In einem sehr großen Ausmaß berichten die Befragten davon, anderen Menschen außerhalb des eigenen Haushalts geholfen und diese unterstützt zu haben. 43 der 50 Befragten (86%) gaben an, solche Unterstützungen geleistet zu haben. Von diesen 43 Befragten gaben 24 Befragte (56%) an, Verwandte und 30 Befragte (70%) gaben an, Freunde unterstützt zu haben. 18 Befragte (42%) sagten, dass sie Nachbarn, neun Personen (21%), dass sie Arbeitskollegen, und sieben (16%) Personen, dass sie Flüchtlinge unterstützt haben. Weitere zwei Befragte unterstützten sonstige Personengruppen.

3.5 Alltagsprobleme und Bewältigungsstrategien

In der Befragung 2018 sind die Interviewten gefragt worden, ob sie unabhängig/abgesehen von den größten Problemen in den letzten sechs Monaten in ihrer Familie seit dem letzten Interview (2009) grundlegende und nicht verschwindende Sorgen haben.

Dazu haben wir den Personen eine Liste von 15 Bereichen vorgelegt, wobei sie immer dann, wenn der Bereich zutrifft, angeben sollten, ob sie grundlegende und nicht verschwindende Sorgen haben oder nicht.

Obwohl sich wie beschrieben die Lebenssituation der Befragten insgesamt im Durchschnitt verbessert hat, verdeutlichen die Antworten, dass die Befragten in der Regel in einem erheblichen Ausmaß mit Sorgen konfrontiert sind, wobei die Muster der Sorgen dem typischen Muster von Menschen in Armuts- und prekären Lebenslagen entsprechen.

Die Tatsache, dass die meisten Befragten nicht oder nicht mehr im SGB II-Leistungsbezug sind, sollte daher nicht vorschnell als Indikator für eine Überwindung einer armutstypischen Lebenssituation interpretiert werden.

Sie verweist in erster Linie darauf, dass die Befragten über mehr finanzielle Ressourcen verfügen als die SGB II-Regelsätzen, die nach der derzeit gültigen politischen Entscheidung als ausreichend für ein menschenwürdiges Leben gelten.

Die Abbildung und die Tabelle zeigen, dass grundlegende und nicht verschwindende finanzielle und gesundheitsbezogene Sorgen mit Abstand am stärksten verbreitet sind.

Dem folgen Sorgen mit Blick auf Alltagsprobleme (wie z.B. Zeitmangel, Haushalt führen, Familie managen).

Die Bereiche „Beruf/Arbeit“, „Im Umgang mit Behörden und Ämtern“ und „Erziehung der Kinder“ werden von etwas mehr als einem Drittel der Befragten als Bereiche angegeben, die mit grundlegenden und nicht verschwindenden Sorgen belegt sind. Dabei äußerten mehr Befragte Anlass zur Sorge im Bereich „Beruf/Arbeit“ (37,2%) als im Bereich „Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit“ (27,5%).

Die Bereiche „Isolation/sozialer Rückzug“ und „Beziehungsprobleme/Scheidung“ sind ebenfalls bei gut 30% der Befragten ein Anlass für grundlegende und nicht verschwindende Sorgen.

Die Kinderbetreuung liegt auf dem letzten Rangplatz und gibt nur einer Minderheit von 13,3% Anlass zur Sorge.



Abbildung 74: Grundlegende und nicht verschwindende Sorgen (2018)

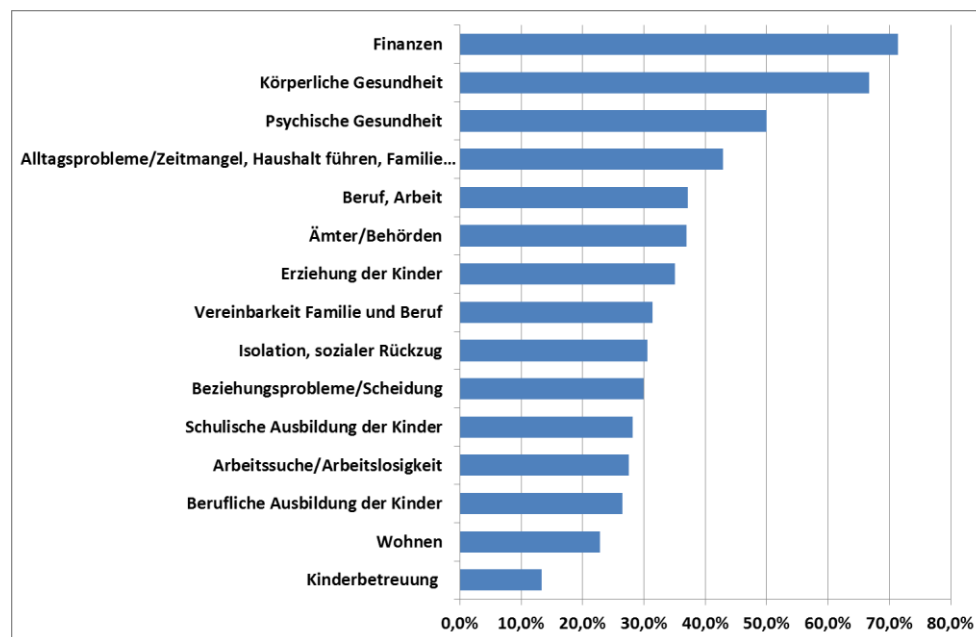


Tabelle 91: Grundlegende und nicht verschwindende Sorgen (2018)

	Anteil	Anzahl	Basis
Finanzen	71,4%	35	49
Körperliche Gesundheit	66,7%	32	48
Psychische Gesundheit	50,0%	24	48
Alltagsprobleme/Zeitmangel, Haushalt führen, Familie managen	42,9%	21	49
Beruf, Arbeit	37,2%	16	43
Ämter/Behörden	37,0%	17	46
Erziehung der Kinder	35,1%	13	37
Vereinbarkeit Familie und Beruf	31,4%	11	35
Isolation, sozialer Rückzug	30,6%	15	49
Beziehungsprobleme/Scheidung	30,0%	12	40
Schulische Ausbildung der Kinder	28,2%	11	39
Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	27,5%	11	40
Berufliche Ausbildung der Kinder	26,5%	9	34
Wohnen	22,9%	11	48
Kinderbetreuung	13,3%	4	30

Die auf die Familie sowie die Erziehung und den Werdegang der Kinder bezogenen Sorgen sind relativ wenig mit der Lebensqualität der Befragten assoziiert. Kinderbetreuung ist eher eine Sorge; die von ökonomisch und sozial besser gestellten Haushalten häufiger angegeben wird. (der statistische Zusammenhang zwischen dieser Dauersorge und der sozioökonomischen Lebensqualität der Befragten ist $r = -.340$).

Sorgen mit Blick auf Arbeitslosigkeit ($r = .540$), aber auch auf Arbeit und Beruf im Allgemeinen ($r = .295$), Wohnen ($r = .281$), Einsamkeit und sozialen Rückzug ($r = .453$) betreffen erwartungsgemäß und in statistisch signifikantem Ausmaß vor allem Befragte in stärker deprivierten Lebenslagen. Dies gilt auch ganz eindeutig für finanzielle ($r = .572$) und gesundheitsbezogene Sorgen ($r = .438$).



Bemerkenswert ist auch, dass das Ausmaß, in dem der Umgang mit Ämtern und Behörden als Anlass zur Sorge betrachtet wird, stark und statistisch signifikant mit deprivierten Lebenslagen zusammenhängt ($r = .316$). Auch zwischen den Sorgen bezüglich Finanzen, Gesundheit und im Umgang mit Ämtern und Behörden findet sich ein klarer, statistisch signifikanter Zusammenhang (Tabelle 92).

Tabelle 92: Zusammenhänge zwischen Dauersorgen (2018)

Dauersorge	Finanzen	Gesundheit	Ämter/Behörden
Finanzen	-	.522	.396
Gesundheit	.522	-	.344

Je stärker die Befragten hinsichtlich ihrer finanziellen Situation besorgt sind, desto stärker sind sie auch mit Blick auf Gesundheitsfragen und mit Blick auf ihr Verhältnis zu Ämtern und Behörden besorgt.

Im Zusammenhang mit Fragen nach Alltagsproblemen wurden die Haushalte auch gefragt, wie sie allgemein versuchen, Probleme zu lösen. Dazu wurden ihnen neun Aussagen vorgelegt und sie wurden gebeten, jeweils anzugeben, ob sie dann „nie“, „selten“, „manchmal“ oder „häufig“ diesen Problemlösungsversuch wählen. Es liegen verwertbare Antworten von 49 Haushalten vor.

In der folgenden Abbildung und Tabelle sind zunächst die Auswertungsergebnisse dargestellt.

Abbildung 75: Versuche, allgemein Probleme zu lösen (2018)

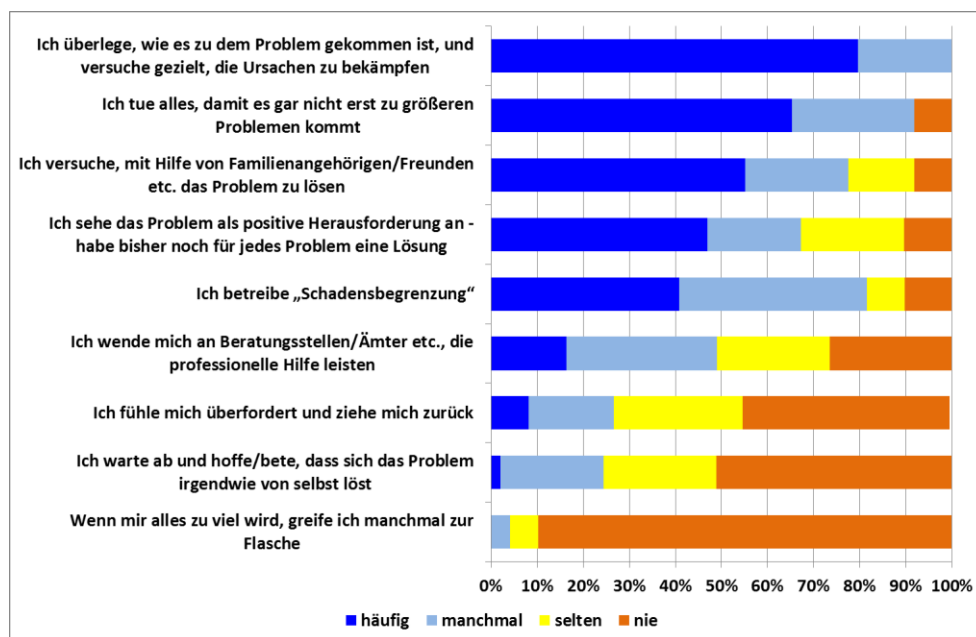




Tabelle 93: Versuche, allgemein Probleme zu lösen (2018)

	häufig		manchmal		selten		nie	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Ich überlege, wie es zu dem Problem gekommen ist, und versuche gezielt, die Ursachen zu bekämpfen	79,6%	39	20,4%	10		0		0
Ich tue alles, damit es gar nicht erst zu größeren Problemen kommt	65,3%	32	26,5%	13		0	8,2%	4
Ich spreche und versuche, mit Hilfe von Familienangehörigen/Freunden/Bekanntem das Problem zu lösen	55,1%	27	22,4%	11	14,3%	7	8,2%	4
Ich sehe das Problem als positive Herausforderung an - habe bisher noch für jedes Problem eine Lösung gefunden	46,9%	23	20,4%	10	22,4%	11	10,2%	5
Ich versuche die Auswirkungen des Problems gering zu halten/betreibe „Schadensbegrenzung“	40,8%	20	40,8%	20	8,2%	4	10,2%	5
Ich wende mich an Experten/Beratungsstellen/ Ämter/Einrichtungen, die professionelle Hilfe anbieten	16,3%	8	32,7%	16	24,5%	12	26,5%	13
Ich fühle mich überfordert und ziehe mich zurück	8,2%	4	18,4%	9	28,6%	14	44,9%	22
Ich warte ab und hoffe/bete, dass sich das Problem irgendwie von selbst löst	2,0%	1	22,4%	11	24,5%	12	51,0%	25
Wenn mir alles zu viel wird, greife ich manchmal zur Flasche		0	4,1%	2	6,1%	3	89,8%	44

Um den Einfluss von Bewältigungsstrategien auf die Verbesserung der Lebenssituation, ihren Zusammenhang mit Problemlagen und die Bedingungen, unter denen unterschiedliche Strategien praktiziert werden, zu untersuchen, wurde eine faktorenanalytische Berechnung der Art und Weise durchgeführt, wie die Befragten dazu tendieren, Problemen zu begegnen. In einem zweiten Schritt wurde eine Clusteranalyse durchgeführt, um Coping-Typen zu modellieren.

Für die faktorenanalytische Berechnung wurden folgenden Aspekte aufgenommen, die das Ausmaß an „privatem Coping“ repräsentieren:

- die Neigung, sich private Hilfe zu suchen,
- das Ausmaß, in dem der Fokus auf „Schadensbegrenzung“ gelegt wird, und
- die Anzahl von Personen, die die Befragten als mögliche Nothelfer_innen angaben.

Unter „öffentlich unterstütztes Coping“ wurden folgende Aspekte aufgenommen:

- die Neigung, sich professionelle Hilfe bei Problemen zu holen,
- das Ausmaß, in dem eine überlegte und gezielte Problembekämpfung im Mittelpunkt von Problemlösestrategien steht, sowie
- das Ausmaß, in dem die Befragten angeben, bei Unterstützungen Wert auf Professionalität zu legen.

Dieses „öffentlich unterstützte Coping“ ist nicht deckungsgleich mit der Nutzung einzelner Hilfs- und Unterstützungsangebote, aber sehr klar mit der Nutzung von Hilfs- und Unterstützungsangeboten insgesamt assoziiert.

**Tabelle 94: Privates und öffentlich unterstütztes Coping (2018)**

	Privates Coping	Öffentlich unterstütztes Coping
private Hilfe suchen	,872	
Anzahl Notfallhelfer im Netzwerk	,772	
Fokus auf Schadensbegrenzung	,608	
professionelle Hilfe suchen		,775
Überlegen und Probleme gezielt bekämpfen		,784
Wichtigkeit bei Hilfe: Professionalität		,620

Dabei ist zunächst auffällig, dass das Ausmaß, in dem die Befragten „privates Coping“ angeben, sehr eindeutig mit dem „Gesamtindikator Lebensqualität“ ($r = .463$) sowie mit dem verfügbaren Nettoäquivalenzeinkommen der Haushaltsmitglieder ($r = .398$) korreliert. Anders gesagt: je besser es den Befragten geht, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie „privates Coping“ als Problemlösestrategie bevorzugen bzw. praktizieren. Für das „öffentlich unterstützte Coping“ findet sich kein Zusammenhang mit dem „Gesamtfaktor Lebensqualität“. Mit dem Nettoäquivalenzeinkommen der Haushaltsmitglieder korreliert das öffentlich unterstützte Coping negativ ($r = -.289$).

Die Präferenz oder die Praxis, öffentlich unterstütztes Coping zu wählen, findet sich vor allem bei Befragten, die verstärkt von dauerhaften Sorgen bezüglich „Finanzen“ ($r = .203$) und „psychischer Gesundheit“ ($r = .372$) berichten.

Privates Coping findet sich indes gerade nicht bzw. deutlich weniger bei Befragten, die von finanziellen Problemen berichten ($r = -.372$), und auch nicht bei Befragten, die von gesundheitlichen ($r = -.372$) oder wohnungsbezogenen ($r = -.211$) Dauersorgen oder Problemen mit Ämtern und Behörden ($r = .315$) oder von Einsamkeit und sozialem Rückzug ($r = -.286$) berichten.

Dass private Coping-Strategien auch mit der Haltung verknüpft sind, Probleme als „positive Herausforderung“ zu sehen, verwundert nicht. Allerdings - auch dies zeigen unsere Daten - kommt es ganz offensichtlich auf die Art und das Ausmaß der Probleme und Belastungen an, ob diese als „positive Herausforderungen“ betrachtet werden können.

„Positive Herausforderungen“ sind Situationen, die einem ggf. Sorgen bereiten, die aber in der eigenen Kontrolle liegen oder zumindest absehbar so zu lösen oder zu bewältigen sind, dass eine Verbesserung der Situation erwartbar ist. Das kann sich durchaus auf materielle Situationen beziehen. So sind etwa Studierende ggf. gezwungen, mit relativ wenig Geld auszukommen, den Gürtel enger zu schnallen sowie in Wohngemeinschaften zu leben - und sie sind gleichzeitig mit Prüfungen belastet. Nicht wenige Studierende sind mit Blick auf ihr Haushaltseinkommen statistisch betrachtet in einer Situation von Einkommensarmut. Das muss aber keine verzweifelte Situation sein, wenn man davon ausgehen kann, dass die Knappheitssituation vorübergehend ist, man mit etwas Anstrengung sein Studium erfolgreich abschließen wird und die soziale und ökonomische Lebenslage sich dann rasch ändern wird.

Bei multiplen und intensiven sozioökonomischen Belastungen ist dies schlicht nicht der Fall. Zusammenfassend formuliert ist privates Coping eher eine „Strategie der Starken“, die gerade dann nicht gewählt wird oder nicht gewählt werden kann, wenn Menschen mit Problemen konfrontiert sind, die tendenziell typisch für Menschen in Armutslagen sind. Dass dies bei den genannten Problemen der Fall ist, lässt sich - wie die folgende Korrelationstabelle zeigt - für die von uns Befragten sehr gut nachzeichnen.



Tabelle 95: Grundlegende und nicht verschwindende Sorgen und monetäre Einschränkungen (2018)

	Monetäre Einschränkung (Ausmaß)
Dauersorge: Finanzen	,553
Dauersorge: körperliche Gesundheit	,414
Dauersorge: psychische Gesundheit	,344
Dauersorge: Beruf, Arbeit	,338
Dauersorge: Arbeitssuche/Arbeitslosigkeit	,519
Dauersorge: Ämter/Behörden	,422
Dauersorge: Wohnen	,282
Dauersorge: Einsamkeit, sozialer Rückzug	,208

Ein starker Zusammenhang zwischen ökonomischen Ressourcen und einer ganzen Reihe von Problemen und Belastungen ist vielfach belegt. Insofern ist unser Ergebnis zunächst weitgehend erwartbar und wenig überraschend.

Selbst wenn monetäre Ressourcen ein wesentlicher Hintergrund und die zentrale Ursache der Lebenssituationen sind, sind Menschen in Armut und Prekarität in der Regel zusätzlich mit weiteren und anderen nicht unmittelbar monetären Problemlagen und Einschränkungen konfrontiert. Dass vor diesem Hintergrund private Coping-Strategien oft wenig Aussicht auf Erfolg haben, schwerer zu realisieren sind und in der Folge auch weniger präferiert werden, ist ein plausibler Befund, der auch in anderen Arbeiten zur Armuts- und Ungleichheitsforschung gut belegt ist.

Anlass zur Sorge gibt aber auch etwas anderes. Die oben genannten Problemlagen korrelieren nicht nur mit der Einkommenshöhe, sondern sie korrelieren auch untereinander. Sie lassen sich in einem Faktor zusammenfassen, der auch zum Ausdruck bringt, wie stark diese Problemlagen kumulieren. Auf dieser Informationsbasis findet sich nun ein Befund, der eine zentrale Herausforderung gerade für die kommunale Daseinsvorsorge ist: Die Kumulation von Problemlagen ist nicht nur negativ mit privaten Coping-Strategien verbunden, sondern auch mit öffentlich unterstütztem Coping. Dabei ist der negative lineare Zusammenhang zwar insgesamt nicht sonderlich stark ausgeprägt ($r = -.148$), er nimmt aber mit dem Ausmaß der Probleme zu.

Betrachtet man sich jenes Drittel der Befragten mit den stärksten sozioökonomischen Belastungen, finden sich keine Unterschiede im Ausmaß privater Coping-Strategien. Dies ist deshalb der Fall, weil diese Strategien bei der genannten Gruppe insgesamt nur sehr schwach ausgeprägt sind. Allerdings sinkt bei dieser belasteten Gruppe die Wahrscheinlichkeit von öffentlich-unterstütztem Coping mit zunehmender Problembelastung in einem dann sehr viel deutlicheren Ausmaß ($r = -.240$ und für das am stärksten belastete Viertel der Befragten $r = -.429$). Was tendenziell steigt, ist die Strategie „warten, hoffen und beten“.

Dies deutet auf eine Tendenz hin, die in der medizinischen Versorgungsforschung als „inverse Care-Law“ (Hart 1971) bekannt ist, aber in der sozialen Daseinsvorsorgeforschung bislang nur wenig erforscht ist, nämlich dass Unterstützung dort tendenziell unwahrscheinlicher wird, wo sie am dringendsten benötigt wird. Oder anders formuliert: die, die den deutlichsten und qualifiziertesten Hilfebedarf aufweisen, bekommen oft am wenigsten qualifizierte Hilfen.

Dies ist vor allem deshalb relevant, weil das Ausmaß der Verbesserung der Lebenssituation seit 2009 sehr klar mit dem Ausmaß von „privaten“ und „öffentlich unterstützten Coping-Strategien“ zusammenhängt. Beide Strategien können als zielführende und wirksame Strategien beschrieben werden. Für die Befragten, deren Lebenssituation 2009 überdurchschnittlich schlecht war, ist das Ausmaß öffentlich unterstützter Coping-Strategien besonders stark mit einer Verbesserung der Lebenssituati-



on bzw. Lebensqualität seit 2009 assoziiert ($r = .355$). Für diese Gruppe ist der Einfluss dieser Strategie deutlich stärker mit einer Verbesserung der Lebensqualität verbunden als private Coping-Strategien.

Hinzu kommt, dass die tatsächliche Nutzung von Unterstützungsangeboten sehr klar mit der Verbesserung der Lebenssituation verknüpft ist. Dies gilt wiederum insbesondere für Befragte, deren Lebensqualität im Jahr 2009 unterdurchschnittlich war. Die Verbesserung wird insbesondere dort deutlich, wo es um die Nutzung öffentlicher und institutioneller Angebote der Beratung und Unterstützung bei Problemlagen geht, die klar mit armutsbezogenen Problemlagen assoziiert sind.

Mit Blick auf die Inanspruchnahme z.B. der Hausaufgabenhilfe oder von (insbesondere auf Kinder bezogenen) Formaten der Gesundheits- oder Ernährungsberatung etc. finden sich diese Zusammenhänge deutlich weniger, was aber nicht unterstellt, dass diese Angebote zur Entschärfung punktueller Problemlagen und Herausforderungen nicht hilfreich seien.

Allerdings findet sich - wiederum insbesondere bei den Befragten, deren Lebensqualität 2009 schlechter als die der Befragten im Durchschnitt war - die Tendenz, dass die Nutzung von Unterstützungsangeboten umso seltener ist, je weniger die Befragten über Ressourcen verfügen und je stärker sie mit Problembelastungen konfrontiert sind. Die Herausforderung bei der Gestaltung von Unterstützungsmaßnahmen besteht insofern nicht darin, dass die Maßnahmen und Unterstützungen nicht wirksam oder hilfreich wären. Das sind sie in der Regel insgesamt durchaus, und zwar sowohl mit Blick auf die gemessene Veränderung der Lebenssituation als auch aus der Perspektive der Betroffenen selbst.

Das Problem besteht eher darin, dass es nur unzureichend zu gelingen scheint, die Betroffenen zu erreichen, die mit den stärksten Problematiken konfrontiert sind. Die wenigen Studien, die sich gezielt mit dem Problem der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen und Unterstützungsangeboten beschäftigen, legen nahe, dass es oft nicht zielführend ist, diese Gruppen in Angebote zu „drängen“ (vgl. Eurofound 2015, Warin 2013).

Sie verweisen darauf, dass neben Informationsdefiziten und der (subjektiv empfundenen) Komplexität bzw. dem Aufwand der Inanspruchnahme sog. „soziale Barrieren“ bestehen - insbesondere Stigmatisierungängste, aber auch Unsicherheit im Umgang mit oder Misstrauen gegenüber Institutionen - , die insbesondere „sozial verwundbare“ Menschen von der Inanspruchnahme von Unterstützungen abhalten (vgl. Eurofound 2015).

Unsere Daten legen nahe, dass es in der Tat z.T. eine geringe Kenntnis über vorhandene Angebote gibt. Einige Befunde legen aber auch nahe, vor allem das Problem „sozialer Barrieren“ ernst zu nehmen. So scheint es für Befragte in besonders problematischen Lebenslagen bezeichnend zu sein, dass Ämter und Behörden nicht nur potenzielle Orte der Unterstützung, sondern auch ein eigenständiger Anlass von Sorge und Belastung sind. Denn es wird der Umgang mit Ämtern und Behörden 2018 von mehr als der Hälfte (54,5%) der Befragten, die überdurchschnittlich stark mit Einschränkungen ihrer Lebensqualität konfrontiert sind, als grundlegende und nicht verschwindende Sorge benannt, während es bei den Befragten, deren Lebensqualität im Vergleich zu allen Befragten überdurchschnittlich gut ist, weniger als ein Viertel (21,1%) der Befragten ist (zur Definition der Subgruppen „Lebensqualität verbessert“ bzw. „nicht verbessert“ vgl. Abschnitt 4.1). Nach finanziellen und gesundheitlichen Sorgen ist der Umgang mit Ämtern und Behörden in dieser Gruppe die am häufigsten genannte Dauersorge - noch vor berufsbezogenen Sorgen und weit vor Alltags- oder Erziehungssorgen.

Die Herausforderung besteht entsprechend darin, akzeptable und attraktive Zugänge zu den Hilfs- und Unterstützungsangeboten zu schaffen sowie soziale, kulturelle und emotionale Zugangsbarrieren abzubauen.



Fazit: Als eine zentrale Erkenntnis der Auswertung der Frage nach den Versuchen der Befragten, allgemein Probleme zu lösen, in Kombination mit anderen Befragungsergebnissen lässt sich festhalten, dass angebrachte sowie wirksame Hilfen und Unterstützungen dort tendenziell unwahrscheinlicher werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Diejenigen, die am dringendsten auf qualifizierte Hilfen und Unterstützungen angewiesen sind, bekommen sie oft am wenigsten.

Der Zugang zu wirksamen Angeboten und die professionelle Unterstützung der Bewältigungsstrategien von Einkommensarmut betroffenen Haushalten stellen sich insofern als zentrale Herausforderung dar. Die Tatsache, dass sich die Lebenssituation der von uns befragten Haushalte insgesamt im Durchschnitt verbessert hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bei der passgenauen und auf die Bedürfnisse und Sorgen der am stärksten deprivierten Haushalte zugeschnittenen Hilfen nach wie vor deutlichen und hohen Handlungsbedarf gibt.

3.6 Erwerbstätigkeit

Eine Reihe von Fragen sind 2018 mit Bezug auf den/die Haupternährer_in gestellt worden, d.h. die Person, die über das höchste Erwerbseinkommen im Haushalt verfügt.

Diesbezüglich fanden sich 2018 in elf der 50 Haushalte keine Personen mit Erwerbseinkommen. Sechsmal war die betreffende Person zwar erwerbsfähig, aber zum Zeitpunkt der Befragung erwerbslos. Und fünfmal war die betreffende Person erwerbsunfähig bzw. frühverrentet.

Im Vergleich zu 2009 hatte sich in vier Haushalten die Situation positiv verändert: dreimal weil der/die jetzige Haupternährer/in 2009 nicht erwerbsfähig war und einmal, weil die betreffende Person 2009 arbeitslos war.

Die Erwerbssituationen in den Haushalten sind auch 2018 insgesamt nicht unproblematisch. Nur in einer Minderheit der Haushalte ist der/die Haupternährer/in unbefristet und in Vollzeit beschäftigt.

Im Einzelnen sind die derzeitigen Haupternährer_innen der Haushalte

- 13 x unbefristet und in Vollzeit sozialversicherungspflichtig,
- 3 x befristet und in Vollzeit sozialversicherungspflichtig,
- 16 x unbefristet und in Teilzeit sozialversicherungspflichtig und
- 3 x befristet und in Teilzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Mehrere sozialversicherungspflichtige Jobs hat kein/e Haupternährer_in in den befragten Haushalten.

Einer der erwerbstätigen Haupternährer arbeitet weniger als zehn Stunden pro Woche,

- zwei Personen arbeiten zehn bis 20 Stunden,
- zehn Personen 20 bis 30 Stunden,
- 13 Personen 30 bis 40 Stunden und
- acht Personen mehr als 40 Stunden pro Woche.

Eine Wochenarbeitszeit von über 35 Stunden hat genau die Hälfte der 34 in Teil- oder Vollzeit erwerbstätigen Haupternährer_innen.

In fünf Fällen ist der/die Haupternährer/in in einem Minijob und in einem Fall als Zeit- bzw. Leiharbeiter beschäftigt. Bei den Minijobbern hat eine Person mehrere Minijobs.

Sieben der Haupternährer_innen gaben an, dass sie neben dem Erwerbseinkommen zugleich Arbeitslosengeld II oder Kinderzuschlag erhalten.



13 der Haupternährer_innen hatten ihren Job schon zum Zeitpunkt der ersten Befragung, 24 Personen erst nach 2010. Die Hälfte der Haupternährer_innen hat den Job frühestens seit dem zweiten Halbjahr 2015.

Von den Haupternährer_innen, die ihren Job erst seit 2010 haben, war knapp die Hälfte (n = 11) zwischenzeitlich arbeitslos, davon zwei Personen mehrfach.

Zugang zur Erwerbstätigkeit:

Ihren Job haben vier der Haupternährer_innen durch Nachfragen/Beratung beim Arbeitsamt/Jobcenter erhalten. Keine Person gab an, durch Nachfragen/Beratung bei anderen Institutionen (IHK, Handwerkskammer) oder durch private/gewerbliche Arbeitsvermittler den Job bekommen zu haben. Sechs Personen erhielten ihren Job durch die Beantwortung von Annoncen, eine Person war durch die Aufgabe einer eigenen Annonce erfolgreich.

14 Personen gaben an, ihren Job durch Freunde oder Bekannte erhalten zu haben. Diese stellen sich insofern quantitativ als der wichtigste Zugang zu einem Arbeitsplatz dar. Durch Recherchen im Internet fanden sechs der Befragten ihren Job, fünf Personen haben sich selbstständig gemacht.

3.7 Erwerbslosigkeit

Sieben Personen gaben an, dass sie und/oder ihre Partner_innen arbeitslos seien. Vier Personen gaben an, ALG II-Leistungen zu erhalten und zwei Personen gaben an, ALG I-Leistungen zu beziehen. Eine Person machte keine Angaben.

Eine geeignete Stelle zu bekommen, bezeichnete eine Person als problemlos, fünf Personen erachteten dies als schwierig, eine Person als vollkommen unmöglich.

Von den betroffenen sieben Personen waren vier Personen seit 2009 ununterbrochen arbeitslos, zwei Personen seit 2017 und eine Person seit 2018.

Die Personen, die nicht ununterbrochen arbeitslos waren, hatten in je einem Fall eine, zwei und vier Phasen von Arbeitslosigkeit und eine entsprechende Anzahl an Arbeitsstellen.

Drei der arbeitslosen Personen hatten sich zuletzt 2005, 2011 und 2016 um Arbeit beworben. Die verbliebenen vier Personen hatten sich im Jahr der Befragung (2018) beworben. Um Arbeit beworben hatten sich alle betroffenen Personen.

Mit Blick auf die Frage, was hilfreich wäre, damit die Befragten oder ihre Partner_innen wieder erwerbstätig sein können, wurden von den im Interview genannten zwölf Dingen nur einige benannt, wobei gesundheits- und mobilitätsbezogene Aspekte dominieren.

Gesund/psychisch stabil zu sein, wurde dabei fünfmal und damit von der deutlichen Mehrheit benannt.

Bessere Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln wurden dreimal benannt. Ein Auto (zweimal) und der Erwerb eines Führerscheins wurden einmal als hilfreich benannt.

In je zwei Fällen wurde eine Schuldnerberatung als hilfreich benannt. In je einem Fall wurden erweiterte Kinderbetreuungszeiten, allgemeine Formen der Beratung und Alltagsunterstützung sowie Suchtberatung als hilfreich benannt.



Kita- oder Ganztagsbetreuung im Allgemeinen wurde nicht oder als nicht hilfreich benannt. Drei Befragte gaben an, versucht zu haben, sich um entsprechende Dinge zu kümmern.

3.8 Interaktion und Kommunikation mit dem Jobcenter

Angesichts der eher wenigen Personen ($n = 7$) im Arbeitslosengeldbezug ist es verständlich, dass die Fragen zur Interaktion und Kommunikation mit dem Jobcenter nur für wenige Befragte relevant waren.

Sechs Personen gaben an, in den letzten sechs Monaten einen Termin bei Jobcentern gehabt zu haben. In drei Fällen lag der Termin höchstens zwei Monate, bei den anderen Personen vier bis sechs Monate zurück.

Lediglich eine Person gab an, eine Arbeitsstelle angeboten bekommen zu haben. Diese wurde nicht angenommen. Als Grund nannte die befragte Person, dass sie mit dem Arbeitgeber nicht „auskam“. Eine Person gab an, dass ihr neben einem Jobangebot auch noch ein anderes Angebot gemacht wurde. Dies war das Angebot, die Erwerbsfähigkeit durch einen Gutachter zu überprüfen.

Die sechs Personen, die 2018 Kontakt mit dem Jobcenter hatten, wurden zu ihrer Meinung zu ihrem Fallmanager/ihrer Fallmanagerin befragt.

Fünf der Befragten berichten von einer persönlich eher ($n = 3$) oder vollständig ($n = 2$) fairen Behandlung durch die Fallmanager_innen des Jobcenters. Eine Person widerspricht dem vollständig.

Vier Befragte schreiben den Fallmanager_innen fachliche Kompetenz zu. Je eine befragte Person sieht das nur teilweise oder gar nicht so.

Dass die Fallmanager_innen wirklich bemüht seien, sie zu verstehen, bejahte je eine Person völlig oder eher, eine Person sah dies teilweise und je eine weitere Person eher oder gar nicht so.

Drei Befragte berichteten, mit ihren Problemen ernst genommen zu werden, je eine Person sieht das nur teilweise oder gar nicht so.

Als stark bevormundend nimmt eine Person die Fallmanager_innen wahr, teilweise sah dies eine weitere Person. Vier Personen sagten zudem, dass dies eher nicht (eine Person) bzw. gar nicht (drei Personen) der Fall wäre.

Die gleiche Verteilung findet sich mit Blick auf die Einschätzung, unter Druck gesetzt zu werden. Fünf Personen berichten von respektvoller Behandlung, eine Person sah dies nur teilweise.

Die gleiche Verteilung findet sich mit Blick auf die Einschätzung, keine Informationen oder Leistungen vorenthalten zu bekommen.

Drei Befragte stimmen eher ($n = 1$) oder völlig ($n = 2$) zu, dass die Fallmanager_innen wirklich um Hilfe bemüht seien, zwei stimmten dem nur zum Teil und eine Person stimmte dem gar nicht zu.

Tatsächlich wirksame Hilfe zu erhalten, gaben zwei Befragte eher an, eine Befragte sieht dies nur teilweise so, zwei weitere Personen sehen dies überhaupt nicht so. Eine vollständige Zustimmung zur Frage, wirksame Hilfe erhalten zu haben, gab keine befragte Person an.



Aufgrund der kleinen Fallzahl ist es nicht zulässig, verallgemeinerbare Schlüsse aus diesen Einschätzungen zu ziehen.

3.9 Bildungs- und Teilhabepaket

Für die Haushalte, die Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen, sind Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket von Interesse, da über die Inanspruchnahme entsprechender Leistungen finanzielle Entlastungen generiert werden können.

Alle 13 Haushalte, die Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen, gaben an, das Bildungs- und Teilhabepaket zu kennen, und zwölf dieser 13 Haushalte haben auch einen entsprechenden Antrag gestellt.

Die meisten Haushalte ($n = 8$) beantragten einen Zuschuss für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf (z.B. Schulranzen, Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterialien) und am zweithäufigsten beantragten die Haushalte ($n = 7$) Geld für die Mitgliedschaft (10 € monatlich) in einem Verein.

Folgende fünf Sportvereine/Sportarten wurden dabei genannt: Schachclub, Radsportverein, Motorcross, Sportverein und Judo. Zudem als sonstige Vereine DLRK und der Musikzug der Feuerwehr.

Sechsmal wurden Anträge bezüglich eines eintägigen Ausflugs der Tageseinrichtung für Kinder oder der Schule und fünfmal für das Mittagessen in Tageseinrichtungen für Kinder oder der Schule gestellt.

Je dreimal wurden Anträge für eine mehrtägige Klassenfahrt oder Lernförderung/Nachhilfe und je zweimal für Beförderungskosten sowie für Unterricht in künstlerischen Fächern, z.B. Musikunterricht gestellt.

Für (Ferien-)Freizeiten wurde kein Antrag gestellt.

Zehn Befragte berichteten, dass ihre Anträge vollständig bewilligt worden seien. Je ein Haushalt gab an, dass der Antrag teilweise bewilligt bzw. abgelehnt wurde.



3.10 Subjektive Einschätzung der Situation

In der Befragung 2018 wurden die Interviewten nach ihrer subjektiven Zufriedenheit mit ihrem Lebensstandard gefragt. Eher oder sehr unzufrieden waren acht Befragte (16%); eher oder sehr zufrieden waren 54% (n = 27), wovon acht Befragte (16%) sehr zufrieden waren.

Dies scheint auf den ersten Blick ein sehr günstiger Befund zu sein. Zu beachten ist aber, dass Menschen fast immer zur Zufriedenheit mit ihrem Lebensstandard tendieren. Der Befund sollte daher im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung interpretiert werden, wozu sich etwa Befunde des Standard-Eurobarometers anbieten.

Verglichen mit den Befunden des Eurobarometer ist die Zufriedenheit der von uns Befragten mit ihrem Lebensstandard unterdurchschnittlich. Gleichwohl gaben 32 (64%) unserer Befragten an, dass sich ihr Lebensstandard seit 2009 verbessert habe. Dabei berichteten 15 Befragte davon, dass ihr Lebensstand nun etwas besser sei als 2009; 17 Befragte sprechen davon, dass ihr Lebensstandard viel besser sei als 2009. Genau ein Fünftel (20%) der Befragten sprach von einer Verschlechterung ihres Lebensstandards. Acht Befragte gaben an, ihr Lebensstandard sei unverändert.

Zwar spricht alles dafür, bei der Analyse von Lebenslagen auf subjektiv erfahrene Problematiken, Herausforderungen und Bewältigungsstrategien einzugehen. Befunde, die jedoch alleine auf die subjektive Bilanzierung von Lebensqualität verweisen, sind mit Vorsicht zu interpretieren. Obwohl sie sich augenscheinlich zunehmender Beliebtheit erfreut, ist als Informationsbasis für Handlungsempfehlungen ein Blick auf das subjektive Well-Feeling alleine wenig geeignet und tendenziell irreführend. Es spricht alles dafür das Robert Erikson (1993) Recht hat, wenn er argumentiert, dass solche Aussagen weniger Informationen über Lebensqualitäten und Lebensstandards geben, sondern vielmehr darüber informieren, wie gut sich Menschen an ihre jeweilige Lebenssituationen angepasst haben.

3.11 Gesellschaftliche Position

Den Befragten wurde eine Positionsleiter mit zehn Stufen und folgender Frage vorgelegt: „In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher oben stehen, und solche, die eher unten stehen. Wir haben hier eine Skala, die von unten nach oben verläuft. Wenn Sie an sich selbst denken: wo auf dieser Skala würden Sie sich einordnen?“

**Tabelle 96: Positionsleiter -
aktuelle Position (2018)**

Stufe	Anteil	Anzahl
10		0
9	2,0%	1
8	2,0%	1
7	10,0%	5
6	20,0%	10
5	20,0%	10
4	20,0%	10
3	16,0%	8
2	6,0%	3
1	4,0%	2
Gesamt	100,0%	50



Insgesamt ordneten sich etwa zwei Drittel der Befragten (64%) auf der unteren Hälfte der Leiter (Stufen 1 bis 5) ein. Auf den drei untersten Stufen verorteten sich 13 Befragte (26%), auf den drei obersten Stufen zwei Befragte. Die Mehrheit (60%) verortete sich auf den Stufen 4 bis 6.

Diese Unten-Oben-Skala ist rechtsschief. Der durchschnittliche Positionierungswert von 4,68 entspricht insofern nicht der Mittelschicht, sondern ziemlich exakt dem Wert der unteren Schichten (vgl. Noll 1998: 159) bzw. un- und angelernter Arbeiter in (West-) Deutschland (vgl. Geißler 2010: 43).

Jeweils 18 Befragte (36%) waren mit ihrer Position eher oder sehr zufrieden und eher oder sehr unzufrieden. 14 Befragte (28%) waren weder zufrieden noch unzufrieden.

Dass die soziale Wunschposition der Befragten deutlich höher ist als ihre aktuelle Position verwundert nicht. Die Mehrheit der Befragten wäre gerne im oberen Drittel und fast alle mindestens in der Mitte der sozialen Hierarchie.

Tabelle 97: Positionsleiter - Wunschposition (2018)

Stufe	Anteil	Anzahl
10	4%	2
9	8%	4
8	30%	15
7	24%	12
6	18%	9
5	12%	6
4	4%	2
3	0%	0
2	0%	0
1	0%	0
Gesamt	100,0%	50

Dabei fällt auf, dass sowohl die Befragten, die sich mit ihrer Position subjektiv (eher) zufrieden zeigen als auch die diejenigen, die sich – unabhängig davon, ob sie mit ihrer Situation zufrieden sind oder nicht – unterhalb der Mitte positionieren, eine Wunschposition angeben, die nicht weit oben, sondern eher in dieser Mitte oder leicht darüber ist.

Diese Daten sprechen dafür, dass sich die von uns Befragten tendenziell keinesfalls subjektiv ganz unten eingerichtet haben, auch dann, wenn sie nicht anstreben zum oberen Drittel der gesellschaftlichen Hierarchie zu gehören.



3.12 Sozialer Aufstieg

Die Haushalte wurden gefragt, von welchen Faktoren es tatsächlich abhängt, ob jemand in unserer Gesellschaft sozial aufsteigt.

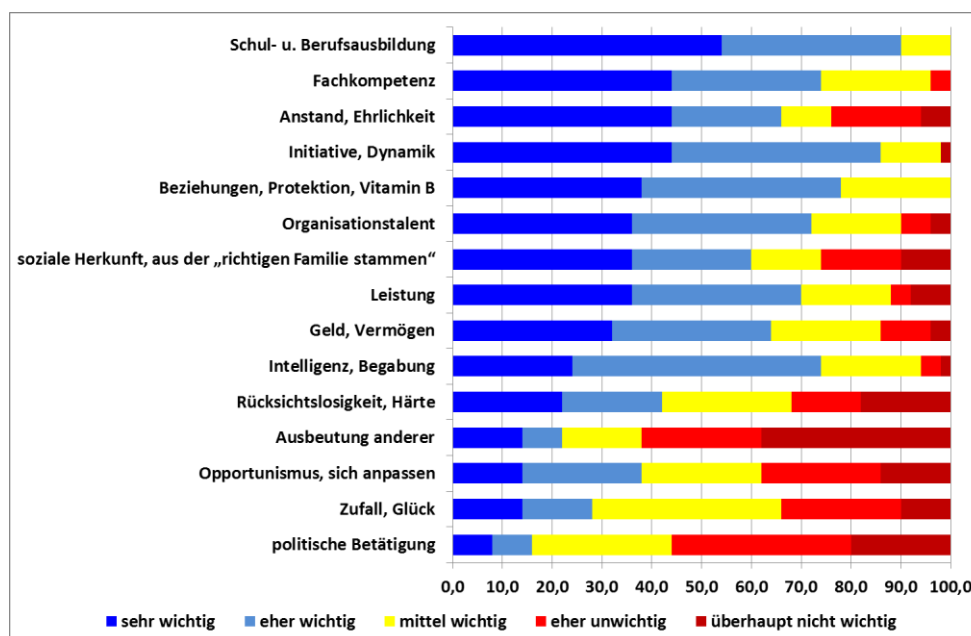
Diese Frage ist insofern interessant, als es zum Teil die Annahme gibt, dass Armut und Prekarität durch mentale Strukturen, insbesondere die Haltung, dass sich Leistung und Anstrengung nicht lohne, verursacht seien. Die entsprechenden Policy-Strategien richten sich dann vor allem auf Einstellungsveränderung und weniger auf finanzielle Absicherung, z.T. mit dem Argument, dass finanzielle Absicherung gerade die notwendige Leistungsorientierung verhindere.

Nun könnten unsere Befunde die obige Annahme auch dann nicht belegen, wenn die Befragten die Meinung vertreten würden, dass z.B. Anstrengung und Leistung nicht zu Aufstieg führen. Es wäre strittig, ob diese Einschätzung die Ursache für die eigene Lage oder eine Erfahrung ist, die aus (gescheiterten) Versuchen der Bewältigung dieser Lage folgt (für den Fall, dass sich diese Überzeugungen nicht finden, darf indes davon ausgegangen werden, dass die Deutung, Deprivation sei durch entsprechende mentale Strukturen verursacht, nicht zutrifft).

Zur Beantwortung der obigen Frage wurde den Haushalten eine Liste mit 15 Faktoren vorgelegt, die jeweils auf einer fünfstufigen Skala (von „sehr wichtig“ bis „überhaupt nicht wichtig“) zu bewerten waren.

Die Rangfolge der Faktoren, die den sozialen Aufstieg beeinflussen/bestimmen, ist entsprechend der Höhe der Anteilswerte für die Beurteilung „sehr wichtig“ aufgeführt - der Faktor mit der größten Zustimmung liegt somit auf dem ersten Rang.

Abbildung 76: Faktoren, die den Erfolg und sozialen Aufstieg beeinflussen (Angaben in Prozent, 2018)



**Tabelle 98: Faktoren, die den Erfolg und sozialen Aufstieg beeinflussen (2018)**

	sehr wichtig		eher wichtig		mittel wichtig		eher unwichtig		überhaupt nicht wichtig	
	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl
Schul- u. Berufsausbildung	54,0%	27	36,0%	18	10,0%	5				
Initiative, Dynamik	44,0%	22	42,0%	21	12,0%	5			2,0%	1
Anstand, Ehrlichkeit	44,0%	22	22,0%	11	10,0%	5	18,0%	9	6,0%	3
Fachkompetenz	44,0%	22	30,0%	15	22,0%	11	4,0%	2		
Beziehungen, Protektion, Vitamin B	38,0%	19	40,0%	20	22,0%	11				
Leistung	36,0%	18	34,0%	17	18,0%	9	4,0%	2	8,0%	4
soziale Herkunft, aus der „richtigen Familie“	36,0%	18	24,0%	12	14,0%	7	16,0%	8	10,0%	5
Organisationstalent	36,0%	18	36,0%	18	18,0%	9	6,0%	3	4,0%	2
Geld, Vermögen	32,0%	16	32,0%	16	22,0%	11	10,0%	5	4,0%	2
Intelligenz, Begabung	24,0%	12	50,0%	25	20,0%	10	4,0%	2	2,0%	1
Rücksichtslosigkeit, Härte	22,0%	11	20,0%	10	26,0%	13	14,0%	7	18,0%	9
Ausbeutung anderer	14,0%	7	8,0%	4	16,0%	8	24,0%	12	38,0%	19
Zufall, Glück	14,0%	7	14,0%	7	38,0%	19	24,0%	12	10,0%	5
Opportunismus, sich anpassen	14,0%	7	24,0%	12	24,0%	12	24,0%	12	14,0%	7
politische Betätigung	8,0%	4	8,0%	4	28,0%	14	36,0%	18	20,0%	10

Die Abbildung und die Tabelle zeigen, dass - konzentriert man sich auf die Beurteilung „sehr wichtig“ und „wichtig“ - die Faktoren „Schul- u. Berufsausbildung“, „Initiative, Dynamik“, „Anstand, Ehrlichkeit“, „Fachkompetenz“ und „Beziehungen, Protektion, Vitamin B“ auf den vorderen Rangplätzen liegen. Dieses Ergebnis ist ganz sicherlich kein Befund für eine fatalistische Deutung.

Dass sozialer Aufstieg bloßes Glück/Zufall oder das Resultat von Opportunismus, der Ausbeutung anderer oder der politischen Betätigung ist, sehen die Befragten nicht.

Eine Deutung, die unterstellt, Menschen in Armutslagen würden Aufstiegsmöglichkeiten bloßen externen Faktoren zuschreiben (Zufall/Glück, Ausbeutungsstrukturen), die sie zu ändern nicht in der Lage seien, während sie individuelle Faktoren (Initiative, Leistung, Kompetenz etc.) bestreiten würden, trifft insofern nicht zu.

Bemerkenswerterweise halten die sechs Befragten, die sich „ausgegrenzt“ fühlen, überdurchschnittlich häufig Leistung, Anstand und Ausbildung für wesentlich für den sozialen Aufstieg.



3.13 Notwendige Veränderungen, damit Familien sozial aufsteigen können

Die Haushalte wurden gefragt, was sich ihrer Meinung nach ändern müsste, damit Familien mit Kinder sozial aufsteigen können.

Bei der Beantwortung der obigen Frage wurde den Haushalten folgende Auflistung vorgelegt:

Ich bräuchte/wir bräuchten ...

- andere, wichtige Jobs
- bessere Ausbildung
- mehr Unterstützung durch die Behörden
- Verwandte/Freunde/Bekannte in einflussreichen Positionen
- mehr Geld
- mal richtig Glück
- eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ich müsste/wir müssten ...

- sich energischer dafür einsetzen, dass sich etwas ändert
- sich bei der Arbeit mehr anstrengen
- ein besonderes Talent geerbt haben
- ihr Leben besser organisieren
- mehr an sich selbst denken und weniger Rücksicht auf andere nehmen
- völlig gesund sein/bleiben
- sich politisch engagieren
- etwas ganz Besonderes gelernt haben

Die Haushalte konnten maximal drei aus den 15 möglichen Aspekten nennen. Für jeden Aspekt wurde dann errechnet, wie viele der 47 Haushalte, die diese Frage beantwortet haben, diesen Aspekt genannt haben.

Die Auswertung ergab zunächst, dass kein Haushalt den Aspekt „Ich müsste/wir müssten uns politisch engagieren“ angab.

In der folgenden Abbildung sind für die verbleibenden 14 Aspekte die Zustimmungswerte der Haushalte aufgeführt. Die dunkelblauen Balken kennzeichnen dabei die Aspekte, die die Familien bräuchten, und die hellblauen Balken kennzeichnen die Aspekte, die die Familien machen müssten, um sozial aufsteigen zu können.

Die Abbildung und die Tabelle zeigen, dass das Hauptgewicht, das die Befragten betonen - jenseits der kaum gestaltbaren Situation, einmal richtig Glück zu haben - , auf dem Aspekt der verfügbaren materiellen Ressourcen liegt.

Sehr eindeutig spielt die Gesundheitssituation ebenfalls eine entscheidende Rolle (2. Rang mit 44,7% Zustimmung). Und gut ein Viertel der Befragten sagte, dass sie eine „bessere Ausbildung“ und „andere, wichtige Jobs“ bräuchten.

Insgesamt sind die Bereiche finanzielle Ressourcen, Gesundheit sowie Ausbildung und Beruf für die Befragten die entscheidenden Elemente. Dieser Befund mag wenig überraschend sein. Dennoch: Diese klassischen und grundlegenden Bereiche der Lebensführung mit Blick auf deprivierte Lebenslagen bleiben weiterhin die entscheidenden Bereiche. Andere Aspekte spielen im Einzelnen durchaus



mal mehr, mal weniger stark eine Rolle - sie treten aber nicht an die Stelle dessen, was praktisch seit jeher die zentralen Aspekte deprivierter Lebenslagen sind.

Abbildung 77: Notwendige Veränderungen, damit Familien sozial aufsteigen können (2018)

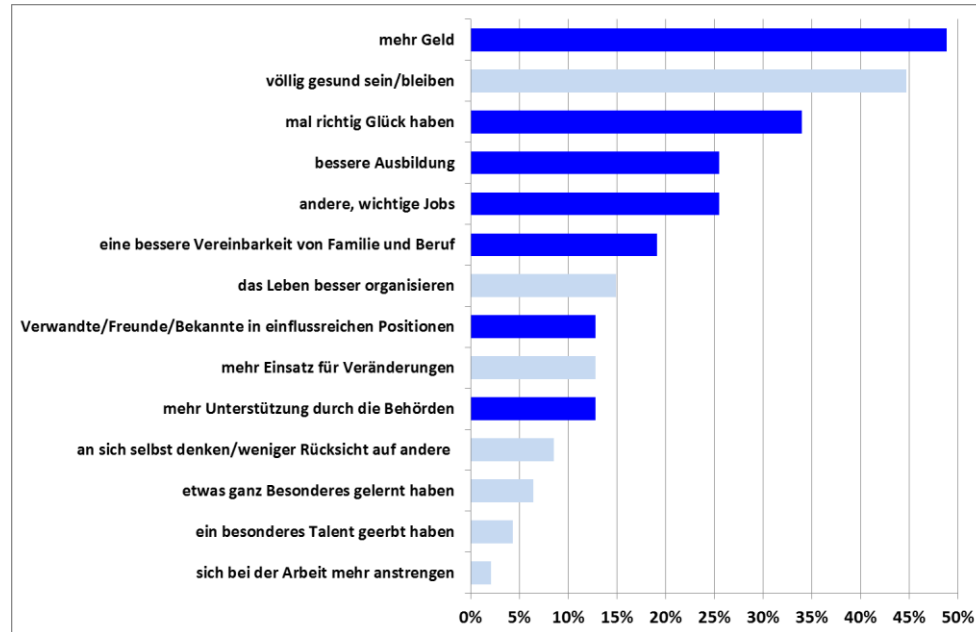


Tabelle 99: Notwendige Veränderungen, damit Familien sozial aufsteigen können (2018)

Ich bräuchte/müsste – wir bräuchten/müssten	Anteil „ja“	Anzahl
mehr Geld	48,9	23
völlig gesund sein/bleiben	44,7	21
mal richtig Glück haben	34,0	16
andere, wichtige Jobs	25,5	12
bessere Ausbildung	25,5	12
eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	19,1	9
das Leben besser organisieren	14,9	7
mehr Unterstützung durch die Behörden	12,8	6
sich energischer dafür einsetzen, dass sich was ändert	12,8	6
Verwandte/Freunde/Bekannte in einflussreichen Positionen	12,8	6
mehr an sich selbst denken und weniger Rücksicht auf andere nehmen	8,5	4
etwas ganz Besonderes gelernt haben	6,4	3
ein besonderes Talent geerbt haben	4,3	2
sich bei der Arbeit mehr anstrengen	2,1	1



3.14 Politik – Zuwanderung

Ein Aspekt, zu dem die Interviewten 2018, aber nicht 2009 befragt worden sind, betrifft ihre Deutung der Zuwanderung. In einigen Texten und Analysen findet sich die These, dass gerade Menschen in eher prekären Lebenslagen verstärkt Ressentiments gegenüber Geflüchteten hätten und diese als Konkurrenz und Bedrohung betrachten würden. Diese These ist umstritten. Mit Blick auf die Antwortmuster der 50 Haushalte fällt es schwer zu behaupten, diese seien in einem besonderen Maße kritisch gegenüber geflüchteten Menschen.

Ohne Zweifel finden sich migrations skeptische Perspektiven unter den Befragten. Es sind aber keinesfalls mehr, als sich auch in der Gesamtbevölkerung finden. Die Befragten sind insgesamt eher migrationsfreundlich als ablehnend.

Einige dieser Fragen wurden auch Lehramtsstudierenden an der Universität Bielefeld gestellt. Insgesamt findet sich die Tendenz, dass angehende Lehrer_innen migrationsfeindlicher eingestellt sind als die Befragten in dieser Studie.

Das bedeutet nicht, dass migrationsfeindliche Einstellungen und der sog. Wohlfahrtschauvinismus kein Problem darstellen. Allerdings sind sie kein Problem, dass sich bei Befragten in Armutslagen stärker findet als bei angehenden Staatsangestellten im Bildungssektor.

In den folgenden Tabellen sind die Auswertungsergebnisse zu den entsprechenden Fragen dargestellt.

Tabelle 100: Zeitpunkt, ab dem Zugewanderte das gleiche Recht auf soziale Leistungen und Dienste haben sollten wie andere Bürgerinnen und Bürger auch (2018)

	Anteil
Gleich, sobald sie hier leben	36,7%
Wenn sie mind. seit einem Jahr arbeiten und Steuern zahlen	32,7%
Sobald sie seit einem Jahr in Deutschland leben	18,4%
Sobald sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben	6,1%
Sie sollten gar nicht die gleichen Rechte haben	6,1%
Insgesamt	100,0%

Tabelle 101: Auswirkungen der Zuwanderung auf die deutsche Wirtschaft (2018)

	Anteil	Anzahl
Sehr schlecht	4,1%	2
Schlecht	12,2%	6
Mittel	44,9%	22
Gut	32,7%	16
Sehr gut	6,1%	3
Insgesamt	100,0%	49

Tabelle 102: Wird das kulturelle Leben in Deutschland im Allgemeinen durch Zuwanderung untergraben oder bereichert? (2018)

	Anteil	Anzahl
Sehr untergraben	4,1%	2
Untergraben	14,3%	7
Teils/teils	46,9%	23
Bereichert	20,4%	10
Sehr bereichert	14,3%	7
Insgesamt	100,0%	

Tabelle 103: Wird Deutschland durch Zuwanderung zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben? (2018)

	Anteil	Anzahl
Sehr guten Ort	2,1%	1
Guten Ort	18,8%	9
Teils/teils	64,6%	31
Schlechten Ort	8,3%	4
Sehr schlechten Ort	6,3%	3
Insgesamt	100,0%	48



Tabelle 104: Der Zuzug von Flüchtlingen und die Auswirkungen auf Arme, Arbeitslose und einfache Leute (2018)

Der Zuzug von Flüchtlingen geht zu Lasten von Armen, Arbeitslosen und einfachen Leuten. Diese Aussage ...	Anteil	Anzahl
Trifft voll zu	18,4%	9
Trifft eher zu	16,3%	8
Teils/teils	30,6%	15
Trifft eher nicht zu	8,2%	4
Trifft gar nicht zu	26,5%	13
Insgesamt	100,0%	49

3.15 Ausgrenzung

Seit einigen Jahren findet sich eine Debatte darüber, die nahelegt, das Problem von Armut und Prekarität habe sich von einer „Oben-Unten“- in eine „Drinnen-Draußen“-Frage verschoben.

Das Gefühl der Betroffenen sei nicht mehr, unten zu sein, sondern nicht mehr zur Gesellschaft zu gehören. Mitunter ist von „Millionen von Ausgeschlossenen, die einen Keil durch unsere Gesellschaft treiben“ die Rede (Bude 2008: 19).

Aus Sicht der befragten 50 Haushalte trifft dies nicht zu. Denn auf die Frage „Fühlen Sie sich ausgegrenzt?“, bejahten dies sechs Befragte, zwei gaben an, dies nicht zu wissen.

Diese sechs Befragten konnte eine offene Antwort dazu geben, woran sie das Gefühl der Ausgrenzung festmachen. Die Antworten können in folgende Kategorien eingeteilt werden:

Mangelndes Teilhabemöglichkeit

- 1 Ich kann nicht am allgemeinen Leben teilnehmen (arbeiten würde ich auch)
- 2 Ich muss „betteln“ und bekomme nicht das, was mir zusteht
- 3 Persönliche und finanzielle Lage
- 4 Gesellschaftliche Probleme („Haste was, biste was“)

Diskriminierung und Vorurteile

- 1 Hartz IV-Bezug bedeutet: Es wird abwertend über einen geredet, Vorurteile, ohne dass die Leute wirkliches Hintergrundwissen haben
- 2 Alleinerziehende stehen in jeder Statistik ganz unten. Man bekommt dokumentiert, dass es ein Fehler ist, Kinder zu kriegen. Ich spüre die Konsequenzen bis ans Lebensende

Ausgrenzung

- 1 Im Gartenverein (Schrebergarten) sind kaum noch Deutsche. Viele Russen und Türken, die aber alle unter sich bleiben. Ich komme mir vor wie eine verlorene Ameise im Ameisenhaufen
- 2 Keine Integration in die Gesellschaft

Sonstiges

- 1 Ich werde nicht erhört, habe schon an Politiker geschrieben, aber selten eine Antwort bekommen



3.16 Bedingungsloses Grundeinkommen

Angesichts der Diskussion um das Grundeinkommen stellten wir den Haushalten hierzu eine Frage. Als Einführung in die Frage wurde von den Interviewer_innen dazu zunächst der folgende Text vorgelesen:

„In einigen Ländern wird momentan über die Einführung eines Grundeinkommens diskutiert.

Bedingungsloses Grundeinkommen würde bedeuten:

- Der Staat zahlt jedem ein monatliches Einkommen, das alle grundlegenden Lebenshaltungskosten deckt.
- Dadurch werden viele bestehende Sozialleistungen ersetzt.
- Das Ziel ist es, jedem einen minimalen Lebensstandard zu garantieren.
- Alle erhalten den gleichen Betrag, egal ob man arbeitet oder nicht.
- Man kann zudem das Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder anderen Quellen behalten.“

Die Frage an die Haushalte lautete dann: „Stellen Sie sich vor, einkommensarme Haushalte bekämen dieses bedingungslose Grundeinkommen. Was glauben Sie, würden diese Haushalte am ehesten damit machen?“

Sodann konnten die Haushalte aus 16 Antwortmöglichkeiten maximal drei Antworten nennen.

Auf diese Frage haben 49 Befragte geantwortet. Ausgewiesen werden im Folgenden wiederum die Anzahl und die Anteile, zu denen diese Aspekte benannt wurden.

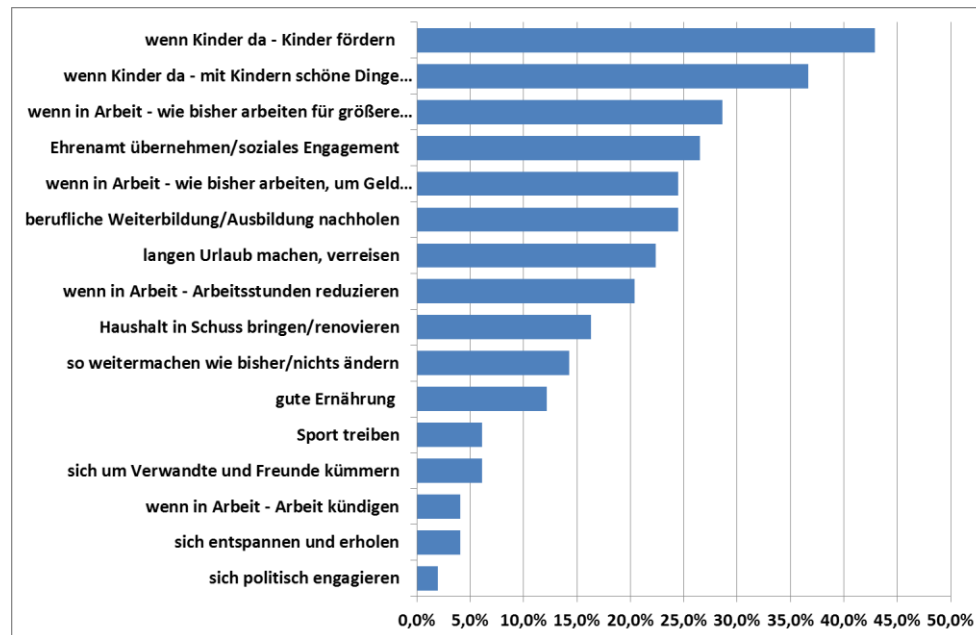
Die Abbildung zeigt, dass die Prioritäten recht eindeutig sind: Sich um die Förderung und das Wohlergehen der Kinder kümmern.

Auch die Sicherung finanzieller Rücklagen spielt eine erkennbar große Rolle, denn 28,6% der Befragten sagten, dass, wenn sie in Arbeit sind, sie weiter wie bisher arbeiten würden, um zusätzliches Geld für größere Anschaffungen zu haben, und 24,5% gaben an, weiterzuarbeiten wie bisher, um Geld zurückzulegen.

Aus unserer Sicht bemerkenswert häufig wird die Übernahme eines Ehrenamtes und „sich sozial engagieren“ genannt (26,5%).

Als hedonistisches Moment wird eine lange Urlaubsreise genannt (22,4%). Dies ist ein Aspekt, auf den die überwiegende Mehrheit der Befragten angibt aus finanziellen Gründen zu verzichten (vgl. Abschnitte 3.3 und 4.8).

Die anderen Aspekte werden eher vereinzelt genannt. Interessanterweise gaben lediglich zwei Personen an, ihre Arbeit kündigen zu wollen (4,1%).

**Abbildung 78: Verhalten der Haushalte, wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe (2018)****Tabelle 105: Verhalten der Haushalte, wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe (2018)**

	Anteil	Anzahl
wenn Kinder da - Kinder fördern und sie bei der Schule/der Ausbildung unterstützen	42,9%	21
wenn Kinder da - mit Kindern schöne Dinge machen und eine gute Zeit verbringen	36,7%	18
wenn in Arbeit - wie bisher arbeiten, um zusätzliches Geld für größere Anschaffung zu haben	28,6%	14
ein Ehrenamt übernehmen und sich sozial engagieren	26,5%	13
eine berufliche Weiterbildung machen oder eine Ausbildung nachholen	24,5%	12
wenn in Arbeit - wie bisher arbeiten, um Geld zurückzulegen	24,5%	12
langen Urlaub machen, verreisen	22,4%	11
wenn in Arbeit - Arbeitsstunden reduzieren	20,4%	10
den Haushalt in Schuss bringen und renovieren	16,3%	8
so weiter machen wie bisher/nichts ändern	14,3%	7
sich um gute Ernährung kümmern und um gutes Kochen	12,2%	6
sich um Verwandte und Freunde kümmern	6,1%	3
Sport treiben/etwas für die Fitness tun	6,1%	3
sich einfach mal entspannen und erholen	4,1%	2
wenn in Arbeit - Arbeit kündigen	4,1%	2
sich politisch engagieren	2,0%	1



3.17 Differenzierung der Befunde nach zentralen Subgruppen

Einleitung

Nachdem die Situation der Haushalte mit Blick auf die nur in der Erhebung 2018 gestellten Fragen für die Haushalte insgesamt beschrieben worden ist, bietet es sich an, den Blick darauf zu richten, ob und inwiefern Haushalte, die bestimmte Merkmale aufweisen, sich diesbezüglich von Haushalten unterscheiden, die diese Merkmale nicht aufweisen. Diese sog. „Subgruppenvergleiche“ werden für Haushalte, die Transferleistungen beziehen, im Vergleich zu Haushalten, die diese Leistungen nicht beziehen, für gemeinsam erziehende im Vergleich zu Alleinerziehenden, für Haushalte mit im Vergleich zu Haushalten ohne minderjährige Kinder, und für Haushalte in städtischen im Vergleich zu Haushalten in ländlichen Räumen durchgeführt.

Der Sinn dieses Vergleichs besteht nun nicht darin, alles, was bislang ausgeführt wurde, noch einmal für jede einzelne Gruppe auszuführen. Die folgende Darstellung gibt einen zusammenfassenden Überblick. Dargestellt werden vor allem jene Aspekte, die die Gruppen unterscheiden. Mit Blick auf Fragen, die in dieser Darstellung keine Erwähnung finden, fand sich zwischen den Subgruppen insgesamt kein oder zumindest kein systematischer Unterschied.

3.17.1 Haushalte mit und ohne Transferleistungsbezug

Insgesamt zwölf der 50 Haushalte beziehen zum Zeitpunkt der Befragung 2018 ALG II-Leistungen und/oder Sozialgeld. Erwartungsgemäß ist der Befund, dass die Befragten in Haushalten, die auf solche Transferleistungen angewiesen sind, deutlich weniger zufrieden mit ihrem Lebensstandard sind und sich auch gesellschaftlich erkennbar weiter unten sehen als der Durchschnitt der Befragten. Aber auch für diese Haushalte ist die Selbstpositionierung in der unteren Hälfte der gesellschaftlichen Hierarchie nicht mit dem Gefühl von Ausschluss oder Ausgrenzung zu verwechseln. Lediglich zwei Befragte der Haushalte, die ALG II-Leistungen bzw. Sozialgeld beziehen, geben an, sich ausgegrenzt zu fühlen. Folgt man Aussagen der Betroffenen, sind die zentralen Merkmale ihrer sozialen Situation anderer Natur: Auch im Jahr 2018 herrscht in diesen Haushalten eine deutlich angespanntere finanzielle Lage vor als bei den anderen Befragten. Bei der Hälfte der zwölf Haushalte die ALG II-Leistungen bzw. Sozialgeld beziehen, reicht das Haushaltseinkommen nicht aus. Eine solche Knappheitssituation wird nur von gut einem Fünftel der übrigen Haushalte angegeben.

Befragte aus den Haushalten im Transferleistungsbezug geben deutlich häufiger an, sich Geld von Verwandten und ggf. auch von Freunden zu leihen. Die Möglichkeit, das Konto zu überziehen, wird indes nicht gesehen. Auch Zahlungsverpflichtungen nicht zu leisten, kommt im Sinne einer Strategie mit Knappheit umzugehen, praktisch nicht vor. Die Strategie im Umgang mit Knappheit lautet im wesentlichen Verzicht oder Einschränkung. Das gilt im Kern für alle Bereiche. Neun von zwölf der Haushalte greifen (in der Regel auf zwei oder mehr) Strategien zurück, die mit teilweise erheblichen Einschränkungen, vor allem im Bereich des Konsums und der soziokulturellen Teilhabe verbunden sind. Zwei der zwölf Befragten geben an, gehungert zu haben. Von den anderen 38 Haushalten geben knapp zwei Drittel (25 Haushalte) an, nicht (mehr) auf solche Strategien zurückzugreifen.

Auch das Netzwerk an Unterstützer_innen in Notfällen ist in Haushalten im Transferleistungsbezug erkennbar kleiner. Fünf der zwölf Befragten in diesen Haushalten konnten keine Person außerhalb des eigenen Haushalts nennen, die sie in Notfällen unterstützt. Auch die Anzahl der entsprechenden Personen, die die verbliebenen sieben Haushalte nannten, war im Durchschnitt erkennbar niedriger als bei den 38 Haushalten, die nicht auf die genannten Transferleistungen angewiesen sind.



Finanzielle Probleme oder körperliche Gesundheit als Dauersorge nannten zwar auch je zwei von drei der Haushalte, die keine Transferleistungen beziehen. Von finanziellen Problemen als Dauersorge berichteten aber elf und von körperlicher Gesundheit als Dauersorge berichteten acht der zwölf Haushalte im genannten Leistungsbezug. Psychische Gesundheit wurde in sieben von elf der Haushalte im Transferbezug als Dauersorge genannt. Die zum Ausdruck gebrachte Sorge mit Blick auf Gesundheitsfragen deckt sich mit den Aussagen über die Qualität des Gesundheitszustands der erwachsenen Haushaltsmitglieder. Von den Haushalten, die ALG II-Leistungen bzw. Sozialgeld beziehen, wurden Aussagen über den Gesundheitszustand von 14 erwachsenen Personen gewonnen, die sich aus den Befragten selbst und ihren jeweiligen Partner_innen zusammensetzen. Lediglich für zwei dieser Personen wurde ein guter Gesundheitszustand angegeben. Bei den Haushalten, die keine ALG II-Leistungen beziehen, wurde für 20 von 49 Personen ein guter (für 15 Personen) oder sehr guter (für fünf Personen) Gesundheitszustand berichtet.

Familiale, erziehungs-, schul- oder partnerschaftsbezogene Probleme wurden von Befragten in Haushalten im Transferleistungsbezug seltener als beim Durchschnitt der Befragten genannt. Es spricht jedoch viel dafür, dass dies vor allem auf die Komposition der Haushalte zurückzuführen ist. Erkennbar stärker sind bei Haushalten im Transferleistungsbezug jedoch Sorgen bezüglich des Umgangs mit Behörden und der Wohnsituation ausgeprägt. Ämter und Behörden wurden von acht und das Thema „Wohnen“ von fünf der zwölf Haushalte als Dauersorge angegeben.

Die Aussagen fügen sich insgesamt in ein Bild für die Haushalte im Transferleistungsbezug, in dem ein Mangel an Ressourcen zusammen mit erheblichen Belastungen und Sorgen auf ein geringes Maß an erfahrener Unterstützung trifft.

Während die Befragten in diesen Haushalten angeben zu versuchen, ihre Probleme gezielt anzugehen – und weder sozialer Rückzug aufgrund von Überforderung noch die Strategie „warten, hoffen und beten“ praktisch eine nennenswerte Rolle spielt (Letztgenannte ist noch schwächer ausgeprägt, als in den anderen Haushalten) –, ist die private Suche nach Hilfe in Haushalten im Transferleistungsbezug deutlich schwächer ausgeprägt. Lediglich die Hälfte der Befragten gibt an, sich manchmal oder häufig private Hilfe zu suchen; von den anderen Haushalten berichtet dies die überwiegende Mehrheit von deutlich über 80% der Befragten. Es überrascht daher nicht, dass nur drei der zwölf Befragten in Haushalten im Transferleistungsbezug ihre Probleme als „positive Herausforderung“ betrachten. Dieser Optimismus, Probleme als bewältigbare und erfolgreich zu meisternde Herausforderungen zu betrachten, findet sich bei einer deutlichen Mehrheit der anderen Haushalte. Gleichwohl glaubt die Hälfte der Befragten in Haushalten im Transferleistungsbezug, dass sich ihr Lebensstandard in den nächsten zwei Jahren etwas oder stark verbessern wird. In dieser Hinsicht sind sie überdurchschnittlich optimistisch. Eine Verschlechterung erwartet insgesamt nur eine Minderheit von fünf der 50 Befragten, wobei sich diesbezüglich kein Unterschied zwischen den Haushalten findet.

Während sich private Hilfe zu suchen als häufige Strategie der Haushalte darstellt, die keine Transferleistungen beziehen, ist die Suche nach professioneller Hilfe bei den zwölf Haushalten, die auf solche Leistungen angewiesen sind, deutlich stärker verbreitet. Zwei von drei der Befragten in diesen Haushalten geben an, sich professionelle Hilfe bei Problemen zu suchen. Dem steht nicht entgegen, dass die Suche nach professioneller Unterstützung auch im Jahr 2018 für die Befragten insgesamt ein erkennbar wichtiges Thema ist. Die Hälfte der Haushalte insgesamt gibt an, sich manchmal oder häufig professionelle Hilfe zu suchen. Die Wahrscheinlichkeit, professionelle Hilfe zu suchen, kovariiert erkennbar mit der Dichte und Schwere von Problemlagen und Belastungen. Diesbezüglich korrespondieren unsere Befunde mit den Ergebnissen anderer Studien, die nachzeichnen, dass informelle Unterstützungen zwar hilfreich im Alltag sein können, aber gerade für Menschen in besonders belastenden Situationen keinen tauglichen Ersatz für institutionelle und professionelle Unterstützungen darstellen.



Mit Blick auf die generelle Frage, was für einen sozialen Aufstieg notwendig sei, unterscheiden sich die Aussagen der Befragten in Haushalten im Sozialtransfer insgesamt kaum von den anderen Haushalten. Die Notwendigkeit von mehr finanziellen Ressourcen wird insgesamt - gefolgt von Gesundheit - mit Abstand am häufigsten genannt.

Auch bei der Frage, was die Befragten im Falle eines bedingungslosen Grundeinkommens tun würden, finden sich nur sehr wenige Unterschiede zwischen den Angaben von Befragten aus Haushalten im Transferleistungsbezug und anderen Befragten. Bemerkenswert sind drei Dinge: Nebst der Tatsache, dass insgesamt praktisch niemand aus Haushalten im Transferleistungsbezug seinen/ihren Job kündigen würde, gab nur eine befragte Person aus den betreffenden zwölf Haushalten an, Arbeitsstunden reduzieren zu wollen. (Noch) stärker als beim Durchschnitt der Befragten wird jedoch angegeben, die Mittel aus einem Grundeinkommen zur Förderung der eigenen Kinder (dies wurde auch insgesamt am häufigsten genannt) verwenden zu wollen oder dazu, um in den Urlaub zu fahren (Letztgenanntes gaben fünf der zwölf Befragten an).

3.17.2 Gemeinsamerziehende und Alleinerziehende

Ein relevanter Subgruppenvergleich bezieht sich auf die Situation von Ein-Eltern-Haushalten im Vergleich zu gemeinsam erziehenden Haushalten. Zugrunde gelegt wurden dabei die 39 Haushalte, in denen sich 2018 noch Kinder befinden. Dies betrifft 29 alleinerziehende und zehn Haushalte mit zwei erwachsenen Mitgliedern in der Elternrolle (= gemeinsam erziehend).

Acht (27,6%) der Alleinerziehenden gaben 2018 ein „nicht ausreichendes Haushaltseinkommen“ (vgl. Abschnitt 2.7) an; bei den gemeinsam erziehenden Haushalten waren es zwei (20,0%). Zu diesem Bild passt, dass gut drei Viertel der Alleinerziehenden von finanziellen Dauersorgen berichten, in gemeinsam erziehenden Haushalten dagegen nur vier von zehn. Nur einer von zehn der letztgenannten Befragten zählte „mehr Geld“ zu den zentralsten Dingen, die notwendig seien, um mit der Familie sozial aufsteigen zu können. Bei den Alleinerziehenden waren es dagegen 16 von 21 Befragten. Was die subjektive Zufriedenheit mit der Lebenssituation betrifft, entsprechen die Unterschiede nur tendenziell dieser Richtung und fallen erkennbar geringer aus. Ebenfalls verschwindend gering sind die Unterschiede bezüglich der Hoffnung, dass sich die Lebenssituation in absehbarer Zeit verbessern werde.

Auch bei der Differenzierung nach den genannten Haushaltstypen bleibt die Frage von oben und unten bzw. von mehr oder weniger in Bezug auf Ressourcen und Problembelastungen von zentraler Bedeutung. Das Gefühl sozialer Ausgrenzung ist gleich häufig oder gleich selten ein Thema in den Haushalten. Es ist eine Problematik, die insgesamt etwa von etwa einem Zehntel der Befragten angegeben wird (und bemerkenswerterweise von keinem Befragten mit Migrationshintergrund).

Die Strategien im Umgang mit Knappheit bei Ein-Eltern-Haushalten entsprechen im Wesentlichen denen der Haushalte insgesamt, mit dem Unterschied, dass die finanzielle Unterstützung (Geld leihen) durch Verwandte eine etwas stärkere Rolle spielt. Tendenziell berichten Alleinerziehende auch etwas häufiger, über ein informelles Unterstützungsnetzwerk im Sinne von Helfer_innen in der Not zu verfügen. Der Vergleich einzelner konkreter Strategien erscheint nicht sinnvoll, weil es sich bei den 20% der gemeinsam erziehenden Haushalte, auf die das Merkmal „nicht ausreichendes Haushaltseinkommen“ zutrifft, in absoluten Zahlen nur um zwei Haushalte handelt.

Strategien, die mit Entbehren und Einschränkungen verbunden sind, werden aber nicht nur dann praktiziert, wenn das Haushaltseinkommen nicht ausreicht, sondern auch, wenn es nur knapp ist.



Für die Gesamtzahl der Strategien zeigt sich dann doch ein tendenzieller Unterschied zwischen gemeinsam erziehenden und Alleinerziehenden: Drei der zehn gemeinsam erziehenden Haushalte berichteten, auf mindestens eine dieser Strategien zurückzugreifen. Bei den Alleinerziehenden trifft dies für 45% der Haushalte zu. Dabei wird noch eine weitere Tendenz sichtbar: 2018 musste zwar nur noch eine Minderheit der Haushalte auf deutlich einschränkende oder mit Entbehrungen verbundene Strategien zurückgreifen. Die betroffenen Haushalte praktizieren jedoch dann in der Regel mehr als eine dieser Strategien. Dabei findet sich kein systematischer Unterschied zwischen gemeinsam erziehenden und Alleinerziehenden.

Neben finanziellen Dauersorgen ist auch die Sorge um die psychische Gesundheit bei Alleinerziehenden etwas stärker ausgeprägt. In abgeschwächter Weise zeigt sich diese Tendenz auch bezüglich der Gesundheit im Allgemeinen. Dabei wird der Gesundheitszustand bei Alleinerziehenden im Durchschnitt (noch) weniger gut als in gemeinsam erziehenden Haushalten beschrieben. Wenig überraschend ist, dass sich zwischen diesen Haushaltsformen auch das Ausmaß unterscheidet, in dem Sorgen mit Blick auf Partnerschaftskonflikte, Trennung und Scheidung angegeben werden, sowie das Ausmaß Fragen im Kontext der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Dauersorge genannt werden. Die letztgenannte Sorge wird von elf der 29 Alleinerziehenden angegeben. Trotz der erheblichen Verbesserung der öffentlichen Betreuungssituation während der letzten zehn bis 15 Jahre darf dieses Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade für Alleinerziehende nicht als erledigt betrachtet werden. Ein Unterschied bezüglich der generellen Sorge hinsichtlich Erziehungsproblematiken findet sich zwischen diesen Haushaltstypen jedoch nicht. Allerdings wird von neun der 29 Alleinerziehenden das Problem von Einsamkeit und sozialem Rückzug als eine dauerhafte Sorge genannt. Diese Problematik scheint sich insofern bei diesem Haushaltstyp zu konzentrieren. Auch Aussagen wie „Es kommen immer wieder Ängste und Sorgen über mich“ und „Ich fühle mich oft überlastet“ werden von den Alleinerziehenden erkennbar häufiger bejaht.

Hinsichtlich der generellen Strategien im Umgang mit Problemen zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den beiden Haushaltstypen. Dies gilt mit einer erkennbaren Ausnahme: Die Alleinerziehenden geben deutlich häufiger an, sich bei Problemen professionelle Hilfe zu suchen. 18 der 29 Alleinerziehenden berichten, dies „manchmal“ (n = 12) oder „häufig“ (n = 6) zu tun. Dagegen gibt nur eine Alleinerziehende an, sich „nie“ professionelle Hilfe zu suchen. Dies geben aber sieben von zehn Befragten der gemeinsam erziehenden Haushalte an.

Bezüglich der Frage, was für den sozialen Aufstieg notwendig sei, unterscheiden sich die Haushaltstypen kaum. Eine Ausnahme stellt der deutlich häufigere Verweis der Alleinerziehenden auf die Notwendigkeit einer besseren Verfügung über finanzielle Ressourcen dar. Bemerkenswerterweise wird die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf häufiger von gemeinsam erziehenden Haushalten als Faktor für einen sozialen Aufstieg genannt.

Dass sich ansonsten eher kleine oder keine Unterschiede zwischen den Antworten der Haushaltstypen auf die nur 2018 gestellten Fragen finden, gilt auch sich auch auf die Fragen zu den intendierten Veränderungen im Falle eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Antworten weisen im Kern dieselben Muster auf, die in Abschnitt 4.12 mit Blick auf die Gesamtheit aller befragten Haushalte beschrieben werden.



3.17.3 Haushalte mit und ohne minderjährige Kinder

In 18 der 50 befragten Haushalte finden sich 2018 keine minderjährigen Kinder mehr. Es mag in Teilen der Haushalts- und Alterskomposition geschuldet sei, doch in jedem Fall ist es bemerkenswert, dass in den von uns befragten Haushalten ohne minderjährige Kinder das verfügbare Einkommen häufiger nicht ausreicht als in Haushalten mit minderjährigen Kindern. Auch die Besorgtheit über diese Situation ist ausgeprägter: 14 (82,4%) von 17 dieser Haushalte betrachten ihre finanzielle Situation als Anlass für „grundlegende und nicht verschwindende Sorgen“ während der letzten neun Jahre. Die Haushalte ohne minderjährige Kinder begegnen dieser Situation auch häufiger mit Strategien, die mit Einschränkungen und Entbehrungen einhergehen. Dabei folgt die generelle Komposition dieser Strategien im Großen und Ganzen den Mustern, die sich auch in der Gesamtheit der Haushalte finden. Die Anzahl der angegebenen informellen Nothelfer_innen unterscheidet sich insgesamt nicht.

In Haushalten ohne minderjährige Kinder werden nicht nur finanzielle Sorgen häufiger genannt, sondern auch Sorgen bezüglich der (psychischen) Gesundheit der Haushaltsmitglieder, aber auch Einsamkeit und sozialer Rückzug. Letztgenannte Dauersorge wird in den Haushalten ohne minderjährige Kinder fast von der Hälfte (acht von 18 Haushalten) angegeben. Die Haushalte mit minderjährigen Kindern berichten dagegen nur halb so oft von dieser Sorge. Beziehungsprobleme, die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, schulische Probleme der Kinder, sowie Zeitmangel hinsichtlich Haushaltsführung und „Familienmanagement“ sind demgegenüber – erwartungsgemäß – in den Haushalten mit minderjährigen Kindern als Dauersorgen deutlich ausgeprägter. Bemerkenswerterweise werden auch Probleme mit Ämtern und Behörden in den Haushalten mit minderjährigen Kindern deutlich häufiger genannt. Sie gehören in Haushalten mit minderjährigen Kindern zu den am häufigsten genannten Dauersorgen überhaupt.

Hinsichtlich der Strategien zur Problemlösung finden sich insgesamt keine nennenswerten Unterschiede zwischen den beiden Subgruppen. Auch im Hinblick auf die subjektiv wahrgenommene Intensität von Sorgen und Belastungen unterscheiden sich die Gruppen praktisch nicht. Zwar verorten die Befragten in Haushalten ohne minderjährige Kinder ihre Position in der sozialen Hierarchie deutlich weiter unten; hinsichtlich der (Un-)Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensstandard finden sich jedoch kaum nennenswerte Unterschiede. Dabei sind Haushalte mit minderjährigen Kindern tendenziell zuversichtlicher, dass sich ihr Lebensstandard in den nächsten Jahren verbessern wird. Auch mit Blick auf die subjektive Einschätzung, was für den sozialen Aufstieg ihrer Familien notwendig sei, unterscheiden sich die Gruppen wenig. Es findet sich eine nennenswerte Ausnahme: Die Haushalte mit minderjährigen Kindern äußern größeren Optimismus mit Blick auf die Wirkung einer guten Ausbildung als die Haushalte, in denen keine Minderjährigen mehr leben.

Einige Unterschiede finden sich bei den Antworten auf die Frage, was die Haushalte im Falle eines bedingungslosen Grundeinkommens tun würden. Etwa zwei Drittel der Befragten mit minderjährigen Kindern geben an, die Ressourcen in die Förderung ihrer Kinder zu investieren, und knapp die Hälfte würde „etwas Schönes“ mit ihren Kindern unternehmen. Dies ist bei Befragten ohne minderjährige Kinder im Haushalt erwartungsgemäß viel weniger – bei je zwei bis drei Befragten – der Fall. In dieser Subgruppe wird die eigene Aus- und Weiterbildung stärker betont und – von etwa einem Viertel der Befragten in dieser Subgruppe – eine Reduzierung von Arbeitszeit angegeben. Häufiger, von jeweils etwa einem Drittel, wird angegeben, im Falle eines bedingungslosen Grundeinkommens Anschaffungen tätigen, Renovierungen durchführen oder sich ehrenamtlich engagieren zu wollen.



3.17.4 Städtische und ländliche Wohnorte

Befragte aus städtischen und ländlichen Gebieten unterscheiden sich mit Blick auf die Erfahrung, dass das Einkommen (nicht) ausreicht, nur marginal; dasselbe gilt für die Bewertung des eigenen Lebensstandards. Bei der Frage nach der eigenen Position in der sozialen Hierarchie verorten sich Befragte aus ländlichen Gebieten im Durchschnitt etwas höher als Befragte aus der Stadt.

Beim Vergleich der Strategien im Umgang mit Knappheit fällt auf, dass Befragte aus ländlichen Gebieten deutlich häufiger berichten, sich Geld von Verwandten zu leihen, Befragte aus städtischen Gebieten dagegen etwas häufiger von Freunden. Ansonsten sind die Unterschiede in den „Strategieprofilen“ insgesamt eher gering. Allerdings geben Befragte aus ländlichen Gebieten im Durchschnitt erkennbar seltener an, auf Strategien zurückzugreifen, die mit Entbehrungen, Verzicht oder – wie beim Überziehen des Kontos oder der Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen – mit erwartbaren Folgeproblemen verbunden sind. Insgesamt geben Befragte aus ländlichen Gebieten darüber hinaus ein im Durchschnitt etwas größeres informelles Netzwerk von möglichen Nothelfer_innen an.

Bei den Dauersorgen werden finanzielle, berufsbezogene und gesundheitsbezogene Thematiken sowie Einsamkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Befragten aus städtischen Gebieten häufiger genannt. Dagegen spielen Erziehungsprobleme und ausbildungsbezogene Fragen für die Befragten aus ländlichen Gebieten eine größere Rolle. Hinsichtlich der Problemlösungsstrategien finden sich nur wenige Unterschiede. Am auffälligsten erscheint diesbezüglich, dass Befragte aus ländlichen Gebieten häufiger angeben, sich privat Hilfe zu suchen. Befragte aus städtischen Gebieten geben demgegenüber etwas häufiger an, professionelle Hilfe nachzufragen. Insgesamt berichten Befragte auf dem Land seltener von Ängsten und Sorgen oder Gefühlen der Überlastung. Hinsichtlich der Verbreitung des Gefühls sozialer Ausgrenzung findet sich kein Unterschied.

Den Gesundheitszustand ihrer Haushaltsmitglieder schätzen Befragte aus ländlichen Gebieten deutlich besser ein: Für gut die Hälfte (12 von 23) ihrer Haushaltsmitglieder berichten sie von einem guten oder sehr guten Gesundheitszustand und nur bei insgesamt drei Haushaltsmitgliedern von einem schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand. Dagegen äußern sich die Befragten aus städtischen Gebieten weniger positiv: Lediglich für zehn von 40 Haushaltsmitgliedern sprechen sie von einem guten oder sehr guten Gesundheitszustand und für zwölf Haushaltsmitglieder wird von einem schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand berichtet.

Hinsichtlich der Frage, was für den sozialen Aufstieg der eigenen Familie notwendig sei, finden sich kaum nennenswerte Unterschiede mit zwei Ausnahmen: Befragte aus ländlichen Gebieten betonen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etwas und den Einfluss des Faktors „Glück“ deutlich stärker.

Im Falle der Verfügung über ein bedingungsloses Grundeinkommen geben Befragte aus ländlichen Gebieten häufiger an, ihre Arbeitszeit reduzieren zu wollen. Ehrenamtliches Engagement verstärken zu wollen, wird von Befragten aus städtischen Gebieten etwas stärker genannt. Darüber hinaus finden sich kaum Unterschiede.



4 Subgruppenvergleich: Lebensqualität verbessert versus nicht verbessert

Eine Verbesserung von Lebensqualität im Verlauf der letzten neun Jahre meint nicht notwendigerweise, dass die Lebensumstände 2018 besonders gut sind. Auch umgekehrt muss eine Verbesserung oder eine Verschlechterung nicht zwangsläufig bedeuten, dass die Lebensumstände 2018 in jeder Hinsicht schlecht sind. Verbesserung ist zunächst eine relative Kategorie. Allerdings fand sich bei den von uns Befragten die recht eindeutige Tendenz, dass sich die Lebensverhältnisse zwischen den Haushalten polarisiert haben: Haushalte, die bereits 2009 eine im Vergleich zu den anderen Haushalten *relativ* günstige sozio-ökonomische Situation aufgewiesen hatten, haben ihre Situation im Durchschnitt sehr viel stärker verbessert. Diese Tendenz zeigen wir im Folgenden noch einmal im zusammenfassenden Vergleich zweier Subgruppen.

4.1 Having, Loving und Being: Ressourcen, Sozialkontakte und personale Zustände

Das Problem von Armut, Deprivation und Entbehrungen mit Blick auf die betroffenen Akteure zu erfassen und vergleichbar zu machen, ist eine Herausforderung in der sozialwissenschaftlichen Ungleichheitsforschung. Im Mittelpunkt steht dabei weniger die gesamtgesellschaftliche Verteilung von Gütern als solche, sondern mehr die Qualität von lebensweltlich relevanten Zuständen, die die Akteure (u.a. durch den Gebrauch solcher Güter) realisieren können. Eine sinnvolle Erfassung solcher Zustände basiert auf theoretischen Überlegungen, denn die Herausforderung besteht darin, zwischen Einschränkungen in der Möglichkeit, ein gutes Leben zu führen und subjektiven Vorlieben bezüglich der eigenen Lebensführung zu unterscheiden. So war es, um ein Beispiel zu geben, bis in die 1970er Jahre verbreitet, den Lebensstandard u.a. mit dem Merkmal zu erfassen, wie häufig Mahlzeiten mit Fleisch konsumiert werden. Das ist insofern ein guter Indikator, wie man unterstellen kann, dass Menschen nach Fleischkonsum streben und dieser eher schwierig zu realisieren ist, etwa weil Fleisch ein kostspieliges und knappes Nahrungsmittel darstellt. Wenn Fleischkonsum aber eher eine kostengünstige Form der Ernährung darstellt, es Menschen gibt, die eine vegetarische Form der Ernährung bevorzugen, und diese Ernährungsform empirisch vor allem ein Thema der urbanen gebildeten Mittelschicht darstellt, verliert diese Messung an Überzeugungskraft. Auch andere Dinge, wie etwa Museumsbesuche oder in Urlaub zu fahren, hängen nicht nur von den Möglichkeiten, sondern auch von den Interessen der Befragten ab.

Der finnische Soziologe Erik Allardt (1993) hat einen brauchbaren und viel beachteten Vorschlag gemacht, um die Qualität von Zuständen und Möglichkeiten von Menschen sinnvoll zu erfassen und nicht mit Vorlieben zu verwechseln, die zwischen Personen sehr unterschiedlich sein können. Allardts Vorschlag schließt sich an einen sog. Basic Needs Approach an, d.h. an einen Ansatz, der von grundlegenden menschlichen Bedürfnissen ausgeht. Diese Bedürfnisse gilt es mit objektiven und subjektiven Indikatoren zu verknüpfen, um das Ausmaß zu bestimmen, in dem Menschen Lebensqualität bzw. Wohlfahrt realisieren können. Allardt unterscheidet drei grundlegende Bedürfnisse. Diese bezeichnet er als „Having“, „Loving“ und „Being“. Beschrieben werden damit materielle Bedürfnisse, Bedürfnisse nach Zugehörigkeit und Bedürfnisse, die das eigene Wohlergehen bzw. die Bedingungen persönlichen Wachstums beschreiben.

Allardts Vorschlag liefert die Grundlage für einen evaluativen Maßstab, um Zustände von Menschen, aber auch Veränderungen von Lebensqualität zu erfassen. Der Vorschlag wurde u.a. genutzt, um internationale Vergleiche anzustellen, z.B. um zu erkunden, ob und inwiefern sich die Lebensqualität von Bürger_innen in Schweden, den USA oder Deutschland unterscheidet. Eine andere Variante be-



steht darin, die Lebensqualität von unterschiedlichen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft, einer oder mehrerer Regionen oder einer oder mehrerer Städte zu vergleichen.

Je nach Ausrichtung und Fragestellung können die grundlegenden Bedürfnisse in unterschiedlichen Studien mit unterschiedlichen Daten operationalisiert werden. Mit Blick auf die von uns untersuchte Gruppe ist es sinnvoll, die „Having-“, „Loving-“ und „Being-Dimensionen“ aus Daten über monetäre Ressourcen und Zugänge über Sozialkontakte und über Erfahrungen psychosozialer Belastungen zu speisen. Auf dieser Basis lassen sich dann Veränderungen zu verschiedenen Messzeitpunkten prüfen. Hierfür ist es erforderlich, dass dieselben Fragen zu verschiedenen Zeitpunkten gestellt wurden. Da es in unserer Studie unter anderem um solche Veränderungen geht, speist sich der Maßstab, den wir im Anschluss an Allardt vorschlagen, aus Daten zu Fragen, die sowohl 2009 als auch 2018 gestellt wurden.

Die Idee besteht darin, Aussagen und Beschreibungen der Betroffenen zu monetären Ressourcen und Zugängen zu finden, die so eng zusammenhängen, dass sie auf einen einzelnen „Faktor“ reduziert werden können, der die Informationen dieser Aussagen in einer Zahl zusammenfasst. Dies ist in gleicher Weise auch mit Blick auf Sozialkontakte und Belastungserfahrungen durchgeführt worden.

Aufgrund der evaluativen Ausrichtung der Studie geht es uns aber nicht darum, jeweils möglichst viele Aussagen zusammenzufassen, sondern solche Aussagen, die möglichst eng mit weiteren einzelnen Fragen hinsichtlich der „Having-“, „Loving-“ und „Being-Dimensionen“ zusammenhängen. So hängt z.B. die Frage, wie häufig man Kontakt zu Freunden oder Bekannten hat, durchaus damit zusammen, ob man in einem Sportverein oder einer Hobbygruppe ist oder ob man häufig Menschen zu sich einlädt oder eingeladen wird. Allerdings gibt es Menschen, die ihre Sozialkontakte eben nicht über Vereine organisieren oder dadurch, dass sie Leute zu sich einladen. Dies sind eher Variationen der Organisation von Sozialkontakten. Wir haben versucht, die Organisation von Sozialkontakten nicht in den evaluativen Indikator aufzunehmen, sondern umgekehrt einen Indikator zu entwickeln, der es erlaubt, die unterschiedlichen Strategien der Organisation von Sozialkontakten mit Blick auf ihre Implikationen für Lebensqualität zu untersuchen.

Bezüglich der monetären Ressourcen haben wir z.B. den Bezug von Transferleistungen aufgenommen. Auch dieser wäre wohl eher ein bedingt tauglicher Indikator, wenn es z.B. darum ginge, die Lebensqualität von Menschen aus der Mittelschicht mit denen aus der Oberschicht zu vergleichen. Hinsichtlich der Lebenssituationen und deren Veränderung im Falle der von uns befragten Menschen ist dieser Indikator aber durchaus sinnvoll und z.B. sehr deutlich mit der Erfahrung von Einschränkungen verbunden. Aus einer Reihe theoretischer Gründe haben wir uns aber dagegen entschieden, Strategien im Umgang mit Knappheit, die auf – teilweise sehr massive – Einschränkungen und Entbehrungen verweisen, in unseren „Ressourcenfaktor“ aufzunehmen. Dies wäre empirisch zwar möglich allerdings soll unser Indikator ja dazu genutzt werden, um z.B. Hinweise zu gewinnen, wie sich Strategien im Umgang mit Knappheit auf Lebensqualität und die Veränderung von Lebensqualität auswirken. Wenn solche Strategien selbst Teil des Indikators sind, ist eine solche Analyse aber nicht mehr sinnvoll. Wenn man, um ein pointiertes Beispiel zu geben, Lebensqualität so operationalisiert, dass Gesundheit, im Sinne der Abwesenheit einer Krankheit, Lebensqualität abbilden soll, ist das ggf. sinnvoll. Allerdings ist in diesem Fall der Befund, dass sich Krankheit negativ auf Lebensqualität auswirkt, keine Erkenntnis, sondern eine logisch notwendige Folge aus der Definition und Operationalisierung dessen, was Lebensqualität sein soll – es kann gar kein anderes Ergebnis herauskommen. Wenn man Lebensqualität aber so operationalisiert, dass die Abwesenheit von Krankheit nicht bereits Teil der Bestimmung von Lebensqualität ist, ist der Befund, dass Gesundheitsbeeinträchtigungen Lebensqualität reduzieren – und dies ist empirisch in einem erheblichen Ausmaß der Fall – ein wichtiger Befund, der nicht nur ein statistisches Artefakt darstellt.

Unser Vorschlag für einen übergreifenden, für die Zielgruppe geeigneten, evaluativen Maßstab im Anschluss an die Überlegungen von Erik Allardt besteht deshalb aus den folgenden fünf Operationen.



Es geht darum,

1. Daten aus zwei Messzeitpunkten zu finden, die die „Having-“, „Loving-“ und „Being-Dimensionen sinnvoll abbilden,
2. Daten zu finden, die mit möglichst vielen weiteren einzelnen Aspekten der genannten Dimensionen zusammenhängen,
3. die Daten so auszuwählen, dass sie möglichst nicht bereits jene einzelnen Aspekte enthalten, deren Auswirkungen auf Lebensqualität wir untersuchen möchten.

Ferner finden sich Untersuchungen, die versuchen, die „Having-“, „Loving-“ und „Being-Dimensionen als möglichst voneinander getrennte Dimensionen zu erfassen. Unser Vorschlag geht in die genau entgegengesetzte Richtung. Wir haben

4. die Dimensionen „Having“, „Loving“ und „Being“ so operationalisiert, dass sie sowohl die jeweils einzelnen theoretischen Aspekte sinnvoll abbilden als auch miteinander zusammenhängen.

Dies erlaubt es nämlich,

5. die einzelnen Dimensionen zu einem einzigen Gesamtindikator „Lebensqualität“ zusammenzufassen, der Zustände und Veränderungen von Zuständen in Bezug auf einen einzigen Indikator bewertbar und vergleichbar macht.

Im Ergebnis schlagen wir folgende Operationalisierung und folgenden Gesamtindikator vor:

„Having“ besteht aus

1. der Antwort zur Frage „Wie häufig kam es in den letzten 6 Monaten vor, dass vor der nächsten (Haupt-)Geldzahlung kein Geld mehr da war?“ (erfasst wurde die Anzahl der Monate),
2. der Berechnung des verbraucherpreisbereinigten Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied und
3. dem Bezug von ALG I, ALG II, Sozialgeld, Kinderzuschlag sowie Wohngeld.

„Loving“ besteht aus den Zustimmungsraten zu den Aussagen

1. „Ich habe keinen Kontakt zu Freunden und Bekannten“,
 2. „Ich habe viele Kontakte zu Freunden und Bekannten“
- sowie der genannten Anzahl zu den Fragen
3. „Mit wie vielen Personen aus Ihrem Verwandtenkreis“ sowie
 4. „Mit wie vielen Personen aus Ihrem Freundeskreis haben Sie regelmäßigen Kontakt (telefonisch, persönliches Treffen, chatten/mailen)?“.

„Being“ besteht aus den Zustimmungsraten zu den Aussagen

1. „Ich bin generell lustlos und niedergeschlagen“,
2. „Ich fühle mich einsam“,
3. „Ich bin fröhlich und heiter“ (revers codiert),
4. „Ich unternehme zu wenig“,
5. „Ich habe ernsten Ärger“,
6. „Ich fühle mich unglücklich“,
7. „Ich fühle mich oft überlastet“ und
8. „Es kommen immer wieder Ängste oder Sorgen über mich“.

Diese Aspekte lassen sich zu einem statistisch reliablen Gesamtindikator „Lebensqualität“ zusammenführen. Von der Varianz – also den Unterschieden bei den Angaben der Befragten – eines solchen Gesamtindikators sollte jede Einzeldimension mindestens 25% aufklären. Dies ist bei der vorgeschlagenen Dimension der Fall.



Die Varianz der Gesamtdimension „Lebensqualität“ klärt

- die Dimension „Loving“ zu über 40%,
- die Dimension „Having“ zu über 50% und
- die Dimension „Being“ zu über 70% auf.

Mit diesem Indikator lässt sich nun sowohl die „Lebensqualität“ im Jahr 2009 als auch im Jahr 2018 erheben. Diese Befunde lassen sich vergleichen. Darüber hinaus lässt sich auch ein Maß „Veränderung der Lebensqualität“ bilden. Dieses beschreibt die Differenz der Befunde zur Lebensqualität zwischen der ersten und zweiten Befragung. Veränderung der Lebensqualität bildet nun nicht ab, ob es den Befragten gut oder schlecht geht, sondern ob es ihnen inzwischen besser oder schlechter geht als zum Zeitpunkt der ersten Befragung.

Die im folgenden Kapitel beschriebene Analyse fragt nach dieser Veränderung der Lebensqualität. Dabei haben wir das Ausmaß der Veränderung des oben beschriebenen Gesamtindikators „Lebensqualität“ mit einer anderen Information über Veränderung kombiniert. Diese zweite Dimension ist die subjektive Einschätzung der Befragten im Hinblick auf eine Bilanzierung der Veränderung ihres Lebensstandards seit der ersten Befragung: Wir haben erhoben, in welchem Ausmaß die im Jahr 2018 Befragten ihren heutigen Lebensstandard als Verbesserung oder Verschlechterung im Vergleich zu ihrem Lebensstandard 2009 bewerten.

Auf der Informationsbasis dieser beiden Dimensionen haben wir die Haushalte in vier Subgruppen unterteilt: Nach Verbesserung oder Stagnation bzw. Verschlechterung der Lebensqualität entsprechend dem Gesamtindikator „Lebensqualität“ und der Verbesserung und Stagnation oder Verschlechterung in der rückblickenden Bilanzierung der Entwicklung ihrer Lebenssituation aus Sicht der Befragten selbst.

In einer solchen Einteilung in einem 4-Felder-Schema finden sich zwei inkonsistente und zwei konsistente Gruppen. Um die Merkmale von Gruppen beschreiben und vergleichen zu können, die als eindeutige Fälle einer Veränderung der Lebensqualität gelten können, haben wir im folgenden Kapitel die beiden (erwartungsgemäß deutlich kleineren) inkonsistenten Gruppen – verbessert/nicht verbessert und nicht verbessert/verbessert – zunächst nicht in die Analyse einbezogen. Die Gruppe von Haushalten, deren Lebensqualität sich in beiden genannten Dimensionen verbessert hat, bezeichnen wir im Folgenden als **LQ verbessert-Subgruppe**. Diese Gruppe umfasst 21 Haushalte. Die Gruppe von Haushalten, deren Lebensqualität sich in beiden genannten Dimensionen nicht verbessert oder verschlechtert hat, bezeichnen wir als **LQ nicht verbessert-Subgruppe**. Diese Gruppe umfasst elf Haushalte.

Tabelle 106: Veränderung der Lebensqualität seit 2009

			subjektive Bilanzierung der Veränderung der Lebensqualität seit der ersten Befragung 2009					
			subjektiv nicht verbessert		subjektiv verbessert		gesamt	
Having, Loving, Being	objektiv nicht verbessert	Anzahl	11		11		22	
		Anteil	50,0%	61,1%	50,0%	34,4%	100,0%	44,0%
	objektiv verbessert	Anzahl	7		21		28	
		Anteil	25,0%	38,9%	75,0%	65,6%	100,0%	56,0%
gesamt		Anzahl	18		32		50	
		Anteil	36,0%	100,0%	64,0%	100,0%	100,0%	

Der folgende Teil des Berichts fokussiert die Subgruppe, deren Lebensqualität sich klar verbessert hat und, im Gegensatz dazu, die Subgruppe, bei der dies nicht der Fall ist. Entlang dieser beiden Sub-



gruppen werden zahlreiche Aussagen der befragten Haushalte analysiert. Dabei werden zwei Ziele verfolgt:

- (1) Mögliche Gründe für die unterschiedliche Entwicklung von Lebensqualität im Laufe der neun Jahre zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten zu finden. Da Gründe einer Veränderung der Veränderung logisch voraus gehen müssen, werden zur Beantwortung dieser Frage hauptsächlich die 2009 gemachten Angaben ausgewertet und mit den beiden Subgruppen von Lebensqualitätsveränderung in Beziehung gesetzt.
- (2) Mögliche Auswirkungen der verschiedenen Ausprägungen von Lebensqualität auf aktuelle Haltungen und Einstellungen der befragten Haushalte zu untersuchen; dazu wurden auch bestimmte 2018 erhobene Daten ausgewertet und entlang der beiden Subgruppen differenziert.

Der nachfolgende Bericht fokussiert selektiv diejenigen Auswertungsergebnisse, bei denen sich Unterschiede zwischen den Lebensqualität-Subgruppen zeigen. Bei diesem ‚Extremgruppenvergleich‘ werden die Merkmale der Haushalte, die wirksame Wege zur Überwindung einer deprivierten Lebenssituation gefunden haben, besonders deutlich.



4.2 Haushaltsmitglieder

Zur LQ nicht verbessert-Subgruppe gehören elf Haushalte mit insgesamt 40 Mitgliedern im Jahr 2009 und nur noch 30 Mitgliedern im Jahr 2018; die Zahl der Haushaltsmitglieder ist also von durchschnittlich 3,6 auf 2,7 gesunken. Die LQ verbessert-Subgruppe umfasst 21 Haushalte mit 65 Mitgliedern im Jahr 2009 und 64 Mitgliedern im Jahr 2018; hier ist die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder nur geringfügig gesunken: von 3,1 auf 3,0.

Vergleicht man die Anzahl der Personen in ihrer jeweiligen familiären Rolle, so zeigt sich, dass es 2009 in der LQ nicht verbessert-Subgruppe nur 14 Haushaltsmitglieder in der (Stief-)Elternrolle gab, in der LQ verbessert-Subgruppe dagegen 25. 2018 hat sich der Unterschied noch vergrößert: Es sind jetzt 13 (Stief-)Eltern in der LQ nicht verbessert-Subgruppe und 29 in der LQ verbessert-Subgruppe. Die Zahl der minderjährigen Kinder ist in beiden Lebensqualität-Subgruppen zurückgegangen. Dieser Rückgang ist in der LQ nicht verbessert-Subgruppe jedoch stärker (22 : 9 minderjährige Kinder) als in der LQ verbessert-Subgruppe (39 : 24 minderjährige Kinder). Bei den volljährigen Kindern ergibt sich ein Anstieg der Personenzahl in beiden Lebensqualität-Subgruppen, und zwar in der LQ nicht verbessert-Subgruppe von 1 : 7 sowie in der LQ verbessert-Subgruppe 0 : 10 volljährigen Kindern. Ferner hat sich die Zahl der sonstigen Haushaltsmitglieder bei der LQ nicht verbessert-Subgruppe um zwei Personen reduziert und ist in der LQ verbessert-Subgruppe gleich geblieben. In allen vier Kategorien von Haushaltsmitgliedern zeigen sich also Veränderungen, die zur größeren Zahl von Haushaltsmitgliedern in der LQ verbessert-Subgruppe beigetragen haben.

Abbildung 79: Anzahl und Rolle der Haushaltsmitglieder (Subgruppe LQ nicht verbessert, 2009 und 2018)

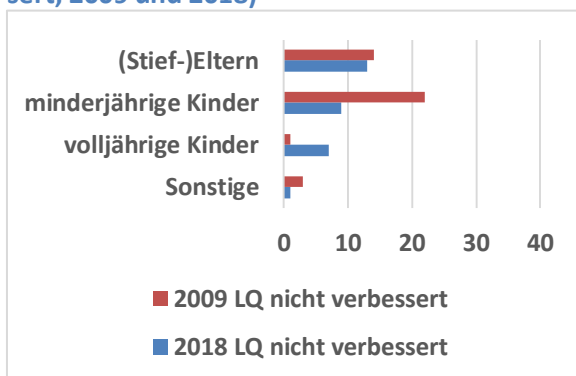


Abbildung 80: Anzahl und Rolle der Haushaltsmitglieder (Subgruppe LQ verbessert, 2009 und 2018)

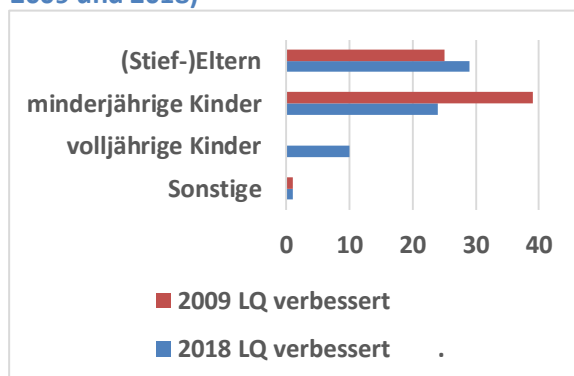


Tabelle 107: Rolle der Haushaltsmitglieder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009 und 2018)

		2009		2018	
		LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
(Stief-)Eltern	Anzahl	14	13	25	29
	Anteil	35,0%	43,3%	38,5%	45,3%
minderjährige Kinder	Anzahl	22	9	39	24
	Anteil	55,0%	30,0%	60,0%	37,5%
volljährige Kinder	Anzahl	1	7	0	10
	Anteil	2,5%	23,3%	0,0%	15,6%
Sonstige	Anzahl	3	1	1	1
	Anteil	7,5%	3,3%	1,5%	1,6%
gesamt	Anzahl	40	30	65	64
	Anteil	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%



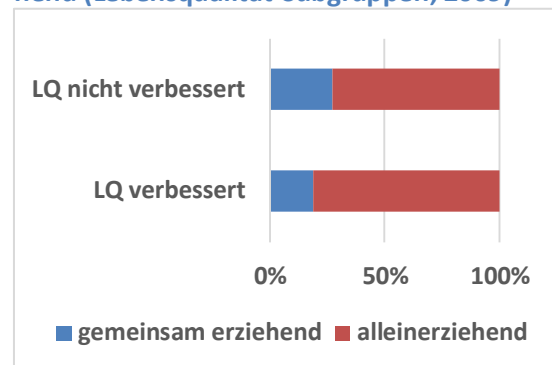
Diese Befunde geben keinen Hinweis darauf, dass sich die Belastungen durch zeitintensivere Betreuung jüngerer Kinder negativ ausgewirkt hätten. Denn tendenziell weniger an Lebensqualität gewonnen haben die Haushalte, in denen weniger Kinder – vor allem minderjährige Kinder – leben.

Auch negative Auswirkungen des Merkmals „alleinerziehend“ auf die Entwicklung der Lebensqualität lassen sich hier also nicht feststellen. Denn 2009 hatte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe ein Anteil von 72,7% der befragten Haushalte angegeben, alleinerziehend zu sein, während es in der LQ verbessert-Subgruppe 81,0% waren. In der Subgruppe, die ihre Lebensqualität objektiv und subjektiv verbessern konnte, war der Anteil der Alleinerziehenden also geringfügig höher als in der Subgruppe, bei der eine solche Verbesserung nicht zu verzeichnen ist.

Tabelle 108: Gemeinsam bzw. alleinerziehend (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		gemeinsam erziehend	alleinerziehend	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	3	8	11
	Anteil	27,3%	72,7%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	4	17	21
	Anteil	19,0%	81,0%	100,0%
gesamt	Anzahl	7	25	32
	Anteil	21,9%	78,1%	100,0%

Abbildung 81: Gemeinsam bzw. alleinerziehend (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)



Ein geringfügiger Unterschied zwischen den beiden LQ-Subgruppen lässt sich in Bezug auf Migrationshintergrund – in der ersten bis dritten Generation – feststellen: Drei (27,3%) der Befragten in der LQ nicht verbessert-Subgruppe berichteten von einem Migrationshintergrund in der ersten Generation (selbst oder Partner_in). In der LQ verbessert-Subgruppe wurde nur jeweils eine (5,0%) Migration in der ersten bzw. dritten (Großeltern-)Generation angegeben.

Tabelle 109: Migrationshintergrund (MHG) in der ersten bis dritten Generation (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		Selbst / Partner_in	Großeltern	kein MHG	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	3	0	8	11
	Anteil	27,3%	0,0%	72,7%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	1	1	18	20
	Anteil	5,0%	5,0%	90,0%	100,0%



4.3 Kinder: Betreuung und Schule

Zunächst wurde untersucht, ob die beiden Lebensqualität-Subgruppen zum Zeitpunkt der ersten Erhebung Unterschiede hinsichtlich der Betreuung der Vorschulkinder aufwiesen. Die Auswertung der Daten ergab, dass die Haushalte beider Lebensqualität-Subgruppen nahezu übereinstimmende Angaben zur Nutzung öffentlicher Einrichtungen für die Betreuung von Vorschulkindern gemacht hatten: Nur zwei Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe und ein Haushalt der LQ verbessert-Subgruppe gaben an, ihr Vorschulkind nicht in eine Betreuungseinrichtung zu geben, wobei anzumerken ist, dass diese drei Kinder noch nicht das zweite Lebensjahr vollendet hatten. Bei allen anderen Vorschulkindern berichteten die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe ebenso wie die der LQ verbessert-Subgruppe vom Besuch einer öffentlichen Betreuungseinrichtung für Vorschulkinder. Auch hinsichtlich der angegebenen Teilnahme an Elterngesprächen in Betreuungseinrichtungen für Vorschulkinder zeigten sich im Jahr 2009 kaum Unterschiede zwischen den Lebensqualität-Subgruppen. Nur jeweils ein Haushalt in der LQ nicht verbessert-Subgruppe bzw. der LQ verbessert-Subgruppe gab an, solche Elterngespräche nicht zu nutzen.

Die geringen Fallzahlen lassen keine Verallgemeinerung zu. Für die befragten Haushalte in den beiden Lebensqualität-Subgruppen lässt sich aber feststellen, dass es keinen Unterschied zwischen der LQ nicht verbessert-Subgruppe und der LQ verbessert-Subgruppe hinsichtlich der Nutzung von Betreuungsangeboten für Vorschulkinder zum Zeitpunkt der ersten Erhebung gab.

Tabelle 110: Betreuung von Vorschulkindern außerhalb von Einrichtungen durch (Stief-)Eltern (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		nein	ja
LQ nicht verbessert	Anzahl	0	5
	Anteil	0,0%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	4	5
	Anteil	44,4%	55,6%

Ein Unterschied zeigte sich allerdings bei der Frage nach der Betreuung von Vorschulkindern außerhalb der jeweiligen öffentlichen Einrichtungen: Alle Haushalte aus der LQ nicht verbessert-Subgruppe (5 = 100%) gaben an, das Kind werde von den (Stief-)Eltern betreut. In der LQ verbessert-Subgruppe waren es dagegen nur 55,6% (n = 5) der Haushalte, während 44,4% (n = 4) angaben, über andere Betreuungsmöglichkeiten zu verfügen.

Anschließend wurde nach Unterschieden zwischen den beiden Lebensqualität-Subgruppen hinsichtlich des Schulbesuchs minderjähriger Kinder im Jahr 2009 gesucht. Dabei wurden Grundschüler_innen ausgeschlossen. Beim Vergleich der beiden Lebensqualität-Subgruppen zeigte sich ein etwas höherer Anteil von Realschüler_innen und Gymnasiast_innen in Haushalten der LQ nicht verbessert-Subgruppe: In der LQ nicht verbessert-Subgruppe gab es 36,4% (4) Kinder an Realschulen und 45,5% (5) an Gymnasien, während es in der LQ verbessert-Subgruppe 26,7% (n = 4) Realschüler_innen und 20,0% (3) Gymnasiast_innen waren. Dagegen war der Anteil der Schüler_innen an (integrierten) Gesamtschulen in Haushalten der LQ nicht verbessert-Subgruppe niedriger: Er betrug 18,2% (n = 2), während es in der LQ verbessert-Subgruppe 46,7% (n = 7) waren. Ferner gab es ein Kind an einer Förderschule, und zwar in der LQ verbessert-Subgruppe.

Auch wenn zu berücksichtigen ist, dass die Kinder, die eine (integrierte) Gesamtschule besuchen, möglicherweise den Realschulabschluss oder das Abitur anstreben, ist Bildungsferne als Grund für eine schlechtere Entwicklung der Lebensqualität bei den Haushalten der hier untersuchten Stichprobe nicht erkennbar. Die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe haben tendenziell sogar Angaben zu einer höheren Schulbildung ihrer Kinder gemacht.



Tabelle 111: Weiterführende Schulen der minderjährigen Schulkinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		Realschule	Gymnasium	(integrierte) Gesamtschule	Förderschule	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	4	5	2	0	11
	Anteil	36,4%	45,5%	18,2%	0,0%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	4	3	7	1	15
	Anteil	26,7%	20,0%	46,7%	6,7%	100,0%

Ferner wurde auch in Bezug auf die minderjährigen Schulkinder nach der Teilnahme an Elterngesprächen in der Schule gefragt. 80,0% (n = 12) der Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe gaben an, an Elterngesprächen teilzunehmen, während es bei der LQ verbessert-Subgruppe 100,0% (n = 22) der Haushalte waren.

Tabelle 112: Teilnahme an Elterngesprächen bei minderjährigen Schulkindern (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		nein	ja	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	3	12	15
	Anteil	20,0%	80,0%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	0	22	22
	Anteil	0,0%	100,0%	100,0%



4.4 Wohnen

Im Folgenden wurde die Wohnsituation der Haushalte in den beiden Lebensqualität-Subgruppen verglichen. Dabei wurde zunächst nach Wohnorten in der Stadt (Braunschweig und Salzgitter) bzw. auf dem Land (Landkreise Goslar, Helmstedt und Wolfenbüttel) differenziert. Bei der Auswertung zeigen sich geringe Unterschiede.

Tabelle 113: Wohnort in der Stadt bzw. auf dem Land (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		Stadt	Land	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	10	1	11
	Anteil	90,9%	9,1%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	16	5	21
	Anteil	76,2%	23,8%	100,0%

Die Haushalte, die der LQ nicht verbessert-Subgruppe angehören, lebten 2009 zu 90,9% (n = 10) in der Stadt, nur ein einziger Haushalt (9,10%) lebte auf dem Land. Bei der LQ verbessert-Subgruppe betrug der Anteil mit Wohnsitz in der Stadt 76,2% (16) gegenüber 23,8% (5) Haushalten, die auf dem Land lebten. Den hier untersuchten Stadtbewohnern ist es also tendenziell weniger gelungen, ihre Lebensqualität zu verbessern.

Um weitere Gründe für die Unterschiede zwischen den Veränderungen der Lebensqualität aufzudecken, wurden die Wohnkosten der beiden Lebensqualität-Subgruppen bei der Erhebung 2009 untersucht.

Tabelle 114: Wohnkosten pro Person (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		bis 200 Euro	201 bis 300 Euro	301 bis 400 Euro	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	7	3	1	11
	Anteil	63,6%	27,3%	9,1%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	13	6	2	21
	Anteil	61,9%	28,6%	9,5%	100,0%

Die Gegenüberstellung von drei Kategorien der Wohnkosten pro Person enthält fast identische Werte. Auch andere wohnkostenbezogene Parameter ergaben kaum Unterschiede, sodass hier keine Begründung für die Unterschiede in der Lebensqualität zum Zeitpunkt 2018 gefunden werden können.

Schließlich wurden die Angaben zur Wohnzufriedenheit verglichen, und zwar in Bezug auf die Wohnung, das Haus und das Wohngebiet. Hinsichtlich des Wohngebiets zeigen sich kaum Unterschiede. Bei der Frage nach der Wohnung und dem Haus ergeben sich Unterschiede zwischen den Antworten aus den beiden Lebensqualität-Subgruppen.

Tabelle 115: Wohnzufriedenheit: noch mal in dieselbe Wohnung ziehen? (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		nein	ja	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	4	5	9
	Anteil	44,4%	55,6%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	6	11	17
	Anteil	35,3%	64,7%	100,0%

Tabelle 116: Wohnzufriedenheit: noch mal in dasselbe Haus ziehen? (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		nein	ja	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	3	6	9
	Anteil	33,3%	66,7%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	3	12	15
	Anteil	20,0%	80,0%	100,0%



In der LQ nicht verbessert-Subgruppe berichteten 55,6% (n = 5) der Haushalte, dass sie noch einmal in dieselbe Wohnung ziehen würden; in der LQ verbessert-Subgruppe waren es sogar 64,7%. Ein Anteil von 66,7% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe gab an, noch mal in dasselbe Haus ziehen zu wollen; bei der LQ verbessert-Subgruppe betrug der Anteil sogar 80,0%. Die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe zeigten also eine etwas höhere Wohnzufriedenheit zum Zeitpunkt der ersten Befragung.



4.5 Erwachsene: Ausbildung und Berufstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit

Im nächsten Schritt wurden die Antworten der befragten Haushalte in Bezug auf die Ausbildungs- und Berufssituation der Erwachsenen mit Elternrolle untersucht, um Unterschiede zwischen den beiden Lebensqualität-Subgruppen aufzuzeigen.

Tabelle 117: Allgemeinbildender Schulabschluss der Erwachsenen mit Elternrolle (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Hauptschulabschluss	3	27,3%	6	28,6%
Mittlere Reife	3	27,3%	6	28,6%
Fachhochschulreife	1	9,1%	3	14,3%
Abitur	3	27,3%	4	19,0%
anderer Schulabschluss	1	9,1%	2	9,5%
gesamt	11	100,0%	21	100,0%

Beim Vergleich der 2009 gegebenen Antworten auf die Frage nach dem höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss der interviewten Person fällt auf, dass es kaum Unterschiede gibt. So finden sich Angaben zu Hauptschulabschluss, Mittlerer Reife, Fachhochschulreife, Abitur und anderen Schulabschlüssen gleichermaßen in beiden Lebensqualität-Subgruppen. Der relative Anteil der interviewten Personen, die 2009 das Abitur als Schulabschluss angegeben haben, ist in der LQ nicht verbessert-Subgruppe mit 27,3% (n = 3) sogar etwas größer als in der LQ verbessert-Subgruppe mit 19,9% (n = 4).

Anschließend wurden die 2009 gegebenen Antworten auf die Frage nach dem beruflichen Bildungs- oder Hochschulabschluss der interviewten Person verglichen. Durch die kleine Stichprobe und die Verteilung der Antworten auf neun mögliche Kategorien entstehen sehr geringe Differenzen zwischen den Angaben der beiden Lebensqualität-Subgruppen, die sich kaum interpretieren lassen.

Der einzige größere und daher bemerkenswerte Unterschied zeigt sich bei der Kategorie „Ausbildungsabschluss“. Hier sind die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe nur mit einem Anteil von 18,2% (2) vertreten, während 33,3% (n = 7) der Haushalte in der LQ verbessert-Subgruppe angegeben haben, über einen Ausbildungsabschluss zu verfügen.

Tabelle 118: Beruflichen Bildungs- oder Hochschulabschluss der interviewten Personen (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	Anzahl	LQ nicht verbessert	LQ verbessert
		Anteil	Anteil
keine Ausbildung begonnen	1	9,1%	14,3%
	3		
Ausbildung abgebrochen	1	9,1%	0,0%
	0		
noch in Ausbildung	1	9,1%	4,8%
	1		
Ausbildungsabschluss	2	18,2%	33,3%
	7		
Fachschulabschluss	1	9,1%	4,8%
	1		
Berufsfachschulabschluss	2	18,2%	23,8%
	5		
Meister, Techniker o.Ä.	1	9,1%	0,0%
	0		
Fachhochschulabschluss	0	0,0%	4,8%
	1		
Hochschulabschluss	2	18,2%	14,3%
	3		
gesamt	11	100,0%	100,0%
	21		

Deutlich stärker differieren die 2009 gegebenen Antworten auf die Frage nach der Berufserfahrung im erlernten Beruf. 36,4% (4) der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe haben 2009 die Frage nach Berufserfahrung im erlernten Beruf verneint, 54,6% (n = 6) haben die Frage bejaht. Von



den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe haben nur 23,5% (4) die Frage verneint und 64,7% (n = 11) die Frage bejaht.

Tabelle 119: Berufserfahrung im erlernten Beruf (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		nein	ja	(noch) kein Berufs- abschluss	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	4	6	1	11
	Anteil	36,4%	54,5%	9,1%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	4	11	2	17
	Anteil	23,5%	64,7%	11,8%	100,0%

Es zeigt sich also, dass die befragten Haushalte, denen es gelungen ist, im Laufe von neun Jahren ihren Lebensstandard objektiv und subjektiv zu verbessern, über ein deutlich höheres Maß an Berufserfahrung im erlernten Beruf verfügten als die Haushalte, die von einem objektiv und subjektiv schlechteren Lebensstandard berichten.

Im nächsten Schritt wurden die Antworten auf Fragen nach Erwerbslosigkeit in den beiden Lebensqualität-Subgruppen verglichen.

Tabelle 120: Von Erwerbslosigkeit betroffene Haushalte (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		erwerbslos	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	10	11
	Anteil	90,9%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	11	21
	Anteil	52,4%	100,0%

Zunächst wurde festgestellt, dass zum Zeitpunkt der ersten Erhebung 2009 ein Anteil von 90,0% (10) der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe sowie 52,4% (n = 11) der Haushalte in der LQ verbessert-Subgruppe von Erwerbslosigkeit berichteten. Die Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe waren also schon 2009 in erheblich stärkerem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe. Es kann daher vermutet werden, dass es sich hier um eine Gruppe handelt, die mit langjährigen, andauernden Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert ist.

Vergleicht man die 2009 von den befragten Haushalten angegebene Dauer der Erwerbslosigkeit, so bestätigt sich dieser Eindruck. In den zwei Kategorien, die den Zeitraum bis zu drei Jahren umfassen, sind die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe schwächer vertreten mit insgesamt 20,2% (n = 2), während die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe hier mit insgesamt 36,4% (n = 4) repräsentiert sind. In den beiden Kategorien, die den Zeitraum von mehr als drei Jahren umfassen, beträgt der Anteil der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe 50,0% (n = 5), in der LQ verbessert-Subgruppe dagegen nur 36,4% (n = 4). Ferner berichten jeweils drei Haushalte von einer andauernden Erwerbslosigkeit, ohne jemals erwerbstätig gewesen zu sein, wobei eine Aussage über die Dauer dieser Erwerbslosigkeit nicht vorliegt. Es lässt sich also feststellen, dass die Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe 2009 nicht nur erheblich häufiger von Erwerbslosigkeit berichtet haben, sondern auch von einer erheblich längeren Dauer.

**Tabelle 121: Dauer der Erwerbslosigkeit (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)**

		> 6 bis 12 Monate	> 1 bis 3 Jahre	> 3 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	nie erwerbstä- tig gewesen	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	1	1	3	2	3	10
	Anteil	10,0%	10,0%	30,0%	20,0%	30,0%	100,0%
LQ verbes- sert	Anzahl	2	2	3	1	3	11
	Anteil	18,2%	18,2%	27,3%	9,1%	27,3%	100,0%

So zeigt sich auch bei der Auswertung der Daten von 2018, dass drei Haushalte aus der LQ nicht verbessert-Subgruppe und ein Haushalt aus der LQ verbessert-Subgruppe von ununterbrochener Erwerbslosigkeit seit der ersten Erhebung berichten.

Die 2009 von Erwerbslosigkeit betroffenen Haushalte waren auch nach den Unterstützungsangeboten/ Hilfsmitteln gefragt worden, die sie für hilfreich hielten, um die Erwerbslosigkeit zu überwinden; dabei wurde eine Reihe von Items vorgegeben.

Tabelle 122: Hilfen zur Überwindung der Erwerbslosigkeit, insbesondere: Mobilität (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

			nicht hilfreich	hilfreich	gesamt
Führerschein	LQ nicht verbessert	Anzahl	0	4	4
		Anteil	0,0%	100,0%	100,0%
	LQ verbessert	Anzahl	0	5	5
		Anteil	0,0%	100,0%	100,0%
Auto	LQ nicht verbessert	Anzahl	0	5	5
		Anteil	0,0%	100,0%	100,0%
	LQ verbessert	Anzahl	0	9	9
		Anteil	0,0%	100,0%	100,0%
Öffentliche Verkehrsmittel	LQ nicht verbessert	Anzahl	0	4	4
		Anteil	0,0%	100,0%	100,0%
	LQ verbessert	Anzahl	1	4	5
		Anteil	20,0%	80,0%	100,0%

Auch diese Antworten wurden nach Lebensqualität-Subgruppen differenziert. Beim Vergleich der Antworten fällt zunächst auf, dass zu den drei Items, die sich mit dem Thema „Mobilität“ beschäftigen, fast ausnahmslos bejahende Antworten vorliegen, und zwar gleichermaßen von den Haushalten der LQ nicht verbessert-Subgruppe wie von denen der LQ verbessert-Subgruppe. Die von Erwerbslosigkeit betroffenen Haushalte sehen also einhellig Bedarf bei Hilfen, die der Verbesserung der Mobilität dienen.

Bei der weiteren Differenzierung der Daten aus 2009 nach Lebensqualität-Subgruppen zeigen sich Unterschiede hinsichtlich der Antworten zu öffentlichen Kinderbetreuungsangeboten, erweiterten Kinderbetreuungszeiten und Ganztagschulen. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass auch die Antwortkategorie „trifft nicht zu“ möglich war, sodass es sich bei den Unterschieden nicht um Effekte von fehlendem Bedarf, z.B. wegen des fortgeschrittenen Alters der Kinder, handeln kann.



Tabelle 123: Hilfen zur Überwindung der Erwerbslosigkeit, insbesondere: Kinderbetreuung (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

			nicht hilfreich	hilfreich	gesamt
Öffentliche Kinderbetreuungs- angebote	LQ nicht verbessert	Anzahl	0	3	3
		Anteil	0,0%	100,0%	100,0%
	LQ verbessert	Anzahl	2	5	7
		Anteil	28,6%	71,4%	100,0%
Erweiterte Kinderbetreuungs- zeiten	LQ nicht verbessert	Anzahl	0	2	2
		Anteil	0,0%	100,0%	100,0%
	LQ verbessert	Anzahl	1	6	7
		Anteil	14,3%	85,7%	100,0%
Ganztagsschule	LQ nicht verbessert	Anzahl	0	4	4
		Anteil	0,0%	100,0%	100,0%
	LQ verbessert	Anzahl	1	5	6
		Anteil	16,7%	83,3%	100,0%

So lassen die Daten aus 2009 bei den Haushalten, die der LQ nicht verbessert-Subgruppe angehören, den einhelligen Wunsch nach Kinderbetreuungsangeboten mit erweiterten Betreuungszeiten erkennen, auch im schulischen Bereich. Demgegenüber stellen sich die Antworten der LQ verbessert-Subgruppe differenzierter dar: Etwa vier Fünftel der Haushalte dieser Gruppe äußern den Wunsch nach zusätzlichen Kinderbetreuungsangeboten, während ca. ein Fünftel die Antwort „nicht hilfreich“ gewählt hat.

4.6 Haushaltseinkommen

Auch die 2009 angegebenen Arten von Haushaltseinkommen wurden nach Lebensqualität-Subgruppen differenziert und verglichen. Es zeigt sich, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe 2009 in weit geringerem Maße berichtet hatten, über Erwerbseinkommen, Einkommen aus Selbstständigkeit und Unterhalt zu verfügen, als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe.

So gab es in der LQ nicht verbessert-Subgruppe nur 27,3% (n = 3) Haushalte, die Erwerbseinkommen, und 18,2% (n = 2), die Unterhalt genannt hatten, sowie keinen einzigen Haushalt mit Einkommen aus Selbstständigkeit. In der LQ verbessert-Subgruppe dagegen hatten 61,9% (n = 13) der Haushalte Erwerbseinkommen, 66,7% (n = 14) Unterhalt und 14,3% (n = 3) Einkommen aus Selbstständigkeit angegeben.

Tabelle 124: Arten von Haushaltseinkommen (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Erwerbseinkommen (Lohn, Gehalt)	3	27,3%	13	61,9%
Unterhalt vom Ehegatten, Eltern, Jugendamt	2	18,2%	14	66,7%
Einkommen aus Selbstständigkeit	0	0,0%	3	14,3%



Die Veränderung des Nettoäquivalenzeinkommens im Vergleich der Daten aus 2009 und 2018 ist einer der Faktoren bei der Bildung der beiden Lebensqualität-Subgruppen (s.o. Abschnitt 4.1). Um die Gründe für die unterschiedliche Entwicklung dieser beiden Gruppen aufzuzeigen, wurde nun auch das jeweils angegebene Nettoäquivalenzeinkommen zum Zeitpunkt der ersten Erhebung betrachtet. Dabei wurden fünf Kategorien gebildet, um eine bessere Vergleichbarkeit herzustellen. Es zeigte sich, dass die LQ nicht verbessert-Subgruppe schon 2009 von einem deutlich geringeren Nettoäquivalenzeinkommen berichtet hatte.

So waren 2009 die Anteile der beiden Lebensqualität-Subgruppen im mittleren Bereich (800 bis 1.000 Euro) nahezu gleich groß. Dagegen waren im niedrigeren Bereich (400 bis 800 Euro) mehr als die Hälfte, nämlich insgesamt 54,6% Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe vertreten gegenüber nur 38,0% der LQ verbessert-Subgruppe. Was den höheren Bereich (mehr als 1.000 Euro) betrifft, gab es 2009 nur einen einzigen Haushalt, der Angaben zu einem entsprechenden Nettoäquivalenzeinkommen gemacht hatte, während es in der LQ verbessert-Subgruppe 23,8% der Haushalte waren.

Abbildung 82: Nettoäquivalenzeinkommen (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

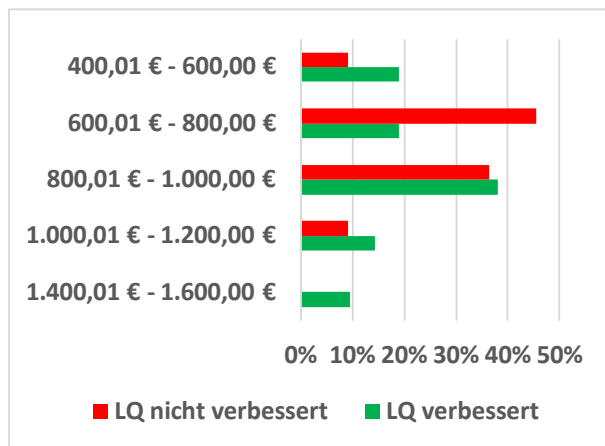


Tabelle 125: Nettoäquivalenzeinkommen (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
400,01 € - 600,00 €	1	9,1%	4	19,0%
600,01 € - 800,00 €	5	45,5%	4	19,0%
800,01 € - 1.000,00 €	4	36,4%	8	38,1%
1.000,01 € - 1.200,00 €	1	9,1%	3	14,3%
1.400,01 € - 1.600,00 €	0	0,0%	2	9,5%
gesamt	11	100,0%	21	100,0%

Im letzten Teil des Kapitels waren die Haushalte 2018 nach dem Merkmal „70% des Nettoäquivalenzeinkommens überschritten/unterschritten“ unterschieden worden (vgl. Abschnitt 2.8). Die beiden Lebensqualität-Subgruppen wurden nun ebenfalls nach diesem Merkmal differenziert. Dabei zeigte sich, dass alle elf Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe nicht nur 2009, sondern auch 2018 weniger als 70% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung hatten. In der LQ verbessert-Subgruppe gibt 2018 ein Anteil von 47,6% (10 von 21) an, ein Haushaltseinkommen zu beziehen, das über der 70%-Grenze liegt, während 52,4% (11 von 21) weiterhin weniger als 70% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben.

Tabelle 126: Nettoäquivalenzeinkommen, 70%-Grenze (Lebensqualität-Subgruppen, 2018)

		mehr als 70% des durchschnittlichen NÄE	weniger als 70% des durchschnittlichen NÄE	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	0	11	11
	Anteil	0,0%	100,0%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	10	11	21
	Anteil	47,6%	52,4%	100,0%



Dieser Befund deutet darauf hin, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe schon bei der ersten Erhebung 2009 unter einer erheblich ernsteren Mangellage gelitten haben als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe, dass also die Haushalte, die den größten Bedarf an einem Mehr am Lebensqualität hatten, am wenigsten von der durchschnittlichen Verbesserung der Lebenslage profitieren konnten, die sich – wie bereits aufgezeigt – in vielfacher Hinsicht beobachten lässt.

4.7 Rücklagen vs. Schulden, Wirtschaften

Auch die Angaben der Haushalte zu ihren Schulden wurden nach Lebensqualität-Subgruppen differenziert. Dabei zeigte sich, dass 2009 ein etwas größerer Anteil der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe, nämlich 81,8%, von Schulden berichtete, während es in der LQ verbessert-Subgruppe 75,0% waren. Es deutet sich also eine höhere Schuldenlast der Haushalte in der Lebensqualität-Subgruppe an.

Aus diesen Angaben der befragten Haushalte lässt sich also keinesfalls auf mangelnde Sparsamkeit der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe schließen; eher könnte das Gegenteil der Fall sein. Trotzdem ist es diesen Haushalten erheblich weniger gelungen, ihre Lebensqualität objektiv und subjektiv zu verbessern, als den Haushalten in der LQ verbessert-Subgruppe.

Tabelle 127: Haushalte mit Schulden (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		2009		
		nein	ja	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	2	9	11
	Anteil	18,2%	81,8%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	5	15	20
	Anteil	25,0%	75,0%	100,0%

Tabelle 128: Im vergangenen Monat Rücklagen gebildet oder verbraucht (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Rücklagen gebildet	0	0,0%	4	19,0%
Rücklagen verbraucht	2	18,2%	7	33,3%
gesamt	11	100,0%	21	100,0%

Unterschiede zeigen sich auch bei den 2009 gestellten Fragen zu Rücklagen. So hatte 2009 kein einziger Haushalt in der LQ nicht verbessert-Subgruppe angegeben, im Vormonat Rücklagen gebildet zu haben, während es bei den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe 19,0% (n = 4) waren.

Der Verbrauch von Rücklagen im Vormonat war 2009 von nur 18,2% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe bejaht worden, aber von 33,3% in der LQ verbessert-Subgruppe. Auch hier deutet sich an, dass die Haushalte, die in den letzten neun Jahren ihre Lebensqualität nicht verbessern konnten, schon zum Zeitpunkt der ersten Erhebung stärker belastet waren. Denn diese Haushalte konnten sowohl weniger Rücklagen bilden als auch über weniger Rücklagen verfügen und diese bei Bedarf aufbrauchen.

Dieser Eindruck bestätigt sich, wenn man die 2009 gegebenen Antworten auf die Frage, welche Beträge im Vormonat zurückgelegt oder – aus Rücklagen – verbraucht wurden, betrachtet:



Hier zeigt sich, dass in der LQ nicht verbessert-Subgruppe jeweils ein Haushalt berichtete, weniger als 100 Euro bzw. 100 Euro und mehr aufgebraucht zu haben. In der LQ verbessert-Subgruppe dagegen hat ebenfalls ein Haushalt den Verbrauch von weniger als 100 Euro angegeben, während fünf Haushalte vom Verbrauch höherer Beträge berichtet haben. Die Werte deuten darauf hin, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe schon 2009 über insgesamt geringere finanzielle Spielräume verfügten als die der LQ verbessert-Subgruppe.

Tabelle 129: Im vergangenen Monat Rücklagen gebildet oder aufgebraucht, Beträge (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

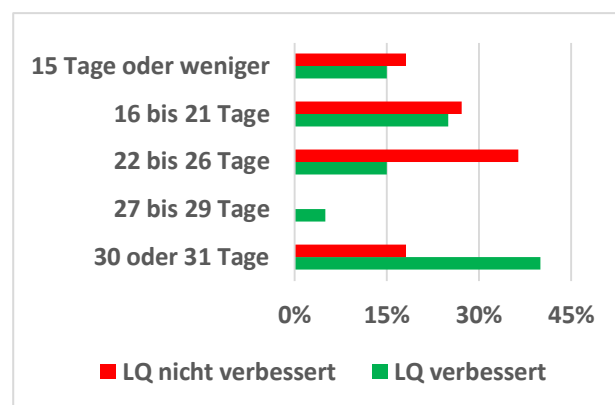
	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
100 € oder mehr aufgebraucht	1	11,1%	5	25,0%
weniger als 100 € aufgebraucht	1	11,1%	1	5,0%
keine Veränderung	7	77,8%	9	45,0%
weniger als 100 € zurückgelegt	0	0,0%	1	5,0%
100 € oder mehr zurückgelegt	0	0,0%	4	20,0%
gesamt	9	100,0%	20	100,0%

Die Haushalte waren 2009 gefragt worden, wie viele Tage sie während der letzten sechs Monate normalerweise mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen ausgekommen waren. Der Vergleich der gegebenen Antworten bestätigt die bisher festgestellten Tendenzen, denn insgesamt 81,8% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe gaben an, nicht mit dem Geld auszukommen, während es bei den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe 60,0% waren.

Tabelle 130: Anzahl der Tage, die der Haushalt mit dem Geld auskam, bezogen auf die letzten sechs Monate (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
15 Tage oder weniger	2	18,2%	3	15,0%
16 bis 21 Tage	3	27,3%	5	25,0%
22 bis 26 Tage	4	36,4%	3	15,0%
27 bis 29 Tage	0	0,0%	1	5,0%
30 oder 31 Tage	2	18,2%	8	40,0%
gesamt	11	100,0%	20	100,0%

Abbildung 83: Anzahl der Tage, die der Haushalt mit dem Geld auskam, bezogen auf die letzten sechs Monate (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)



Schließlich zeigt sich bei der Frage nach einem Haushaltsplan, die auch 2009 schon gestellt wurde, eine erstaunliche Übereinstimmung zwischen den beiden Lebensqualität-Subgruppen. So gaben 54,5% der Haushalte, die zur LQ nicht verbessert-Subgruppe gehören, an, manchmal oder immer einen Haushaltsplan zu erstellen, während es bei der LQ verbessert-Subgruppe 50,0% der Haushalte waren. Anhaltspunkte für einen Zusammenhang zwischen einem mehr oder weniger planvollen Umgang mit finanziellen Ressourcen und der Veränderung der Lebensqualität lassen sich hier also keinesfalls finden.



4.8 Strategien zur Bewältigung von finanziellem Mangel

Sowohl 2009 als auch 2018 haben die befragten Haushalte über ihre Strategien im Umgang mit finanziellem Mangel berichtet; dabei wurden zahlreiche Items abgefragt. Bei den meisten Items gab es nur geringe oder fast gar keine Unterschiede zwischen den Antworten der beiden Lebensqualität-Subgruppen. Eine Differenz zeigte sich bei der Frage, ob die Haushalte bei finanzieller Knappheit hungern würden: Immerhin 18,2% (2 von 11) der Haushalte aus der LQ nicht verbessert-Subgruppe bejahten diese Frage, aber auch 9,5% (2 von 21) Haushalte aus der LQ verbessert-Subgruppe.

Bemerkenswerte Unterschiede zeigten sich dagegen bei dem Item, ob sich die Haushalte im Bedarfsfall schon Geld von Verwandten geliehen hätten. Denn 81,8% der Haushalte aus der LQ nicht verbessert-Subgruppe, aber nur 52,4% aus der LQ verbessert-Subgruppe beantworteten diese Frage mit „ja“.

Tabelle 131: Wenn das Geld nicht reichte, Geld von Verwandten geliehen? (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		ja
LQ nicht verbessert	Anzahl	9
	Anteil	81,8%
LQ verbessert	Anzahl	11
	Anteil	52,4%

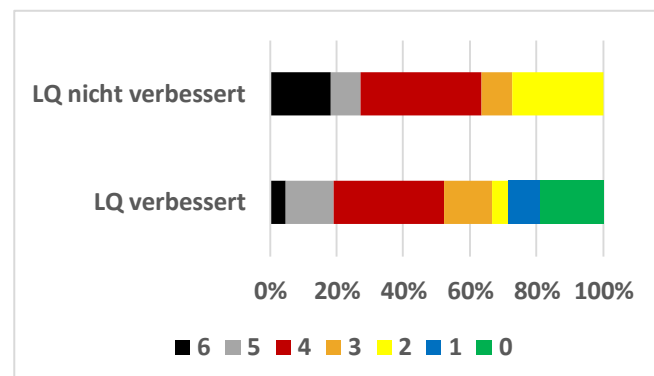
Die Gründe für diesen deutlichen Unterschied können vielfältig sein. Möglicherweise haben sich diejenigen Haushalte hilfeschend an Verwandte gewandt, die keine andere Möglichkeit mehr gesehen haben, eine finanzielle Notlage zu überbrücken. Fest steht jedenfalls, dass bei den von uns befragten Haushalten diejenigen, die eher auf private Hilfesysteme setzten, um finanziellen Mangel zu bewältigen, ihre Lebensqualität tendenziell weniger verbessern konnten als die Haushalte, die das nicht getan haben.

Bei der Auswertung wurden auch die 2009 jeweils bejahten Verzichtsstrategien aufaddiert und die Summen verglichen. Dabei zeigte sich, dass in der LQ nicht verbessert-Subgruppe eine größere Zahl von Items bejaht wurde als in der LQ verbessert-Subgruppe: Die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe sind stärker repräsentiert, wenn sechs, vier oder drei Mangelbewältigungsstrategien genannt wurden. Dagegen findet sich unter den Haushalten, die angegeben haben, gar keine oder nur eine einzige solche Strategie anzuwenden, kein einziger Haushalt aus der LQ nicht verbessert-Subgruppe, aber 28,5% der Haushalte aus der LQ verbessert-Subgruppe. Im arithmetischen Mittel haben die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe 3,82 Strategien bejaht und die der LQ verbessert-Subgruppe nur 2,95. Auch hier zeigt sich, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe schon bei der ersten Erhebung 2009 in höherem Maße belastet waren.

Tabelle 132: Anzahl der bejahten Mangelbewältigungsstrategien (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
0	0	0,0%	4	19,0%
1	0	0,0%	2	9,5%
2	3	27,3%	1	4,8%
3	1	9,1%	3	14,3%
4	4	36,4%	7	33,3%
5	1	9,1%	3	14,3%
6	2	18,2%	1	4,8%
gesamt	11	100,0%	21	100,0%

Abbildung 84: Anzahl der bejahten Mangelbewältigungsstrategien (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)



Schließlich wurden eine Reihe von Sparmaßnahmen abgefragt. Auch hier zeigten sich bei manchen Items kaum Unterschiede. Überall dort, wo Unterschiede in Erscheinung traten, waren es die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe, die angegeben hatten, in höherem Maße zu sparen und

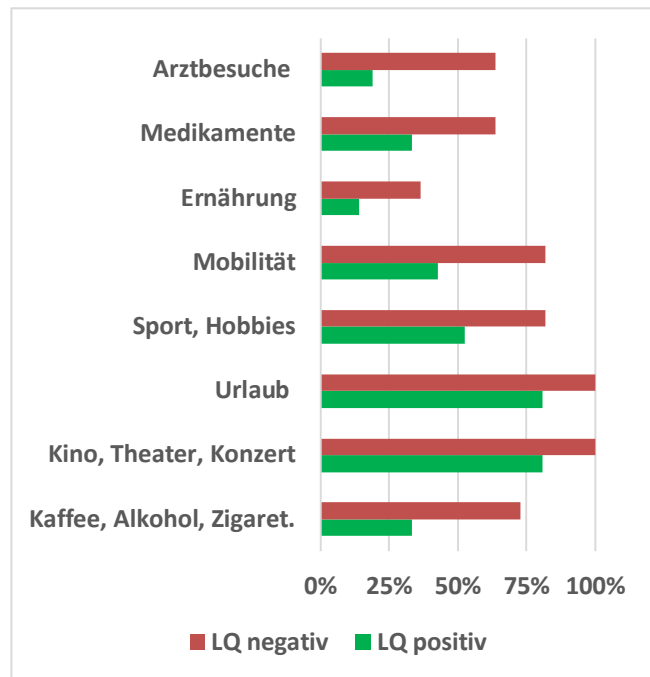


Verzicht zu üben, als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe. Auffällig sind hier zunächst die Verzicht auf Arztbesuche sowie auf Medikamente, wobei anzumerken ist, dass 2009 noch die Praxisgebühr (zehn Euro/Quartal) erhoben wurde. Hier berichteten jeweils 63,6% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe, Verzicht zu üben, während es bei den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe mit 19,0% bzw. 33,3% erheblich weniger waren.

Tabelle 133: Sparmaßnahmen, Verzicht bei finanziellem Mangel (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		LQ nicht verbessert	LQ verbessert
Arztbesuche	Anzahl	7	4
	Anteil	63,6%	19,0%
Medikamente	Anzahl	7	7
	Anteil	63,6%	33,3%
Ernährung	Anzahl	4	3
	Anteil	36,4%	14,3%
Mobilität	Anzahl	9	9
	Anteil	81,8%	42,9%
Sport, Hobbies	Anzahl	9	11
	Anteil	81,8%	52,4%
Urlaub	Anzahl	11	17
	Anteil	100,0%	81,0%
Kino, Theater, Konzert	Anzahl	11	17
	Anteil	100,0%	81,0%
Kaffee, Alkohol, Zigaretten	Anzahl	8	7
	Anteil	72,7%	33,3%

Abbildung 85: Sparmaßnahmen, Verzicht bei finanziellem Mangel (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)



Auffallend sind ferner die hohen Werte beim Verzicht auf Mobilität, nämlich 81,8% in der LQ nicht verbessert-Subgruppe und 42,9% in der LQ verbessert-Subgruppe. Diese Werte implizieren die Verknüpfung mit der bereits erörterten Frage nach hilfreichen Dingen, um bestehende Erwerbslosigkeit zu überwinden. Denn dort ist Mobilität als ein hilfreicher Faktor durchgehend von allen Haushalten bejaht worden.

In Bezug auf die Bereiche Urlaub sowie Kino/Theater/Konzert gaben die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe jeweils an, vollständig, also zu 100%, zu verzichten, während es bei den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe jeweils 81% waren. Weitere bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Antworten aus den beiden Lebensqualität-Subgruppen zeigen sich in Bezug auf Ernährung, Sport/Hobbies sowie Kaffee/Alkohol/Zigaretten. Auch in diesen drei Bereichen berichteten die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe von erheblich stärkerem Verzicht als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe.

Insgesamt lässt sich also feststellen, dass die Haushalte, bei denen auf Basis der vorliegenden Daten keine subjektive und/oder objektive Verbesserung der Lebensqualität feststellbar ist, in vielen Bereichen in höherem Maße Verzicht geübt haben als die Haushalte, die von einer objektiven und subjektiven Verbesserung der Lebensqualität berichten. Die These, dass sich Sparsamkeit und Verzicht lohnen, wird hier eindeutig nicht bestätigt.


Tabelle 134: Taschengeldleistung an minderjährige Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		nein	ja	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	8	13	21
	Anteil	38,1%	61,9%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	13	18	31
	Anteil	41,9%	58,1%	100,0%

Schließlich wurden die Haushalte gefragt, ob und in welchen Bereich sie am Bedarf der minderjährigen Kinder sparen. Dabei stellte sich zunächst im Bereich Taschengeld eine große Übereinstimmung heraus. 61,9% der LQ nicht verbessert-Subgruppe gaben 2009 an, ihren minderjährigen Kindern Taschengeld zu geben, während es bei der LQ verbessert-Subgruppe 58,1% waren.

Auch bei einigen anderen abgefragten Items zeigten sich nur geringe Unterschiede: So machten die Haushalte der beiden Lebensqualität-Subgruppen in Bezug auf Einrichtung des Kinderzimmers, Spielkonsolen, Musikinstrument spielen und auch beim Schulbedarf weitgehend übereinstimmende Angaben. Bei anderen Items zeigen sich dagegen Unterschiede: So gaben in der LQ nicht verbessert-Subgruppe 87,5% der Haushalte an, oft oder sehr oft am Urlaub mit den minderjährigen Kindern zu sparen, während es in der LQ verbessert-Subgruppe 51,7% waren. Auch in Bezug auf Sparen am Handy wurde die Antwort „oft, sehr oft“ in der LQ nicht verbessert-Subgruppe häufiger gewählt als in der LQ verbessert-Subgruppe. Andererseits wurde die Antwortkategorie „nie“ in Bezug auf Sportverein/Sportkurs, Kinderkleidung und Essen/Lebensmittel von der LQ nicht verbessert-Subgruppe etwas häufiger genannt, während die LQ verbessert-Subgruppe tendenziell häufiger die mittleren Antwortkategorien „seltener“, „manchmal“ wählte.

Die Angaben deuten darauf hin, dass auch die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe 2009 Verzicht und Einschränkungen bei ihren minderjährigen Kindern vermieden haben. Nur im Bereich „Urlaub“ waren die minderjährigen Kinder der LQ nicht verbessert-Subgruppe tendenziell deutlich schlechter gestellt als die minderjährigen Kinder der LQ verbessert-Subgruppe. Die diesbezüglichen Antworten der LQ nicht verbessert-Subgruppe decken sich mit den bereits dargestellten Angaben zum Urlaubsverzicht der Erwachsenen (s.o. im selben Kapitel).

Tabelle 135: Sparmaßnahmen, Verzicht in Bezug auf Bedarfe der minderjährigen Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		LQ nicht verbessert				LQ verbessert			
		nie	seltener, manchmal	oft, sehr oft	gesamt	nie	seltener, manchmal	oft, sehr oft	gesamt
Urlaub	Anzahl	1	1	14	16	4	10	15	29
	Anteil	6,3%	6,3%	87,5%	100,0%	13,8%	34,5%	51,7%	100,0%
Handy	Anzahl	2	3	4	9	9	1	5	15
	Anteil	22,2%	33,3%	44,4%	100,0%	60,0%	6,7%	33,3%	100,0%
Sportverein, Sportkurs	Anzahl	11	0	6	17	11	6	6	23
	Anteil	64,7%	0,0%	35,3%	100,0%	47,8%	26,1%	26,1%	100,0%
Kinderkleidung	Anzahl	3	10	8	21	3	28	2	33
	Anteil	14,3%	47,6%	38,1%	100,0%	9,1%	84,8%	6,1%	100,0%
Essen, Lebensmittel	Anzahl	18	1	2	21	18	14	1	33
	Anteil	85,7%	4,8%	9,5%	100,0%	54,5%	42,4%	3,0%	100,0%



4.9 Freizeit, soziale Aktivitäten und soziale Netzwerke

Zunächst wurden die 2009 gemachten Angaben zu Freizeitverhalten und sozialen Aktivitäten der erwachsenen Haushaltsmitglieder, bezogen auf die beiden Lebensqualität-Subgruppen, verglichen. Bei den abgefragten Arten von Vereinsmitgliedschaften zeigten sich bemerkenswerte Unterschiede vor allem in Bezug auf das Item „Kirchengemeinde“: Während keiner der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe 2009 berichtet hatte, in einer Kirchengemeinde aktiv zu sein, sind es in der LQ verbessert-Subgruppe 28,6% der Haushalte.

Auch beim Vergleich der Anzahl der genannten Vereinsmitgliedschaften wurden erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Lebensqualität-Subgruppen sichtbar: So gab es 2009 in der LQ nicht verbessert-Subgruppe nur zwei Haushalte, die von einer bzw. zwei Vereinsmitgliedschaften berichteten. 81,8% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe gaben 2009 an, in keinem einzigen Verein o.Ä. aktiv zu sein, während es bei den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe nur 28,6% der Haushalte waren.

Abbildung 86: Anzahl der Vereinsmitgliedschaften u. ä. der erwachsenen Haushaltsmitglieder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

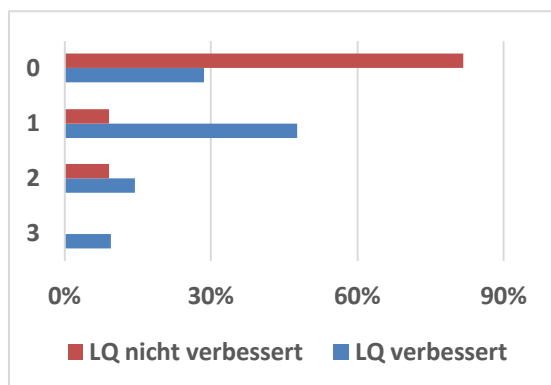


Tabelle 136: Anzahl der Vereinsmitgliedschaften u. Ä. der erwachsenen Haushaltsmitglieder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		0	1	2	3
LQ nicht verbessert	Anzahl	9	1	1	0
	Anteil	81,8%	9,1%	9,1%	0,0%
LQ verbessert	Anzahl	6	10	3	2
	Anteil	28,6%	47,6%	14,3%	9,5%

Der arithmetische Mittelwert aus der jeweiligen Summe der genannten Vereinsmitgliedschaften beträgt 0,27 bei den Haushalten der LQ nicht verbessert-Subgruppe und 1,05 bei denen der LQ verbessert-Subgruppe. Es zeigt sich also, dass die Haushalte, die ihre Lebensqualität in den vergangenen neun Jahren objektiv und subjektiv verbessern konnten, 2009 deutlich häufiger angegeben haben, in Vereinen und ähnlichen Organisationen eingebunden zu sein, als die Haushalte, die weder von einer objektiven noch subjektiven Verbesserung der Lebensqualität berichteten.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Angaben zu ehrenamtlichem Engagement der Erwachsenen in den Haushalten der beiden Lebensqualität-Subgruppen vergleicht. Während in der LQ nicht verbessert-Subgruppe nur ein einziger Haushalt (9,1%) angibt, mindestens ein erwachsenes Mitglied mit einem Ehrenamt zu haben, sind es in der LQ verbessert-Subgruppe 50,0% der Haushalte. Auch hier zeigt sich eine stärkere angegebene soziale Einbindung derjenigen Haushalte, denen es in den darauffolgenden neun Jahren möglich war, ihre Lebensqualität objektiv und subjektiv zu verbessern.

Beim Vergleich der 2009 gemachten Angaben zu einzelnen Arten von Ausgehaktivitäten im Vormonat zeigen sich bei mehreren Items Unterschiede zwischen den Angaben aus den beiden Lebensqualität-Subgruppen: 36,4% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe gaben an, ein bis zwei Mal im Restaurant/ in der Kneipe gewesen zu sein, während es in der LQ verbessert-Subgruppe 44,4% der Haushalte waren. Sehr viel deutlicher fällt der Unterschied in Bezug auf Fast Food-Lokale aus: nur 9,1% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe gaben an, im Vormonat ein solches besucht



zu haben; in der LQ verbessert-Subgruppe waren es dagegen 50,0%. Ferner berichteten 9,1% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe und 22,2% in der LQ verbessert-Subgruppe, im Vormonat ein bis zwei Mal im Kino gewesen zu sein. Auch hier deutet sich also an, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe schon 2009 in höherem Maße Verzicht üben mussten und dies, nach eigenen Angaben auch taten.

Dagegen zeigten sich bei den Items „Volkshochschule/Bibliothek“ im Vormonat kaum Unterschiede: Insgesamt 27,3% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe gaben 2009 an, im Vormonat in Volkshochschule/Bibliothek gewesen zu sein, davon 18,2% sogar häufiger als zwei Mal. In der LQ verbessert-Subgruppe waren es 23,5% der Haushalte mit einer Häufigkeit von ein bis zwei Mal pro Monat. Diese Angaben korrespondieren mit der beim Thema „Schulbesuch“ getroffenen Feststellung, dass von einer Bildungsferne der befragten Haushalte keine Rede sein kann (s.o. Abschnitt 4.4). Diese Feststellung wird hier für beide Lebensqualität-Subgruppen bestätigt.

Schließlich wurden die Angaben zum Freizeitverhalten der minderjährigen Kinder aus dem Jahr 2009 nach Lebensqualität-Subgruppen differenziert. Unterschiede zeigten sich nur bei den Items „Freunde treffen“, „mit Tier/en beschäftigten“ und „Sport treiben“: 93,3% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe bejahten das Item „Freunde treffen“; in der LQ verbessert-Subgruppe waren es nur 74,1% der Haushalte. Die Subgruppe, die ihre Lebensqualität zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten verbessern konnte, war hier also etwas schwächer vertreten. Dagegen berichteten nur 13,3% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe von der Beschäftigung mit Tieren als Freizeitbeschäftigung der minderjährigen Kinder, während es in der LQ verbessert-Subgruppe 63,0% der Haushalte waren. Ferner gaben nur 40,0% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe „Sport treiben“ als regelmäßige Freizeitbeschäftigung ihrer minderjährigen Kinder an, dagegen 59,3% in der LQ verbessert-Subgruppe. Fast gleich waren die Anteile der Haushalte in Bezug auf das Item „Lesen“: 60,0% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe und 55,6% der Haushalte in der LQ verbessert-Subgruppe berichteten davon, dass ihre minderjährigen Kinder in der Freizeit regelmäßig lesen.

Abbildung 87: Regelmäßige Freizeitaktivitäten minderjähriger Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

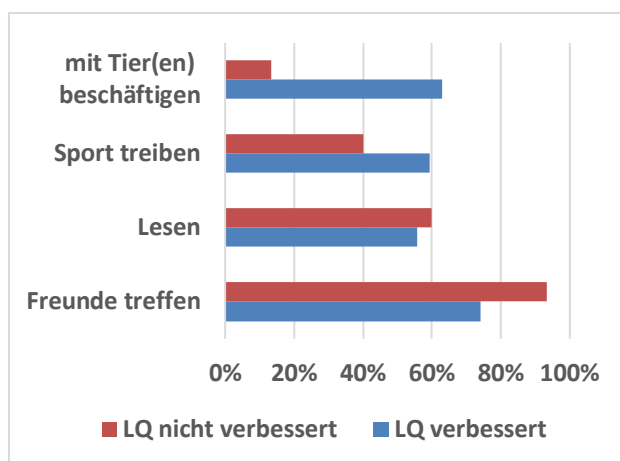


Tabelle 137: Regelmäßige Freizeitaktivitäten minderjähriger Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		LQ nicht verbessert (n = 15)	LQ verbessert (n = 27)
mit Tier(en) beschäftigen	Anzahl	2	17
	Anteil	13,3%	63,0%
Sport treiben	Anzahl	6	16
	Anteil	40,0%	59,3%
Lesen	Anzahl	9	15
	Anteil	60,0%	55,6%
Freunde treffen	Anzahl	14	20
	Anteil	93,3%	74,1%



Die Frage nach Vereinsmitgliedschaften der minderjährigen Kinder im Jahr 2009 wurde für die Kinder aus den Haushalten der LQ nicht verbessert-Subgruppe deutlich seltener (46,7%) bejaht, als für die Kinder aus den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe (76,2%).

Abbildung 88: Vereinsmitgliedschaft minderjähriger Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

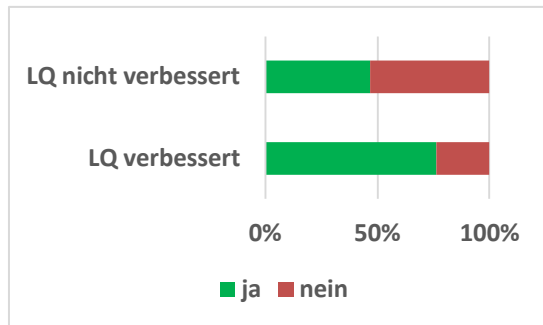


Tabelle 138: Vereinsmitgliedschaft minderjähriger Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		nein	ja	gesamt
LQ nicht verbessert	Anzahl	8	7	15
	Anteil	53,3%	46,7%	100,0%
LQ verbessert	Anzahl	5	16	21
	Anteil	23,8%	76,2%	100,0%

Weitgehende Übereinstimmung zwischen den Haushalten der beiden Lebensqualität-Subgruppen zeigte sich dagegen bei der 2009 gestellten Frage nach der Zeit, die minderjährige Kinder dieser Haushalte täglich vor dem Fernseher verbringen.

Des Weiteren wurde 2009 nach gemeinsamen Aktivitäten von Eltern und Kindern gefragt; die Antworten wurden nach Lebensqualität-Subgruppen differenziert. Bei mehreren Items zeigten sich kaum Unterschiede. Die nachfolgende Darstellung fokussiert die Items, bei denen Differenzen zwischen den Lebensqualität-Subgruppen feststellbar waren. Die Unterschiede zeigen sich insbesondere bei der Kategorie „ein- oder mehrmals pro Woche“: Hier haben in der LQ nicht verbessert-Subgruppe 63,6% der Haushalte von gemeinsamen Gesellschaftsspielen berichtet; in der LQ verbessert-Subgruppe waren es nur 27,8%. In der LQ nicht verbessert-Subgruppe wurden gemeinsame Ausflüge von 54,5% der Haushalte angegeben; in der LQ verbessert-Subgruppe waren es nur 16,7%. Gemeinsames Hobby/Sport treiben haben 36,4% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe genannt, aber nur 27,8% in der LQ verbessert-Subgruppe (jeweils ein- oder mehrmals pro Woche).

Tabelle 139: Gemeinsame Aktivitäten in Familien mit minderjährigen Kindern (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

			nie	weniger als einmal pro Woche	ein- oder mehrmals pro Woche	gesamt
Gemeinsame Brett-, Karten-, Gesellschaftsspiele	LQ nicht verbessert	Anzahl	2	2	7	11
		Anteil	18,2%	18,2%	63,6%	100,0%
	LQ verbessert	Anzahl	1	12	5	18
		Anteil	5,6%	66,7%	27,8%	100,0%
Gemeinsame Ausflüge	LQ nicht verbessert	Anzahl	1	4	6	11
		Anteil	9,1%	36,4%	54,5%	100,0%
	LQ verbessert	Anzahl	1	14	3	18
		Anteil	5,6%	77,8%	16,7%	100,0%
Gemeinsames Hobby, Sport treiben	LQ nicht verbessert	Anzahl	3	4	4	11
		Anteil	27,3%	36,4%	36,4%	100,0%
	LQ verbessert	Anzahl	8	5	5	18
		Anteil	44,4%	27,8%	27,8%	100,0%

Es zeigt sich also, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe 2009 angegeben haben, tendenziell mehr mit ihren minderjährigen Kindern zu unternehmen als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe.



2009 war nach der wirtschaftlichen Situation der Verwandten und Freunde im Vergleich zur eigenen Situation gefragt worden. In der LQ nicht verbessert-Subgruppe schätzten 88,9% der Haushalte die Situation der Verwandten als vergleichsweise besser ein; kein einziger Haushalt gab an, Verwandte in wirtschaftlich schlechterer Situation zu haben. In der LQ verbessert-Subgruppe gaben dagegen nur 64,7% der Haushalte an, die Verwandten seien wirtschaftlich bessergestellt, und ein Haushalt berichtete von Verwandten in wirtschaftlich schlechterer Situation. Auch hier zeigte sich schon 2009 eine Tendenz der LQ nicht verbessert-Subgruppe zu relativ größerer Belastung.

Auch die Antworten, die in Bezug auf die wirtschaftliche Situation der Freunde gegeben worden waren, wurden nach Lebensqualität-Subgruppen differenziert. Hier zeigte sich jedoch weitgehende Übereinstimmung. Dieser Befund deutet darauf hin, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe 2009 in Freundeskreise verortet waren, die wirtschaftlich ähnlich hoch belastet waren, wie sie selbst.

Unterschiede zeigten sich außerdem bei der Frage nach Kontakten in der Nachbarschaft: So gaben 45,4% (5 von 11) der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe an, überhaupt keine Nachbarschaftskontakte zu haben, während es in der LQ verbessert-Subgruppe nur 11,2% (2 von 18) der Haushalte waren.

Unterschiede zeigten sich ferner bei der Anzahl der Nachbarn, Freunde oder Verwandten, die 2009 von den Haushalten als Helfer im Notfall genannt wurden. Auch hier zeigt die folgende Darstellung, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe nach eigenen Angaben über ein kleineres soziales Netzwerk verfügten als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe. So gaben die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe im Durchschnitt mindestens 2,27 Notfallhelfer an, während es bei den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe mindestens 3,50 waren.

Abbildung 89: Anzahl der Notfallhelfer (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

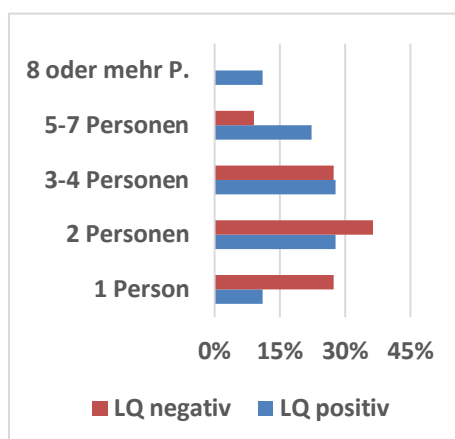


Tabelle 140: Anzahl der Notfallhelfer (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
8 oder mehr P.	0	0,0%	2	11,1%
5-7 Personen	1	9,1%	4	22,2%
3-4 Personen	3	27,3%	5	27,8%
2 Personen	4	36,4%	5	27,8%
1 Person	3	27,3%	2	11,1%
gesamt	11	100,0%	18	100,0%



4.10 Psychosoziales Belastungsempfinden und Gesundheit

2009 waren eine Reihe von Fragen zu Alltagsproblemen und psychosozialen Empfindungen gestellt worden. Die Antworten wurden nach Lebensqualität-Subgruppen unterschieden und verglichen. Bei den meisten Items ergaben sich nur sehr geringe Unterschiede. Die nachfolgende Tabelle fokussiert die Items, bei denen sich Unterschiede zeigen.

Tabelle 141: Aussagen zu Alltagsproblemen (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	Habe keine Probleme				Fühle mich einsam			
	LQ nicht verbessert		LQ verbessert		LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
überhaupt nicht	6	54,5%	8	44,4%	6	60,0%	4	22,2%
eher nicht	1	9,1%	3	16,7%	3	30,0%	4	22,2%
mittel	3	27,3%	0	0,0%	0	0,0%	2	11,1%
eher ja	1	9,1%	5	27,8%	1	10,0%	4	22,2%
völlig zutreffend	0	0,0%	2	11,1%	0	0,0%	4	22,2%
gesamt	11	100,0%	18	100,0%	10	100,0%	18	100,0%

So gaben die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe 2009 deutlich seltener an, überhaupt keine Probleme zu haben. Nur ein einziger Haushalt der LQ nicht verbessert-Subgruppe (9,1%) stimmte dieser Aussage zu und auch das nur mit der verhaltenen Antwort „eher ja“. In der LQ verbessert-Subgruppe berichteten dagegen insgesamt 38,9%, dass sie keine Probleme hätten. Hier zeigt sich, dass die LQ nicht verbessert-Subgruppe schon 2009 eine stärkere subjektive Belastung empfunden hat als die LQ verbessert-Subgruppe. Das umgekehrte Ergebnis zeigt sich bei der Aussage „ich fühle mich einsam“. Hier waren die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe deutlich weniger betroffen als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe.

Auch bei einer Reihe von Fragen, die 2009 zum subjektiven Gesundheitsempfinden gestellt worden waren, zeigten sich bei vielen Items kaum Unterschiede zwischen den Lebensqualität-Subgruppen. Bemerkenswerte Differenzen lassen sich nur bei den Items „fühle mich gesund“ und „fühle mich oft überlastet“ feststellen. So gaben 40,0% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe an, sich gar nicht gesund zu fühlen, während es in der LQ nicht verbessert-Subgruppe nur 27,5% waren. Die LQ nicht verbessert-Subgruppe berichtete hier also von einem geringfügig höheren Maß an Belastung. Andererseits gaben nur 20,0% der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe an, sich oft überlastet zu fühlen; in der LQ verbessert-Subgruppe waren es dagegen 52,0%.

Tabelle 142: Aussagen zum Gesundheitsempfinden (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	Fühle mich gesund				Fühle mich oft überlastet			
	LQ nicht verbessert		LQ verbessert		LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
gar nicht zutreffend	4	40,0%	5	27,8%	1	10,0%	1	5,9%
teilweise zutreffend	4	40,0%	11	61,1%	7	70,0%	7	41,2%
vollständig zutreffend	2	20,0%	2	11,1%	2	20,0%	9	52,9%
gesamt	10	100,0%	18	100,0%	10	100,0%	17	100,0%



In Bezug auf die minderjährigen Kinder der 2009 befragten Haushalte wurde eine Reihe von konkreten Krankheiten angesprochen. Der rückblickende Vergleich zwischen den beiden Lebensqualität-Subgruppen lässt erhebliche Unterschiede bei mehreren Items erkennen.

Abbildung 90: Krankheiten der minderjährigen Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

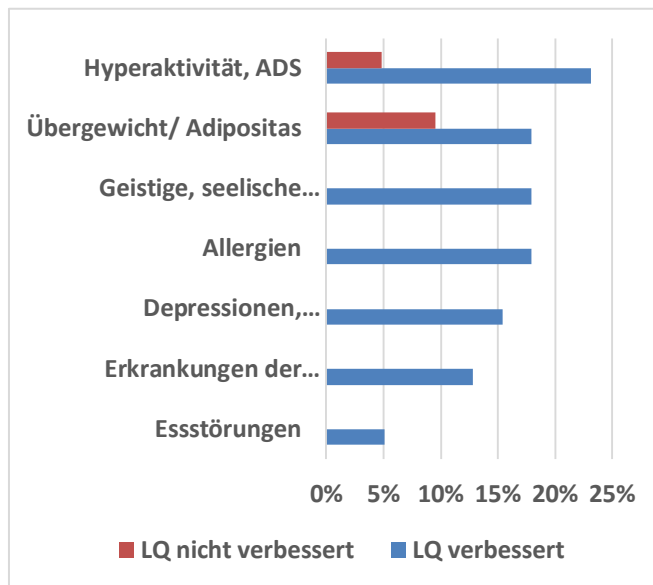


Tabelle 143: Krankheiten der minderjährigen Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

		LQ nicht verbessert (n = 21)	LQ verbessert (n = 39)
Hyperaktivität, ADS	Anzahl	1	9
	Anteil	4,8%	23,1%
Übergewicht/ Adipositas	Anzahl	2	7
	Anteil	9,5%	17,9%
Geistige, seelische Beeinträcht.	Anzahl	0	7
	Anteil	0,0%	17,9%
Allergien	Anzahl	0	7
	Anteil	0,0%	17,9%
Depressionen, Angstzustände	Anzahl	0	6
	Anteil	0,0%	15,4%
Erkrankungen der Atemwege	Anzahl	0	5
	Anteil	0,0%	12,8%
Essstörungen	Anzahl	0	2
	Anteil	0,0%	5,1%

Im Durchschnitt waren in jedem Haushalt der LQ nicht verbessert-Subgruppe 0,27 Kinder krank, während es in der LQ verbessert-Subgruppe 1,38 Kinder waren (jeweils arith. Mittelwert). Es zeigt sich also, dass der 2009 angegebene Gesundheitszustand der Kinder, die der LQ verbessert-Subgruppe angehörten, erheblich schlechter war als der angegebene Gesundheitszustand der Kinder in der LQ nicht verbessert-Subgruppe.

Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass sich der schlechte Gesundheitszustand der Kinder zum Zeitpunkt der ersten Befragung bei der Zuordnung der Haushalte zu einer oder anderen Lebensqualität-Subgruppe indirekt ausgewirkt hat. Denn bei der Bildung der Lebensqualität-Subgruppen (vgl. Abschnitt 4.1) wurden zwar auch Angaben zu objektiven Faktoren – SGB II-Bezug, niedriges und nicht ausreichendes Haushaltseinkommen – zugrunde gelegt. Die meisten Faktoren sind aber eher subjektiv geprägt. So könnten Aussagen zum Lebensgefühl der Befragten - z.B. „fühle mich unglücklich“ oder „es kommen immer wieder Ängste und Sorgen über mich“ – unmittelbar von der alltäglichen Sorge um ein krankes Kind beeinflusst worden sein. Auch bei Aussagen zu sozialen Aktivitäten und Netzwerken – z.B. „Ich habe viele Kontakte zu Freunden und Bekannten“ oder „ich unternehme zu wenig“ – könnte sich die zeitintensive und kräftezehrende Pflege eines kranken Kindes niederschlagen haben. Schließlich könnten kranke Kinder sich auch auf die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt ausgewirkt haben und so indirekt zu schlechteren Berufs- und Erwerbschancen beigetragen haben.

Die angegebenen Krankheiten der Kinder könnten also ein Indikator dafür sein, dass die Lebensqualität der LQ verbessert-Subgruppe im Jahr 2009 möglicherweise eher von einer spezifischen Lebenslage, die zwischenzeitlich zumindest teilweise überwunden werden konnte, geprägt war, während die wirtschaftlichen und sozialen Belastungen der LQ nicht verbessert-Subgruppe schon 2009 eben keinen oder nur geringen Zusammenhang mit der Krankheit eines Kindes hatten, sondern auf anderen Faktoren beruhten. Familien, deren Situation durch gesundheitliche Beeinträchtigungen der Kinder gekennzeichnet war, scheint es, wenn diese gesundheitliche Belastung überwunden wird, recht häufig zu gelingen, eine prekäre Lebenssituation zu überwinden. Dies spricht für Unterstützungen von Familien mit besonderem Care-Bedarf als Bestandteil kommunaler Strategien gegen Armut.



4.11 Hilfen und Unterstützungen

2009 waren die Haushalte nach ihrer Kenntnis bestimmter Unterstützungsangebote/Hilfen gefragt worden. Bei der jetzt vorgenommenen Differenzierung nach Lebensqualität-Subgruppen zeigt sich eine eindeutige Tendenz: Die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe gaben genau wie die der LQ verbessert-Subgruppe an, die Lebensmittelverteilung/Tafeln zu 100% zu kennen und die Schuldnerberatung zu 91%. Bei allen anderen Items aber war die angegebene Kenntnis in der LQ nicht verbessert-Subgruppe geringer als in der LQ verbessert-Subgruppe.

Abbildung 91: Kenntnis von Unterstützungsangeboten (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

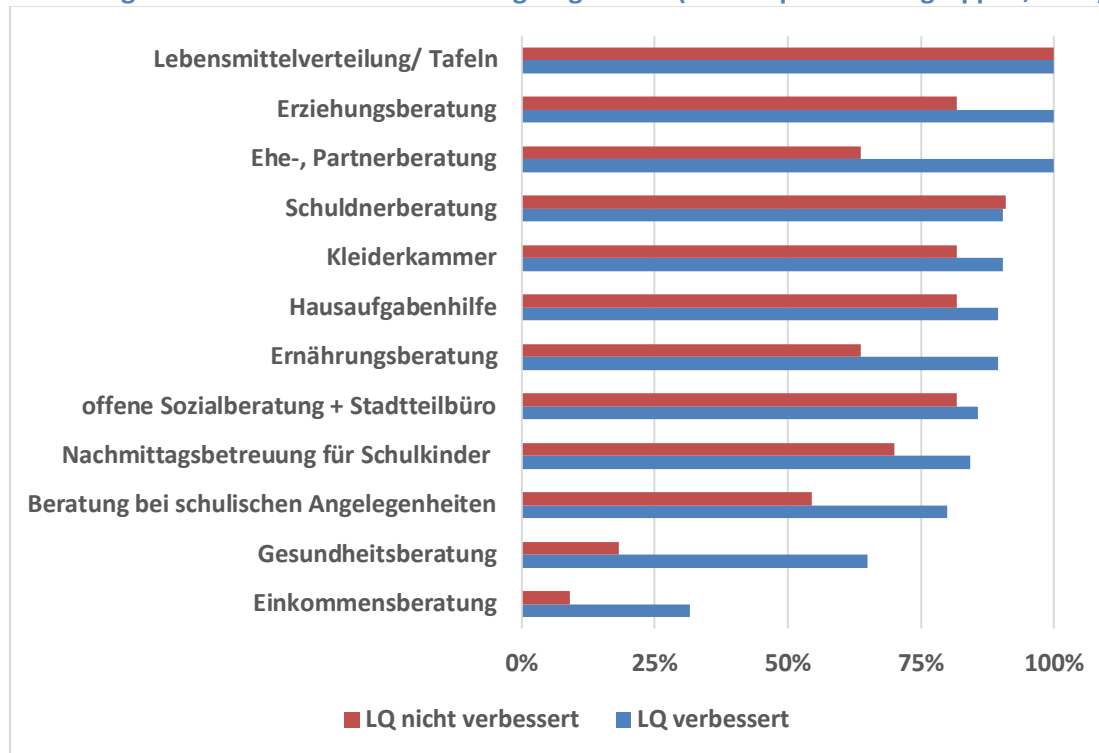


Tabelle 144: Kenntnis von Unterstützungsangeboten (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert			LQ verbessert		
	Anzahl	Anteil	gesamt	Anzahl	Anteil	gesamt
Lebensmittelverteilung/Tafeln	11	100,0%	11	21	100,0%	21
Erziehungsberatung	9	81,8%	11	21	100,0%	21
Ehe-, Partnerberatung	7	63,6%	11	21	100,0%	21
Schuldnerberatung	10	90,9%	11	19	90,5%	21
Kleiderkammer	9	81,8%	11	19	90,5%	21
Hausaufgabenhilfe	9	81,8%	11	17	89,5%	19
Ernährungsberatung	7	63,6%	11	17	89,5%	19
offene Sozialberatung + Stadtteilbüro	9	81,8%	11	18	85,7%	21
Nachmittagsbetreuung für Schulkinder	7	70,0%	10	16	84,2%	19
Beratung bei schulischen Angelegenheiten	6	54,5%	11	16	80,0%	20
Gesundheitsberatung	2	18,2%	11	13	65,0%	20
Einkommensberatung	1	9,1%	11	6	31,6%	19

Insgesamt lässt sich also feststellen, dass die Haushalte, die Angaben zu einer objektiven und subjektiven Verbesserung der Lebensqualität in den letzten neun Jahren gemacht haben, 2009 deutlich



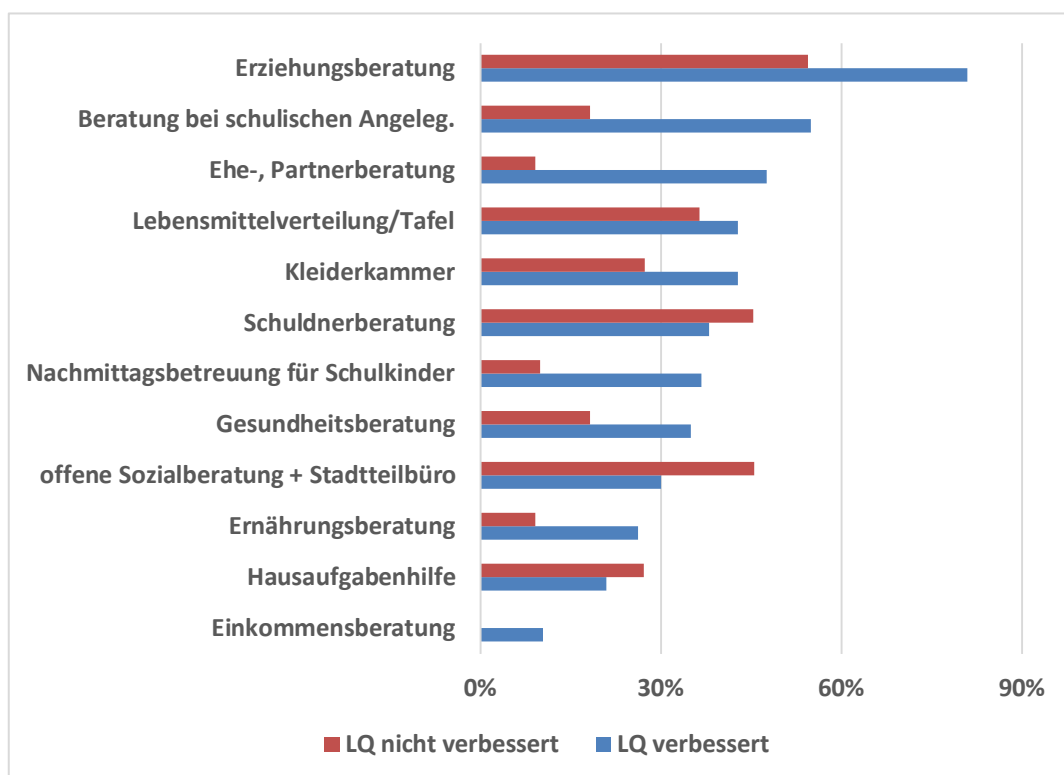
häufiger berichteten, bestimmte öffentliche Unterstützungsangebote zu kennen, als Haushalte, denen dies nicht gelungen ist.

Dieser Unterschied zwischen den beiden Lebensqualität-Subgruppen setzt sich bei den 2009 angegebenen Nutzungen fort. Denn auch hier zeigt sich eine insgesamt deutlich höhere Quote angegebener Nutzungen bei der LQ verbessert-Subgruppe.

Die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe hatten zwar angegeben, Schuldnerberatung und offene Sozialberatung/Stadtteilbüros (jeweils 46%) sowie Hausaufgabenhilfe (27%) häufiger zu nutzen als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe (38%, 30% und 21%). Die Nutzung der anderen neun abgefragten Hilfearten wird dagegen häufiger von den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe angegeben. Dabei liegen Erziehungsberatung (81%), Beratung bei schulischen Angelegenheiten (55%) und Ehe-/Partnerberatung (48%) in der LQ verbessert-Subgruppe an der Spitze; in der LQ nicht verbessert-Subgruppe berichten dagegen nur 55% bzw. 18% und 9%, diese öffentlichen Hilfen bereits in Anspruch genommen zu haben.

Insgesamt bestätigt sich also, dass die Haushalte, die Angaben zu einer objektiven und subjektiven Verbesserung der Lebensqualität in den letzten neun Jahren gemacht haben, öffentliche Unterstützungsangebote nach eigenen Angaben im Jahr 2009 nicht nur deutlich häufiger kannten, sondern auch dementsprechend häufiger nutzten als Haushalte, bei denen keine Verbesserung der Lebensqualität zu verzeichnen ist.

Abbildung 92: Nutzung von Unterstützungsangeboten (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)



**Tabelle 145: Nutzung von Unterstützungsangeboten (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)**

	LQ nicht verbessert			LQ verbessert		
	Anzahl	Anteil	gesamt (gültig)	Anzahl	Anteil	gesamt (gültig)
Erziehungsberatung	6	54,5%	11	17	81,0%	21
Beratung bei schulischen Angelegenheiten	2	18,2%	11	11	55,0%	20
Ehe-, Partnerberatung	1	9,1%	11	10	47,6%	21
Lebensmittelverteilung/Tafel	4	36,4%	11	9	42,9%	21
Kleiderkammer	3	27,3%	11	9	42,9%	21
Schuldnerberatung	5	45,5%	11	8	38,1%	21
Nachmittagsbetreuung für Schulkinder	1	10,0%	10	7	36,8%	19
Gesundheitsberatung	2	18,2%	11	7	35,0%	20
offene Sozialberatung + Stadtteilbüro	5	45,5%	11	6	30,0%	20
Ernährungsberatung	1	9,1%	11	5	26,3%	19
Hausaufgabenhilfe	3	27,3%	11	4	21,1%	19
Einkommensberatung	0	0,0%	11	2	10,5%	19



4.12 Erwartungen, Perspektiven, Einstellungen

Die Haushalte waren 2009 gefragt worden, welche Veränderung des Lebensstandards sie für die nächsten zwei Jahre erwarten. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede: So gab es in der LQ nicht verbessert-Subgruppe nur einen einzigen Haushalt (9,1%), der mit einer leichten Verbesserung rechnete. In der LQ verbessert-Subgruppe dagegen gaben insgesamt 38,1% an, mit einer Verbesserung zu rechnen, davon 9,5% mit einer starken Verbesserung. Die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe blickten also deutlich optimistischer in die Zukunft als die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe.

Abbildung 93: Erwartete Veränderung des Lebensstandards in den nächsten zwei Jahren (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

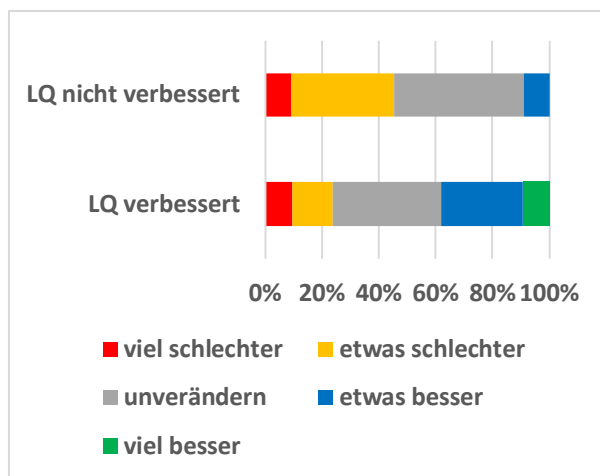


Tabelle 146: Erwartete Veränderung des Lebensstandards in den nächsten zwei Jahren (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
viel bessert	0	0,0%	2	9,5%
etwas besser	1	9,1%	6	28,6%
unverändert	5	45,5%	8	38,1%
etwas schlechter	4	36,4%	3	14,3%
viel schlechter	1	9,1%	2	9,5%
gesamt	11	100,0%	21	100,0%

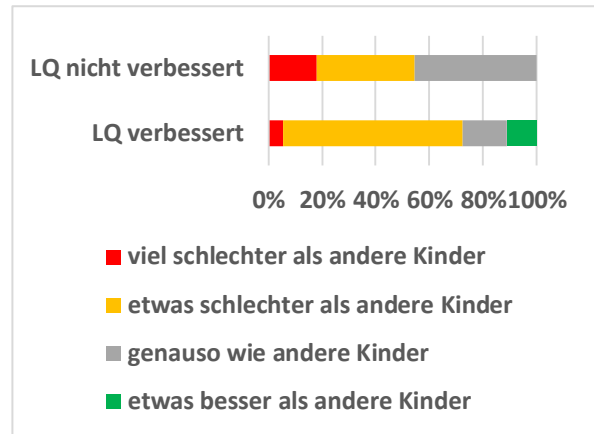
Des Weiteren wurden die Antworten der Haushalte auf die Frage, ob sie glauben, dass ihr derzeitiger Lebensstandard einen Einfluss auf die Zukunftsperspektiven (Ausbildung, späteres Einkommen) ihrer Kinder haben würde, und wie sie die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder im Vergleich mit denen anderer Kinder einschätzten, ausgewertet. Beim Vergleich der Antworten der beiden Lebensqualität-Subgruppen zeigte sich ein eher indifferentes Bild: Die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe äußerten sich deutlich weniger optimistisch. Kein einziger dieser Haushalte gab an, die Zukunftsperspektiven der eigenen Kinder besser einzuschätzen als die anderer Kinder. Insgesamt 54,6% der Haushalte schätzten die Perspektiven ihrer Kinder schlechter ein, 18,2% sogar viel schlechter. Bei den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe gaben sogar insgesamt 72,1% der Haushalte an, mit vergleichsweise schlechteren Zukunftsperspektiven ihrer Kinder zu rechnen. Dafür gab es immerhin 11,1% (n = 2), die mit etwas besseren Perspektiven rechneten.



Tabelle 147: Erwartete Zukunftsperspektiven der eigenen Kinder im Vergleich zu denen anderer Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
etwas besser als andere Kinder	0	0,0%	2	11,1%
genauso wie andere Kinder	5	45,5%	3	16,7%
etwas schlechter als andere Kinder	4	36,4%	12	66,7%
viel schlechter als andere Kinder	2	18,2%	1	5,6%
gesamt	11	100,0%	18	100,0%

Abbildung 94: Erwartete Zukunftsperspektiven der eigenen Kinder im Vergleich zu denen anderer Kinder (Lebensqualität-Subgruppen, 2009)



2018 wurden die Haushalte ferner gefragt, wo sie ihre eigene Position auf einer senkrecht verlaufenden Skala mit 10 Stufen einordnen würden. Der Vergleich der Antworten zeigt deutliche Unterschiede zwischen den beiden Lebensqualität-Subgruppen. So verorten sich die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe im unteren Bereich der „Positionsleiter“ auf den Stufen eins bis sechs, wobei Stufe drei am häufigsten (27,3%) genannt wird. Die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe dagegen geben an, sich selbst auf den Stufen zwei bis neun zu sehen, mit den meisten Nennungen (28,6%) auf der Stufe sechs.

Abbildung 95: Einschätzung der aktuellen eigenen sozialen Position (Lebensqualität-Subgruppen, 2018)

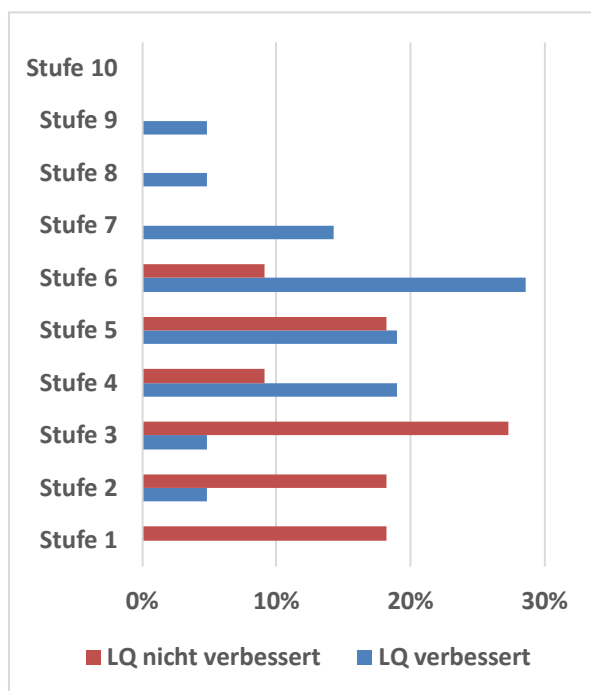


Tabelle 148: Einordnung der aktuellen eigenen sozialen Position (Lebensqualität-Subgruppen, 2018)

	LQ nicht verbessert		LQ verbessert	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Stufe 10	0	0,0%	0	0,0%
Stufe 9	0	0,0%	1	4,8%
Stufe 8	0	0,0%	1	4,8%
Stufe 7	0	0,0%	3	14,3%
Stufe 6	1	9,1%	6	28,6%
Stufe 5	2	18,2%	4	19,0%
Stufe 4	1	9,1%	4	19,0%
Stufe 3	3	27,3%	1	4,8%
Stufe 2	2	18,2%	1	4,8%
Stufe 1	2	18,2%	0	0,0%
gesamt	11	100,0%	21	100,0%



Die anschließend gestellte Frage nach der Zufriedenheit mit dieser selbst eingeschätzten Position entspricht dieser Verteilung. Kein einziger Haushalt der LQ nicht verbessert-Subgruppe äußert sich zufrieden mit der eigenen sozialen Position, während es in der LQ verbessert-Subgruppe 61,9% (13 von 21) der Haushalte sind. Dagegen bekunden 90,0% (10 von 11) der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe ihre Unzufriedenheit, gegenüber nur 14,3% (3 von 21) in der LQ verbessert-Subgruppe. Zu diesem Befund passen die Antworten auf die 2018 gestellte Frage nach gefühlter eigener Ausgrenzung, denn 27,3% (3 von 11) der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe, aber nur 4,8% (1 von 21) in der LQ verbessert-Subgruppe geben an, sich ausgegrenzt zu fühlen.

Erwähnenswert - und sei es nur, weil der Befund verbreiteten Deutungen nicht entspricht – ist der Befund, dass zwar eine etwas größere Minderheit der LQ negativ-Subgruppe (vier Befragte) als in der LQ positiv-Subgruppe die Position teilt, Zuwanderung ginge zulasten der einfachen Leute, insgesamt sind die Positionen der LQ negativ-Subgruppe aber flüchtlingsfreundlicher und diese gegenüber Zuwanderungsfragen (noch) positiver eingestellt als Befragte der LQ positiv-Subgruppe. Jeweils zwei Befragte der LQ negativ-Subgruppe betrachten Zuwanderung wirtschaftlich, kulturell und insgesamt (eher) negativ. Am stärksten differieren die Antworten bzgl. der Frage, ab wann Zuwander_innen die gleichen Rechte haben sollten wie andere Bürger_innen: Deutlich mehr Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe (54,5% vs. 35,5%) entschieden sich für die Kategorie „gleich, sobald sie hier leben“; kein einziger Haushalt der LQ nicht verbessert-Subgruppe nannte die Kategorie „sobald sie seit einem Jahr in Deutschland leben“ (0,0% vs. 20,0%; jeweils Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe vs. LQ verbessert-Subgruppe).

Bei der 2018 gestellten Frage nach notwendigen Voraussetzungen für einen gesellschaftlichen Aufstieg zeigt sich ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den beiden Lebensqualität-Subgruppen: So geben die Haushalte in beiden Subgruppen gleichermaßen an, Leistung, Ausbildung, Beziehungen, Initiative, Fachkompetenz, Intelligenz, Begabung sowie Geld/Vermögen in hohem Maße für wichtig zu halten (jeweils 78% bis 100% Zustimmung). Unterschiede zeigten sich nur bei den Items Zufall/Glück (50,0% vs. 38,5%), Opportunismus (60,0% vs. 44,4%) und politische Betätigung (57,4% vs. 18,8%; jeweils Anteil der zustimmenden Antworten der LQ nicht verbessert-Subgruppe und der LQ verbessert-Subgruppe). Möglicherweise werden hier Erklärungen/Begründungen der Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe für selbst empfundene Misserfolge sichtbar.

Tabelle 149: Voraussetzungen für gesellschaftlichen Aufstieg (Lebensqualität-Subgruppen, 2018)

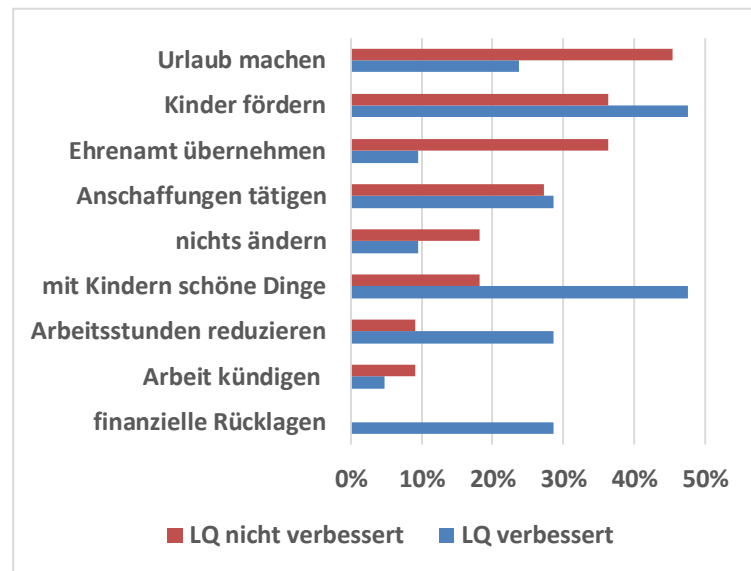
		LQ nicht verbessert			LQ verbessert		
		unwichtig	wichtig	gesamt	unwichtig	wichtig	gesamt
Ausbildung	Anzahl	0	11	11	0	17	17
	Anteil	0,0%	100,0%	100,0%	0,0%	100,0%	100,0%
Initiative, Dynamik	Anzahl	1	9	10	0	17	17
	Anteil	10,0%	90,0%	100,0%	0,0%	100,0%	100,0%
Beziehung, Vitamin B	Anzahl	0	8	8	0	16	16
	Anteil	0,0%	100,0%	100,0%	0,0%	100,0%	100,0%
Intelligenz, Begabung	Anzahl	2	8	10	1	14	15
	Anteil	20,0%	80,0%	100,0%	6,7%	93,3%	100,0%
Fachkompetenz	Anzahl	0	8	8	2	15	17
	Anteil	0,0%	100,0%	100,0%	11,8%	88,2%	100,0%
Geld, Vermögen	Anzahl	2	7	9	2	13	15
	Anteil	22,2%	77,8%	100,0%	13,3%	86,7%	100,0%
Leistung	Anzahl	2	9	11	3	11	14
	Anteil	18,2%	81,8%	100,0%	21,4%	78,6%	100,0%
Opportunismus	Anzahl	4	6	10	10	8	18
	Anteil	40,0%	60,0%	100,0%	55,6%	44,4%	100,0%
Zufall, Glück	Anzahl	3	3	6	8	5	13
	Anteil	50,0%	50,0%	100,0%	61,5%	38,5%	100,0%
Politische Betätigung	Anzahl	3	4	7	13	3	16
	Anteil	42,9%	57,1%	100,0%	81,3%	18,8%	100,0%

Auch bei der Frage, was sich ändern müsste, damit die eigene Familie sozial aufsteigen kann, wurden Unterschiede zwischen den beiden Lebensqualität-Subgruppen sichtbar. Die Auswertung der Antworten ergab, dass die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe einflussreiche Verwandte und Freunde (21,1% vs. 9,10%), eine bessere Organisation des eigenen Lebens (15,8% vs. 0,0%) und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (21,1% vs. 0,0%) für wichtiger hielten als die LQ nicht verbessert-Subgruppe. Nur das Item „gesund sein und bleiben“ (36,8% vs. 54,5%) wurde von der LQ verbessert-Subgruppe seltener genannt als von der LQ nicht verbessert-Subgruppe (jeweils Anteile der bejahenden Antworten LQ verbessert-Subgruppe vs. LQ nicht verbessert-Subgruppe).

Abschließend wurden 2018 Fragen zum bedingungslosen Grundeinkommen gestellt, wobei die befragten Haushalte drei von 16 Antwortkategorien wählen konnten.

Bei der Auswertung nach Lebensqualität-Subgruppen zeigten sich unterschiedliche Interessen und Prioritäten: Für die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe stand „Urlaub machen“ (45,5%) an erster Stelle, gefolgt von „Kinder fördern“ (36,4%), „ein Ehrenamt übernehmen“ (ebenfalls 36,4%) sowie „Anschaffungen tätigen“ (27,3%). Die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe präferierten dagegen „Kinder fördern“ (47,6%), „mit Kindern schöne Dinge machen“ (ebenfalls 47,6%), gefolgt von „Anschaffungen tätigen“, „finanzielle Rücklagen bilden“ und „Arbeitsstunden reduzieren“ (jeweils 28,6%).

Abbildung 96: Pläne für den Fall eines bedingungslosen Grundeinkommens (Lebensqualität-Subgruppen, 2018)



Bemerkenswert ist, dass es in jeder Subgruppe jeweils nur einen Haushalt gab, der angab, die Arbeit kündigen zu wollen. Stattdessen zeigte sich eine hohe Übereinstimmung, die zusätzlichen finanziellen Ressourcen zugunsten der Kinder nutzen zu wollen, zumal das Item „Urlaub machen“ auch gemeinsame Familienurlaube einschließt, wozu gerade die Haushalte in der LQ nicht verbessert-Subgruppe nach eigenen Angaben kaum in der Lage sind (vgl. Abschnitt 4.8).



Tabelle 150: Pläne für den Fall eines bedingungslosen Grundeinkommens (Lebensqualität-Subgruppen, 2018)

		LQ nicht verbessert			LQ verbessert		
		nein	ja	gesamt	nein	ja	gesamt
Urlaub machen	Anzahl	6	5	11	16	5	21
	Anteil	54,5%	45,5%	100,0%	76,2%	23,8%	100,0%
eigene Kinder fördern	Anzahl	7	4	11	11	10	21
	Anteil	63,6%	36,4%	100,0%	52,4%	47,6%	100,0%
Ehrenamt übernehmen	Anzahl	7	4	11	19	2	21
	Anteil	63,6%	36,4%	100,0%	90,5%	9,5%	100,0%
Wie bisher arbeiten, um mit zusätzlichem Geld Anschaffungen zu tätigen	Anzahl	8	3	11	15	6	21
	Anteil	72,7%	27,3%	100,0%	71,4%	28,6%	100,0%
nichts ändern	Anzahl	9	2	11	19	2	21
	Anteil	81,8%	18,2%	100,0%	90,5%	9,5%	100,0%
mit eignen Kindern schöne Dinge machen	Anzahl	9	2	11	11	10	21
	Anteil	81,8%	18,2%	100,0%	52,4%	47,6%	100,0%
Arbeitsstunden reduzieren	Anzahl	10	1	11	15	6	21
	Anteil	90,9%	9,1%	100,0%	71,4%	28,6%	100,0%
Arbeit kündigen	Anzahl	10	1	11	20	1	21
	Anteil	90,9%	9,1%	100,0%	95,2%	4,8%	100,0%
Wie bisher arbeiten, um finanzielle Rücklagen zu bilden	Anzahl	11	0	11	15	6	21
	Anteil	100,0%	0,0%	100,0%	71,4%	28,6%	100,0%



4.13 Fazit

Der Vergleich der Angaben, die die Haushalte der beiden Lebensqualität-Subgruppen 2009 gemacht haben, zeigt, dass es schon damals erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Subgruppen gab. Insbesondere die wirtschaftliche Belastung der LQ nicht verbessert-Subgruppe war schon zum Zeitpunkt der ersten Erhebung deutlich höher als die der LQ verbessert-Subgruppe: So waren die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe in höherem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen, und zwar über längere Zeiträume, sie verfügten in geringerem Maße über Erwerbseinkommen und über Unterhalt, bezogen ein geringeres Nettoäquivalenzeinkommen, hatten zu einem höheren Anteil Schulden, konnten weniger Rücklagen bilden und darüber verfügen und kamen seltener mit ihrem Haushaltseinkommen den ganzen Monat aus.

Es zeigt sich also, dass diejenigen Haushalte innerhalb der befragten Stichprobe, die ihre Lebensqualität objektiv und subjektiv nicht verbessern konnten, schon 2009 in höherem Maße von Armut bedroht oder betroffen waren. Die Daten weisen tendenziell auf eine langjährige Verfestigung der prekären wirtschaftlichen Lage gerade bei den Haushalten hin, die am stärksten betroffen waren und immer noch sind. Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als sich bei Langzeitstudien die Regression zur Mitte als rein statistischer Effekt auswirkt und zu berücksichtigen ist (vgl. Zwingmann/Wirtz 2005). Eine gewisse Tendenz zur Nivellierung vorhandener Unterschiede ist daher stets auf Zufallseffekte zurückzuführen und muss auch in der vorliegenden Studie vorausgesetzt werden. Bei den hier befragten Haushalten der beiden Lebensqualität-Subgruppen hat diese statistische Nivellierung über neun Jahre aber nicht ausgereicht, die 2009 festgestellten angegebenen Unterschiede in der wirtschaftlichen Belastung auszugleichen, obwohl es sich um Jahre handelte, in denen die Arbeitslosenquote kontinuierlich gesunken und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kontinuierlich gestiegen ist (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2019).

Als Grund für diese Entwicklung konnten mangelnde Sparsamkeit und Verzichtsbereitschaft ausgeschlossen werden. Denn es konnte aufgezeigt werden, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe an vielen Stellen sogar stärkeren Verzicht geübt haben als die Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe. Auch eine geringere Bildungsbereitschaft der stärker belasteten Subgruppe konnte nicht nachgewiesen werden. Ferner zeigte sich, dass auch die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe in hohem Maße bemüht waren, die Bedürfnisse ihrer Kinder zu befriedigen.

Festgestellt werden konnte aber, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe in geringerem Maß über eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie über Berufserfahrung im erlernten Beruf verfügten. Bemerkenswert ist ferner, dass die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe in höherem Maße auf private Unterstützung in wirtschaftlichen Notlagen setzten und öffentliche Hilfen weniger in Anspruch nahmen als Haushalte der LQ verbessert-Subgruppe. In nahezu allen verglichenen Bereichen - Erziehungsberatung, Beratung bei schulischen Angelegenheiten, Ehe-, Partnerberatung, Lebensmittelverteilung/Tafel, Kleiderkammer, Nachmittagsbetreuung für Schulkinder, Gesundheitsberatung, Ernährungsberatung und Einkommensberatung – zeigte sich eine höhere Nutzungsquote von öffentlichen Hilfen bei den Haushalten der LQ verbessert-Subgruppe; die einzige Ausnahme bildeten Sozialberatung/Stadtteilbüros. Dabei äußerten auch die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe Unterstützungsbedarf, z.B. in Bezug auf erweiterte Kinderbetreuungszeiten und Mobilität.



So kann festgestellt werden, dass sich der schon 2009 aufscheinende geringere Optimismus der LQ nicht verbessert-Subgruppe in Bezug auf die erwartete Veränderung des Lebensstandards bestätigt hat und auch die jetzige Haltung bestimmt: Die Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe geben 2018 häufiger an, sich ausgegrenzt zu fühlen und sich selbst auf einer niedrigen gesellschaftlichen Position zu sehen.

Umso bemerkenswerter erscheint der Befund, dass gerade in der LQ nicht verbessert-Subgruppe ein hoher Anteil der Befragten keine ablehnende Haltung gegen Zuwander_innen zeigt, sondern diesen vorbehaltlos dieselben Rechte zugestehen will wie anderen Bürger_innen. Ebenso bemerkenswert sind die Aussagen zum bedingungslosen Grundeinkommen: Kaum jemand gibt an, seine Arbeit kündigen zu wollen. Stattdessen stehen Urlaub, die Förderung der Kinder, ehrenamtliches Engagement und Anschaffungen ganz oben auf der Wunschliste der Haushalte der LQ nicht verbessert-Subgruppe.



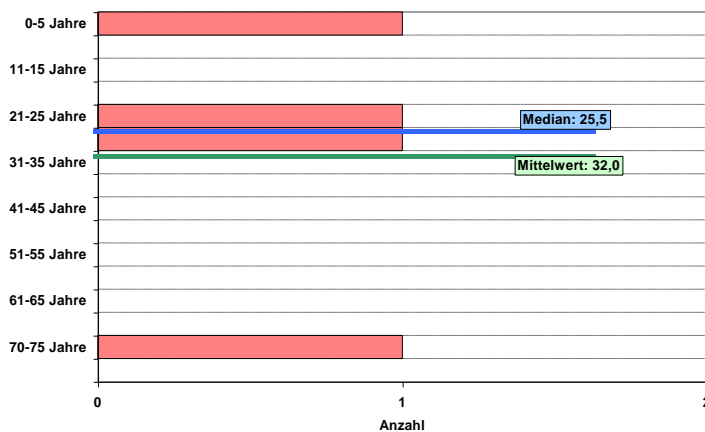
5 Anhang

5.1 Kurze Erläuterung der wichtigsten statistischen Begriffe

Arithmetischer Mittelwert

Der arithmetische Mittelwert ist ein Maß der zentralen Tendenz, d.h. er gibt einen Durchschnittswert einer Werteverteilung an. Er wird durch die Addition aller Einzelwerte und die anschließende Division dieser Summe durch die Anzahl der Werte berechnet. In unserem Beispiel 1 (Altersdurchschnitt einer vierköpfigen Familie) errechnet sich der Mittelwert zu

$$M = \frac{27 + 24 + 2 + 75}{4} = 32,0$$



Familienmitglied	Alter
Vater	27 Jahre
Mutter	24 Jahre
1. Kind	2 Jahre
Großmutter	75 Jahre
Mittelwert	32,0 Jahre
Median	25,5 Jahre

Jeder Wert geht mit gleichem Gewicht in die Berechnung ein. Dies kann dazu führen, dass der arithmetische Mittelwert von dem Zentrum der Verteilung abweicht, wenn Ausreißerwerte vorliegen: Der arithmetische Mittelwert ist somit eine ausreißersensible Kenngröße. In unserem Beispiel liegt so der arithmetische Mittelwert oberhalb des Alters von drei der vier Familienmitglieder.

Cohen's d

Als Cohen's d ($|d|$) bezeichnet man ein in der Sozialwissenschaft gebräuchliches Maß für die Größe eines statistischen Effekt. Cohen's d ist anwendbar bei zwei Gruppen mit gleicher Größe; die Berechnung basiert auf den Unterschieden der beiden Mittelwerte. Das Maß bezieht sich dabei auf die jeweilige sog. Standardabweichung, d.h. die Streubreite der Werte der jeweils einzelnen Befragten um den Mittelwert. Je höher der Cohen's d, desto stärker ist der Veränderungseffekt. Ab einem Wert von 0,2 spricht man häufig von einem kleinen Effekt, ab 0,4 bis 0,5 von einem mittleren Effekt und ab 0,7 - spätestens aber ab 0,8 - von einem starken Effekt. Einzelne Studien sprechen auch bereits ab einem Wert von 0,5 von starken Effekten.



Korrelation

Eine Korrelation beschreibt den statistischen Zusammenhang zwischen den Merkmalsausprägungen von zwei Variablen. Der mit „r“ beschriebene Wert ist der Korrelationskoeffizient. Er beschreibt das Ausmaß bzw. den Grad eines linearen Zusammenhangs. Er kann Werte zwischen „1“ und „-1“ annehmen. „1“ ist ein vollständig positiver Zusammenhang, d.h. die Werte, die die Befragten zu zwei Variablen angeben, sind identisch: Alle Befragten, die der Frage 1 voll zustimmen, stimmen auch der Frage 2 voll zu; alle, die der Frage 1 eher zustimmen, stimmen auch der Frage 2 eher zu usw. „-1“ ist ein vollständig negativer, d.h. gegenläufiger Zusammenhang: Alle Befragten, die der Frage 1 voll zustimmen, stimmen der Frage 2 gar nicht zu; alle, die der Frage 1 eher zustimmen, stimmen der Frage 2 eher nicht zu usw. Ab einem Zusammenhangsmaß von .100 werden Zusammenhänge tendenziell interessant.

Faktorenanalyse

Es gibt verschiedene Formen der Faktorenanalyse. Die hier angewandte Form ist die sog. Hauptkomponentenanalyse (Principal Component Analysis). Sie ist ein Verfahren der multivariaten Statistik, um Datensätze zu strukturieren (vgl. Landhäußer/Ziegler 2011). Die Hauptkomponentenanalyse ermöglicht es, Information, die in einer Vielzahl von Einzelvariablen enthalten ist, zu komprimieren und dabei zu aussagekräftigeren und zuverlässigeren Aussagen zu kommen. Sie konstruiert aus den vorgegebenen Einzelvariablen im Sinne einer Linearkombination eine neue, latente Variable, die die relevanten Informationen der gesamten Einzelitems beschreibt. Diese neuen Variablen werden auch ‚Dimensionen‘ genannt. Die Hauptkomponentenanalyse zielt letztlich darauf, die in allen Ausgangsvariablen enthaltene Gesamtinformation mit möglichst wenigen, aussagekräftigen Dimensionen zu bündeln. Die Werte, die in den Beschreibungen dieses Berichts hinter den einzelnen Variablen stehen, die in der Dimension enthalten sind, sind sog. ‚Faktorenladungen‘.

Die Dimension „psychosoziales Gesundheitsgefühl“ (s.u.) umfasst z.B. Informationen der Variablen (Einzelaussagen) „Ich fühle mich öfter erschöpft oder erschlagen“, „Es kommen immer wieder Ängste oder Sorgen über mich“, „Ich fühle mich oft überlastet“, „Ich fühle mich unglücklich oder niedergeschlagen“, „Ich bin häufig aufgeregt oder nervös“ und „Ich fühle mich gesund“ (seitenverkehrter Einfluss). Die Faktorenladungen zeigen auf, welchen Einfluss die jeweilige Variable auf die Bildung der Dimension hat. Etwas vereinfacht formuliert, kann man sich die Faktorenladung als die Korrelation (s.o.) zwischen der einzelnen Variable und der neuen Dimension vorstellen.

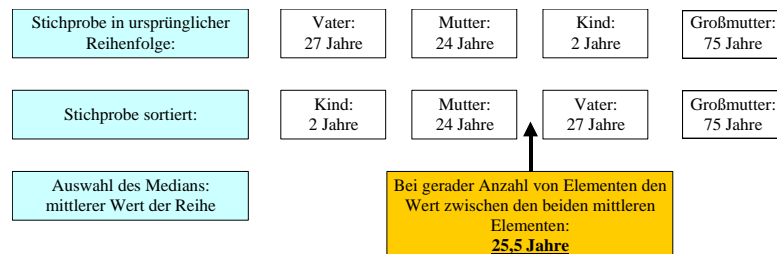
Psychosoziales Gesundheitsgefühl

Fühle mich öfter erschöpft oder erschlagen	.785
Es kommen immer wieder Ängste oder Sorgen über mich	.776
Fühle mich oft überlastet	.757
Fühle mich unglücklich oder niedergeschlagen	.724
Bin häufig aufgeregt oder nervös	.688
Fühle mich gesund	-.621



Median

Auch der Median ist ein Maß der zentralen Tendenz. Er wird berechnet, indem man alle Messwerte in ihrer natürlichen Reihenfolge anordnet und daraufhin den mittleren Wert ausählt. In unserem Beispiel errechnet sich der Median also folgendermaßen:



Hier fällt auf, dass zahlenmäßig nur der mittlere Wert (bzw. die beiden mittleren Werte) verwendet werden: Ob die Großmutter 75 oder 95 Jahre alt ist, hat keinen Einfluss auf den Zahlenwert des Medians. Dies erscheint zunächst als Nachteil, führt aber dazu, dass der Median nicht ausreißersensibel ist. Wie das Beispiel zeigt, kann der Median aus nur vier Messwerten zu einem plausibleren Ergebnis führen als der arithmetische Mittelwert.

Mittleres Einkommen

Das mittlere Einkommen, auch Medianeinkommen genannt, ist der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen aufsteigend geordnet werden. Basis sind die verfügbaren Nettoeinkommen der Haushalte in Deutschland (vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung 2019),

Nettoäquivalenzeinkommen

Das Nettoäquivalenzeinkommen wird durch eine Bedarfsgewichtung des mittleren Einkommens errechnet. Ziel ist, die Einkommen unterschiedlich großer Haushalte vergleichbar zu machen. Dabei wird berücksichtigt, dass größere Haushalte zwar einen höheren Bedarf an Wohnraum, Lebensmitteln, Kleidung etc. haben, dass in bestimmten Lebensbereichen jedoch auch, z.B. durch die gemeinsame Nutzung von Küche und Bad, gemeinsame Versicherungen etc., geringere Pro-Kopf-Kosten anfallen als in einem Ein-Personen-Haushalt. Zudem wird davon ausgegangen, dass jüngere Kinder einen geringeren Bedarf als Erwachsene haben. Das Nettoäquivalenzeinkommen resultiert aus der Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder, welche anschließend durch einen Wert dividiert wird, der üblicherweise anhand der neuen OECD-Äquivalenzskala bestimmt wird. Der ersten erwachsenen Person im Haushalt wird der Gewichtungsfaktor 1 zugewiesen. Um die Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftens zu berücksichtigen, erhalten weitere Personen ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5. Kindern unter 14 Jahren wird ein Gewicht von 0,3 zugewiesen. Das Haushaltseinkommen einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren würde demnach durch den Wert 2,1 dividiert werden (vgl. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung 2019).



5.2 Literaturverzeichnis

Allardt, E. (1993): Having, Loving, Being: an Alternative to the Swedish Model of Welfare Research. In: Nussbaum, M./Sen, A. (Hrsg.): The Quality of Life. Studies in Development Economics. Oxford [England]: Clarendon Press

Andreß, H.-J. (1999): Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen: Westdeutscher Verlag

Bude, H. (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München: Hanser

Cohen, J. (1988): Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences (2nd ed.). Hillsdale, N. J: L. Erlbaum Associates

Erikson, R. (1993): Descriptions of Inequality. In: Nussbaum, M./Sen, A. (Hrsg.): The Quality of Life. Studies in Development Economics. Oxford (England): Clarendon Press

Eurofound (2015): Access to Social Benefits: Reducing non-take-up. Luxembourg: Publications Office of the European Union

Europäische Kommission (2014): Die Lebensbedingungen in der Europäischen Union. Brüssel: Europäische Kommission

Habich, R. (2002): Immer mehr für immer mehr — Anmerkungen zur Wohlfahrtsforschung in vergleichender Perspektive. In: Glatzer W./Habich R./Mayer K.U. (Hrsg.). Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Halleröd, B. (2006): Sour Grapes: Relative Deprivation, Adaptive Preferences and the Measurement of Poverty. In: Journal of Social Policy, 35: 371-390

Hochfellner, D./Hofmann, B./Wolf, K. (2016): Arbeitslosengeld-I-Bezug von Älteren: Zugänge, Bestand und Abgänge 2005 bis 2013. Aktuelle Berichte Nr. 3/2016. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Landhäußer, S./Ziegler, H. (2011): Hauptkomponentenanalyse. In: Oelerich, G./Otto, H.U. (Hrsg.): Empirische Forschung und Soziale Arbeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Noll, H.-H. (1998): Subjektive Schichteinstufung. In: Glatzer, W./Oster, I. (Hrsg.): Deutschland im Wandel: Sozialstrukturelle Analysen. Opladen: Leske & Budrich

Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2008): Erkennen – Bewerten – Handeln: Zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Berlin: RKI

Warin, P. (2013): Informer pour éviter le non-recours à la CMU-C à l'ACS. Grenoble: Observatoire des non-recours aux droits et services



5.3 Verzeichnis der Internetquellen

Bundesagentur für Arbeit (2019): Statistik zur Arbeitslosigkeit und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland.

URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Analyse-in-Grafiken/Jaehrliche-Zeitreihen/Jaehrliche-Zeitreihen-Nav.html> [Zugriff: 09.04.2019]

Geißler, R. (2010): Die Sozialstruktur Deutschland. Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

URL: library.fes.de/pdf-files/wiso/07619.pdf [Zugriff: 30.04.2019]

Niedersächsisches Kultusministerium (2018): Die niedersächsischen allgemein bildenden Schulen in Zahlen. Stand: Schuljahr 2016/2017. URL (zum Download):

https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/unsere_schulen/allgemein_bildende_schulen/grundschule/uebergang_von_grundschule_auf_eine_weiterfuehrende_schule/Uebergang+Grundschule+weiterfuehrende+Schule-5842.html [Zugriff: 29.03.2019]

Statistisches Bundesamt (2019): Verbraucherpreisindex in Deutschland von 1991 bis 2018.

URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2550/umfrage/entwicklung-des-verbraucherpreisindex/> [Zugriff: 29.03.2019]

Veenhoven, R. (o. J.): World Database of Happiness. Erasmus University Rotterdam. Durchschnittswerte zwischen 2005 und 2014. URL: <http://worlddatabaseofhappiness.eur.nl> [Zugriff: 15.03.2019]

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (2019): Nominale mittlere Nettomonatseinkommen (in Euro) privater Haushalte in Deutschland, 2005-2107

URL (zum Download): https://www.boeckler.de/wsi_50933.htm# [Zugriff: 23.04.2019]

Zwingmann, C./Wirtz, M. A. (2005): Regression zur Mitte, In: Rehabilitation 2005, 44, S. 244-251. Georg Thieme Verlag, Stuttgart, New York.

URL: https://www.researchgate.net/publication/248874910_Regression_zur_Mitte [Zugriff: 09.04.19]